
STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

König Friedrich Wilhelm der Vierte

König Friedrich Wilhelm der Vierte

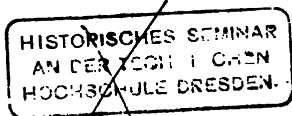
Von

Herman v. Petersdorff

Welch edles Feuer ist dort durch eigene und fremde Schuld ohne Nutzen verzehrt worden, oder, dies Bild ist wohl unrichtig, hat dort unnütz gebrannt, obschon es, anders geleitet und angewandt, hätte leuchten und wärmen können.

Leopold v. Gerlach, 26. August 1857.





Stuttgart 1900
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Fräulein Agnes v. Gerlach

in Verehrung

gewidmet.

Zur Einführung.

Drei Meister der deutschen Geschichtswissenschaft, Ranke, Sybel, Treitschke, haben die Persönlichkeit des ältesten Sohnes der Königin Luise wissenschaftlich geschildert. Von ihnen ist nur Ranke mit derjenigen Liebe an die Gestalt des unglücklichen Fürsten herangetreten, die wir alle seinem so glücklichen Bruder entgegenbringen. Sybel hat ihn in seiner „Begründung des Deutschen Reiches“ vielleicht objektiver beurteilt als Treitschke. Er war nach seiner innerlich kühleren Stellung zu Friedrich Wilhelm mehr dazu in der Lage. Treitschkes Gemälde im fünften Bande seiner deutschen Geschichte ist von grandioser Wirkung und auch in der Fülle der Einzelheiten von unübertrefflicher Anschaulichkeit. Es will mir aber scheinen, als ob der Treitschkesche Genius bei aller seiner Liebe für den edlen und geistreichen König hie und da in seiner leidenschaftlichen nationalen Glut ungerecht wird, daß er noch etwas unter der Nachwirkung der trüben Eindrücke des fünften und sechsten Jahrzehnts im neunzehnten Jahrhundert gestanden hat und daß er in seiner brennenden Liebe fürs Vaterland den unglücklichen Monarchen zu sehr seinen Zorn über angebliche Versäumnisse hat entgelten lassen. Entsprach doch die unkriegerische Natur Friedrich Wilhelms zu wenig den Anforderungen, die der kampfbegeisterte Treitschke an den Erben eines Thrones, zumal des preußischen, stellte. Sybel hat die

wichtigste Quelle zur Kenntnis des Königs, die Tagebücher Gerlachs, beim Erscheinen der Geschichte der Begründung des Reiches noch nicht benutzen können, so daß mancher Zug der späteren Jahre von ihm nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Dem von den Meistern entworfenen Charakterbild ist die auf Grund der Gerlachschen Denkwürdigkeiten entstandene Zeichnung Friedrich Meineckes an die Seite zu stellen. Jedoch mußte sich Meineckes Besprechung der Tagebücher (in der Historischen Zeitschrift Band 70, S. 52—80 und Band 72, S. 44—60) in engeren Grenzen bewegen, ebenso seine schöne Charakteristik des Königs im jüngst erschienenen zweiten Bande seines Boyen (S. 473—484). Mir scheint, daß zweierlei bisher in der Regel bei der Würdigung Friedrich Wilhelms IV. zu kurz gekommen ist, seine geradezu unvergleichliche Liebenswürdigkeit, die noch weit die Wilhelms I. übertrifft, und der ihm angeborene politische Weitblick, durch den er fast alle seine Zeitgenossen überragte, dem allerdings nur zu sehr das Korrelat des Willens fehlte und dem eine verhängnisvolle Abneigung gegenüberstand, das Naheliegende und Einfache zu thun. Wenn ich es wage, einige Bemerkungen zusammenzufassen, mit denen ich zur gerechteren Würdigung des Vielverkannten beizutragen hoffe, so schöpfe ich den Mut dazu, weil ich Gelegenheit hatte, mich tiefer als andere in die Gerlachschen Aufzeichnungen zu versenken.

Man gestatte mir, mit einigen näheren Worten auszuführen, inwiefern ich dies von mir sagen kann. Die hochbetagte Tochter Leopolds v. Gerlach, der ich bis dahin unbekannt war, hatte anscheinend durch ihren Verleger Kenntnis davon erhalten, daß ich sie gegen die zu weitgehenden Angriffe des im übrigen so verdienstvollen Bismarckforschers Horst Kohl wegen ihrer Herausgabe der Briefe Bismarcks an ihren Vater in Schutz genommen hatte (vgl. Horst Kohls Vorwort zu seiner Ausgabe von Bismarcks Briefen an den General Leopold v. Gerlach S. V, VI

und meine Besprechung in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte X, S. 455 f.) und war deswegen mit mir in eine Diskussion über ihren Vater getreten. Ich erlaubte mir, ihr in der Folge meine kleine, inzwischen längst veraltete Schrift zur Jahrhundertfeier Wilhelms I.: „Der erste Hohenzollernkaiser“ zu senden. Darauf drückte mir Fräulein Agnes v. Gerlach den Wunsch aus, daß ich auch von Friedrich Wilhelm IV., den sie von Treitschke und Sybel ungerecht behandelt glaubte, ein ähnliches Charakterbild zeichnete, und stellte mir dazu in hochherziger Weise die handschriftlichen Aufzeichnungen ihres edlen Vaters zur Verfügung. Diese Hochherzigkeit war um so größer, als zu der Urschrift dieser Aufzeichnungen fast niemand Zutritt gehabt hat. Selbst Leopolds Bruder Ludwig benutzte sie nur an Ort und Stelle. Sonst habe ich noch aus einer Randbemerkung zu den Tagebüchern festgestellt, daß der Feldmarschall Edwin v. Manteuffel sie gekannt hat. Ich konnte der Dame nicht das bestimmte Versprechen geben, eine solche Biographie zu liefern, zumal es mir nicht beikommen durfte, so bald nach dem Erscheinen der monumentalen Werke Treitschkes und Sybels etwas wesentlich Neues zu bringen, und das Gesamtbild des Königs doch feststehen dürfte. Ranke gegenüber konnte ich schon eher mit einer biographischen Arbeit erscheinen, weil die Forschung seitdem so wesentlich gefördert ist. Ich hielt es aber nicht für angezeigt, das Anerbieten zurückzuweisen, und habe auf Grund der Papiere mich nicht dem Gedanken verschließen können, daß sich doch noch mancherlei zur Ergänzung sagen ließe. Hierin bestärkte mich das Erscheinen der „Gedanken und Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck, aus denen mir wieder das entgegentrat, was doch eine so auffällige Erscheinung ist, daß die größten Geister mit solcher außergewöhnlichen Liebe, ja zum Teil mit Schwärmerei, an dem unglücklichen Monarchen gehangen haben. Auch der Realpolitiker Bismarck hat diese Liebe

gehegt. Gerade von Friedrich Wilhelm IV. spricht er mit besonderer Wärme. Fast will es mir scheinen, als wenn er noch mehr Liebe für ihn gehabt hat, als für Kaiser Wilhelm I. Und Bismarck hatte auch eine hohe Vorstellung von der politischen Einsicht Friedrich Wilhelms. Er sagt, „es fehlte dem geistreichen König nicht an politischer Voraussicht“ (G. u. E. I, 63); an Fräulein v. Gerlach hat er über ihn geschrieben: „Er war an staatsmännischer Einsicht der Meister seiner Zeitgenossen, uns, seinen Mitarbeitern, erheblich überlegen, wenn auch leider nicht an Energie!“ Mag dies Wort in etwas auf die Gefühle der mit rührender Verehrung an Friedrich Wilhelm hängenden edlen Frau höflich berechnet sein, es will immerhin beachtet werden. In solchen Erwägungen, daß es mir vielleicht doch gelingen würde, einige Züge klarer und gerechter herauszuarbeiten, habe ich mich zu der vorliegenden Publikation entschlossen. Sie ist vielleicht um so begründeter, als ich nicht nur einige Schattierungen richtiger zu verteilen hoffe, sondern weil ich damit die Veröffentlichung einiger neuer wertvoller Aktenstücke zu verbinden in der Lage bin. Eine eigentliche Biographie stellt meine Arbeit nicht dar. Abgesehen davon, daß namentlich für die Kronprinzenzeit das vorliegende Material noch recht lückenhaft ist, mußte ich mir aus besonderen Rücksichten engere Grenzen ziehen und auf umfassendere Studien verzichten, die ich gern unternommen hätte. Ich hoffe mich aber nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß auch eine Skizze dieses reichen Lebens willkommen ist.

Fräulein v. Gerlach hat mir erst die Aufzeichnungen aus der Zeit von 1840 bis Anfang 1848 und die von 1852—1860 in der Abschrift zugesandt. Diese Abschrift schien für jene Jahre wohl ziemlich vollständig zu sein, denn sie enthielt die persönlichsten Kleinigkeiten, die niemals für den Druck geeignet sein konnten, und auch mancherlei, das die Pietät und die Rücksichtnahme auf andere von vornherein den Herausgeberinnen der Tagebücher

(außer Fräulein v. Gerlach war eine ihrer Freundinnen dabei sehr behilflich gewesen) auszulassen gebot. Mir fehlte nun noch die wichtige Zeit von 1848—1852, deren Abschrift sich nicht fand. Da hat sich Fräulein v. Gerlach auf meine Bitte entschlossen, mir die Urschrift zuzusenden, und mit der Urschrift erhielt ich einen Teil der überraschenden Fülle der den Tagebüchern beiliegenden Originalbriefe von führenden Männern jener Zeit, die mit Leopold v. Gerlach in Schriftwechsel standen.

Für die Forschung wird es von Wichtigkeit sein, wenn ich einiges über den Zweck, den Gerlach bei seinen Aufzeichnungen verfolgte, bemerke. Gerlach hat zweifellos nie daran gedacht, seine Aufzeichnungen dem Druck zu übergeben. Sie sind lediglich für seinen eigenen persönlichen Gebrauch geschrieben, um sich durch schriftliche Fixierung mehr Klarheit über die Lage der Dinge zu verschaffen. Eine gewisse Schreiblust hat offenbar in dem geistreichen General gesteckt. Wenn vereinzelt der Gedanke an „Leser" auftritt, so ist nur an einen ganz intimen Kreis gedacht, den der Verwandten oder naher Gesinnungsgenossen. Die Art der Notizen beweist es nur zu deutlich, daß sie lediglich diesem persönlichen Zweck gedient haben. Die wichtigsten Dinge werden manchmal ganz übergangen, weil sie dem Schreiber zu klar vor der Seele standen. Die Herausgeberinnen haben sehr häufig durch kurze Stichworte namentlich zur Erklärung der verwandtschaftlichen Beziehungen ausgeholfen, weil der Text sonst zu schwer verständlich gewesen wäre. Meinecke hat bereits die treffende Bemerkung (H. Z. 70, 53) gemacht, das ganze Tagebuch Gerlachs wäre eine Sammlung von Bruchstücken der wechselnden Momente, zu denen ohne weiteres nur die lebendige Erinnerung des Verfassers den Zusammenhang herstellen konnte. Allmählich wuchs das Tagebuch zu einer großartigen Materialiensammlung an, und da ist Gerlach der Gedanke gekommen, auf diesem Grunde selbst eine Geschichte seiner

Zeit zu schreiben. Der Tod hat ihn zu früh dahingerafft. Wenn dann Fräulein v. Gerlach die Herausgabe wagte, so that sie es vermutlich auch deshalb — ich habe von ihr hierüber gar keine Angaben —, weil sie durch die Beurteilung ihres geliebten Königs in Sybels „Begründung des Deutschen Reichs" schmerzlich berührt wurde und durch die Veröffentlichung der Tagebücher ihres Vaters zur gerechteren Beurteilung Friedrich Wilhelms beizutragen gedachte. Namentlich in Sachen des Krimkrieges fand sie das Bild bei Sybel verzeichnet, und nicht ganz mit Unrecht, wie man weiß.

Um meine Anschauung von der Entstehungsursache und dem Zweck der Aufzeichnungen auch durch Gerlachs ausdrückliche Worte zu erhärten, will ich einige seiner einschlägigen Bemerkungen hierher setzen. Am 10. Januar 1849 schreibt er: „Lange habe ich geschwankt, ob ich hier in Berlin mein politisches Tagebuch fortsetzen sollte; ich bin aber zu dem Entschlusse gekommen, es so lange zu thun, als ich noch in der Lage bin, in diese Dinge hineingezogen zu werden, indem auf diesem Wege und nur auf diesem Wege das Urteil ausgebildet und der Sinn für diese Verhältnisse geschärft wird." Am 14. August desselben Jahres: „Ich muß notwendig meine Aufzeichnungen wieder anfangen, sonst werde ich ganz konfuse." Am 21. September 1850: „Wenn man einmal diese Blätter lesen sollte" (nicht „wird", wie I, 535 gedruckt ist), „so wird man das Herumschlagen mit allen diesen Kleinlichkeiten nicht begreifen können." 5. November 1851: „Wenn ich in der Ruhe lebte, ein Ding, was jetzt nicht zu erreichen ist, so würde ich der Versuchung nicht widerstehen, eine Kapitelgeschichte im Gegensatz gegen diese Memoiren-Kompilation auszuarbeiten." (Erste Regung des Gedankens an eine Ueberarbeitung.) In seinem Gute Rohrbeck zeichnet er am 25. Juni 1853 auf: „Eine Geschichte, die ich von Ludwig habe, schreibe ich auf, um sie selbst zu behalten." Die zahl-

losen Vergegenwärtigungen der Lage verraten ebenfalls deutlich, daß die Aufzeichnungen zum Zwecke der Orientierung geschahen. Am 2. Januar 1855 nennt Gerlach sie ausdrücklich „Notizen". „Es wird mir schwer, einen neuen Jahrgang mit diesen Notizen anzufangen." Vielfach wird im handschriftlichen Text auf die beiliegenden Briefe zur näheren Erläuterung verwiesen. Am 20. August 1856 tritt der Gedanke an die Ausarbeitung einer Zeitgeschichte bestimmter auf: „Ich dachte heut früh an eine Bearbeitung dieser Notizen zu einer histoire de mon temps." Einige Zeit später geht er bereits ernstlich an Vorarbeiten zur Ausführung dieses Plans. So schreibt er am 10. Mai 1858: „Ich lese jetzt die Memoiren von Guizot. .... Dann lese ich Kaltenborns Geschichte der deutschen Einheit, die ich mir als Basis einer histoire de mon temps gekauft."

Da es also auf der Hand liegt, daß die Gerlachschen Aufzeichnungen im Grunde einzig und allein für Gerlach selbst bestimmt gewesen sind, so erklärt sich auch die beispiellose Offenheit des Tagebuchführers. Man hat öfter von der „rührenden Naivität" des Generals gesprochen, die er verriete (z. B. Max Lenz: Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck S. 44). Dieses Urteil würde dann richtig sein, wenn die Notizen für die Oeffentlichkeit berechnet gewesen wären. Da wir es aber lediglich mit Selbstgesprächen zu thun haben, so würde der Satz von der „Naivität" nur eingeschränkt Geltung beanspruchen dürfen. Unter diesem Gesichtswinkel der Selbstgespräche betrachtet, ist diese historische Quelle von einer Lauterkeit und einer Intimität, wie das fast nie vorkommt. Die geheimsten Herzensfalten des edlen und klugen Generaladjutanten werden hier offenbar und dies um so mehr, als Gerlach von dem ernstesten Bestreben erfüllt ist, sich jederzeit Rechenschaft von seinem Thun zu geben. Unschätzbar wird eine so lautere Quelle

natürlich dadurch, daß der Tagebuchschreiber einen Einblick in das Getriebe der Politik seiner Zeit gehabt hat, wie nur wenige Menschen, so daß man ihm einen fast sagenhaften Einfluß zuschreiben konnte. Hat doch selbst Bismarck noch im Jahre 1877 scherzend ausgerufen: „Ich hätte Lust, mich vom König zum Generaladjutanten machen zu lassen. — Ich könnte als solcher mehr Einfluß ausüben wie als Minister. Unter Friedrich Wilhelm IV. konnte (Otto) Manteuffel nichts machen ohne den Willen Gerlachs.“ (Busch, Tagebuchblätter II, 480.) —

Indem ich diese Skizze, deren Korrektur der Geheime Archivrat Dr. Ernst Friedlaender und der Archivar Dr. Herman Granier mit mir zu lesen die Freundlichkeit hatten, nunmehr hinausgehen lasse in die Oeffentlichkeit, tritt es mir wiederum lebhaft vor die Seele, welch eine gewaltige Aenderung sich seit dem Abschluß des hier geschilderten Fürstenlebens durch ein gütiges Geschick mit unserem Staate vollzogen hat. Wie weit liegen diese Dinge bereits hinter uns! Man muß es sich schier ins Gedächtnis zurückrufen, daß erst in diesen Tagen das vierte Jahrzehnt seit dem Tode Friedrich Wilhelms IV. verrinnt.

Koblenz, den 28. Oktober 1900.

Herman v. Petersdorff.

Inhaltsübersicht.

Beilagen.

I.

Der König und seine nächste Umgebung.

Es wird immer zu den erschütterndsten geschichtlichen Erscheinungen gehören, daß der geistreiche König Friedrich Wilhelm IV., der von dem edelsten Wollen erfüllt war und eine grenzenlose Liebe zu seinem Volke hegte, hilflos wie ein Kind ausging, nur wenige positive Leistungen hinterließ und bei der großen Masse seiner Unterthanen Spott und nur geringe Liebe erntete. Das Walten einer weisen Vorsehung aber hat sich auch kaum je so gezeigt, als in den beiden Jahrzehnten seiner Regierung, wo das fast entsunkene Scepter durch die Umstände dem schier gebrochenen Manne wieder in die Hand gedrückt wurde und nach und nach das Königtum wieder erstarkte und wo es thatsächlich oft der Beruf des Herrschers war, negative Entschlüsse zu fassen, in denen Friedrich Wilhelms Hauptstärke bestand. Die tragische Schuld des Königs ist ohne Frage in seiner stolzen Ueberhebung über Menschen und Dinge zu suchen, in seiner mystischen Vorstellung von seiner königlichen Vollgewalt. Der Begriff des Königtums von Gottes Gnaden, dem er einen bis dahin nie erhörten Inhalt geben zu müssen glaubte, hat seinen tiefen, zu Recht bestehenden Sinn, indem er zunächst den demütigen Dank gegen eine vor allen Menschen bevorzugte äußere Stellung enthält, sodann die Uebernahme erhöhter Pflichten bedingt. Außerdem aber verlangt es das eigenste Interesse der Staaten, daß die Stellung des Fürsten sanktioniert wird, und diese Formel bringt es jedermann zu Bewußtsein, daß der Träger der Krone gefeit

sein soll. Kommt hierzu eine mehrhundertjährige Legitimität der Fürstengewalt, die durch verdienstvolles Wirken erhärtet worden ist, so erhält die Formel noch mehr Inhalt. Friedrich Wilhelm aber lebte sich in die Vorstellung hinein, daß er als König gleichsam mit überirdischen Kräften ausgerüstet sei. Er hat nicht immer diese übertriebene Meinung von der Stellung des Fürsten gehegt. Nach seinen eigenen Aeußerungen ist er erst, nachdem er den Purpur angelegt hatte, zu jenen Gefühlen von seiner erhabenen Vollgewalt und seiner Ueberlegenheit gekommen. Noch im Juni 1830 setzte er in einem Gespräche mit der alten Liebe seines Bruders Wilhelm, Prinzeß Elise Radziwill, und Leopold Gerlach zu Erdmannsdorf über den Götzendienst, der mit der Sängerin Henriette Sontag getrieben wurde, dem entgegen den Götzendienst mit den Fürsten[1]). Später aber sagte er zu demselben Gerlach: „Ich habe in den vier Jahren meiner Regierung die Erfahrung gemacht, und Sie können mir glauben, es ist eine traurige Erfahrung, daß ich die Dinge besser übersehe als meine Minister und daß ich von ihnen keinen Rat erwarten kann.“[2]) Zu derselben Zeit äußerte er zu Bunsen: „Ihr alle meint es gut mit mir und seid auch gut zur Ausführung; aber es giebt Dinge, die man nur als König weiß, die ich selbst als Kronprinz nicht gewußt und nun erst als König erfahren habe.“ Sogar wenige Wochen nach seiner tiefsten Demütigung in den Märztagen sagte er zum Grafen Voß, in dem, was das Fürstenamt beträfe, müsse er doch nach eigenem Ermessen handeln und könne darin nicht seinen Ministern folgen[3]). Tief verwundete es ihn, wenn die Minister den Unschlüssigen zuweilen gewissermaßen nötigten, einen Regierungsakt zu vollziehen. Dann warf er ihnen wohl vor, sie hätten „sich an dem Gesalbten des Herrn vergriffen“[4]), und Einreden treuer Freunde gegen gewisse Pläne seinerseits fertigte er wohl mit den Worten ab: „Das wären königliche Gefühle, über die andere nicht ur-

---

1) G. I, 52.
2) G. I, 104 f.
3) A. 6. Mai 1848.
4) A. 23. November 1851.

teilen könnten."[1]) Vornehmlich in den kirchlichen Dingen glaubte er besonders inspiriert zu sein[2]). Aber auch in den Verfassungssachen dachte er noch 1853 ähnlich[3]). Daher kam seine Verachtung des Beistandes seiner Diener. Er betrachtete sie lediglich als seine Werkzeuge, wollte von den berufenen Ratgebern, den Ministern, niemals Rat annehmen, sondern verlangte unbedingten Gehorsam. Sein getreuer Gerlach, der ihn unleugbar am besten gekannt hat, sagte selbst schon früh[4]): „Des Königs Schuld liegt darin, daß er seine Macht überschätzt, gleichgültig ist gegen seine Diener und gegen ihren Anteil an der Regierung, er macht sie daher selbst für diesen Anteil nicht verantwortlich — ja sein Hauptfehler ist, daß er nicht auf die Verantwortlichkeit seiner Minister dringt, weil er glaubt, diese Verantwortlichkeit selbst übernehmen zu können." Wie oft mußte Gerlach später noch in Klagen darüber ausbrechen, daß sein geliebter Herr seine Minister wie Maschinen ansah. Nichts natürlicher, als daß eine große Masse von Kräften vergeudet wurde und daß die besten sich instinktiv zurückhielten. Wehmütig rief Gerlach, nachdem er zur Genüge erfahren hatte, wie sehr dies die preußische Politik schädigte, aus: „Ach, wenn Seine Majestät doch einsehen wollte, daß alle Menschen nach Gottes Ebenbild geschaffen sind und daß, so wie der Herr selbst nur freie Kinder, keine Sklaven, liberi, nicht servi, zu Jüngern haben will, der König auch nur mächtig ist, wenn die Menschen ihm in Freiheit, d. h. nach ihrer Ueberzeugung dienen!"[5])

Ein Friedrich der Große und ein Bismarck konnten eher so souverän über die Hilfskräfte verfügen. Bei einem Staatsmann, der so aus Widersprüchen zusammengesetzt war, wie Friedrich Wilhelm, war es eine Gnade von Gott, daß sein willkürliches Schalten nicht zum Untergang des ihm anvertrauten Staates führte. Ihm fehlte vor allem der einfache, praktische

---

[1]) G. I, 722. Antwort, die G. an Stahl überbringen sollte.

[2]) G. II, 16.

[3]) G. II, 66.

[4]) 26. Juli 1843. G. I, 91. Vgl. Denkschriften des Freiherrn v. Canitz und Dallwitz II, 54, 183 f.

[5]) II, 295.

Sinn, der fast alle seine Vorfahren und auch seinen Bruder und dessen Sohn, ja selbst Friedrich den Großen in so eminentem Maße auszeichnete. Gerlach machte gelegentlich [1]) die schlagende Bemerkung über seinen geliebten König: „Der Herr hat leider die Gabe, die ausführbare Seite einer Sache zu entdecken und sie eben deshalb zu verachten.“ Diese Eigenschaft hatte er gemeinsam mit dem von ihm am meisten verehrten seiner Ratgeber, mit Radowitz, der es in Frankfurt geradezu ausgesprochen hat: „Man hüte sich nur auf dem politischen Gebiete vor den leichtesten und bequemsten Wegen; sie führen entweder zu nichts, oder sie sind geradezu verderblich“ (14. August 1848). Gerlach stimmte Alexander v. Humboldt zu, als dieser an dem König tadelte: er sei ohne alle Kombinationsgabe, sähe stets die Dinge einzeln an und nie in Verbindung mit anderen [2]). Aus seiner Vorliebe für das Schwierige, Abgelegene, Künstliche erklärt sich sowohl seine Verfassungspolitik, als auch seine Reichs- und seine Kirchenpolitik; und weil er alle Dinge für sich betrieb, so kam keine Einheit in den Gang seiner Regierung. So gesteht selbst Gerlach, nachdem er die längste Zeit mitten im Getriebe gestanden hat, resigniert [3]): „Es fehlt der preußischen Politik der beherrschende Gedanke, das positive Element.“

Die zweite Eigenheit seines Wesens, die Friedrich Wilhelm zu einem unglücklichen Herrscher prädestinierte, war der völlige Mangel von Thatkraft bei ihm. Die „Klemme des Willens“, noch mehr die männliche Kampfesfreudigkeit, fehlte ihm. Es hängt das zweifellos zum Teil mit seinen Grundanschauungen vom Wesen der Politik, des Staates, der Geschichte zusammen. Die mittelalterlichen Anschauungen, die ihm durch die Hallerschen Doktrinen geläufig geworden waren, begünstigten bei ihm Vorstellungen von dem selbständigen Werden der Dinge. Meinecke hat fein gesagt: „Friedrich Wilhelms IV. ganzes politisches Denken beruht darauf, daß der ihm als Ideal vorschwebende Staat nicht gemacht, nicht durch willkürliche That, durch Gesetze und Kodifi-

[1]) A. 30. Juni 1852.
[2]) G. I, 795.
[3]) G. II, 369.

kationen ins Leben gerufen werden könne, sondern daß das Königtum gleichsam nur mit leiser Hand, wie man etwa von einem schönen alten Freskogemälde die spätere Tünche ablöst, die alte organisch erwachsene Ordnung von den späteren verunstaltenden Zuthaten befreien solle."[1]) Diese Theorie vom Wesen des Staates war aber gleichsam für sein kampfscheuendes Naturell zurechtgezimmert. Sie diente ihm als Vorwand, nicht selbstschöpferisch vorzugehen. Trostlos meint Gerlach dazu[2]): „Diese phantastische Arbeitsscheu und Scheu, sich zu entschließen, wächst mit den Jahren und wird noch viel Unglück anrichten." In dieser Unfähigkeit zu kräftiger That wird dieser stolze Fürst, vor die Entscheidung gestellt, sich seiner Schwäche ganz bewußt. Er hat seiner Zeit dem Krefelder Kaufmann Beckerath, der ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu bereden suchte und von der dabei zu befürchtenden Gefahr meinte: die Gefahr sei für Preußen stets eine sieglockende Sonne gewesen, das Geständnis abgelegt: „Er sei kein Friedrich der Große." Darin liegt eine furchtbare Kritik seiner eigenen Vorstellungen vom Gottesgnadentum und seiner Unterschätzung der menschlichen Hilfskräfte. Doch wäre es ein Irrtum, wollte man ihm die Willenskraft schlechthin absprechen. Nur die Kraft zu handeln war ihm versagt. Passiv war sein Wille von bewundernswerter Stärke. Er hat mit einer geradezu erstaunlichen Zähigkeit an einzelnen Lieblingsplänen festgehalten und dadurch thatsächlich Errungenschaften zu verzeichnen gehabt. Man denke an seine Verfassungspläne. Im Vereinigten Landtag hatte er durch alle Wirren hindurch schließlich doch sein eigenstes Werk zu stande gebracht. Das Herrenhaus hat er trotz aller Hindernisse durchzusetzen gewußt. Ebenso hat er bis an sein Ende an seinen kirchenpolitischen Träumen festgehalten.

Diese Zähigkeit des Willens konnte ihr Gutes haben. Sie hatte aber auch eine sehr üble Seite. Denn es bekundete sich darin auch zum Teil das Widerstreben des Königs, sich auf den Boden der Thatsachen zu stellen, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Während sein Bruder Wilhelm sich mit

---

[1]) Historische Zeitschrift 70, 65.

[2]) A. Juli 1852.

dem ihm ursprünglich so verhaßten Verfassungsstaate abzufinden wußte und auch noch im hohen Alter in die Zeit und die Dinge, gegen die er früher angekämpft hatte, mit bewundernswerter Verjüngungskraft hineinzuwachsen wußte, wie das Marcks unübertrefflich in seinem Wilhelm I. zeigt, hat sich Friedrich Wilhelm nie mit dem, was während seiner Regierung gegen seinen Willen geworden war, befreunden können. Die Verfassung, wie sie ihm die Revolution aufnötigte, blieb ihm nach wie vor ein Greuel, und er wäre gar zu gern mit ihr „abgefahren", wenn er nicht durch seinen Eid gebunden gewesen wäre.

Solchen Schwächen gegenüber standen nun jene großen Gaben des Geistes und Herzens, welche die ersten Männer auf allen Gebieten, einen Ranke, einen Cornelius, einen Bismarck, mit Bewunderung, ja mit Entzücken erfüllten. Selbst ein dem König so im Innersten fremder Geist wie Alexander v. Humboldt gestand doch, daß der Tag für ihn lückenhaft gewesen wäre, an dem er sich nicht an dem Geistessprudel dieses Fürsten erfreut hatte. Schon 1824 hatte der große Historiker Niebuhr über ihn geäußert, man sollte Gott auf den Knieen danken, daß das Land einen solchen Thronerben habe, der in ganz Europa nicht seinesgleichen fände. Man hat ihn den größten aller Dilettanten genannt[1]. Mir will es scheinen, daß dies Wort zu hart ist. Er war nicht wie Wilhelm I. oder Friedrich II. in einem Fache vollendet groß, nicht wie sein Bruder Soldat oder sein Ahn Staatsmann und Feldherr, auch nicht irgend etwas anderes vorwiegend. Am meisten war er seinem Wissen und seiner Gemütsrichtung nach Mann der Kirche. Kirchenreformatorische Neigungen hat er am stärksten gehegt. Des sind Zeuge verschiedene längere Denkschriften, die er verfaßte, und sein nimmer ermüdender Drang, seine Gedanken darüber zu entwickeln. Als Kenner der kirchlichen Einrichtungen, religiöser Dogmen und als ein Mann, der sich mit Gott in enger Gemeinschaft fühlte, markierte er stets eine besonders überlegene Stellung gegen solche, die er als kirchlich indifferent ansah. Es war schon etwas, wenn er jemand auszeichnete, dessen Frömmigkeit ihm

[1]) Treitschke V, 21.

nicht zweifellos war, wie den Bischof Neander, über den er urteilte: „Der Mann hat keinen Glauben, aber Verstand.“ Zuweilen sprach er auch über die als Ungläubige ab, die ihre Frömmigkeit nicht äußerlich an den Tag legten, und redete von solchen, die sich als Christen „anschrauben“ wollten und Sonntags nicht zur Kirche gingen. Hand in Hand mit seiner tiefinnerlichen Frömmigkeit ging seine edle Sittenreinheit. Er hatte in gewissem Sinne nicht recht die Fähigkeit, das Unreine zu begreifen, so daß er innerlich unangefochten davon hat leben können. Aehnlich wie der Freiherr vom Stein vermied er es geflissentlich, sich dem Hauche der Gemeinheit auszusetzen, darin von einem sicheren Gefühle geleitet. Sein Naturell war vorwiegend das eines Künstlers. Ueber die Gestaltung von Staat und Kirche hatte er sich in seiner Seele die farbenreichsten und schönstgegliederten Baupläne zurechtgelegt. Auch die kleinsten Verhältnisse des Lebens suchte er künstlerisch zu formen. Selbst wenn er einmal einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan zurückweist mit den Worten: „Das ist die Arbeit eines Künstlers, wir brauchen aber nur eine Wärterin oder eine Kinderfrau,“ so verbirgt sich in diesem Witz gerade seine Freude an dem künstlerischen Projekt. Bei dieser künstlerischen Betrachtung der Dinge war denn auch bei ihm neben seiner religiös-theologischen Seite der Sinn für die eigentliche Kunst stark ausgeprägt. Es war ihm geradezu ein Bedürfnis, inmitten edler Kunstwerke zu leben. Die poetisch geistreichen Zeichnungen, mit denen er den engeren Kreis seiner Getreuen so oft erfreut hat und an die gerade seine Lebensgefährtin in seinen letzten traurigen Jahren mit besonderer Wehmut zurückdachte, zeigen so recht die hochfliegende Künstlerphantasie dieses begnadeten Geistes. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für einen Kunsthistoriker, eine eingehendere Arbeit über die Anregungen, die Friedrich Wilhelm während seines Lebens der Kunst gegeben hat, zu liefern[1]. Kein preußischer Fürst hat ein so innerliches Verhältnis zur deutschen Künstlerwelt gehabt wie er. Erst in dritter Linie kommt bei ihm der Politiker und

[1] Reumonts Buch, das manches bringt, genügt doch noch nicht.

bei diesem auch erst der Deutsche und dann erst der Preuße, nicht umgekehrt wie bei allen seinen Vorgängern vom großen Kurfürsten an und auch durchaus bei seinem Bruder Wilhelm. Seinem wenig preußischen Wesen entsprach auch seine wenig soldatische Art. Von ziemlicher Beleibtheit und kurzsichtig war er schon von Natur wenig prädestiniert zum Militär. Schon in seinem Gange schien sich das anzukündigen. Zwar erfreute sich sein Gerlach noch in der Zeit der Krankheit des Königs an dem „eleganten" Schritt desselben. Aber er ließ nur zu sehr jene stramme soldatische Art vermissen, die sonst das Erbteil der hohenzollernschen Prinzen geworden war. Als er nach den Befreiungskriegen das pommersche Korps erhielt, stellte es sich bald heraus, daß das Waffenhandwerk nicht sein Beruf war. Freilich hatte er sich im Felde gleich seinem Bruder Wilhelm durchaus beherzt gezeigt, und als man ihn gelegentlich auf die Gefahr aufmerksam machte, der er sich aussetzte, erwiderte er in seiner ruhigen und liebenswürdigen Sicherheit, die ihn in jungen Jahren auszeichnete: „Was wär' es denn weiter? Dann würde mein Bruder Wilhelm Kronprinz." Seiner Künstlernatur widerstrebte das ewige Gleichmaß des nüchternen Dienstes, und die unentbehrliche Gabe für den Offizier, die Kunst des präzisen Befehls, war ihm, der sich in einer unbestimmten Ausdrucksweise gefiel, ganz und gar nicht gegeben. Er war sich vollauf bewußt, daß die Armee das kostbarste Erbstück sei, das ihm von seinen Vätern überkommen war, und hatte das richtige Verständnis für den Geist, der in diesem Organismus herrschte und herrschen mußte, damit nicht Mängel einträten. Aber er hatte selbst das dunkle Gefühl, daß er seiner Aufgabe als Oberbefehlshaber dieser Armee nicht ganz gewachsen war. Gewaltsam zwang er sich, um nichts vermissen zu lassen. Aber das Unsoldatische seines Wesens war doch zu groß; es war nur zu offenbar, daß seine Bemühungen vergebens bleiben mußten. Immerhin ist es ein schöner Zug von ihm, daß er hier nicht zurückbleiben wollte. Man sollte auch eingedenk sein, daß die ersten Anfänge der preußischen Militärreformpläne noch in seine Regierungszeit zurückreichen und seine warme Billigung fanden.

Dominierte bei Friedrich Wilhelm auch nichts in dem

Maße, daß man davon sagen kann, es sei sein eigentliches Fach gewesen, mag er sogar in unendlicher Vielgeschäftigkeit sich verloren haben, zu keiner Sammlung des Geistes gelangt sein: es ist von keinem Herrscher zu erwarten, daß er fachmännisch ausgebildet in irgend einem Zweige sei. Eine geistige Vielseitigkeit, wie sie Friedrich Wilhelm eigen war, hat sogar bei Fürsten ihre großen Vorzüge. Es waren doch immer glückliche und geweihte Stunden für die Männer seiner Umgebung, wenn sie ihrem Könige zuhören konnten, wie er den Strom seiner Ideen rauschen ließ, wenn er in hohem Geistesgange, in high spirits, wie Gerlach zu sagen pflegt, war. Richtig geleitet kann gerade diese Vielseitigkeit den Völkern den reichsten Segen bringen. Da hat doch wohl Gerlach das passende Wort über den unglücklichen Monarchen gefunden, als er beim Herannahen der Krisis in dessen Befinden am 26. August 1857 schmerzbewegt niederschrieb: „Welch edles Feuer ist dort durch eigene und fremde Schuld ohne Nutzen verzehrt worden, oder, dies Bild ist wohl unrichtig, hat dort unnütz gebrannt, obwohl es, anders geleitet und angewandt, hätte leuchten und wärmen können."

Friedrich Wilhelm ist wie selten ein Fürst mit Schwung und Verständnis auf die Zeitideen eingegangen. Er hat in den ersten Jahren seiner Regierung mit den freiheitlichen Bestrebungen zum Entsetzen seiner alten engeren Gesinnungsgenossen nur zu sehr paktiert, obwohl er eine viel tiefere und freiere Anschauung vom Staate hatte, als der flache Liberalismus, der zur Parteidoktrin wurde. Wie hat er sich von dem Reichsgedanken gefangen nehmen lassen! Er hat die weitestblickenden Gedanken über die Arbeiterbewegung gehabt und dem vierten Stande mehr Rechte einräumen wollen als die meisten seiner Ratgeber. „Man kann diese Leute doch nicht mit Füßen treten," hat er gesagt[1]). Er verfocht gegen die Mehrheit seiner Minister, weit vorausschauend, die Civilehe. Daß alles, was er in diesen Dingen unternahm, mißriet oder liegen blieb, hat er gewiß zum größten Teil sich selbst zuzuschreiben. Ein erheblicher Teil der Schuld aber bleibt auch an seinen Ratgebern haften. Er war von

[1]) A. Breslau 29. Mai 1851.

einem überaus starken Gerechtigkeitssinn erfüllt. Die Undankbarkeit, der man ihn geziehen hat[1]), kann ich nicht bei ihm finden. Mag er oft in seiner krankhaften Empfindlichkeit und Leidenschaftlichkeit über das Ziel hinausgeschossen haben, er hat doch immer das Bestreben gehabt, wo er verletzt, gefehlt, wieder auszugleichen. Daß er leicht alte Freundschaftsbande lösen konnte, wie man auch wohl gesagt hat[2]), trifft doch ebenfalls nicht zu. Das Freundschaftsleben dieses Königs gehört zu den schönsten derartigen Erscheinungen in der Weltgeschichte. Sein Herz war so groß und so weit, daß er die verschiedenartigsten Naturen mit gleicher Wärme behandelte. Was ist es doch mit dieser Freundschaft zwischen ihm und seinem Joseph Radowitz! Sie war zwar mehr ein geistiges als ein gemütliches Verhältnis. Die fascinierende Beredsamkeit des Mannes hatte es ihm angethan. Niemand hat ihm so imponiert als dieser rätselhafte Mensch, dessen Ehrlichkeit Bismarck bis zuletzt nicht hat anerkennen wollen, der allerdings kaum staatsmännisches Verdienst gehabt hat, dem dafür aber, so mancherlei sich über sein staatsmännisches Ungeschick und über Unklarheiten seines Wesens sagen läßt, der Ruhm zukommt, wie Paul Pfizer ein Prophet der deutschen Einheit und ein rastloser, wenn auch nur zu unglücklicher Ringer für diesen Gedanken gewesen zu sein. Friedrich Wilhelm hat geradezu schwärmerisch an ihm gehangen, und nachdem es der Camarilla gelungen war, unter schweren Kämpfen ihren Herrn von dem gefährlichen Ratgeber zu trennen, da lag es immer wie eine elegische Stimmung auf ihm, wenn er an ihn zurückdachte, und er versuchte es unaufhörlich, ihn wieder heranzuziehen. Er nannte ihn den „größten Staatsmann", einen „Wundermann", „den großen Mann", den „ersten Mann in Deutschland", „einen weltgeschichtlichen Charakter", der in der „allgemeinen Verwirrung" eine „breite Straße" findet. Ja nachdem Radowitz eben sein Ministerium niedergelegt hatte, erklärte der König gegen Stolberg, Radowitz sei ein „göttlicher Mensch". Die Königin sah sich zuweilen veranlaßt, die Cama-

[1]) Treitschke V, 385.
[2]) Treitschke V, 13.

rillaglieder zu beschwören, nicht gegen Radowitz beim König zu sprechen; der würde dann nur noch fester an ihm hängen, weil ihm Radowitz so als verfolgter Mann erschiene. Für Gerlach verstand es sich immer von selbst, daß Radowitz den König „zu Boden räsonnierte“. In den entscheidenden Jahren seiner deutschen Politik war Radowitz der Geist, der über den Wassern schwebte, der sozusagen alles beim König vermochte. Friedrich Wilhelm erklärte gegen alle Einreden mit Siegesbewußtsein: „die Radowitzsche Politik sei der Most, welcher die Flaschen sprengen sollte und würde“. (3. Dezember 1849.) Die Zeit seit der Ablehnung der Kaiserkrone bis Bronnzell ist schlechthin die Aera Radowitz. Und doch hat Radowitz nur in den letzten Wochen dieses Zeitabschnittes ein Ministerium bekleidet. Gerlach urteilt „weil beiden (Friedrich Wilhelm und Radowitz) das zu ordinär (für einen so großen Mann wie Radowitz) ist“[1]), und dies Urteil dürfte thatsächlich nicht so ganz unzutreffend sein. Gerlach erkannte als die Ursache des Radowitzschen Einflusses das logisch-mathematische Raisonnement desselben, das jeden Widerspruch mit dem König vermied und dessen Ideen in eine klare Fassung brachte. „Der König sieht das eigene Kind, Fleisch von seinem Fleisch, Bein von seinem Bein, in diesem neuen Gewande und ist höchlichst davon und von seiner Schönheit imponiert, denn so hätte er es nie ausstaffieren können.“[2]) Damit stimmt Bismarck überein, wenn er von Radowitz als dem Garderobier der Phantasie des Königs spricht[3]). Zar Nikolaus sagte grimmig zu dem Gesandten Rochow: „Habe ich Ihnen nicht immer gesagt, der König liebe den Herrn v. Radowitz mehr als die Ehre und das Heil des Vaterlandes?“[4]) Als man wieder zum traurigen Bundestag zurückgekehrt war, da äußerte Friedrich Wilhelm zu einem Vertrauten: „Radowitz liebt mich noch viel mehr als Sie. Er allein versteht mich.“[5]) Ger-

---

[1]) G. I, 510.

[2]) G. I, 569 f.

[3]) G. u. E. I, 64.

[4]) A. 12. September 1850.

[5]) A. 7. Juni 1851. Aeußerung des Königs gegen den älteren Berg, nach dessen Erzählung an G.

lach und seine Anhänger hielten indes mit ängstlichster Sorgfalt darauf, daß ihr Gebieter nicht wieder unter diesen Einfluß geriet. Stete „Rache im Herzen" deswegen fügte sich Friedrich Wilhelm, und als er einmal über Radowitz von Gerlach befragt wurde, erwiderte er: „An Radowitz habe ich einmal in Hechingen geschrieben und das sechs Zeilen bei Ueberschickung der Kette vom Hohenzollernschen Orden. Seine noch kürzere Antwort hat mich bis zu Thränen gerührt."[1]) Es machte ihm direkt Freude, als er einmal sah, daß Gerlach mit dem verhaßten Manne nicht zu sprechen verschmähte.

Auf ähnlicher Unterlage beruhte das Freundschaftsverhältnis des Königs mit Bunsen. Immer wieder empfand es Gerlach, daß im Vergleich zu Radowitz und Bunsen er und seine Freunde für den König „Rindvieh" seien. Mit Bunsen schloß Friedrich Wilhelm früh Freundschaft in Italien. Verbanden ihn mit Radowitz hauptsächlich die deutschen Ideen, so zogen ihn bei diesem phantasiereichen Manne die kirchlichen Interessen, die englischen Neigungen und künstlerische Seelenverwandtschaft an. Sie waren einander in der Vielseitigkeit der Interessen und des Wissens, in der Regsamkeit und Beweglichkeit des Geistes und in der ganzen seelischen Grundstimmung außerordentlich ähnlich geartet. Jedoch hat der König Bunsen gegenüber stets eine größere Unabhängigkeit bewahrt. War ihm Radowitz der „große Mann", so nannte er Bunsen den „edlen". Er sollte bittere Erfahrungen mit ihm machen, da die Eigenmächtigkeit, die Phantasterei und die Unbesonnenheit dieses Freundes seine Politik, insbesondere auf dem Londoner Gesandtenposten, den er ihm aus Freundschaft verlieh, fortgesetzt schädigte. Das hielt ihn nicht ab, im Andenken an die Anregungen, die er im Verkehr mit Bunsen gefunden hatte, und in Dankbarkeit gegen Bunsens Ergebenheit, ihm die Freundschaft treu zu bewahren. Als der nüchterne treue Rauch ihm einmal vorhielt: „Wie können Eure Majestät diesem Manne, der Sie belügt und betrügt, solche vertrauliche Briefe schreiben," erwiderte der König: „Zweiundzwanzig Jahre ist er mein Freund gewesen," und als die Königin einfiel:

---

[1]) A. 13. April 1853.

„Zweiundzwanzig Jahre hat er dich belogen und betrogen," meinte er gelassen: „Ich muß ihn auf den rechten Weg führen."[1]) Als Gerlach zu den Ausführungen Bunsens in einer Depesche über den Gegensatz des monarchischen und republikanischen Prinzips bemerkte: solche Redensarten seien ihm widerwärtig und das erste Treue und Liebe zum König und das andere Rebellion nannte, entkräftete der König seine Gegenrede mit liebenswürdiger Ueberlegenheit: „dies sei Bunsens Gedanke in das Pommersche übersetzt"[2]). Bunsens Stellung wurde schließlich durch seine leichtsinnige Politik unhaltbar. Der König aber wollte ihn durchaus nicht preisgeben. Er nannte dessen Handlungsweise „Verrat" und Bunsen selbst „verrückt"[3]); aber ihn von seinem Gesandtschaftsposten abberufen, dazu wollte er sich lange durchaus nicht entschließen, weil er seit dreißig Jahren mit Bunsen befreundet sei. Noch im Herbst 1857 hat er im Gegensatz zu dem übrigen Hofe den alten Vertrauten nach Gerlachs Zeugnis „sehr zärtlich" empfangen.

Vorwiegend die geistigen Eigenschaften zogen ihn auch bei dem Staatsmann an, dem die Lösung der deutschen Frage gelingen sollte. Ein näheres Verhältnis hat sich zwischen ihm und Bismarck nicht herausgebildet, schon weil zwischen ihnen der Altersunterschied sehr erheblich war. Immerhin ist es bemerkenswert, wie wohlwollend des Königs Augen auf diesen aufgehenden Stern blickten. Schon seit dem ersten Vereinigten Landtage hatte er den streitbaren Junker lieb gewonnen. Bismarck erzählt selbst, wie er im Juni 1848, als er in der Stimmung eines Frondeurs zu ihm gekommen war, der seine Mißstimmung über die in den Märztagen von Friedrich Wilhelm an den Tag gelegte Schwäche schlecht verhehlte, mit einer Güte von dem armen, aus dem seelischen Gleichgewicht gekommenen König behandelt wurde, die ihn „überwältigte"[4]). Es wird dieselbe Unterredung sein, von der Ludwig v. Gerlach am 9. Juli 1848

---

[1]) A. 16. April 1849. Vgl. Buschs Tagebuchblätter III, 164.
[2]) G. II, 2.
[3]) A. März 1854.
[4]) G. u. E. 43 f.

an Leopold berichtet[1]). Danach hatte der König Bismarck „vor etwa 14 Tagen“ rufen lassen, „gründlich“ die Lage in Gegenwart der Königin besprochen und sich vor dem jungen Abgeordneten entschuldigt, „alle Befehle am 18. und 19. März seien nicht von ihm ausgegangen“. Auf Bismarcks Vorstellungen erwiderte er: „Man ist immer klüger, wenn man von dem Rathause kommt; was wäre denn damit gewonnen, daß ich zugäbe, ‚wie ein Esel gehandelt‘ zu haben? Vorwürfe sind nicht das Mittel, einen umgestürzten Thron wieder aufzurichten, dazu bedarf ich des Beistandes und thätiger Hingebung, nicht der Kritik.“ Bismarck war in einer Stimmung gekommen, in der es ihm ganz recht gewesen wäre, ungnädig weggeschickt zu werden. Angesichts einer solchen rührenden Haltung des Königs fühlte er sich vollständig entwaffnet. Dem König aber hatte sein freimütiges Wesen über die Maßen gefallen; zeigte sich doch hier das märkisch-pommersche Junkertum, das selbst dem tollsten Lästerer des preußischen Adels, Varnhagen, in seiner „persönlichen Kraft“, seinem „zähen Trotz“ und „seinem starken Selbstgefühl nach oben wie nach unten“ zuweilen zu imponieren vermochte[2]), in seiner besten Gestalt. Gern ging Friedrich Wilhelm einige Jahre später auf den Vorschlag Leopold Gerlachs ein, Bismarck zum Bundestagsgesandten zu machen, während Varnhagen damals in seiner liberalen Weisheit höhnend in sein Tagebuch schrieb: „Herr v. Bismarck ist am 23. August als wirklicher Bundestagsgesandter aufgetreten. Rochow geht ab. Ein Dummer für den anderen. Aber es geht recht gut!“ Einen besonderen Stein im Brette gewann der junge Diplomat bei Friedrich Wilhelm, als er für seine Pläne mit der ersten Kammer Verständnis zeigte. Beide, der König und der Junker, fanden sich zudem in ihrer gemeinschaftlichen tiefen Abneigung gegen die geistlose, pedantische, „krebsfräßige“, wie Bismarck sagte, Bureaukratie. Wie hoch Bismarck schon früh in Friedrich Wilhelms Gunst stand, dafür haben wir in dem berühmten Schreiben vom 5. Juni 1852, in dem der König seinen Schützling in Wien

---

[1]) Urschriftlich bei den A.

[2]) Tagebücher 9, 67.

beim Kaiser Franz Joseph einführte, einen urkundlichen Beweis: „Er gehört einem Rittergeschlecht an, welches länger als mein Haus in unseren Marken seßhaft, von jeher und besonders in ihm seine alten Tugenden bewährt hat ... Es ist mir ein befriedigender Gedanke, daß Eure Majestät einen Mann kennen lernen, der bei uns im Lande wegen seines ritterlich-freien Gehorsams und seiner Unversöhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein von vielen verehrt, von manchen gehaßt wird. Er ist mein Freund und treuer Diener und kommt mit dem frischen lebendigen sympathischen Eindruck meiner Grundsätze, meiner Handlungsweise, meines Willens." Diesen Brief hat er seinem getreuen Gerlach vorgelesen, wie dieser am 6. Juni aufgezeichnet hat, in der Voraussetzung, daß der General damit unzufrieden sein würde. „Ich lobte aber den Brief," sagt Gerlach, „und sprach den Tadel, den ich dagegen hatte, nämlich das übertriebene Lob von Bismarck nicht aus," und dabei that sich Gerlach darauf etwas zu gute, daß er Bismarcks Ernennung für Frankfurt durchgesetzt hatte, und war stolz auf seine Freundschaft mit dem Bundestagsgesandten, die damals noch in voller Blüte stand. Fast scheint es, als wenn er ein wenig eifersüchtig auf die Gunst, die jener beim Könige fand, geworden war. Als der Minister v. Manteuffel im Juli 1853 abgehen wollte, dachte Friedrich Wilhelm schon daran, Bismarck zum leitenden Minister zu machen[1]). In den schwierigen Jahren des Krimkrieges bediente er sich mit Vorliebe seines Rats gegen Manteuffel und ließ ihn oft zu diesem Zwecke von Frankfurt herüberkommen, sehr zur Pein für den Bundestagsgesandten, dem das Mißliche des Ausspielens seiner Person gegen den ihm vorgesetzten Minister nur zu klar war[2]). Schon im März 1854 arbeitete Bismarck einen Entwurf zu einer Kreditforderung an die Kammer im Auftrage des Königs um. Gerlach meinte wiederum in einer Regung von Eifersucht: „Mir kam der Entwurf auch in dieser Umarbeitung lang und schleppend vor, der König fand ihn aber, da er von Bismarck war, vortrefflich."[3]) Eine neue Probe von

[1]) A.
[2]) G. u. E. I, 109, 128.
[3]) G. II, 121 f.

dem steigenden, seinen eigenen verdrängenden Einfluß Bismarcks erlebte Gerlach zu seinem Kummer, als er dem Könige Bismarcks Brief vom 22. November 1854 vorlas, in der dieser die übertriebene Furcht des Generaladjutanten vor einer Verständigung mit Frankreich und seine Verteidigung Oesterreichs zurückwies. „Der König gab mir völlig unrecht und Bismarck völlig recht," verzeichnete er hierzu am 24. November in sein Tagebuch, und noch wenige Wochen vor der Erkrankung in Pillnitz hatte Friedrich Wilhelm seine helle Freude an den klaren und tiefen Auseinandersetzungen Bismarcks über die Stellung zu Napoleon. „Ein Meisterstück in seiner Art" nannte er den Brief des Bundestagsgesandten an Gerlach vom 30. Mai 1857. Schon im April 1854 dachte er wieder an Manteuffels Ersetzung durch Bismarck, wie Gerlach und Bismarck übereinstimmend berichten[1]). Das Wort, das er gebraucht hat, als ihm Bismarck in der Zeit vor der Berufung Brandenburgs ins Ministerium im Herbst 1848 vorgeschlagen wurde: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonnet schrankenlos waltet"[2]), welches beweist, daß er die rücksichtslose Energie des Mannes sofort erkannt und ein dunkles Gefühl davon hatte, daß er die Rettung aus allen Wirren bringen würde, das aber auch zugleich eine gewisse Scheu vor ihm verrät, hat also in späteren Jahren bei Friedrich Wilhelm nicht mehr seine Geltung behauptet. Einmal dachte der König daran, ihn zum Finanzminister zu machen[3]), was ebenso verfehlt gewesen wäre, als wenn er seiner Zeit den Gedanken, Bismarck zum ständigen Vertreter Preußens am Wiener Hofe zu ernennen, verwirklicht hätte. Er hat ihn immer wieder bestürmt, ein Portefeuille zu übernehmen. „Wenn Sie sich an der Erde winden, es hilft Ihnen nichts, Sie müssen Minister werden."[4]) Außer anderen Gründen bestimmte jedoch Bismarck die Erwägung, daß für seine Herrschernatur unter diesem nur zu gefügige Ratgeber verlangenden Fürsten als Mi-

---

[1]) A. 9. IV. 1854. G. u. E. I, 145.
[2]) G. u. E. I, 50.
[3]) G. u. E. I, 191.
[4]) G. u. E. I, 192.

nister kein Platz sei, sich „der verantwortlichen Stellung unter diesem Herrn zu entziehen, wie er konnte“[1]).

Anders als zu dieser Gruppe von Freunden, die ihm durch ihren Geist imponierten — man könnte zu ihr auch noch Theodor v. Schön und Savigny rechnen —, war die Stellung Friedrich Wilhelms zu seinen näheren Gesinnungsverwandten, mit denen ihn mehr ein gemütliches Verhältnis verband. Hier begegnen wir vielleicht noch rührenderen Zügen, wie jenen gegenüber. Es handelte sich bei diesen Herzensbeziehungen hauptsächlich um die eigentliche Camarilla, um Leopold und Ludwig Gerlach, um den Konsistorialpräsidenten Graf Voß-Buch, den Kabinettsrat Markus Niebuhr, General v. Rauch, Hausminister v. Massow, Hofmarschall Graf Keller, allenfalls auch den Feldmarschall Graf Dohna, den Gerichtspräsidenten v. Kleist und den Oberpräsidenten Hans v. Kleist-Retzow, Graf Albrecht v. Alvensleben-Erxleben, den Freiherrn Edwin v. Manteuffel, den Vizepräsidenten Goetze, den Historiker Heinrich Leo, vielleicht auch Julius Stahl. Edwin Manteuffels außerordentliche Geschicklichkeit hat er zuerst erkannt. Als Leopold Gerlach ihm einmal vorstellte, durch zu häufige Verwendung würde dieser Adjutant frühzeitig verbraucht werden, entgegnete ihm der König mit freundlicher Ueberlegenheit: „Er hat aber das Talent sich nicht verbrauchen zu lassen.“[2]) Die hohe Meinung von Graf Alvensleben hatte er gemeinsam mit seinem Bruder Wilhelm. Eine andere Gruppe waren die mystisch frommen Männer Graf Anton Stolberg, der Kabinettsminister v. Thile[3]), General Graf Gröben, Oberpräsident v. Senfft-Pilsach, General C. v. Röder, die eigentlichen Pietisten, von denen sich die Gerlachs und ihr Anhang sehr unterschieden wissen wollten. Isolierter stand der geistreiche General Freiherr v. Canitz und Dallwitz. Es waren dies zumeist Männer, denen Friedrich Wilhelm sein ganzes Herz ausschütten konnte, wonach

---

[1]) Vgl. auch G. u. E. I, 280.

[2]) G. II, 370.

[3]) Vgl. über ihn Fr. Meinecke in der Allg. deutschen Biographie 38, 28 ff. und die Charakteristik in den Denkschriften des Freiherrn v. Canitz, II, 168–171.

er nur zu häufig das Bedürfnis empfand. Von Anton Stolberg sagte er ausdrücklich im Frühjahr 1843, er wolle ihn nicht zum Minister, sondern zum homme de confiance haben, und Leopold Gerlach zog er nach den Schreckenstagen des März in seine Nähe mit den Worten: „Ich muß jemand bei mir haben, mit dem ich sprechen kann.“[1]) Von diesen Männern ließ er sich in kritischen Stunden ernstlich ins Gewissen reden. So durfte ihm Stolberg noch vor den schlimmsten Tagen des März seine Niedergeschlagenheit vorhalten. Das gezieme sich nicht für einen König und Christen[2]). Als Stolberg, der auch das engste Vertrauen des königlichen Oheims, des älteren Prinzen Wilhelm genossen hatte, starb (1854), da litt Friedrich Wilhelm physisch unter dem Verluste. Er zählte jene Tage zu den schwersten, die er erlebt.

Am besten sind wir natürlich über das Verhältnis zu Leopold Gerlach unterrichtet. Der durch seine dialektische Schärfe ausgezeichnete Mann, den selbst nahe Freunde, wie Rochow, „superklug“ nannten, war Friedrich Wilhelm etwa seit dem Jahre 1823 bei den Zusammenkünften der „Maikäfer“ näher getreten und hatte sich mit ihm im Hallerianismus gefunden. Fünf Jahre älter wie der König hatte er in den Befreiungskämpfen den Haß gegen den Bonapartismus und gegen die Revolution überhaupt tiefer eingesogen als wohl irgend jemand, so daß er noch in seinen spätesten Jahren geradezu aus dem Häuschen geriet, wenn Realpolitiker von einer gelegentlichen Verständigung mit Napoleon III. sprachen. „Jede Berührung mit dem Bonapartismus hat wie ein Mehltau vergiftet,“ pflegte er zu sagen. Mit ähnlicher Starrheit hielt er an der von Haller gepredigten Lehre des ständischen Staates fest. Er gelangte bald zu hohem Einfluß auf Friedrich Wilhelm noch in dessen Kronprinzenzeit, ebenso wie sein jüngerer Bruder Ludwig. Dieser, Savignys Berater beim Ehegesetz und der ständige Kandidat der Camarilla für den Posten des Justizministers, berühmt hauptsächlich als Rundschauer der Kreuzzeitung, hatte mehr Schwung wie Leopold,

---

[1]) G. II, 523 und sonst.
[2]) A. 17. Oktober 1848 und sonst.

übertraf ihn jedoch noch weit in seiner Neigung für Paradoxen und ist darum in der Politik nach Bismarcks Ausdruck einsam wie ein Stylite geworden. Durch sein energisches Wirken auf den Willen des Königs hat er manches bei ihm vermocht. Dauernder und stetiger gestalteten sich indes Friedrich Wilhelms Beziehungen zu Leopold. Ludwig hat der König selbst einen Ideologen genannt [1]). Zwischen dem König und dem General bildete sich allmählich ein Vertrauensverhältnis aus, wie es sich selten wiederfindet. Dies enge Verhältnis zwischen beiden tritt auch in den wenigen Briefen, die der König an den Adjutanten geschrieben hat — es sind wenig, weil Gerlach meist um ihn war — recht deutlich hervor, die zugleich herrliche Beispiele für das tiefe und edle Gemüt des Königs liefern. Es steht außer allem Zweifel, daß der Einfluß der Gebrüder Gerlach — außer Leopold und Ludwig gehörten zu ihnen noch ein älterer, Wilhelm, der 1834 starb, der ruhigste unter ihnen, wie Ludwig Jurist, und der 1849 verstorbene Hofprediger Otto v. Gerlach, die beide indes nicht vertraut mit Friedrich Wilhelm wurden — in mehr als einer Hinsicht nicht gut auf Friedrich Wilhelm gewirkt hat. Der Schwager der Gebrüder, der von ihnen hochverehrte General v. Grolman, sagte in der Zeit, als Friedrich Wilhelm seine Regierung begann, mit großer Offenheit zu Leopold: „Alles was der König Schlechtes an sich hat, verdankt er dir und deinesgleichen.“ [2]) In seinem Tagebuch suchte Gerlach sich klar zu machen, was Grolman mit dem „Schlechten“ gemeint hätte und beantwortete sich die Frage dahin: „Er selbst würde sagen: Damit meine ich den Pietismus, das Mittelaltertum, den Aristokratismus, den Polonismus, Feudalismus, Hallerianismus u. s. w., den ihr in dem Kronprinzen entweder erweckt oder bestärkt und befestigt habt.“ Und in der That liegt in dieser Richtung die unglückliche Wirkung des Verkehrs Friedrich Wilhelms mit den Gerlachs. Andererseits war gerade Leopold Gerlach von einer Uneigennützigkeit und einer Liebe für seinen König und den preußischen Staat erfüllt und trotz seines Doktrinarismus be-

[1]) G. II, 133.
[2]) G. I, 83.

kundete er auch wieder einen so ungewöhnlichen Blick für die realen Verhältnisse, daß er wohl in die ihm eingeräumte Vertrauensstellung hineinpaßte. Wie sein Herr war er in erster Linie Christ, sodann aber ein Vertreter des Altpreußentums, dem es auf die Vertretung spezifisch preußischer Interessen ankommt. In diesem Sinne wird er jener Royalist de pur sang, der in seiner Art eine großartige Erscheinung ist und die Dinge dieser Welt von einer höheren Warte als die meisten anderen Menschenkinder zu beurteilen vermag[1]). Er erinnert in seiner Abneigung gegen das Aufgehen im Deutschtum und gegen den deutschen Gedanken überhaupt an den Nachfolger Friedrich Wilhelms, der die längste Zeit seines Lebens auch von einem gewissen Widerstreben gegen die deutschen Ideen in der Tiefe seines Herzens erfüllt war, wenn er sich auch nicht so hermetisch dagegen verschloß und sich als viel anpassungsfähiger erwies. Als Preuße wollte Gerlach vor allem eine starke Krone. Alles, was die Beamten thun, muß nach seiner Ansicht lediglich im Interesse der Krone geschehen. Er hatte gar kein Verständnis für die neumodische Auffassung, die ihm überall begegnete, daß die Oberpräsidenten darauf ausgehen müßten, die Provinzen glücklich zu machen. Für ihn waren sie einzig und allein dazu da, dem Könige zu dienen und für dessen Vorteil zu arbeiten. Das übrige findet sich für ihn von selbst. Sein Altpreußentum ließ ihn gelegentlich die neueste Geschichte wie einen Kampf zwischen alten und neuen Provinzen betrachten. „Einige katholische Schriftsteller sehen in der Reformation eine Mönchsstreitigkeit der Augustiner und Dominikaner, so kann man in unserer Revolution und Contrerevolution eine Aktion des Rheinlandes und eine Reaktion der alten Provinzen gegen dasselbe sehen," bemerkt er einmal[2]). Bei seinen ständischen Projekten dachte er nicht daran, den Arbeiterstand zu berücksichtigen, und stritt sich darüber oft mit seinem Herrn. Dann bricht wieder eine

---

[1]) Vgl. hierzu Hermann Oncken. Zur Genesis der preußischen Revolution. Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte XIII, 147.

[2]) I, 595.

gesunde Auffassung der geschichtlichen Erscheinungen durch. Man glaubt Treitschke zu hören, wenn er gegen die Koburger herzieht: „Es ist eine Familie, die profitieren will von allem, was faul in Europa ist.“ [1]) „Diese Familie wird sich nächstens als Könige vermieten.“ [2]) Er hatte jederzeit den Mut, seinem Könige die Wahrheit zu sagen und seine abweichende Meinung zu bekennen, auf die Gefahr hin, Friedrich Wilhelms Zorn zu erregen. „Vorsicht ist nicht mein Talent,“ pflegte er von sich zu sagen. Gern benutzte er die Diskussionen, um gelegentlich eine „Feuerflockenwahrheit“ anzubringen, wie er es nannte [3]). Nichts war ihm widerwärtiger als das Heer ordinärer Schmeichler, das sich noch immer an die Fersen der Fürsten geheftet hat, und das auch Friedrich Wilhelm IV. zu seinem Unheil nur zu sehr umringte. Sein steter Kampf war gegen das willkürliche Gebrauchen der Menschen durch den König gerichtet. Zwar löschte er, nachdem er seine Ratschläge erschöpft hatte, gleichsam sein Selbst aus, um seine von ihm als Beruf erkannte Rolle als steter Beistand des „wunderlichen Herrn“ durchführen zu können, womit er den Zorn seines den Individualismus auf die Spitze treibenden Bruders Ludwig erregen konnte, der beständig den Satz im Munde führte: „Ich bin auch ein König!“ Seine eigentliche Auffassung dieses Behandelns der Menschen hat er aber niedergelegt in den Worten: „Zum Werkzeug ist der Mensch zu edel und kein Gehorsam kann die Kraft ersetzen, die einem König zuwächst, wenn ein Unterthan oder Diener sein ganz freies oder selbständiges geistiges Vermögen an das setzt, was der König will. Hier ist Ludwigs Diktum: ‚Ich bin auch ein König‘ an seiner Stelle.“ [4]) Mit Furcht und Zittern verfolgte er die unsicheren und unsteten Schritte seines Herrn. Es ist erschütternd, wie er unter den Demütigungen, die dem Könige zugefügt wurden, mitlitt. Wie oft wachte er broken heart auf, wenn er sich in der Nacht die Gefahren vergegenwärtigt hatte,

---

[1]) A. Mai 1854.
[2]) II, 225.
[3]) G. I, 242.
[4]) G. I, 754. Vgl. I, 295.

denen das Staatsschiff entgegensteuerte und sein geliebter „wunderlicher Herr“ nicht zu nehmen war. Er und der Generaladjutant Rauch „mit seiner schlichten Prosa“ fühlten sich im Verein mit der Königin seit den entsetzlichen Märztagen so recht als die persönlichen Wächter über den König und seine Handlungen. Als Rauch 1850 gestorben war, übte Gerlach allein diese Rolle aus. Später trat der Kabinettsrat Markus Niebuhr hinzu.

Leopold Gerlach ist der eigentliche Gründer der Camarilla und ihr Haupt gewesen, Patronin war sozusagen die Königin. Entstanden ist diese vielberufene Einrichtung — denn eine förmliche Organisation muß sie genannt werden — als von der Not diktiert, um den „wunderlichen Herrn“ nicht wieder in eine so hilflose Lage geraten zu lassen wie in den Märztagen. In gewissem Sinne trat diese Camarilla, dies ministère occulte, wie die von Gerlach selbst gewählten Bezeichnungen lauten, an die Stelle der seit 1848 abgeschafften Kabinettsminister. Dies schwebte Gerlach auch offenbar vor, wenn er sie das „Cabinet“ nennt[1]). In besonders kritischen Augenblicken trat die Camarilla zu ordentlichen Sitzungen zusammen und beauftragte einen der Ihren mit einer Mission an den König. Außer Leopold Gerlach war hier mehrmals mit besonderem Erfolg der alte Feldmarschall Dohna thätig, der mit seiner nüchternen Verständigkeit wie ein Mauerbrecher auf sein Ziel losging. Der Schalk Gerlach konnte nach solcher Dohnaschen Operation wie auch sonst oft, wenn irgend eine Zufälligkeit in dem Wirrwarr der politischen Kämpfe entschied, in seinen Selbstbekenntnissen mit Fug und Recht das Oxenstiernsche Wort citieren: Non credis, mi fili, qua parva sapientia mundus regitur. Immer aufs neue wollte es ihm scheinen, als wenn die Verwaltung seines Gutes Rohrbeck mehr Schwierigkeiten böte als die ganze Politik. Im Laufe der Jahre wurde Gerlach durch seinen Generaladjutantenposten, in welchem er dem Könige täglich beim Kaffee Vortrag über alle Angelegenheiten hielt, wie schon früher Knesebeck und Witzleben bei Friedrich Wilhelm III., gleichsam der politische Beichtvater des Königs.

---

[1]) G. I, 391, 394.

Er hat dies Wort selbst von sich gebraucht[1]). Friedrich Wilhelm suchte sich stets eine überragende Stellung zu sichern, und es ist geradezu erstaunlich, wie frei er in seinen Entschlüssen blieb. Trotzdem wußte sich Gerlach durch seine Urteilskraft und seine Geschicklichkeit solche Geltung zu verschaffen, daß er den Ministern und sonstigen Ratgebern, die der König sich in nur zu großer Zahl wählte, oft genug unbequem wurde. Gerlach war zu vornehm und zu stolz, um sich an seinen Posten zu klammern, und hat oft in aller Form seinen Abschied verlangt. Daheim sang er wohl, wenn seines Gebieters Gunst sich von ihm zu wenden schien, mit den Seinen in frommer Hausandacht das alte Kirchenlied:

Verlasse dich auf Fürsten nicht,
Sie sind wie eine Wiege.
Wer heute Hosianna spricht,
Ruft morgen crucifige[2]).

Ein einziges Mal, als Radowitz gerade ins Ministerium berufen war, hat der König sich beinahe dazu bestimmen lassen, sich von ihm zu trennen, es aber doch schließlich — vielleicht nur aus Unentschlossenheit — nicht gethan. Sonst hat er manches Mal den ihm opponierenden Untergebenen hart angefahren, so daß dieser sich verletzt fühlen durfte. In dieser seiner Heftigkeit erinnerte Friedrich Wilhelm an den großen Friedrich, der auch zuweilen gegen seine Getreuesten so maßlos auffahren konnte[3]). Kam Gerlach dann mit der Bitte ihn zu entlassen, dann zerriß der König, wie er es auch bei anderen oft genug that, hochherzig das Gesuch, und erklärte, davon könne keine Rede sein. „Wollte Gott, ich könnte in der Aufregung der Diskussion das Prinzip des ‚Behandelns mit Vorsicht‘ immer aufrecht erhalten. Helfen Sie mir fortan dazu,“ hat er ihm einmal geschrieben, und als der treue Mann natürlich unter solchen Umständen seine Bereitwilligkeit zu bleiben schriftlich mitteilte, da ging er ihm anderen Tags dankerfüllt mit den Worten entgegen:

---

[1]) A. Juli 1852.
[2]) G. u. E. I, 47.
[3]) Vgl. z. B. Koser, Friedrich der Große I, 130.

„Gratias ago tibi.“ Es kam vor, daß König und Adjutant im Schlosse im tiefsten Negligé nachts ihre Gedanken austauschten. Was Gerlach sich selbst im Jahre 1842 bekannte: „Von mir kann ich sagen, daß der König in seinem ganzen Lande niemand hat, der mehr im innersten Herzen mit ihm einig ist, ihn besser versteht und ihn lieber hat als ich,“ das konnte er in späteren Jahren, insbesondere nach Radowitzens Entfernung, noch mehr behaupten. Oft genug wählte der König eine List, um mit seinem geliebten Gerlach ungestört und unbeobachtet von den Ministern zusammen zu sein. Zuweilen wies er andere Vertraute an Gerlach, als an den, der seine „innersten Herzensgedanken“ kenne. Leopold war sein „Herzenspolte“, nach dem es ihn auch noch in seiner Krankheit am meisten verlangte. Bei einem so nahen Verhältnis wird es begreiflich, wenn Gerlach in eine ungeschickte Stellung zu dem Prinzen von Preußen kam und hervorragende Eigenschaften anfangs nicht genügend würdigte. Bei seinem „wunderlichen Herrn“ sah er vor allem die Fülle des Geistes, die er bei dem Thronfolger vermißte. Als er fühlte, wie er älter wurde und Edwin Manteuffel und Bismarck mehr in Gunst bei seinem Gebieter kamen, pflegte er wohl nachdenklich das Wort im Munde zu führen: „Thyrsis, il faut songer à sa retraite.“ Bei den Krankheitsanfällen schien es ihm jedoch Feigheit, zurückzutreten. Er gelobte sich im Verlaufe, es so zu machen, wie der Hausminister v. Massow, der sterbend in die Nähe des Königs zog [1]), um seine letzten Stunden nicht fern von diesem zuzubringen, und so will es uns anmuten, als wenn sein eigener Tod, den er sich bei der Beisetzung Friedrich Wilhelms IV. durch Erkältung zuzog, halb absichtlich von ihm herbeigeführt sei. Er starb nach Bismarcks Worten ganz wie ein Gefolgsmann eines altgermanischen Fürsten. Noch im Tode zeigte er sich als Romantiker durch und durch.

Die Vorsehung ließ den König eine Gemahlin finden, die ihm eine starke Stütze in allen kritischen und leidensreichen Tagen seines Lebens werden sollte. Die stolze, reichgebildete Tochter König Maximilans I. von Bayern, hat Königin Elisabeth

[1]) G. II, 693, 694.

ihren Anteil an dem weitreichenden Einfluß der vier bayerischen Schwestern gehabt. Indes hat sie durchaus nicht den Ehrgeiz gehegt, in der Politik eine Rolle zu spielen. Desto mehr gelang es ihr, durch stillen Widerstand und durch vorsichtiges Nehmen ihres Gemahls seinen unglücklichen Eigenschaften oft ein Gegengewicht zu verschaffen. Hochherzig fand sie sich in das Los, daß ihr keine Kinder beschieden waren. Friedrich Wilhelm war manchmal ganz erstaunt über ihre Urteilskraft[1]). Sie pflegte den Kaffeevorträgen beizuwohnen und erlaubte sich dabei begreiflicherweise ab und zu auch ein Wort mitzusprechen. Das behagte dem König mehrmals nicht, und er nahm ihr dann das Versprechen ab, dies zu unterlassen, was sie dann ernsthaft und getreulich innehielt[2]), bis im Drange der Ereignisse ihr wieder die Zunge gelöst wurde. In der Regel trat sie mit all den kleinen Künsten der edlen Frau besänftigend dazwischen, winkte den Sprechern, wenn sie merkte, daß sie eine wunde Stelle des Königs berührten und ein Ausbruch seiner Heftigkeit zu befürchten war, bedeutete sie, wie sie ihre Sache in gewissen Dingen verschlimmerten, z. B. wenn Gerlach einen vom Könige gerade begünstigten Mann tadelte, weil sie wußte, daß der König dann um so fester an dem Getadelten halten würde. Zuweilen ging sie, wenn die vom König vertretenen Ansichten ihr nicht behagten oder er ihr zu leidenschaftlich wurde, hinaus. Ließ er sich zu sehr gehen, so hat sie ihn wohl im Zimmer herumblickend mit den ernsten Worten gestraft: „Ich suche den König.“[3]) Manchmal ergriff sie auch die Offensive gegen die Berater ihres Gemahls. So sprach sie einmal ihre Empörung über „die ewigen Vorträge“ beim Könige aus und meinte geistreich, im Hinblick auf das Ueberwuchern der Geschäfte, daß die Menschen die Sachen hervorriefen, die Sachen aber nicht die Menschen[4]). Oefter suchte Gerlach sie ins Gefecht hineinzuziehen, weil er gewöhnlich in ihr eine eifrige Bundesgenossin fand. Sehr

---

[1]) G. I, 382.
[2]) A. 6. Dezember 1850. G. II, 280.
[3]) Treitschke V, 17.
[4]) G. I, 787.

charakteristischerweise widersetzte sich der General, als Edwin Manteuffel im Frühjahr 1856, beim Herannahen des geistigen Zusammenbruchs Friedrich Wilhelms, den Kaffeevortrag abschaffen wollte. Dann würde er den Abschied nehmen, denn das hieße die Königin von den Geschäften ausschließen, was ihm gerade in diesem Augenblicke gefährlich zu sein schiene [1]). Er kannte ihren wohlthätigen Einfluß und hatte darum wohl so unrecht nicht. Später hat sie sich dann mehr in die Gewalt hineingesetzt und dem Prinzen von Preußen durch ihren Widerstand manche schwere Stunde bereitet, hierzu mehr verleitet durch die Sorge, den Rechten ihres Gemahls etwas zu vergeben, als aus Verlangen nach eigener Herrschaft. Mit rührender Liebe hing der König an ihr, die so bitterlich an seiner Seite zu leiden hatte. Auch gegen seine Vertrauten sprach er immer von seiner „Elise“ und gestand Gerlach noch in späteren Jahren: „Ich bin noch immer in meine Frau sterblich verliebt.“ Als Katholikin 1823 mit dem Könige vermählt, ist sie bald nachher aus Ueberzeugung zum evangelischen Glauben übergetreten und hat später selbst ihren Gemahl mit Erfolg davor gewarnt, den katholischen Prälaten zu viel Vertrauen entgegenzubringen, als dieser, beraten von dem Katholiken Radowitz, sich zu Konzessionen herbeilassen wollte. Ohne Frage gehört sie zu den edelsten Erscheinungen unter den Frauen, die den Fürstenthron geziert haben.

---

[1]) A.

II.

Bis zum Ausbruch der Revolution.

Die Grundzüge des Wesens Friedrich Wilhelms sind früh an ihm hervorgetreten. Viel hat zweifellos sein erster Erzieher, Delbrück, an ihm verdorben, der selbst bei dem Prinzen Ausgelassenheit, auffahrendes, gebieterisches Auftreten tadelt, durch das er auch diejenigen kränke, die er am meisten liebe. Der Freiherr vom Stein glaubte eine Zügellosigkeit des Willens zu erkennen, die die schlimmsten Folgen nach sich ziehen könne. Es ist, als ob der Prinz schon als Knabe ein Vorgefühl gehabt hat, daß seine Stärke nicht im Handeln beruhen sollte, wenn er vierzehnjährig niederschrieb: „Meine Hand kann kaum einige Pfund halten, aber mein Gemüt die Welt umspannen.“ [1]) Ahnungsvoll schrieb die Mutter: „Es muß ein Mann kommen, der den Geist des Kronprinzen faßt, ergreift, sich seiner bemächtigt, um ihm die gewünschte Richtung zu geben.“ Einen wichtigen Einfluß sollte auf ihn der Theologe Ancillon ausüben, derselbe Mann, der später eine Zeitlang unter Friedrich Wilhelm III. die auswärtigen Angelegenheiten leitete. Ihn bestellte Friedrich Wilhelms schwergeprüfte Mutter noch kurz vor ihrem Tode zum Erzieher an Stelle Delbrücks und traf damit sicherlich eine bessere Wahl als mit diesem [2]). Aus dem Befreiungskriege 1814 zurückgekehrt, hörte er einige staats-

---

[1]) Ranke, Werke 51/52, 409.

[2]) Vgl. über die Erziehung des Kronprinzen Rankes eingehendere

wissenschaftliche Vorlesungen Niebuhrs, der begeistert über ihn ausrief: „Ich habe nie eine schönere Jünglingsnatur gesehen.“ Wie Stein, der sich redlich um die Erziehung des Prinzen bemüht hatte, so sah auch Gneisenau den Schatten in dessen Wesen. Am 6. Februar 1821 hat er an Hardenberg geschrieben: „Der Kronprinz möchte lieber die Gewässer wieder gegen ihre Quellen leiten als ihren Lauf in die Ebene regeln.“ Den nachhaltigsten Eindruck auf ihn machte sein Besuch Italiens im Jahre 1828. Mit vollen Zügen genoß er die Herrlichkeit der in Rom aufbewahrten Kunstwerke.

Politisch begann er hervorzutreten nach dem Tode Hardenbergs (1822) als Führer der Mehrheit im Staatsrate. Er legte sofort eine starke Abneigung gegen den Bureaukratismus an den Tag. Schon 1830 hat er den Gedanken gehabt, die seit 1823 ins Leben getretenen Provinziallandtage im Vereinigten Landtage zusammenzufassen [1]). Das Versprechen seines Vaters vom 22. Mai 1815 lag ihm auf dem Gewissen. Noch mehr beschäftigte ihn die Kirche, in der er den Hegelianismus wie den „Cäsaropapismus“ bekämpfte. Bei Gelegenheit der ganz verfehlten Fehde Ludwig Gerlachs gegen Gesenius trat er dem unduldsamen Heißsporn bei. In seltsamer Uebertreibung des christlichen Empfindens wollte er ein Rechtsverhältnis mit den Türken nicht anerkennen und deswegen jeden Aufstand der Christen gegen die Türken gutheißen, fühlte jedoch selbst die Unsicherheit dieser Theorie und war nicht verwundert, als ihm Leopold Gerlach hierin entschieden entgegentrat. In der Polenpolitik war er anderer Meinung als sein Vater, desgleichen im Bischofsstreit. Er trat für die Polen ein und Droste-Vischerings Verhaftung berührte ihn schmerzlich. Gegen den zu polizeilicher Willkür geneigten Minister des Innern Rochow vertrat er den Gedanken des „Regierens durch Freiheit“. Als der Herzensroman seines Bruders

---

Ausführungen a. a. O. Wie sorgfältig auch früher die Wahl der Erzieher von der Königin überwacht worden ist, zeigen die von Ernst Friedlaender in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 7, 556—561 veröffentlichten Briefe.

[1]) A. November 1847.

Wilhelm mit der Elise Radziwill spielte, ergriff er eifrig Partei für den Bruder und die Erfüllung von dessen Wünschen. Er hatte selbst einst den Schmerz der unglücklichen Liebe durchkosten müssen, als sein gestrenger Vater vier lange Jahre nicht zugeben wollte, daß der Thronerbe die schwärmerisch geliebte Prinzessin Elisabeth von Bayern heimführte, bevor sie nicht ihren Uebertritt zur evangelischen Kirche vollzogen hätte [1]). Ihm schien der Einwand der Unebenbürtigkeit der polnischen Prinzessin durchaus hinfällig. Das Schablonisieren des Kultusministers Altenstein war ihm ein Dorn im Auge. Als dieser den Gemeinden das neue Gesangbuch aufzwingen wollte, da nahm er sich der Gewissensfreiheit energisch an. „Als Werk, als Produkt aus gegebenen Größen, finde ich es, ohne allen Umschweif zu reden, **schlecht** . . . ganz allein darum, weil nach meiner felsenfest stehenden Ansicht und Geschmack der Homer, der Mahabarat, die Nibelungen &c. &c. &c., nach solchen Grundsätzen geändert, wie hier die alten teutschen Lieder, und zwar von der Hand eines Erzengels, notwendig eine Mißgeburt werden **müssen**. Das ist so ein Grundsatz, der in sich eins und so mit meiner Individualität verwachsen ist, daß sich darüber mit mir gar nicht streiten läßt." [2]) Noch entschiedener trat er schützend für die höchst engherzig behandelten Altlutheraner ein und prophezeite richtig, daß das von Altenstein vorgeschlagene Verfahren der Chikane den sektiererischen Geist nur vermehren würde. Im Laufe der Zeit erlangte er über den Kultusminister, der sich in den theologischen Kämpfen nicht zu helfen wußte, eine außerordentliche Gewalt, was dadurch seinen Ausdruck fand, daß die wichtigeren Stellen in der Landeskirche mit strenggläubigen Männern im Sinne des Kronprinzen besetzt wurden. So kam Hengstenberg in jungen Jahren nach Berlin. So wurde dorthin, und das war ein Griff von höchst segensreicher Wirkung, Goßners bedeutsame Kraft berufen, der durch seine feurige und innige Beredsamkeit dem in Berlin herrschenden Rationalismus tüchtig Terrain abgewann. Als der vielangefeindete Mann endlich zum Prediger der böhmischen Gemeinde

---

[1]) Vgl. Treitschke III, 391.
[2]) Treitschke IV, 565.

an der Bethlehemskirche gewählt worden war, schrieb Friedrich Wilhelm an Altenstein: „Nun muß es sich zeigen, ob er auf dem rechten Wege ist oder nicht, ob er der ausgezeichnete Mann ist, für den ich ihn gewiß halte, oder der Schleicher, der falsche Pfaffe, der verkappte Jesuit oder Jansenist, oder was weiß ich, wofür Sie ihn halten." [1]) Er behielt recht. Ebenso setzte er die Berufung des beredten Dräseke aus Bremen nach Magdeburg durch. Dagegen hintertrieb er Bruno Bauers Berufung und das mit Fug und Recht, da Bauers Lehre nimmermehr Theologie war.

Seine politische Grundrichtung war durch die Sorge vor der Revolution bestimmt. Das war das Erbteil seiner Jugendjahre, der Kämpfe gegen die fleischgewordene Revolution Bonaparte. Gegen sie und gegen den zu ihr führenden seichten Liberalismus anzukämpfen und Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, schien ihm Lebensaufgabe. Doch war er durchaus nicht so verblendet in seiner antirevolutionären Haltung wie etwa die Gerlachs. Konnte er doch gelegentlich in einer Rede sagen: „Auch aus dem Unrecht, das ist die göttliche Ordnung hier auf Erden, geht ein neues Recht hervor, was ohne neues Unrecht nicht übersehen werden darf. Die Not in den alten bei meinem Hause gebliebenen Provinzen, die überall Hilfe suchte, hat alle wohlbegründeten Rechte über den Haufen geworfen und so auch neue Rechtsverhältnisse hervorgerufen: auch diese müssen geachtet werden." [2]) Sein Abscheu gegen die Revolution hing eng mit seiner religiösen Gesinnung zusammen, indem er darin vor allem den Abfall vom Glauben erkannte. In seiner Abneigung gegen den Liberalismus wurde er noch bestärkt durch den rechtshistorischen Unterricht, den ihm noch in späteren Jahren der Hallerianer Lancizolle erteilte. Zur Zeit der Julirevolution war er lebhaft von dem Gedanken eines legitimistischen Feldzuges erfüllt. Mit Begeisterung verfolgte er die Gründung und die Entwickelung des Berliner Politischen Wochenblatts durch die Gebrüder Gerlach und Radowitz, das es sich zur Aufgabe machte, alle anti-

---

[1]) Treitschke IV, 495.
[2]) G. I, 119.

revolutionären Elemente zu sammeln, und als Motto den bestechenden Satz des ultramontanen Publizisten Grafen de Maistre führte, der einst bei Friedrich Wilhelm, wie kaum ein anderer, gezündet hatte: Nous ne voulons pas la contre-révolution, mais le contraire de la révolution.

Als er endlich vierundvierzig Jahre alt am 7. Juni 1840 auf den Thron seiner Väter berufen wurde, zeigte es sich, daß sein Ehrgeiz durchaus nicht auf eine thatenreiche, ja nicht einmal auf eine besonders ruhmvolle Regierung gerichtet war. Aus seinen ersten Reden klingt es mehr, als wenn es ihm genügte, dereinst in der Geschichte eine ehrenvolle Erwähnung zu finden, und daß er seinen Hauptwunsch erfüllt sah, wenn er ein gerechtes väterliches Friedensregiment ausübte. Aus der ersten Zeit seiner Regierung stammt auch sein Ausspruch: ob seine Regierung ruhmreich werde, das wisse er nicht, aber einen deutschen Charakter solle sie tragen [1]. Daß dies indes nicht auf weitausschauende kraftvolle Politik deutete, beweist die Inschrift, die er einem Museum gab: Melius bene imperare quam imperia ampliare, ein Wort, das für den damaligen Preußenkönig viel Selbstbescheidung enthielt. Zwanzig Jahre Zeit gab er sich zur Regierung, dann gedachte er seine Pläne, mit denen er sich seit langem trug, verwirklicht zu haben.

Er erweckte zunächst überschwängliche Hoffnungen. Seine wundervolle Redegabe, darum so groß, weil sie aus der Fülle eines goldenen Herzens strömte, bezauberte alle Parteien. Damals warfen nüchterne Männer die Frage auf: „Wann in der Geschichte ist das Königtum so glanzvoll und edel erschienen, wie jetzt in Berlin?" [2]) Der „steife alte Herr", der soeben von seinem trauernden Volke zu Grabe getragen war, hatte doch gar zu viel liegen lassen. Da war dieser für alles empfängliche schwärmerische Fürst doch eine Persönlichkeit, von der Außerordentliches zu erwarten war. Einer seiner Getreuesten, der Graf Voß-Buch, schrieb: „Die stagnierenden Wasser werden durch die geöffneten Schleusen stürzen und eine Flut machen." [3])

---

1) Treitschke V, 10.
2) C. Th. Perthes. Fr. Perthes III, 493.
3) A. Anfang 1840.

Die näheren Freunde kannten bereits besonders aus seinen Briefen die großartige Sprachgewalt, die Friedrich Wilhelm eigen war. In ihrem Bilderreichtum und ihrer Lebendigkeit, auch ihrem geistigen Gehalte und Inhalte nach erinnert sie vielfach an einen geistigen Verwandten und Zeitgenossen des Königs, an Joseph Görres. Es ist viel gesprochen und gespottet über die häufig nur zu unbegründeten Unterstreichungen in seinen Briefen. Sie sind allerdings das Abbild seines allzu beweglichen und entzündlichen Gemüts. Aber vielfach dürfte man sich doch ein schiefes Urteil in dieser Sache gebildet haben. Auch sein so kerngesund veranlagter Bruder Wilhelm liebte es, seinen Worten in brieflichen Ergüssen durch solche äußeren Mittel Nachdruck zu zu verschaffen. Man vergleiche z. B. nur den berühmten Brief an den Freiherrn Karl v. Vincke-Olbendorf über den Heereskonflikt. Sodann sind großenteils nur Proben der aufgeregtesten Stimmung Friedrich Wilhelms bekannt geworden. Der König, der eine ganz ungeheuere Korrespondenz führte, hat auch unzählige Briefe geschrieben, die sich durch einen verhältnismäßig ruhigen Ton auszeichnen. Ja man greift vielleicht nicht fehl, wenn man die Briefe mit den gehäuften Strichen eben zu den Ausnahmen rechnet. Jedenfalls soll man sich vor einseitigem Urteil in dieser Sache hüten, das die Spuren krankhafter Anlage in diesen Briefen auf Schritt und Tritt zu erkennen meint. Man darf sich durch dergleichen Aeußerlichkeiten nicht den Blick für mancherlei Schönheiten dieses Briefstils trüben lassen. Mit Recht durfte der Herausgeber des Briefwechsels Friedrich Wilhelms mit Bunsen von diesen Schriftstücken sagen, es würde ein Verlust für die Litteratur sein, wenn sie unbekannt blieben. Treffend schaltete er jedoch zu ihrer kritischen Würdigung ein: „Man darf das Wort sozusagen nicht allezeit beim Wort nehmen."

Nun rauschten bei den Huldigungsfesten Friedrich Wilhelms Herzensergießungen in harmonischen Perioden den lauschenden Hörern entgegen. Dort in Königsberg flehte er den Segen des Höchsten herab zur Erhaltung des preußischen Vaterlandes, „mannigfach und doch eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen nur ein einziges edelstes ist — keinem anderen Roste unterworfen als allein dem verschönernden der Jahr-

hunderte.“ Hier in Berlin gelobte er: „Ich will vor allem dahin trachten, dem Vaterlande die Stelle zu sichern, auf welche es die göttliche Vorsehung durch eine Geschichte ohne Beispiel erhoben hat. Die Wege der Könige sind thränenreich und thränenwert, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Darum in der Begeisterung und Liebe zu meinem herrlichen Vaterlande, zu meinem in Waffen, in Freiheit und im Gehorsam geborenen Volke richte ich an Sie in dieser ernsten Stunde eine ernste Frage. Ich frage Sie: Wollen Sie mit Herz und Geist, mit Wort und That und ganzem Streben mir helfen und beistehen, Preußen zu erhalten wie es ist, wie es bleiben muß, wenn es nicht untergehen soll? Wollen Sie mir helfen und beistehen, die Eigenschaften immer herrlicher zu entfalten, durch welche Preußen mit seinen nun vierzehn Millionen den Großmächten der Erde gesellt ist? . . . o! Dann antworten Sie mir mit dem klarsten, schönsten Laute der Muttersprache, antworten Sie mir ein ehrenfestes Ja!“ Einige Handlungen, wie die Ernennung Boyens, des alten Helden aus den Befreiungskämpfen und Schöpfers des preußischen Wehrgesetzes, der seit 1819 zurückgezogen lebte, des „teuren teutschen Mannes und Kriegers“, wie der König von ihm sagte [1]), zum Kriegsminister, die Rückberufung Ernst Moritz Arndts in sein Lehramt zu Bonn, von dem ihn einst die Demagogenverfolger unseligerweise vertrieben hatten, die Berufung der vor wenigen Jahren vom Könige von Hannover aus Göttingen verjagten Gebrüder Grimm an die Berliner Akademie der Wissenschaften, waren Schritte, zu denen ihn jedermann beglückwünschen konnte. Die Verabschiedung des durch die Demagogenjagd allgemein verhaßt gewordenen Ministers der Justiz v. Kamptz und sein Ersatz durch den großen Rechtslehrer Savigny, sowie der allgemeine Gnadenerlaß für die als Demagogen Verurteilten, zu denen auch der alte Jahn gehörte, bekundeten den völligen Bruch mit jener engherzigen Verfolgungspolitik. Auch in der Ernennung des verdienstvollen Herausgebers der Monumenta Germaniae, des gewaltigen vom Freiherrn v. Stein veranlaßten Unter-

[1]) F. Meinecke, Das Leben des G.-F.-M. Herm. v. Boyen II, 473.

nehmens der Herausgabe deutscher Geschichtsquellen, des Historikers Pertz, zum Oberbibliothekar in der Hauptstadt und in der Berufung Ludwig Tiecks hierher, ebenso in der Gewährung eines Ehrengehalts für Emanuel Geibel und den freiheitlich gesonnenen Freiligrath zeigte er, daß ihm eine der schönsten Aufgaben des Fürsten, die der Förderung und Ermunterung der Talente, am Herzen lag. Freiligrath gab ihm allerdings den Ehrensold bald wieder zurück, weil er sich dadurch bedrückt fühlte, und als er einst den König auf einem Rheindampfer zum Stolzenfels fahren sah, da entstieg der überhitzten Phantasie des radikalen Mannes das mächtige Lied „Der Proletariermaschinist", in dem er mit dem Gedanken der Ermordung dieses gütigen Fürsten spielte, wie erklärlich, nicht sehr zur Freude Friedrich Wilhelms. Ein schwerer Mißgriff des Königs war indes die Begnadigung des tückischen polnischen Erzbischofs Dunin, womit er freilich auch im Sinne weiter Kreise handelte. Schlimmer noch war die Behandlung, die er den Ostpreußen wegen der Ständesache zu teil werden ließ. Er verdarb es dabei so ziemlich mit allen durch seine widerspruchsvollen Reden, nicht zuletzt mit seinen Freunden, dem liberalen Oberpräsidenten der Provinz Theodor v. Schön und dem hochkonservativen Minister des Innern v. Rochow. In der großen Frage der auswärtigen Politik, vor die er gleich zu Anfang gestellt wurde, in der Kriegsgefahr, die sein Gesandter in London, Heinrich v. Bülow, durch sein eigenmächtiges Verfahren heraufbeschworen hatte und bei der Friedrich Wilhelm allerdings die ganze Nation von seinem Bruder Wilhelm und König Ludwig von Bayern an hinter sich gehabt hätte, hat er die Haltung eingenommen, die seinem Charakter entsprach. Er dachte nicht daran, die Entscheidung der Waffen anzurufen, obwohl Radowitz ihm dazu riet, sondern beschränkte sich darauf, umsichtig die Verteidigung Deutschlands vorzubereiten für den Fall eines kecklichen Angriffs der Gallier. Ein ehrgeiziger, thatenfroher Fürst hätte ganz gewiß anders gehandelt in der Zuversicht, den welschen Hochmut für alle Zeit zu züchtigen. Vielleicht war es jedoch das Richtige, daß das deutsche Schwert noch dreißig Jahre in der Scheide stecken blieb, bis es unter Wilhelms I. Aegide von Roon geschärft, von Moltke ge-

zogen und geführt und seine Erfolge durch Bismarck ausgenutzt wurden. Friedrich Wilhelm begnügte sich damit, daß ihm bei dieser Gelegenheit einige kleinere Fortschritte in der Organisation des Bundeskriegswesens glückten. So setzte er regelmäßige Inspektionen der einzelnen Kontingente durch, eine Einrichtung, die bekanntlich in der Reichsheeresverfassung beibehalten worden ist. Ebenso machte er einem ermüdenden Streite ein Ende, indem er vermittelte, daß die heikle Frage, ob Ulm oder Rastatt Bundesfestung sein sollte, dadurch gelöst wurde, daß man beide Städte dazu erhob. Schon damals zeigte sich seine Vorliebe für die deutschen Angelegenheiten. „Zu Frankfurt," schrieb er an Rochow am 9. April 1842 „brau' ich mein Eigenstes; zu keiner Gesandtschaft steh' ich in so unmittelbarem Verhältnis als zu dieser." [1])

Wichtiger wurde zunächst das innere Verfassungswerk. Die Zeit drängte nach einer „Konstitution", die seit fünfundzwanzig Jahren verheißen war. Gegen dies Wort war der damalige Durchschnittsmensch wehrlos, um eine launige Wendung Treitschkes [2]) zu variieren. Friedrich Wilhelm hatte einen scharfen Blick für die innere Unwahrheit des Konstitutionswesens, wie es sich besonders in Frankreich zeigte, und wollte darum begreiflicherweise nicht eine einfache Nachbildung der dortigen Formen schaffen. In der Lebhaftigkeit seines Wesens, in seiner eigentümlichen Vorliebe für anachronistische Gebilde, nicht zum wenigsten auch durch ein sonderbares Finassieren, durch das er zu gewinnen hoffte, rief er jedoch eine beispiellose Verwirrung der Gemüter hervor. Ganz gewiß aufrichtig schrieb er an Schön: „Heute, ich sage es getrost, können nur Jacobiner" (im Hinblick auf Johann Jacobys Flugschrift: Vier Fragen), „Perücken oder Esel über meine ehrliche Liebe zur Freiheit im Zweifel sein." [3]) Die Zeit hatte jedoch schon zu lange auf das verheißene Verfassungswerk gewartet. Man wurde mißtrauisch, als nichts geschah. Die Flugschriften radikaler Männer erhitzten die Gemüter. Nur wenige

---

[1]) Treitschke V, 90.
[2]) Politik I, 250.
[3]) Treitschke V, 142.

hielten sich frei von dem Einfluß der Tagesmeinungen und wirkten in förderlichem Sinne auf den König ein. Es sollte sich schrecklich offenbaren, daß die Wege der Könige, wie Friedrich Wilhelm am 15. Oktober 1840 bei der Huldigung zu Berlin gesagt hatte, thränenreich sind, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Freilich vom blinden Hödur war es nicht zu erwarten, daß er diesen Baldur verstand. Aber die einsichtsvollen Freunde hätten hier helfend eingreifen und ihrem königlichen Herrn bei seinen Tastversuchen beistehen müssen, ohne die es noch nie bei großen Reformen abgegangen ist. Die Geschichte besteht vielmehr aus solchen Versuchen, und Friedrich Wilhelm war durchaus nicht im Unrecht, sondern handelte weise, wenn er es vermied, Schablonenarbeit zu liefern. Am ängstlichsten verfolgte der Prinz von Preußen die Schritte seines Bruders, der entschiedenste Gegner der Neuerung, der bewundernd zu der Geistesfülle des Königs aufsah, aber sich mit dessen „Ueberschwänglichkeit"[1]) nicht befreunden konnte. Der Prinz von Preußen erkannte in seinem nüchtern praktischen Sinne, daß die Ideen, mit denen sich Friedrich Wilhelm trug, großenteils undurchführbar waren. Wohl war dieser allmählich von solchen Gedanken abgekommen, wie er sie als Kronprinz geäußert hatte: Generalstände zu bilden, in denen jedes Land, das einen Schild im preußischen Königswappen hätte, als solches vertreten wäre[2]). Immerhin mischte sich noch manche Unklarheit und Halbheit in seine Pläne hinein. Als er im Oktober 1842 die Vereinigten Ausschüsse, eine aus den Provinzialständen gewählte Versammlung, einberief, da wußte niemand recht, was das zu bedeuten habe, ob sie die verheißene Landesrepräsentation wären oder ob sie nur unmaßgebliche Ratschläge erteilen sollten. Die Unklarheit darüber wurde durch eine Abschiedsrede des Königs noch vermehrt, und die Gärung im Lande stieg. Die Halbheit und das System ruckweise zu konzedieren schienen dem Prinzen von Preußen, abgesehen von der Minderung der Kronrechte, das Bedenklichste. Friedrich Wilhelm war indes ebenfalls nicht im

---

[1]) A. März 1847. Vgl. Denkschriften des Freiherrn v. Canitz II, 179.
[2]) G. I, 60.

geringsten gewillt, seiner königlichen Gewalt etwas zu vergeben. Er erklärte bestimmt: „Wilhelms Widerspruch soll mich nicht irre machen“ und einem Freunde schrieb er in dem sehnsüchtigen Wunsche um Mitarbeit: „Ich möchte aus Rolands Horn einen Ruf an Sie ergehen lassen, sich um mich wie treue Lehnsmänner zu scharen.“ Der junge Otto v. Bismarck, einer dieser Lehnsmänner, hatte das Gefühl, daß der König auf dem richtigen Wege sei und den Anspruch darauf habe, daß man ihm Zeit lasse und ihn in seiner eigenen Entwickelung schone [1]). Der von Amts wegen berufene Ratgeber war zuerst der wackere Minister des Innern, Graf Arnim-Boytzenburg, der das Verfassungswerk vielleicht richtig angriff, leider aber nicht als Persönlichkeit bedeutend genug gewesen ist, um sich über den Dingen zu halten. Genug, er strauchelte über einer Schlinge, die der König durch widerspruchsvolle Haltung ihm gelegt hatte. Um den König zu decken, trat er wohl übereilterweise zurück. Friedrich Wilhelm verwand diesen Schritt schwerer, als ein Widerspruch in seinen Handlungen von ihm verwunden worden wäre. Schon einen ersten Rücktrittsversuch Arnims hatte er sehr übel vermerkt und noch lange nachher davon gesprochen, daß Arnim ihm den Stuhl vor die Thüre gesetzt hätte [2]). Die nächsten Freunde, wie die Gerlachs und andere, fühlten sich durch das Paktieren des Königs mit den Liberalen zurückgesetzt, ja fanden, daß ihr königlicher Freund sich ihnen entfremde, und wußten vielfach nicht recht, wie sie helfen sollten.

Friedrich Wilhelm ließ es sich jedoch nicht verdrießen, fortgesetzt um die Liebe seines Volkes zu werben. Bei den vielen Reisen, die er im Lande unternahm, fand er oft zündende Worte, um die Herzen für sich zu begeistern. Den Breslauern rief er bei Gelegenheit des Festes der hundertjährigen Vereinigung der Schlesier mit Preußen zu, er wünsche der Stadt „noch tausend Jahre wie diese hundert“. In den ersten sechs Jahren seiner Regierung ging er fünfmal zu den Ostpreußen, bei denen, wie er sagte, „ein Grund edelster Gesinnung und uralter Treue,

---

[1]) G. u. E. I, 17.

[2]) A. Rede vom 29. I. 1845.

wie vielleicht in keinem anderen Lande" sei. In Hamm brachte er einen Trinkspruch auf das Wohl der Grafschaft Mark aus, in welcher jedes Herz „ein Archiv der Treue" wäre. Ein besonderes Augenmerk hatte er von früh an auf seine Rheinlande geworfen. Dort auf dem Boden der großen deutschen Vergangenheit wurde seine in den Erinnerungen an das Mittelalter schwelgende Phantasie am stärksten angeregt. Die dort verlebten Tage rechnete er zu den schönsten, die ihm beschieden waren. In Stunden, wie jenem Kölner Dombaufest, fühlte er sich wahrhaft glücklich, als der machtumflossene Friedensfürst, dessen Werke sich selbst lobten und dessen Worte die Herzen entzückten: „Dies ist, Sie fühlen es, kein gewöhnlicher Prachtbau. Er ist das Werk des Brudersinnes aller Deutschen, aller Bekenntnisse. Wenn ich dies bedenke, so füllen sich meine Augen mit Wonnethränen, und ich danke Gott, diesen Tag zu erleben. Hier, wo der Grundstein liegt, dort mit jenen Türmen zugleich sollen sich die schönsten Thore der Welt erheben. Deutschland baut sie — so mögen sie für Deutschland durch Gottes Gnade Thore einer neuen, guten Zeit werden!... Rufen Sie mit mir das tausendjährige Lob der Stadt: Alaaf Köln!" Einst hatte ihn Sulpiz Boisserée von dem Chorumgang die ganze majestätische und harmonische Schönheit des Dominnern empfinden lassen, und seitdem war es sein sehnlichster Wunsch gewesen, dies Wunderwerk fortzuführen. Er nahm den Domverein unter seinen Schutz und stiftete 50000 Thaler jährlich für den Weiterbau. Außerordentliche Mittel wandte er auf, um das gegenüber der Lahnmündung gelegene alte kurtrierische Schloß Stolzenfels auszubauen und zu seinem Sitz am Rhein einzurichten. Ebenso mußten Stüler und Lassaulx den großangelegten, prächtigen Schloßbau des letzten Trierer Erzbischofs Klemens Wenzeslaus in Koblenz, der in der Revolutionszeit arg gelitten hatte, wieder herstellen. In Aachen wurde das Münster renoviert, in Trier die alte römische Basilika zu einem evangelischen Gotteshaus für die Garnison hergerichtet. Später erstand der schöne Dom zu Altenberg neu und wurde von Friedrich Wilhelm selbst feierlich seinem Zwecke übergeben. Von den dreihundert Kirchen, die unter seiner Regierung teils wieder aufgebaut wurden, teils

neu entstanden, fällt ein äußerst beträchtlicher Teil gerade auf die Rheinlande. Ueberall stattete er in jenen historisch geweihten Gegenden seinen Besuch ab, und zahlreiche Trinksprüche geben Kunde von der glückseligen Stimmung, die ihn bei diesen Fahrten erfüllte.

Ein Geschenk von außerordentlicher Bedeutung gewährte er durch die Milderung der Censur. Ja er ließ sich dazu herab, den Demokraten Herwegh zu empfangen. Acht Tage besann er sich, wie er nachher an den General Dohna schrieb, ob er Herweghs Wunsche, ihn zu sehen, willfahren sollte. „Ich that es, weil ich ihn für einen wahren, begeisterten Republikaner hielt." Er wünschte dem begabten Dichter einen Tag von Damaskus, „dann erst wird Ihr Wirken außerordentlich groß sein", und entließ ihn in seiner liebenswürdig gnädigen Art mit den Worten: „Wir wollen ehrliche Feinde sein." Die Taktlosigkeit und Kleinheit des Radikalismus war ihm noch nicht bekannt gewesen. Er sollte sie jetzt sehr schnell kennen lernen. Die von den Königsbergern veranstaltete Kundgebung für Herwegh, auf der sich die Demokratengesellschaft nicht genug thun konnte in wilden politischen Liedern, die Zeitungsberichte und des Dichters Zuschrift: „Ein Wort unter vier Augen", in welcher der durch die ihm zu teil gewordene Ehre nur allzu dreist gewordene Mann den König mit den Worten brüskierte: „ohne eine Devotion zu heucheln, die ich nicht kenne, oder Gefühle, die ich nicht empfinde und nie empfinden werde", waren so recht geeignet, das weiche Herz Friedrich Wilhelms zu verletzen[1]). Daneben wagte sich der Witz, dem der Monarch gemäß seiner geistreichen Weise besondere Freiheiten gewährt hatte, immer frecher an die Person des Königs heran. Sein persönliches Regiment reizte den Spott oft nur zu sehr. Wenn ihm irgend etwas mißlungen war, wenn irgend einer seiner anachronistischen Gedanken aufgetaucht war, dann setzten sich sofort Hunderte von giftigen Federn — schon damals war die Presse der größeren Städte, wie Berlin und Frankfurt a. M., vornehmlich in Judenhänden —

---

[1]) Vgl. Treitschke V, 204 f.

in Bewegung und suchten ihr Mütchen an dem bloßgestellten Träger der Krone zu kühlen. Dieser Witz war häufig wahrhaft grimmiger Natur und wurde eine Quelle der niederträchtigsten Verleumdung gegen den König. So waren die Witzblätter die Ursache, daß sich die Meinung verbreitete, der König neige zum Trinken, während er gerade im Genuß geistiger Getränke sich äußerst mäßig verhielt. Auch der „kosmopolitische Nachtwächter" Dingelstedt rieb sich an dem Könige in dem Ghasel: „Ein König soll nicht hitzig sein, nicht strenge gegen Itzig sein, er wolle nicht in jedem Ding — hier schweig' ich — altenfritzig sein." Als wenn Friedrich Wilhelm je daran gedacht hätte, seinen großen Ahn zu kopieren! Eine Weile faßte sich der König noch angesichts des ihn umbrausenden Oppositionssturmes. Er glaubte ihn noch mit geistigen Mitteln beschwören zu können. Schließlich aber sah er sich schweren Herzens veranlaßt, die gewährte Freiheit wieder einzuschränken. Herweghs Verhalten gab den Ausschlag. Was will es wunder nehmen, wenn der reizbare König hie und da ungerecht wurde, so wenn er den Walter Scott der Mark, den trefflichen Wilibald Alexis, wegen einer Eingabe gegen die Handhabung der Censur in einem persönlichen Schreiben hart anließ: „Mit Widerwillen habe ich einen Mann von Ihrer Bildung unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäft machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen meist urteilslosen Menge herabzusetzen und dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen. Von Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte ich anderes erwartet und sehe mich ungern enttäuscht." Das Schreiben ist ein Ausdruck des Gefühls, daß der König sich von den Besten im Lande, deren Mitarbeit er ersehnt, nicht in der genügenden Weise unterstützt sah. Immerhin hegten noch in späteren Jahren auch liberale Männer, wie der junge Georg v. Bunsen, dankbare Gesinnungen gegen den König wegen der von ihm gewährten Freiheiten. Bunsen schrieb im August 1846: „Ich hörte neulich Dahlmann und Arndt, welchen beiden Prospektus und Aufforderung zur Gründung einer offiziösen Presse zugeschickt worden waren, einen ganzen Abend über diesen Plan sprechen, mit der

Freimütigkeit, welche uns jedenfalls erst dieser König möglich gemacht hat."[1])

In manchen Neuerungen bewies Friedrich Wilhelm eine durchaus glückliche Hand. So war die Uniform, die er seiner „herrlichen Armee" gab, wie man bald erkannte, ungemein zweckmäßig und geschmackvoll. Auch die Pickelhaube, die einen weltgeschichtlichen Ruhm erhalten sollte, ist auf Friedrich Wilhelms Veranlassung eingeführt worden, und wenn Heinrich Heine in vaterlandsloser Gesinnung seine Preußen höhnte: „Des Mittelalters schwerer Helm könnt' euch genieren im Laufen", so übersah er, daß diesmal eine mittelalterliche Idee des Königs wirklich für die moderne Zeit zu verwenden war. Der Kriegsminister Boyen fand während seiner ganzen Amtsführung, die bis zum Jahre 1847 währte, beim König stets warme Unterstützung in seinen Plänen[2]). Das wissenschaftliche Leben erfuhr durch ihn die mannigfachste Förderung. Er rief die Monumenta Zollerana ins Leben und veranstaltete eine würdige Herausgabe der Werke Friedrichs des Großen, zu der Menzels genialer Stift die Zeichnungen liefern mußte. Er gründete zur Auszeichnung namhafter Gelehrter die Friedensklasse des Ordens pour le mérite und zur Bezeichnung des besten Geschichtswerkes in einem Zeitraum von je fünf Jahren setzte er anknüpfend an die tausendjährige Wiederkehr des Vertrages der Karolinger zu Verdun, von dem an man die Bildung des deutschen Reiches rechnen durfte, einen namhaften Preis aus. Der Aegyptologe Lepsius wurde in den Stand gesetzt, lange Jahre im Orient zu reisen und dadurch der Grund gelegt zu einer der wertvollsten Sammlungen. Der Geograph Karl Ritter erhielt gleichfalls durch königliche Spenden die Möglichkeit zu seinen Forschungsreisen. Für H. W. Dove wurde von Friedrich Wilhelm das meteorologische Institut ins Leben gerufen. Das Einkommen der Universitätslehrer in Berlin und Königsberg erfuhr eine Erhöhung. An die Berliner Universität wurde der große Staatsrechtslehrer jüdischen Bluts

[1]) Georg v. Bunsen. Ein Charakterbild aus dem Lager der Besiegten, von Marie v. Bunsen. Berlin 1900, S. 76.

[2]) Vgl. Fr. Meinecke, Boyen II, 485 ff.

Julius Stahl, der Dichter des Barbarossaliedes Friedrich Rückert und als Gegengewicht Hegels Schelling berufen, nach Bonn der Führer der Göttinger Sieben Dahlmann, alles so recht Schritte, die dem eigensten Entschlusse des Königs entsprangen. So ganz von Herzen war er bei jedem großen wissenschaftlichen Unternehmen dabei. Als ihm der erste Band des „Kosmos" von Alexander v. Humboldt überreicht wurde, begrüßte er das epochemachende Werk höchst glücklich mit den Worten Goethes: „So halt' ich's endlich denn in meinen Händen und nenn' es in gewissem Sinne mein."[1]) Wie er schon als Kronprinz Wilhelm v. Humboldt sichtlich ausgezeichnet und seinen Anwalt gegen König Friedrich Wilhelm III. gemacht hatte, so zog er den menschlich so viel weniger ansprechenden jüngeren der beiden großen Brüder ständig an seinen Hof und gab durch den regen Verkehr mit ihm dem ganzen geistigen Leben des Hofes ein gewisses Gepräge, ohne freilich, wie auch sonst so häufig, viel Dank für seine Hochherzigkeit und Freundlichkeit zu finden.

Daß es aber dabei auch an Mißgriffen nicht fehlen konnte, liegt auf der Hand. Ueber die Lehrfreiheit dachte der König nicht ganz unbefangen. Das hatte sich schon bei dem Skandal gezeigt, den Ludwig Gerlach gegen Wegscheider-Gesenius hervorgerufen hatte. Später hat es Kämpfe gekostet, ihn zur Genehmigung des Satzes: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" zu bewegen. So griff er eines Tages heftig ein, als man einen radikalen, aber gar nicht weiter bedeutenden Historiker Nauwerck als Privatdozenten in Berlin zugelassen hatte. Im November 1843 richtete er an den Kabinettsminister v. Thile deswegen ein aufgeregtes Schreiben: „Lösen Sie mir das Rätsel, wie der p. Nauwerck, ein bekannter patentierter Revolutionär, hier an der Universität Privatdozent geworden ist, und wie man ihm den größten Hörsaal, d. h. Schellings und Savignys Katheder, einräumt!!!!!!! Ich bin tief betrübt über diesen entsetzlichen Mißgriff, der den werdenden guten Geist der Studenten wieder sehr ernst gefährdet. Es **muß endlich** in meinem Geiste verfahren werden. Revolutionäre dürfen in Preußen keine Freistätte unter den

[1]) Treitschke V, 428.

Fittichen der Regierung finden."[1]) Der Kultusminister Eichhorn, der unter der Regierung des vorigen Königs im Zollverein sich unvergängliche Verdienste erworben hatte, für die Verwaltung des Unterrichtswesens aber weniger paßte, war nicht fest genug, dem Könige hier entgegen zu treten, und Nauwerck mußte seine Lehrthätigkeit einstellen. Schlimmer war die Entlassung Hoffmanns von Fallersleben in Breslau. Hier machte sich der unheilvolle Einfluß der frommen Freunde des Königs bemerkbar, die unabläßig ihn gegen den gutmütigen Dichter, der hin und wieder einmal ein radikales Lied losließ, einzunehmen suchten. „Hoffmann von Fallersleben, der immer noch im Amte," schrieb Gerlach am 21. März 1842. Damals gab der König noch die Antwort: „Die Erfahrung nützt nur dem, der ihrer nicht bedarf, der wird dadurch klüger."[2]) Zu Neujahr 1844 mußte Hoffmann jedoch sein Amt als Professor niederlegen. Solche Eingriffe verstimmten die Gelehrtenwelt und weckten allenthalben Widerspruch in ihr. Als nun Eichhorn, abermals übel beraten, bei der Königsberger Universitätsfeier im Jahre 1844 die Professoren, die schon früher durch die Berufung des als Denunzianten geltenden Hävernick verstimmt worden waren, vor den Verirrungen des kritischen Geistes warnte, da regte sich ein Sturm der Entrüstung über solch schulmeisterliches Zurechtweisen, den Friedrich Wilhelm wohl bemerkte. Er trat sofort für seinen Diener ein, indem er bei der Grundsteinlegung zum neuen Universitätsgebäude Gelegenheit dazu nahm. Zum Hammerschlag herantretend, rief er: „Vorwärts sei für und für die Losung unserer Hochschule!" Dann fuhr er, da gerade die Sonne aus Wolken hervortrat, als echte Rednernatur dies glücklich benutzend, fort: „Ihr Vorwärts sei das des Lichts der Sonne, das gleichmäßig ausgestrahlt die Finsternis wirklich erhellt, in tiefe Höhlen dringt, das Nachtgefieder verscheucht, Keime entwickelnd, Blüten entfaltend, Früchte reifend, Früchte, an deren Genusse die Menschen gesunden." Er schloß mit einer Mahnung zur Gottesfurcht, zu Thaten der Ehre unter den Fittichen des Adlers, zu „echter

---

[1]) Treitschke V, 233.
[2]) A.

Treue, die da weiß, daß man dem Fürsten nicht dient, wenn man seine hohen Diener herabzieht“. Er sprach mit glänzender Beredsamkeit, aber ohne irgendwie zu zünden. Die Hörer blieben kühl bis ans Herz hinan, weil die Mißstimmung zu groß war. Friedrich Wilhelm ging damals von Königsberg mit einem Stachel im Herzen hinweg. Er fühlte, daß auch bei den Männern der Wissenschaft Entfremdung ihm gegenüber Platz griff [1]). Bei alledem war es nicht zu verkennen, daß der König der Wissenschaft reiche Anregung gab.

Noch bemerklicher machte sich sein fördernder Einfluß in der Kunst. Er zog Cornelius aus München zu sich nach Berlin und fand in Schinkel einen wahrhaft genialen Baumeister vor, der wie kein zweiter geeignet war, ihm bei seinen Bauplänen zur Hand zu gehen. Christian Rauch schuf im Lagerhause sein Friedrichsdenkmal, nachdem Friedrich Wilhelm unmittelbar nach seiner Thronbesteigung zu des Meisters hoher Freude eine Veränderung in dem Entwurfe genehmigt hatte. In der Musik war Felix Mendelssohn der Mittelpunkt. „Welch ein Viergespann,“ schrieb Bunsen begeistert angesichts dieser künstlerischen Sterne. Leider starb Schinkel bald, und Peter Cornelius fand in der preußischen Metropole nicht recht den Boden, um in voller Schaffenskraft zu wirken, zumal da das große Domprojekt liegen blieb und infolgedessen seine mächtigen Fresken nicht ausgeführt werden konnten. Für Schinkel trat Stüler ein, wenigstens ein tüchtiges Talent, der dem alten Schinkelschen Museum das neue zur Seite stellte und dem Königsschlosse die mächtige Kuppel anfügte. Daneben erstanden der Neubau des Opernhauses, die Schloßbrücke, das Krollsche Etablissement, zu dessen Erbauung Friedrich Wilhelm in Breslau die Anregung empfing [2]), und manches andere durch feinen Geschmack, wenn auch weniger durch Kraft ausgezeichnete Bauwerk. Zu den am besten gelungenen Kirchen gehörte die katholische Michaelskirche im Südosten Berlins am Engelufer. Am meisten Liebe verwandte der königliche Bauherr zur Verschönerung der Potsdamer

---

1) Vgl. Treitschke V, 236 f.

2) Marie v. Bunsen a. a. O. S. 53.

Umgebung. Die nach des Königs Ideen von Persius ausgeführte Friedenskirche, die in überaus reizvoller Lage an der Havel gebaute Heilandskirche, die Kuppeln auf der Potsdamer Nikolaikirche, die Orangerie, das Winzerhäuschen bei Sanssouci, der Bau auf dem Pfingstberge und ähnliche Schöpfungen, ebenso die herrlichen Gartenanlagen Lennés haben in jener anmutigen Gegend Friedrich Wilhelms Namen ein dauerndes Andenken gesichert.

Wie schmerzvoll mußte es den so um die Liebe seines Volkes ringenden König treffen, als ein fanatischer, von herostratischen Gelüsten erfüllter Mann, der Bürgermeister von Storkow, Tschech, am 26. Juli 1844 vor dem Schlosse zu Berlin einen Mordanfall auf ihn wagte. Zwar vermochte die herzueilende Wache den Verbrecher kaum vor der ihn in höchster Empörung lynchenden Menge zu retten[1]), aber das Ereignis war doch ein bedenkliches Zeichen, daß die Zeit krank war. Der Hofprediger Gerlach erfaßte das, als er dem Volke ins Gewissen redete: „Es ist ein Bann in dir, Israel.“ Friedrich Wilhelm bewies bei der ganzen Begebenheit einen unvergleichlichen Edelmut und zugleich das ängstliche Bestreben, sich über das Gefühl hinwegzutäuschen, daß es mit der Liebe seines Volkes zu ihm, nach der er schmachtete, übel bestellt sei. Er sprach es unmittelbar nach den unseligen Schüssen aus: nach wie vor werde er seinen Kopf in den Schoß eines jeden seiner Unterthanen legen. Zugleich bewegte ihn das Dankgefühl gegen Gott, der ihn sichtbarlich beschirmt hatte. „Verstummen und anbeten ist meine Losung,“ schrieb er wenige Wochen nachher. Den bis zum letzten Augenblicke Verstocktheit zeigenden Verbrecher wollte Friedrich Wilhelm, sonst von der Notwendigkeit der Todesstrafe mehr wie andere durchdrungen, lange Zeit begnadigen, weil er in der eigenen Sache nicht die volle Strenge des Gesetzes walten zu lassen gestimmt war. Doch gelang es den Ministern im Vereine mit dem Prinzen von Preußen, ihn zu überzeugen, daß dieser Edelmut der Schwäche nur zu ähnlich sei, und so unterzeichnete er überwältigt von Thränen das Todesurteil. An den

---

[1]) Vgl. die Schilderung in dem Briefe Georgs v. Bunsen vom 31. Juli 1844 bei M. v. Bunsen a. a. O. S. 57 ff.

Präsidenten des Tribunals, Uhden, schrieb er: „Es ist mir eine der allerschwersten Erfüllungen meiner königlichen Pflicht, dem Rechte seinen Lauf gegen Tschech zu lassen. Gegen den verstockten Bösewicht darf ich ihn nicht hemmen. Bittet er aber um sein Leben mich, den ohne alle Verletzung Geretteten, als ein Reuiger, Zerknirschter, dann **kann** ich die angerufene Gnade nicht taub machen; dann möge er ‚wohl verwahrt' zu Glatz oder Silberberg seine Tage beschließen". An seinen alten Freund, den Gerichtspräsidenten Kleist, aber wandte er sich mit den Worten: „Mir ist unendlich darum zu thun, daß der Unglückliche wisse, daß ich als Mensch und als Christ ihm von ganzem Herzen verzeihe und Gott aus der Tiefe der Seele um sein Heil anflehe."[1])

Richtete der König durch seine abspringende Art in der Verfassungssache große Verwirrung in den politisch bewegten Kreisen an, gaben einzelne Schritte in der Unterrichtsverwaltung Anlaß zu Verstimmung und Besorgnissen, so verursachte er durch seine kirchlichen Reformprojekte auch in den Schichten der religiös und kirchlich Gesinnten mancherlei Beunruhigung. Eichhorn, der sonst seine Kraft als Kultusminister nutzlos vergeudete — Friedrich Wilhelm war auf ihn erst verfallen, nachdem sich Graf Alvensleben ihm dazu versagt hatte[2]) —, verstand es, in den kirchlichen Dingen besser den König zu nehmen, indem er hier dessen Verfassungsplänen meist einen passiven Widerstand entgegensetzte. Der eigentliche Vertraute in diesen Dingen war für den Herrscher aber Bunsen. Gegen Bunsen hatte er noch vor Beginn seiner Regierung in einer förmlichen Denkschrift mit kühnen Strichen entworfen, wie er sich die Verfassung der Kirche dachte[3]). „Mein Ideal von Kirchenverfassung ist wie ein Strom aus vielen Brunnen zusammengeflossen. Es fing an in mir einzugehen der Gedanke, die Vereinigung der zwei Konfessionen in einer Verfassung zu suchen. Ich las Milner und Neanders Kirchengeschichte. Vieles andere schlug ich nach oder erforschte ich

---

[1]) G. I, 483.
[2]) A. Juli 1840. Treitschke V, 157.
[3]) Ranke, Werke 49/50 S. 372 ff.

mündlich, namentlich über Englands und Schwedens und der Brüdergemeinde Kirchenverfassung. Alles dies durchwühlte ich, um Steine zu dem dritten neuen Bau zu finden. Was ich beinahe wie ein Spiel der Phantasie begonnen, wurde in vielen Jahren unter der Arbeit zu einem ernsten Lebenszweck. Dann, wie die Sonne ging's in mir auf. Das einzig Mögliche und das wahrhaft Notwendige sei seit 1800 Jahren da, als Vermächtnis der Apostel. Was thaten die Apostel? Sie stifteten Kirchen." Nun entwickelte er mit vielen Einzelheiten, wie er sich die Stiftung und Einrichtung einer aus den beiden evangelischen Konfessionen gebildeten, aus den Händen der den Kirchengedanken trübenden weltlichen Summepiskopalgewalt in die „rechten Hände" zu legenden „richtigen" Kirche, der apostolischen, vorstellte. Er dachte sich als Primas Germaniae einen Fürsterzbischof zu Magdeburg über rund dreihundertundfünfzig Bischöfen im preußischen Königreich, denen gegenüber dreizehn bis vierzehn Prälaten als Ausüber der Krongewalt auftreten sollten. In seiner Phantasie malte er sich bereits die glücklichsten kirchlichen Zustände auf Grund der neuen Verfassung aus. „Welche Zeit wäre das, bester Bunsen, wenn wir es erlebten, das Streben des Mittelalters nach dem Klosterwesen bei uns ersetzt zu sehen durch ein Streben wohlhabender Bürger und Edelleute nach den Pfarren in Kassuben und Wenden, die 50 Thaler jährlich abwerfen? . . . Das Ganze des Ganges steht unerschütterlich fest in mir. In Einzelheiten wünsche ich Belehrung." Einige Wochen nach diesem Schreiben, das er selbst als einen „Sommernachtstraum" bezeichnete, hatte er auch mit Leopold Gerlach eine Besprechung über die Kirchensachen und äußerte dabei, wenig staatsmännisch oder im Geiste eines echten Reformators: Sieben Jahre wollte er sich Zeit lassen, nichts übereilen, nichts erzwingen, und wenn man auf seine Ideen nicht einginge, „das Buch zumachen". Aber hier sollte sich doch der innere Drang stärker zeigen als der bewußte Wille. Der Gedanke an dies Reformwerk ist erst zurückgetreten, als sein Geist schon verdunkelt war. In der Anfangszeit ging Eichhorn nicht darauf ein. Friedrich Wilhelm indes beschäftigte sich unaufhörlich damit und legte seine Ansichten erneut in einer

am 23. Februar 1845 begonnenen und erst am 8. Dezember desselben Jahres beendeten Denkschrift und sodann abermals in einem zweiten unmittelbar darauf, noch am 8. Dezember angefangenen und am 6. Februar 1846 geschlossenen Aufsatze nieder. Die beiden Schriftstücke füllen in enger Abschrift siebzig Folioseiten[1]). Bei den von Gerlach am 10. April 1845 mitgeteilten Stücken[2]) handelt es sich um Anfänge der ersten dieser beiden Abhandlungen. Feierlich leitete er diese ein mit den Worten: „Ich gedenke in diese Blätter meine Ueberzeugung und (mein) Bekenntnis über die Gestaltung der evangelischen Kirche niederzulegen. Ich thue es in dem ernsten Gefühl, mit welchem man ein Testament schreibt, denn ich halte dafür, daß die Gedanken, welche diese Blätter füllen sollen, ein Vermächtnis für kommende Geschlechter werden.“ Er wandte sich im folgenden zu einer Kritik der nach seiner Ansicht bestehenden kirchlichen Parteien und gelangte zu einem höchst abfälligen Urteil über die Presbyterialverfassung, in der ihm das Repräsentativsystem, die Volkswahl zuwider war, die zu einer Pöbelherrschaft führen müsse. „Leider (ich sage es mit blutendem Herzen) ist durch den verstorbenen Minister v. Altenstein eine ganz ähnliche Kirchenverfassung in der Rheinprovinz und Westfalen eingeführt. Und obgleich dort großenteils noch ein wirklich kirchlicher Sinn im evangelischen Volk besteht, so trägt das schnöde Werk doch schon seine schnöde Frucht und ich werde unablässig bestürmt, diese und jene wesentliche Aenderung zu gestatten, mit anderen Worten, neue Lappen auf ein schnell veraltetes Kleid zu flicken.“ Ihm war es vor allem darum zu thun, die Zerrissenheit seiner evangelischen Kirche zu beseitigen. „Die reformierte Kirche hat eine Verfassung, während die lutherische Kirche so viel Verfassungen hat, als Länder und Ländchen zu ihr gehören, mit anderen Worten: keine Verfassung.“ Mit einem gewissen Neide blickte er auf das „imposante Gebäude“ der protestantischen Landeskirchen Schwedens und Englands. „Das Territorialsystem bis in seine Extreme

[1]) Abschriften im Gerlachschen Nachlaß.

[2]) G. I, 108. Vgl. Ludwig Richter. König Friedrich Wilhelm IV. und die Verfassung der evangelischen Kirche. Berlin 1861. Richter hat auch eine Denkschrift von 1852 benutzt.

ist bei uns zur Praxis gekommen und in unserem Beamtenstande Fleisch und Blut geworden. Das Episkopat des Landesherrn (!!!!!!!) ist durch unsere Gesetzgebung anerkannt, jedoch allein wie eine rhetorische Floskel, um die absolute Souveränität des Königs auch über die Kirche zu bezeichnen." In der Verquickung der weltlichen Gewalt mit der kirchlichen fand er die „Wehrlosigkeit" der evangelischen Kirche „den römischen Anmaßungen gegenüber" begründet. „Der Staat soll hier helfen, denn er allein hat die Glieder, die geregt werden können. Das aber ist der Kampf zwischen Fisch und Vogel. Ihre Gebiete sind so verschieden wie Wasser und Luft, der Kampf folglich unausfechtbar. Ein ganz anderes Ding wäre es: stände die Teutsche Kirche des Evangelii auf eigenen Füßen mit eigenen Organen. ... Dann wäre es der Kampf zweier Heere, der Kampf der List, des Truges, der Gewalt gegen Glauben, Wahrheit und Liebe — Siegesgewißheit! ... Aber, sagt man vielleicht zu mir: Drückt dich dein oberbischöfliches Recht so sehr, warum wirfst du es nicht weg? — Dem diene zur Antwort: Ich sehne mich mit allen Kräften meiner Seele nach dem Augenblick, wo ich dem Greuel des landesherrlichen Episkopates widersagen kann, wie dem Satan in der Taufe." Er meinte, daß die Reformatoren die Staatskirche nur provisorisch ins Leben gerufen hätten, „als Provisorium war es gut und weise." In seinen Ausführungen unterbricht er sich plötzlich: „Es kommt mir vor, als hörte ich jetzt ein Gemurmel und unterschiede in demselben die Worte: Inkonsequenz — Charakterlosigkeit — nicht wissen, was er will. Nein, meine Herren, Sie irren sich. ... Ich fühle das Verzweifelte der Aufgabe, in babylonische Sprachverwirrung hinein als Sachwalter kirchlicher Ordnung zu reden. Dennoch will ich getrost in die Sprachverwirrung hineinreden. Meine Worte gehören dem HErrn." Er suchte dann den Begriff der Kirche in eigentümlicher Weise zu bestimmen, indem er auf die Urform derselben, auf die von den Aposteln gestifteten Gemeinden = ecclesiae = Kirchen zurückging, und befürwortete eine Nachbildung der urchristlichen Gemeindeorganisation, ein Restaurator nicht nur auf politischem, sondern auch auf kirchlichem Gebiete. Wie er sein Stolzenfels wieder aufgebaut hatte, so

vermeinte er auch staatliche und kirchliche Trümmer in der alten Weise herstellen zu können. Neben der Einsetzung des Diakonats im urchristlichen Sinne befürwortete er wieder den schon einmal aufgegebenen, unter anderem auch von Leopold Gerlach heftig bekämpften Gedanken der Bildung zahlreicher kleiner Bistümer in der ihm eigentümlichen Weise: „Hier steh' ich unwillkürlich an dem bedenklichen Ort, der noch vor Jahresfrist der Tummelplatz toller Leidenschaftlichkeit war und zum Teil noch ist: bei dem Episkopat. Hier stehe ich, der ich das Episkopat in seiner gegenwärtigen Erscheinung in optima forma perhorresciere ... Die Erfahrung lehrt, daß nie mehr Unsinn gesagt, nie mit größerer Erbitterung geschrieen wird, als wenn zwei streitende Parteien in gleichem Maße unrecht haben. Am widerlichsten aber ist solch Treiben, wenn die Meinungen jedes Teiles zu drei Vierteln unbestreitbare Wahrheit und zu einem Viertel Unsinn sind. Ein Getränk aus drei Viertel vortrefflicher Milch und einem Viertel Pferdeblut mag den tartarischen Horden munden, uns evangelischen Teutschen, Britten etc. dürfte es anständigerweise nicht geboten werden, — und doch ist es in dem Episkopatstreit leider! geschehen.“ Er vergleicht „die Thätigkeit der ältesten Ordnung oder des vom HErrn gestifteten Ministerii den Venen, die das Leben von außen in das Herz strömen; die Thätigkeit des Diakonats der Arbeit der Blutzersetzung im Herzen; die Thätigkeit der Gemeinde aber der der Arterien, durch die das Leben aus dem Herzen in den ganzen Körper strömt“. Das Wachsen des Umfangs der Bistümer, wie es im Laufe der Geschichte vor sich gegangen ist, hielt er für ein Grundübel. „Die Reformation fand in Teutschland nur noch eine Fratze des alten ehrwürdigen Episkopates, die ‚Kirchen‘ in Bistümer, die Bistümer in Fürstentümer, die Bischöfe in mächtige Landesherrn verwandelt, und zwar in die schlechtesten Landesherren des Reichskörpers.“ Den Reformatoren hätte indes bei ihrem großen Kampfe die Organisation Nebensache bleiben müssen. „Die Provisorien der Reformatoren sind leider!!! konstante Zustände geworden. Weit größer aber ist das Unglück, daß die unglückselige Gründlichkeit der Norddeutschen sich daran gemacht hat, diesen Provisorien eine Begründung in der heiligen Schrift

nachzuweisen." Der evangelische Superintendent schien ihm deswegen eine verfehlte Einrichtung zu sein, weil ihn „Seine Majestät der König oder Seine Durchlaucht der Fürst oder Ihre Hoch Edelen und Gelehrten der Rat" einsetzt. Ihm dünkte es notwendig, daß „apostolische Vorsteher" oder Bischöfe geschaffen würden, die von der Kirche selbst und im Namen ihres göttlichen Hauptes bestellt werden. Die Reformatoren hätten versäumt, den Mangel in ihrer Organisation durch Anknüpfung an die alte kirchliche Legitimität zu ersetzen, als sich Gelegenheit dazu bot. Diese Gelegenheit zeigte sich, als England der Reformation beitrat und nun die Bischöfe da waren, die die feierliche Einsetzung neuer Bischöfe in Deutschland hätten vollziehen können.

Im zweiten Aufsatze führte er aus, das seiner Zeit verhängnisvollerweise Versäumte müßte jetzt nachgeholt werden. Nichts Herrlicheres gab es für ihn, als seine preußische evangelische Kirche auf eigene Füße zu stellen. Selbständig müsse sie sein, wolle sie anders in dem Kampfe gegen Hierarchie und Abfall obsiegen und ihre Lehre weitertragen. Doch stand es ihm andererseits als unerschütterlicher Grundsatz fest: die Kirche sich nur durch sich selbst gestalten zu lassen. „Ich bleibe passiv, solange die rechtmäßigen Organe der Landeskirche nicht den Beruf und den heiligen Willen empfinden und aussprechen, die gegenwärtige Gestaltlosigkeit mit einer Gestaltung zu vertauschen." Hier tritt wieder seine eigentümliche Vorstellung zu Tage, die Dinge kämen von selbst ins Rollen. Es ist schwer zu sagen, ob mehr seine Unentschlossenheit oder die zurechtgelegte Theorie das verzögernde Moment war. Fast will es scheinen, als ob die Theorie nur zur Verschleierung des eigenen Mangels an Thatkraft dient. Er malte dann im einzelnen aus, wie er sich die Organisation der evangelischen Christenheit dachte, wenn er sich mit den Synoden über die „rechten Hände" verständigt habe, in die er seine oberstbischöfliche Gewalt zurückgeben wollte. Berlin wollte er in etwa neun Kirchen einteilen, Königsberg in sieben, Breslau in fünf. Ungefähr 50 000 Seelen sollten die Normalzahl bilden. Den Diakonen wies er eine große soziale Thätigkeit zumal in Fabrikstädten zu. Die äußere Stellung der Bischöfe würde ganz

die der zur Zeit bestehenden Superintendenten sein, ihre Stellung zu ihrer kleinen Kirche würde aber ungleich gestärkt werden durch die Einräumung eines absoluten Vetos bei den Anstellungen von Geistlichen u. s. w. Als die „rechten Hände", in die er seine oberstbischöfliche Gewalt zurückgeben wollte, schwebten ihm eben diese unter den einzusetzenden Bischöfen stehenden „wohlorganisierten apostolischen Kirchen" vor. Die Konsekration der ersten Bischöfe sollte etwa durch die Erzbischöfe von Canterbury, Upsala und Åbo vollzogen werden. Dann wieder eine wunderliche Inkonsequenz. Sein Gewissen verbietet ihm: „die Kirchengewalt des Landesherrn mit einemmal aus den Händen zu geben. Soll das Werk Dauer haben, so muß es ohne Uebereilung gebaut sein. Darum muß auch die Ausantwortung der Kirchengewalt allmählich vor sich gehen." Und nun plötzlich eine weitere Inkonsequenz: „Ich halte es daher für nicht zu umgehen, daß die erste Anstellung der Bischöfe vom Könige geschehe." Ist die Ueberantwortung der kirchlichen Gewalt in die „rechten Hände", etwa in der Form der „Uebersendung des Krummstabes von dem Könige an die Kirche" erfolgt, dann wird der Landesherr anstatt des Summus Episcopus „oberster Ordner und Schirmherr der Kirche". Er gab also das centrum auctoritatis auf, wollte aber das centrum unitatis bleiben. Als solchem sollten ihm Konsistorien mit geminderten Befugnissen unterstellt bleiben. Diesen sollten an die Seite treten periodische vereinigte Behörden, die Generalsynode und die Provinzialsynoden. Er schloß mit einem Ausblick auf die unabsehbaren Erfolge, die er für die äußere Mission von dieser Stiftung kleiner kirchlicher Einheiten, die zu Mutterkirchen künftiger christlicher Länder werden würden, erwartete.

Vielfach nebelhaft und mystisch, von schwärmerischen Gefühlen getragen, oft im Predigtstil, angefüllt mit verwirrenden Einzelheiten, zuweilen eine auffällige Selbsttäuschung über die bestehenden Verhältnisse und möglichen Zustände verratend, zahlreiche Geistesblitze und blendende Vergleiche enthaltend, zeigen diese, wie er auch selbst sagt, schnell hingeworfenen Zeilen (er vergleicht sie „Fragmenten einer antiken Inschrift", die der ordnenden und ergänzenden Hand bedürfen) eine starke Empfin-

dung für die Unselbständigkeit der evangelischen Kirche und die schiefe Situation, in die sie durch die Verbindung mit der weltlichen Gewalt auf die Dauer mehr und mehr kommen mußte. Wie Friedrich Wilhelm sich die Organisation dachte, wäre sie auch kaum zu einer Gefahr für den Staat geworden. Eine andere Frage war es freilich, ob dieses Phantasiegemälde irgendwie Aussicht auf Verwirklichung hatte. Friedrich Wilhelm hatte jedenfalls nicht das Zeug zu einem so kühnen Reformator, wie er dazu erforderlich war. Seine Wirksamkeit beschränkte sich darauf, in der Stille mit einigen Freunden diese Dinge zu besprechen, einigen Geistlichen und Gelehrten die Aufsätze zum Lesen vorzulegen und so im besten Falle Anregungen zu geben.

Indes that er doch einen bedeutsamen Schritt zur Organisierung der Landeskirche, wenn auch nicht in seinem Sinne. Zu Pfingsten 1846 berief er die erste preußische Generalsynode, die er auch als periodische Vereinigung in seiner Zukunftskirche gedacht hatte. Die glänzende Versammlung brachte allerdings wenig zu stande. Fast hätte sie jedoch dem Lande ein „funkelnagelneues" Bekenntnis gebracht. Leopold und Ludwig Gerlach, sowie Hans Kleist hintertrieben indes „die Bestätigung" desselben durch den König. Leopold Gerlach führte darüber mit diesem einen besonderen Schriftwechsel. Es ist kaum zu denken, daß der König den von dem früheren Bonner Professor der Theologie Nitzsch auf der Synode eingebrachten Entwurf gebilligt haben sollte. Immerhin ist es nicht zu bezweifeln, daß er daran gedacht hat, das apostolische Glaubensbekenntnis aufzugeben. Gerlach hat am 30. Juni 1852 und am 26. September 1853 ganz unzweideutige Angaben darüber gemacht[1]). Die Aufgabe des Bekenntnisses wäre in der That an sich schon ein Schritt von ungeheurer Tragweite gewesen.

Die Idee der Gründung eines apostolischen Bistums in seinem Sinne gelang es ihm einmal thatsächlich zu verwirklichen durch die Gründung des evangelischen Bistums von Jerusalem, bei der ihm Bunsen und Abeken als Werkzeuge gedient haben.

[1]) I, 778; II, 71. Treitschke scheint dies übersehen zu haben.

Im November 1841 wurde der erste evangelische Bischof in der hochgebauten Stadt durch den Erzbischof von Canterbury geweiht, und so künstlich die ganze Schöpfung war, so hat sie doch jahrzehntelang großen Segen gestiftet, bis sie endlich nach fast halbhundertjährigem Bestehen nicht mehr zu halten war und im Jahre 1887 aufgehoben werden mußte [1]).

Eine wichtige Frage des kirchlichen Lebens war die Regelung der Ehegesetzgebung. Friedrich Wilhelm hatte hierfür ein äußerst feines Verständnis. Schon als Kronprinz hatte er sich lebhaft mit ihr befaßt. Die alte Praxis machte die Scheidung viel zu leicht. Das hatte auch der junge Referendar v. Bismarck mit innerer Empörung in seiner amtlichen Thätigkeit erfahren [2]). Friedrich Wilhelm hielt insbesondere das Verfahren für reformbedürftig, beauftragte indes Ludwig Gerlach zur Ausarbeitung eines allgemeinen Entwurfs. Ungeschickterweise wurde dieser vorzeitig veröffentlicht und die liberale Presse tobte förmlich gegen die Intoleranz, die sie darin zu entdecken glaubte. Sofort (Dezember 1842) kam der König wieder auf seinen alten, schon seit „acht Jahren" ausgesprochenen Gedanken zurück, daß der „materielle Teil der Ehereform nicht zeitgemäß" sei (das drückte er auch wohl mit den Worten aus, das Gesetz enthalte viel und mehr auf einmal, als der Magen des Volkes jetzt noch vertrüge) [3]) und daß es „besser" wäre, „sich auf das Verfahren zu beschränken" [4]). Ebenso äußerte er sich Anfang März 1844 [5]), und wieder im April [6]). Als er schließlich am 28. Juni 1844, nachdem der materielle Teil auch im Staatsrate und Ministerium auf heftigen Widerstand gestoßen war, lediglich den formalen Teil publizierte, führte er nur seine alte Absicht aus. Von einem hartnäckigen Kampfe seinerseits für sein Gesetz kann nicht gesprochen werden. Friedrich Wilhelm hatte mit überlegener

---

[1]) Das Nähere bei Treitschke V, 120—124.

[2]) G. u. E. I, 7 f.

[3]) v. Natzmer, Unter den Hohenzollern III, 86, 87.

[4]) A. 19. Dezember 1842.

[5]) A. 19. März 1844.

[6]) A. 17. April 1844.

Sicherheit sein wesentliches Ziel erreicht und im Grunde seinen nächsten Getreuen nur durch die Thatsachen den Beweis geliefert, daß seine Ansicht über das Nichtzeitgemäße der materiellen Regelung der Frage richtig sei.

Wirkte die Verordnung wegen der Eheschließung segensreich und blieben die Verfassungsprojekte im allgemeinen unschädlich, da sie nicht ausgeführt wurden, so sollte doch das Hineinregieren des Königs in die sich in jener Zeit erhebenden dogmatischen Streitigkeiten seiner Kirche von üblen Folgen sein. Er traf sicherlich das Richtige, indem er die von seinem Vater hart behandelten Altlutheraner in seinem Lande wieder zuließ. Anders wirkte sein Verhalten gegenüber den rationalistischen Lichtfreunden zu Magdeburg und Halle und dem freigemeindlichen Rupp in Königsberg, denen Hengstenbergs Kirchenzeitung scharfe Fehde ansagte. Durch diese offenbar beeinflußt, hielt Friedrich Wilhelm es für unthunlich, daß diese Richtungen in der Landeskirche verblieben. Er meinte, sonst die Heuchelei selbst großzuziehen. Darüber kam eine lebhafte Beunruhigung in die evangelische Bevölkerung, und der Magistrat von Berlin, der es sonst sehr leicht mit seinen kirchlichen Pflichten nahm, besann sich plötzlich, daß er wohl als Kirchenpatron hier mitreden könnte, und richtete eine wenig ziemliche Adresse an den König. Dieser hatte allen Grund dazu, über das Benehmen der Berliner Stadtväter in hellen Zorn zu geraten. Er ließ sich die neuen Puritaner kommen und sagte ihnen höchst ungnädig seine Meinung. Nachher aber spottete er: Bei der Huldigung wollten mich die Berliner vor Liebe aufessen, heute thut es ihnen leid, daß sie es nicht gethan haben. Ebenso wurden die Eingaben der Stadtverwaltungen von Breslau und Königsberg ungnädig beschieden. Darüber erhitzten sich die Gemüter im Lande und man glaubte die evangelische Freiheit bedroht. Neue Kundgebungen reizten den König noch mehr. Es kam zu Verfolgungen einzelner Geistlicher auf Friedrich Wilhelms eigensten Antrieb hin, der zornig schrieb: „Die Frechheit der Feinde des Evangelii wird nachgerade zu arg. Es muß und es **soll** aufs würdigste und **allerentschiedenste** gegen sie eingeschritten werden, sowohl in Königsberg, als in Halle, Magdeburg, Nord=

hausen, Berlin oder wo immer der Abfall von Gott vorbereitet wird, um bald dem König abfallen zu können."[1])

Die Nichtanerkennung der Lichtfreunde und ähnlicher Parteiungen führte König Friedrich Wilhelm auf eine Maßregel, die durchaus dankenswert war, auf den Erlaß des sogen. Toleranzedikts, des Patents über die Bildung neuer Religionsgesellschaften vom 30. März 1847, das nach langen Verhandlungen dank dem persönlichsten Betreiben des Königs gegen den lebhaften Widerspruch seitens Ludwigs v. Gerlach zu stande kam. Darin wurde allen aus der Landeskirche Ausgetretenen dieselbe Freiheit wie den Altlutheranern gewährt, sobald ihre Religionsgemeinschaft vom Staate genehmigt war. Das Patent schaffte Klarheit über manche bisher unklare Verhältnisse. Aber Dank hat Friedrich Wilhelm dafür bei seinem Volk nicht gefunden. Die Verordnung lieferte nur neuen Stoff, um den König zu verlästern.

Noch unglücklicher waren die kirchenpolitischen Maßnahmen Friedrich Wilhelms gegenüber Rom. Kein größerer Gegensatz war zu denken als die Arglosigkeit und die Großmütigkeit dieses Fürsten neben der Berechnung und der Unerbittlichkeit des römischen Priestertums. Unberaten mußte hier der König unterliegen. Das Unglück wollte es, daß er auf Vorschlag des ablehnenden Radowitz[2]) einen in den diplomatischen Geschäften ganz unerfahrenen Katholiken, seinen Jugendfreund Oberstleutnant Graf Brühl, mit den Verhandlungen über die ihm von seinem Vater ungelöst hinterlassenen katholischen Angelegenheiten beim päpstlichen Stuhle betraute, der in tiefer Ehrfurcht vor dem Papst Gregor XVI. sich nicht zu nüchtern-energischer Vertretung seines Staates aufzuschwingen vermochte. So wurde der König in den Verhandlungen über die Kölner und Trierer Bischofsfrage von einer Konzession zur anderen getrieben. Er empfand die ihm zugemuteten Demütigungen bitter und es hat ihm manche qualvolle Stunde gekostet, ehe er, in die Enge getrieben durch die überlegene Logik des Vatikans, den Zumutungen

---

[1]) Treitschke V, 356.

[2]) v. Liliencron in der Allg. Deutsch. Biographie 27, 143.

nachgab [1]). Die folgenschwerste Konzession, die der König der römisch-katholischen Kirche gewährte, war die Errichtung der katholischen Abteilung im Kultusministerium am 14. Februar 1841, die für den preußischen Staat ein Pfahl im Fleische werden sollte. Nur die völlige Verkennung des Wesens des Katholizismus konnte es ermöglichen, daß diese Behörde geschaffen wurde.

Es versteht sich, daß ein Fürst, dem so die Kirche am Herzen lag, sich auch eifrig mit Werken der Liebe abgab. An den mannigfaltigen Fortschritten der Wohlthätigkeitspflege hatte er seine wahrhafte Freude. Obwohl er sonst einen starken Widerwillen gegen alles Jüdische besaß, so war er doch vorurteilslos genug, den um die Gefängnisreformbestrebungen verdienten Hamburger Juden Julius als Hilfsarbeiter in sein Kabinett zu berufen. Er bedauerte es, als es ihm nicht gelang, den Deutschamerikaner Franz Lieber für die Leitung der preußischen Strafanstalten zu gewinnen. Für den Unterhalt des von ihm begründeten Krankenhauses Bethanien setzte er außerordentliche Summen aus. Leider fehlte es auch auf diesem Gebiete nicht an bizarren Schöpfungen seiner Phantasie. Der als großartiges Institut der christlichen Wohlthätigkeit gedachte Schwanenorden verfiel alsbald nach seiner Gründung dem Fluche der Lächerlichkeit und ist nicht in Wirksamkeit getreten. Das mittelalterliche Gewand, in dem diese Neugründung auftrat, forderte so gewaltsam den Spott der Zeit heraus, daß sie nicht zu halten war. Mehr Glück hatte der König mit der Förderung des Johanniterordens. Hier gewannen die Formen einiges Leben, was auch Leopold Gerlach, der anfangs diesen Bestrebungen abhold war, weil er sich trotz aller Romantik immer noch ein großes Maß der Nüchternheit bewahrt hatte, später nicht umhin konnte anzuerkennen.

Aus der Schwäche für englische Einrichtungen entsprangen bei Friedrich Wilhelm seine Pläne einer Reform des preußischen Adels. Vom König beeinflußt, vollendete Savigny zu Neujahr 1847 den Entwurf eines Adelsgesetzes, nach dem es hinfort nur einen an der Scholle haftenden Erbadel, einen persönlichen Adel und eine Gentry, bestehend aus den Söhnen der Neugeadelten,

---

[1]) Das Nähere bei Treitschke V, 276 ff.

geben sollte. Nur aus gänzlicher Mißachtung der historischen Bedingungen heraus konnte ein solcher Plan geboren werden. Er ist denn auch bald fallen gelassen worden.

Eine glücklichere Hand bewies der König wieder auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Seinem Betreiben gelang es besonders schon im Anfang seiner Herrschaft, wenn auch auf verschiedenen Umwegen und unter von ihm selbst verursachten Schwierigkeiten, den Anschluß Luxemburgs an den deutschen Zollverein durchzusetzen. Seine tiefe Abneigung gegen die Bureaukratie begründete sich zum Teil auf die Wahrnehmung, daß bei den Geheimräten blutwenig Verständnis für das praktische Leben zu finden war. Es war seine stete Klage, daß „die Masse von Erfahrung, die in dem handel- und gewerbetreibenden Publikum vorhanden ist, in den obersten Behörden gar keine Vertretung fand". So kam er auf den Gedanken, im Interesse der Landwirtschaft eine technische Behörde ins Leben zu rufen, die mit den praktischen Landwirten in enge Beziehung gesetzt wurde und die Regierung in landwirtschaftlichen Sachen zu beraten hatte. Es war dies das am 16. Januar 1842 begründete Landesökonomiekollegium. Mit Genugthuung erfüllte ihn die Veranstaltung der ersten großen Gewerbeausstellung durch Beuth im Jahre 1844. In den Verhandlungen wegen des Grenzverkehrs mit Rußland zeigte er sich äußerst geschickt und in überlegener Hoheit seinem Schwager Nikolaus gegenüber, vor dem er sonst recht viel Respekt hatte, da ihm die schroffe Willenskraft dieses Despoten einen geheimnisvollen Schauder einflößte. Anfänglich ließ er sich von dem Deutschrussen Cancrin bei dieser Sache überlisten. Als er dahinter kam, schrieb er mit jener frischen Offensive, die seinen Gerlach so oft erquickte: „Ich möchte ihn anreden mit dem Schluß der Rede des Götz von Berlichingen an den Reichstrompeter!!! Die russische Verpuppung ist bei diesem Deutschen vollendet."[1]) Seinem Schwager Nikolaus aber klopfte er, nachdem dieser eingelenkt hatte, sanft auf die Finger, indem er ihn wissen ließ: „Du hast eine gute und große That vollbracht, indem Du die neue Form der Zollscheine anordnetest

[1]) Treitschke V, 465.

für die Waren, welche, nach Deinen Wohlthaten vom vorigen Jahre, Deine Grenze zu überschreiten wagen. Darum bin ich nicht mehr gezwungen, auf diese Wohlthaten für meine Unterthanen zu verzichten. Auch Deine Stellung, theuerster Freund, ist Deutschland gegenüber jetzt eine andere geworden, sie ist jetzt gut, sie ist, was sie sein soll." Wie er in Kunst und Wissenschaft und im Wohlthätigkeitswesen bemüht war, die größten Namen für seinen Staat zu gewinnen, so trachtete er auch lebhaft danach, die mächtige Kraft Friedrich Lists, auf die ihn Bunsen und Rönne aufmerksam gemacht hatten, in seinen Dienst zu stellen, als Generalinspektor der Eisenbahnen und Fabriken des Zollvereins oder als Leiter der deutschen Kolonisation in Posen, worauf Bunsen verfiel. Unglücklicherweise trat der jähe Selbstmord des genialen Mannes dazwischen. Eifrig war der König bemüht, die Finanzen seines Staates in Ordnung zu halten und zu schonen. Er verriet auf diesem Gebiete viel Verständnis. So kam es, daß unter seiner Regierung die Geldkraft des preußischen Staates ganz außerordentlich zunahm, ein Umstand, der später gute Früchte zeitigen sollte. Seinen Dienern, die ihm hierbei hilfreich zur Hand gingen, bezeigte er deswegen besondere Dankbarkeit, so dem wackeren Rother und so auch dem Grafen Albrecht Alvensleben-Erxleben selbst noch zu einer Zeit, da er diesem gram sein durfte. Als Rother einmal in seiner Eigenschaft als Leiter der Bank sich nicht sicher war, ob er noch die Gunst des Königs besäße und deswegen bei ihm anfragte, antwortete ihm Friedrich Wilhelm in seiner liebenswürdigen Art: „Schlagen Sie sich die Grillen aus dem Kopf und freuen Sie sich vielmehr des großen Vertrauens Ihres herzlich wohlgeneigten F. W." An Thile aber ließ er sich zugleich aus: „Hier, teuerster Thile, ein Brieflein des alten Rother, welcher raset. Beruhigen Sie ihn einstweilen und beweisen Sie ihm, daß er, chose incroyable, mit seiner Einbildungskraft durchgeht. Ich komme ganz durchbebt von klassisch-hellenischem Weh, von des alten schuldlosen Frevlers Oedipus Laios Sohnes donnerumhallt geheimnisvollem Ende."[1])

[1]) Treitschke V, 503.

Dem Widerstande seiner Umgebung, darunter auch Leopold Gerlachs, wird es zuzuschreiben sein, daß er den lange und hartnäckig verfolgten Plan, auch der Arbeiterklasse auf seinem Vereinigten Landtage eine Vertretung zu gewähren, fallen ließ. Nur wenige Köpfe zeigten unter den damaligen Politikern Verständnis für diese Frage der Zukunft, so Radowitz, Viktor Aimé, Huber, Herrmann Wagener, später der Landrat Peguilhen und andere. Solche Anschauungen betrachtete Leopold Gerlach stets mit einer unverhohlenen Verwunderung. Mit sicherem Blick erkannte Friedrich Wilhelm auch bereits die vom Großkapital drohende Gefahr und versicherte gelegentlich, daß in Oesterreich Rothschild herrsche [1]). Wohlgefällig begrüßte er die Gründung eines Vereins „für das Wohl der arbeitenden Klassen", die in Berlin nach der Gewerbeausstellung von 1844 erfolgte. Nicht verwunderlich bei seinem weichen Gemüt war es, daß er sich die Webernot im Riesengebirge, als er bei seinen Besuchen in Erdmannsdorf Einblick in sie that, zu Herzen nahm. Er verfügte dort und an anderen Stätten jener Gegend die Errichtung bedeutender Spinnereien aus Mitteln der Seehandlung, durch die das Elend verringert wurde.

Die Schicksalsfrage für Friedrich Wilhelm sollte das Verfassungswerk werden. Darüber hatte er sich bereits in den Anfangsjahren seines Regimentes mit seinem alten Freunde Schön überworfen und sich dabei die Liebe seiner für ihren Oberpräsidenten begeisterten kernhaften Ostpreußen zu verscherzen begonnen. Nach dem Attentate Tschechs ging er ernstlicher an die Ausarbeitung seiner Projekte. Im Dezember 1844 gab er dem Ministerium die Grundlinien dazu an. Sie gipfelten in dem Gedanken an eine Zusammenfassung der sämtlichen Provinzialstände in einem „Vereinigten Landtag", den er nach Belieben von Zeit zu Zeit berufen wollte, der das Anleihe- und Steuerbewilligungsrecht haben und möglicherweise auch allgemeine Gesetze beraten sollte. Innerhalb dieses vielköpfigen Vertretungskörpers sollte eine Oberkurie bestehen, die mit den anderen Ständekurien gemeinschaftlich beriet, aber getrennt beschloß.

[1]) G. II, 98.

Regelmäßig zusammentreten sollten nur die aus den Provinzialständen gebildeten „Vereinigten Ausschüsse“, und diesen sollten allgemeine Gesetze vorgelegt werden.

Das Zugeständnis des Steuerbewilligungsrechtes war ein großartiges Geschenk, das der König seinem Lande zu machen plante. Niemals hatte sein Vater bei seinen Verheißungen hieran gedacht. Dafür fehlte die stürmisch geforderte Periodizität des allgemeinen Landtages. An den geborenen Gegner seiner Verfassungspläne, an Zar Nikolaus, schrieb der König damals, um ihn zu beruhigen: „Je ne veux ni constitution ni charte. Je n'accorderai jamais une assemblée périodique des états, je les convoquerai une fois peut-être pour traiter avec eux sur les finances et j'espère que tout un règne peut passer sans qu'on se trouve dans la nécessité de les convoquer de nouveau.“[1]) Aehnlich drückte er sich gegen einen anderen Widersacher der Verfassungsidee, auf den er viel hielt, gegen Fürst Metternich aus. Da sprach er von dem „periodischen Fieber“ der regelmäßigen Reichstage[2]). Mißmutig verzeichnete Gerlach zu dem selbständigen Vorgehen des Königs mit seinem Minister Graf Arnim und dessen Berater Patow: „Friedrich Wilhelm IV., unser alter Kronprinz, mit dem wir über alle diese Dinge seit zwanzig Jahren verhandelt haben, geht nun auf diesem Wege vor mit Arnim, der ihm fremd ist, und mit Patow, der ein liberaler Offiziant ist.“[3]) Aber Arnim fiel, und nun suchte der König gegen die Ansicht seiner Minister seine Ideen durchzusetzen. Am meisten ging noch der Freiherr v. Canitz, der nach dem Rücktritt des Anglomanen Bülow die auswärtigen Angelegenheiten versah, darauf ein. Dem neuen Minister des Innern, Ernst v. Bodelschwingh, gelang es für kurze Zeit, den König zum Verzicht auf seinen Lieblingsgedanken, den der Pairskurie, zu bewegen. Als aber der alte Herzensfreund General Graf Gröben zu Besuch an den Hof kam, da tauchte die nur unter einer dünnen Decke schlummernde Idee wieder auf, und als

---

1) A. 27. I. 1845.
2) Treitschke V, 271 f.
3) A. 2. I. 1845.

Bodelschwingh sich dagegen verwahrte, geriet der König in heftigen Zorn und rief: „Wenn ich nur andere Personen hätte, ich schickte das ganze Staatsministerium fort!“[1]) Ueber alle Widersprüche hinweg traten endlich im Patent vom 3. Februar 1847, durch das der „Vereinigte Landtag“ berufen wurde, alle die ursprünglichen Pläne Friedrich Wilhelms ziemlich unverändert ins Leben. Es war der Sieg eines wunderbar zähen Willens. Damit war der Stein ins Rollen gekommen. Es mußte sich jetzt zeigen, ob es Friedrich Wilhelm vergönnt war, zur richtigen Zeit freiwillig den einlenkenden Schritt, Gewährung der Periodizität, die ein Gebot der Notwendigkeit war, zu thun, oder ob die Widersprüche, die seine Regierung allenthalben schon geweckt hatte, eine Krisis, die mancher, so die Prinzessin von Preußen und Bettina v. Arnim, ahnte, hervorrufen und er dadurch zu diesem Zugeständnis gezwungen werden würde. „Wir müssen den König retten,“ hatteBettina angstvoll gerufen.

Sehr bald wurde es offenbar, daß eine Verständigung mit dem aufgeregten Volke nur noch schwer halten würde. Es erschien die Schrift des Breslauer Juden Heinrich Simon: „Annehmen oder Ablehnen“, die Sturm gegen das Patent lief, weil es die Periodizität nicht zusagte. Nirgends außer im Handel und im Schauspielertum hat die jüdische Rasse so viel Genialität gezeigt als in der Erregung und Ausbeutung der Unzufriedenheit. Das trat hier wieder einmal handgreiflich zu Tage. Bei Friedrich Wilhelm war die Wirkung ähnlich wie die der Schrift des Königsberger Juden Jacoby zu Beginn der Regierung: „Vier Fragen“. Er fühlte sich tief beleidigt. Das war also die Antwort auf sein hochherziges Entgegenkommen! Ueber dieser Rechtsfrage verlor das politisch angeregte Bürgertum Preußens ganz aus den Augen, daß die Einberufung an sich eine Errungenschaft von der größten Bedeutung war und daß man in der Steuerbewilligung auf der anderen Seite etwas erreicht hatte, was früher nicht zu hoffen gewesen war. Doch Simon vertrat ja nicht die Gesamtheit. Noch war ja auf ein Benehmen mit den Landständen zu hoffen. Am 11. April hielt

---

[1]) A. 25. Dezember 1846.

der König zur Eröffnung des Landtages, übrigens eine der glänzendsten parlamentarischen Versammlungen, die die Geschichte gesehen hat[1]), eine seiner schwungvollsten und längsten Reden: „Der edle Bau ständischer Freiheiten, dessen acht mächtige Pfeiler der Hochselige König tief und unerschütterlich in die Eigentümlichkeiten seiner Länder gegründet hat, ist heute durch Ihre Vereinigung vollendet.“ Er will das Werk nicht gleich durch „Neulingshast“ in Frage stellen. „Ich versage im voraus jede Mitwirkung dazu.... Ich weiß, daß manche dies Kleinod verkennen, daß es vielen nicht genügt. Ein Teil der Presse z. B. fordert von mir und meiner Regierung geradezu Revolution in Kirche und Staat.... Möchte doch das Beispiel des Einen glücklichen Landes, dessen Verfassung die Jahrhunderte und eine Erbweisheit ohnegleichen, aber kein Stück Papier gemacht hat, für uns unverloren sein. Finden andere Länder auf dem Wege ‚gemachter und gegebener‘ Konstitutionen ihr Glück, so müssen und wollen wir ihr Glück aufrichtig und brüderlich mit ihnen preisen.... Preußen aber, meine Herren, kann diese Zustände nicht ertragen.... Dieses Landes Geschicke können, soll es nicht augenblicklich von seiner Höhe fallen, nur von Einem Willen geleitet werden.... Es drängt mich zu der feierlichen Erklärung, daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß ich es nie und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung, eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen.“ Von allen Unwürdigkeiten, denen er und sein Regiment seit sieben Jahren ausgesetzt gewesen wäre, appellierte er an sein Volk, und mit der Beteuerung: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen, ja wahrhaftig!“ schloß er.

Wie so oft hatte er selbst sofort und am meisten das Gefühl, daß seine Rede verstimmte und falsch gedeutet werden

[1]) Vgl. Treitschke V, 617. Canitz, Denkschriften II, 147 f.

würde. Das geht aus einem bald darauf an Bunsen gerichteten Brief hervor. Die Adreßdebatte, die sich im Anschluß an die Rede im Landtag entspann, hatte erst das Ansehen, als wenn sie zu einer Brüskierung der Krone durch die Abgeordneten führen sollte. Friedrich Wilhelm war verletzt dadurch, daß man den liberalen Rheinländer Beckerath die Adresse habe anfertigen lassen [1]). Durch das Beckerath opponierende Eingreifen des Grafen Arnim-Boytzenburg, des ersten Mitarbeiters am Verfassungswerke, und die schließliche Vermittelung eines der alten preußischen Jugendfreunde des Königs, Alfreds v. Auerswald, kam jedoch ein leidliches Schreiben zu stande, und dieses erzielte am 22. April eine überraschend günstige Antwort: „Die Gesetzgebung vom 3. Februar ist in ihren Grundlagen unantastbar, wir betrachten sie aber deshalb nicht als abgeschlossen, vielmehr als bildungsfähig.“ Hieran ließen sich Hoffnungen knüpfen. Der Landtag konnte es aber nicht über sich gewinnen und sich einstweilen bescheiden. In seiner doktrinären Verranntheit lehnte er das Projekt der Ostbahn, das zur Einberufung des Landtages die äußere Veranlassung gegeben hatte, ab. Bei aller seiner Wunderlichkeit hatte der König sich doch nie zu solcher unklugen Hartnäckigkeit in entscheidenden Momenten verstiegen. Das Schlimmste, was geschehen konnte, war geschehen, indem man so einen Druck auf den Herrscher auszuüben suchte. Friedrich Wilhelm mußte erkennen, daß er sich mit seinen Ständen nicht würde einigen können. Gerade seine Ostpreußen hatten die ihnen zugedachte Wohlthat verschmäht. Empört schrieb er sogleich an Thile: „Es ist gut, daß den ‚Preußen‘ die Strafe ihres wahnsinnigen Votierens gewaltiglich vors Angesicht gestellt werde. Es ist mein Wille, daß **augenblicklich** alle Arbeiten an der **Weichselbrücke** und Eisenbahn **eingestellt** werden. Mich macht das Verwerfen der Anleihe nicht kalt und nicht warm. Es soll aber die ‚Preußen‘ kalt und warm machen.“ Besser „eine That des Ernstes, welche den Ständen andere Thaten des Ernstes und der Strenge **ahnden** läßt, als eine Antwort ohne That auf eine Petition viele Tage

[1]) A. 13. April.

nach dem gegebenen Skandal". Auf die beschwichtigenden Einwände einiger Minister entgegnete er immer noch im höchsten Zorn: „**Keiner** der angeführten Gründe faßt. Ernstes **Handeln** (nicht Reden) war nach meiner tiefsten Ueberzeugung hier geboten. Es mußte dem erkrankenden Landtag und den in Ungesetzlichkeit ersoffenen ‚Preußen' in specie ein Eimer kaltes Wasser über den Kopf gegossen werden. Trotz ihres Soffs wissen sie meisterlich das à propos zu treffen. Man muß mit derselben Waffe des à propos und zwar in der Realität der Staatsmacht sie bekämpfen." [1])

Wirklich wurden die Arbeiten sämtlich eingestellt und der Brückenbau ruhte drei Jahre.

Ein Ausfluß von Friedrich Wilhelms Gerechtigkeitsliebe war das Judengesetz, das er noch dem Landtage vorlegen ließ. Konnte er zuweilen auf das seiner Natur so innerlich fremde Judentum in den kräftigsten Ausdrücken herziehen, gegen Schön von dessen „jüdischem Freundepöbel" sprechen und von der „frechen Rotte", der „schnöden Judenclique" sagen, sie lege „täglich durch Wort, Schrift und Bild die Axt an die Wurzel des teutschen Wesens", so überwand er sich doch und bestätigte die Aufnahme des jüdischen Physikers Rieß in die Akademie der Wissenschaften, und richtete dabei an A. v. Humboldt die Frage: „Ich hoffe doch nicht, daß Ihr Bruder die Dummheit begangen und in die Statuten gesetzt hat, es dürfe kein Jude in der Akademie sein?" So glaubte er auch der Gerechtigkeit zu dienen, indem er das den Juden äußerst günstige Gesetz Hardenbergs von 1812 auf das ganze Land ausdehnte.

Als der Landtag zum Schluß die Bitte um Gewährung der Periodizität und um Beschränkung der Wirksamkeit der Vereinigten Ausschüsse aussprach, lautete die Antwort des noch immer grollenden Königs abschlägig. Auch persönlich äußerte Friedrich Wilhelm jetzt seinen Zorn. Die 138 Abgeordneten, die am 26. April unter Georg v. Vinckes Führung die Erklärung über den Rechtsboden abgegeben hatten, wurden mit der Allerhöchsten Ungnade bestraft und nicht zu den Hoffestlichkeiten

[1]) Treitschke V, 627.

eingeladen. Er wollte sie nie wiedersehen[1]. So ging der erste Vereinigte Landtag mit einem Mißklang auseinander. Mehr und mehr beschlich die Gemüter ein beängstigendes Gefühl, daß der Bruch nahe bevorstände. Wie ein Wetterzeichen erschien in jenen Tagen die historische Satire David Fr. Straußens „Der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren", in der der mit Gott und der Welt zerfallene streitbare ehemalige Repetent des Tübinger Stifts mit wenig Witz Friedrich Wilhelm in der Person Kaiser Julians des Abtrünnigen zu persiflieren suchte. Aber da der Verfasser des Lebens Jesu persona gratissima bei der weitaus großen Mehrzahl aller Litteraten war, so bekam das gehässige Machwerk einen ungeheuren Ruf. Dem wackeren Junker Thadden-Triglaff kam auf einem Hoffeste unwillkürlich das Lied in den Sinn: O Richard, o mon roi, tout le monde t'abandonne! Radowitz schrieb dem König wehmütig am 13. Juni: „Sieben Jahre sind verflossen, die nicht wiederkehren. Im tiefsten Schmerze sorge ich, daß, weil das Mögliche nicht versucht worden, jetzt das Unmögliche unternommen werde." Leopold Gerlach aber zeichnete in seinem Tagebuch am 27. Juni recht bedrückten Mutes auf: „Ein eigen Schicksal, wenn wir uns mit 60 Jahren noch in die Revolution begeben müßten."[2]

Die Landtagsfrage trat nunmehr einstweilen hinter einer noch größeren zurück, der deutschen. Von drei Seiten wurde die Aufmerksamkeit Friedrich Wilhelms auf die allgemeine deutsche Politik gelenkt. Der Halbbruder der Königin Viktoria von England, Fürst Karl v. Leiningen, hatte mit edler Unbefangenheit in mehreren Denkschriften die Lösung des deutschen Dualismus zur Sprache gebracht und sich mit Entschiedenheit für Preußens Vorherrschaft ausgesprochen. Dann gärte es wieder in Hessen, wo der bisherige Mitregent Friedrich Wilhelm eben Kurfürst geworden war und sehr bald die Absicht kundgegeben hatte, mit der von seinem Vater gewährten Verfassung „abzufahren". Der König erklärte sich im Dezember 1847 sehr be-

[1] A. 22. Juni 1847.
[2] G. I, 121.

stimmt gegen solche Gedanken seines Vetters, meinte, der Kurfürst sei ein böser Mensch, mit dem man wie mit einem ehrlosen Offizier, wenn er dergleichen thäte, nichts zu schaffen haben könnte. Er würde jedoch keinenfalls die Wiederholung von Unruhen dulden, wie sie 1830 in Kurhessen stattgefunden hätten, sondern sich zum Einmarsch berechtigt halten, wie es ja auch erlaubt sei, das Dach eines brennenden Nachbarhauses abzureißen. Hier stände das brennende Haus sogar mitten auf dem eigenen Hofe[1]). Die dritte Frage, die sich erhob und mit der sich auch der Bundestag beschäftigen sollte, war die Stellung seines Fürstentums Neuenburg im Schweizer Sonderbundskriege. Als dies Ländchen 1815 wieder unter die Oberhoheit des preußischen Königs gestellt worden war, nachdem hier eine kurze Zeit Marschall Berthiers Regiment Preußens gerade hundertjährige Herrschaft unterbrochen hatte, waren die staatsrechtlichen Verhältnisse etwas kompliziert geregelt worden, und wie bei Schleswig-Holstein, so sollte sich das auch hier furchtbar rächen. Neuenburg lag dem König, seitdem er es 1842 vom Rhein aus besucht hatte, besonders am Herzen. Das von edlem Royalismus erfüllte Verhalten seiner dortigen Unterthanen war ihm über die Maßen wohlgefällig. Mit Genugthuung erfüllte es ihn, daß Radowitz die Teilnahme des Bundes als Großmacht an der überaus verwickelten Sache durchsetzte. Gegen Bunsen äußerte er: „Neuenburg hat der Welt aus einem Sumpfe von Schurkerei, Ehrlosigkeit, Feigheit und Terrorismus heraus eins der seltensten Schauspiele dargeboten. Wer Ehre im Leibe hat, atmet auf bei Neuenburgs Thun und Lassen. Sagen Sie Lord Palmerston und Lord John Russel, ich sei auf keine meiner Unterthanen so stolz als auf meine allerteuersten Neuenburger.“ Während er sich aber mit Hoffnungen auf einen „großen Kreuzzug der europäischen Legitimität“ gegen den Schweizer Radikalismus trug, that er selbst als Landesfürst seiner Neuenburger nichts zum Schutz ihrer Neutralität und mußte so ruhig zusehen, daß das Juraländchen von den siegreichen Radikalen vergewaltigt wurde und es sogar zur Losreißung von seiner

[1]) G. I, 125.

Obergewalt kam. Allezeit aber beschäftigte seitdem das Schicksal Neuenburgs sein Gemüt auf das lebhafteste. Für wenige Dinge hat er so viel Aufmerksamkeit übrig gehabt und so viel Kraft eingesetzt als hierfür.

Leiningens Vorschläge erheischten noch mehr seine Stellungnahme als die Ereignisse in der Schweiz. Sie wurden von ihm in einer Weise aufgenommen, die mehr als anderes bewies, daß er nur zu wenig preußischen Ehrgeiz besaß, daß er ganz anders wie sein großer Ahn Friedrich empfand. Er lebte hier ganz in der mittelalterlichen Welt, gleichsam als wenn seit dem großen Kurfürsten nichts geschehen war, was zu einer Lockerung der alten Verhältnisse geführt hätte, und erkannte nicht, daß diese Lockerung ein Glück war, weil von einer gesunden Entwickelung in dieser Richtung die Lebensfähigkeit der deutschen Nation abhing. Freilich hatte auch sein Vater dem österreichischen Kaiserstaat einen großen Einfluß auf Preußen gestattet, sich sozusagen vor Metternich gebeugt. Friedrich Wilhelm wies Leiningens Ansichten weit von sich. Seinem Bunsen schrieb er, diese Vorschläge hätten ihn „fast empört. Der Schwager will Oesterreich aus dem Bunde sachte entfernen, einen Bund im Bunde gegen den Bund (also Treubruch!) und dieser Wirtschaft soll ich quasi gezwungen werden mich anzunehmen und den Wünschen dieser Esel von Liberalen vorauseilend, das Banner des Fortschrittes erheben." Mit scharfem Verständnis für die Stärke des deutschen Stammespartikularismus fuhr er fort: „Das Aufgeben von gewissen Souveränitätsrechten der teutschen Könige, Groß- und Kleinherzöge, Fürsten und Fürstchen und Städte ist ein Erzeugnis des Sitzens am Tisch fern von Teutschland."[1] Zum Aufgeben dieser Rechte würden sich diese Herren nicht entschließen. „Für den Bund sollten sie es allerdings, für Preußen sollen sie es so wenig und noch weniger als für Oesterreich. Enfin c'est une Utopie inréalisable." Dann taucht der Gedanke auf, dem er bis an sein Lebensende treugeblieben ist und in den er sich gleichsam verliebte, daß Preußen der militärische Oberbefehl unter dem österreichischen Kaiser

[1]) Vgl. dazu G. u. E. I, 293 f.

zustehen müßte. Seine Devotion gegen das alte Kaiserhaus prägt sich am deutlichsten aus in der von ihm oft gebrauchten Redewendung: „Ich will Oesterreich den Steigbügel halten.“ Daneben war es ihm ein ganz unfaßbarer Gedanke, durch ein Hinausdrängen Oesterreichs aus dem Bunde schöne Stücke deutschen Gebiets darin fehlen zu sehen. „Teutschland ohne Triest, Tyrol und das herrliche Erzherzogtum wäre schlimmer als ein Gesicht ohne Nase!!! Gott wird Teutschland nicht verlassen.“[1])

Immerhin brachten es Leiningens Anregungen in Verbindung mit dem Einfluß des den König ständig mit Briefen bearbeitenden Prinzgemahls Albert dazu, daß Friedrich Wilhelm auf seine zu Beginn seiner Regierung in Verhandlungen mit Metternich zur Sprache gebrachten Bundesreformpläne zurückkam. Der Ratgeber, den er sich dazu kommen ließ, war der General v. Radowitz, damals Vertreter Preußens am badischen Hofe und Militärbevollmächtigter am Bundestage. Radowitz verfaßte auf seine Anregung eine große Denkschrift über die deutsche Frage, die er am 20. November vorlegte. Darin wurde der König, wie Gerlach es ausdrückt, für failures in seinem Lande mit Erfolgen in Deutschland vertröstet. Radowitz begründete die Aufrollung der deutschen Frage mit den Worten: „Der König bedarf auf seinen Wegen mehr als je ein anderer Regent des Vertrauens, der Sympathie, ja der Begeisterung seines Volkes. Gegenwärtig, nachdem der politische und kirchliche Parteienkampf das Feld seiner besten und reinsten Absichten verwüstet hat, giebt es hierzu nur noch ein mögliches Mittel: daß der König sich mit dem besseren Geiste der Nation verbünde, indem er als Vorkämpfer für ihre teuersten Güter und Wünsche hervortritt. Der König muß Preußen in und durch Deutschland gewinnen.“ Fast wörtlich übereinstimmend hiermit hat sich Radowitz noch am 15. August 1849 gegen Leopold Gerlach ausgesprochen, als dieser ihm vorwarf, er hätte den König durch seinen Rat, die deutsche Frage in Angriff zu nehmen, veran-

---

[1]) R. Koser, Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution. Hist. Zeitschr. 83, 48.

laßt, daß die inneren preußischen Angelegenheiten vernachlässigt worden wären. Radowitz erwiderte damals hierauf: „Der König bedurfte des Enthusiasmus, er fand ihn nicht in seiner inneren Politik, nicht in seinen Kirchensachen, er mußte ihn in den Zeitmeinungen suchen.“ Damit stimmt völlig eine Aeußerung, die der Finanzminister v. Rabe, der in der entscheidenden Novemberkrisis des Jahres 1850 gegen Radowitz stimmte, noch zu einer Zeit that, als die Radowitzsche Politik schon völlig der Vergangenheit angehörte: „Der König habe an der deutschen Politik gehangen, weil er in ihr die Möglichkeit gesehen, an Radowitzens Hand über die Schwierigkeiten im eigenen Lande Herr zu werden.“[1])

Zu Frankfurt war in den Zwischenjahren viel Formkram getrieben worden, wobei der König sich öfter mit seinem Witz aus der Affaire zog. Einst hatte er den Vorschlag gemacht, auf den Bundesfestungen Bundesfahnen und Bundeswappen anzubringen. Nach langwierigen Beratungen kamen die Diplomaten des Bundestages dahin überein, der Adler sollte weder Krone noch Scepter noch Schwert tragen. Dazu verstand sich der König denn doch nicht und er ließ den Herren mitteilen: „Auf den Schutzwällen des Bundes würde der entwaffnete Reichsadler den Franzosen zu vielem Kurzweil Veranlassung geben, ich sei wahrhaft glücklich, daran unschuldig zu sein.“[2]) Praktischer war sein Vorschlag, die Spielbanken aufzuheben. Leider drang er damit nur sehr teilweise durch: nach mehrjährigen Verhandlungen gelang es allein der Köthener Spielbank den Garaus zu machen (1847).

Nun sollte an die allgemeinen Bundesverhältnisse die bessernde Hand gelegt werden. Ende November 1847 mußte Radowitz in Wien seinen Plan vorlegen, in dem Heeresreform, Bundesgericht, Strafrecht, Handelsrecht, Wechselrecht, Heimatsrecht, Freizügigkeit für Deutschland, allgemeine Regelung des Zoll- und Verkehrswesens, und in diesen Fragen Mehrheitsbeschluß anstatt der Einstimmigkeit verlangt wurde. Zugleich ließ der

---

[1]) G. I, 650. Aeußerung Rabes am 12. Juli 1851.

[2]) Treitschke V, 685.

König sagen, er wolle vorerst eine grundsätzliche Verständigung mit Oesterreich erzielen. Ueber die Einzelheiten der bedeutungsschweren Reformen sollte dann entweder auf einem Fürstenkongresse oder auf dem Bundestage unter Oesterreichs Vorsitz verhandelt werden. Würde man sich in Wien nicht einigen, so wollte er sich — allerdings nur ungern — allein an den Bundestag wenden. Würde auch dieser Versuch scheitern, dann wollte er an die öffentliche Meinung der Nation appellieren und mit den gleichgesinnten Bundesstaaten Sonderverträge nach dem Muster des Zollvereins abschließen. Die Neuenburger Frage, mit der sich Metternich und Radowitz eingehend befaßten, verzögerte die Betreibung des Bundesreformwerkes. Es zeigte sich zum erstenmal in verhängnisvoller Weise, daß Radowitz nicht ein Mann der That war, sondern sich nur zu leicht in Spielereien und Nebensächlichkeiten verlor. Erst Ende Februar, unter dem Druck der Ereignisse in Frankreich, wurde der Faden wieder aufgenommen. Am 28. Februar eröffnete der König einen Kronrat mit einem Hinweis auf die Bedeutung, welche der gegenwärtige Augenblick für Europa und für Preußen habe, und äußerte, nach seiner Ueberzeugung wäre „das festeste Zusammenschließen der bei der Erhaltung der rechtlichen Ordnung beteiligten Regierungen das alleinige Mittel, um den Frieden zu bewahren, oder wenn der Krieg aufgedrungen werden solle, ihn mit Nachdruck und Erfolg zu führen. Für Deutschland insbesondere sei aber auch der Augenblick gekommen, um die schweren Versäumnisse der letzten 33 Jahre einzubringen und die Nation selbst zum aufrichtigen Verbündeten in dem bevorstehenden schweren Kampfe zu gewinnen". Am 1. März erhielt Radowitz den Befehl, abermals nach Wien zu gehen und dort den Antrag auf sofortige Einberufung eines deutschen Fürstenkongresses zu stellen, in dem über die Bundesreform und über die augenblickliche Kriegsgefahr verhandelt werden sollte. Am 2. März ging Radowitz nach Wien ab. Zur selben Zeit entsandte Friedrich Wilhelm einen Feldjäger nach Petersburg, um Zar Nikolaus gegenüber Einflüsterungen, die bei den nahen Beziehungen immer zu befürchten waren, zu beruhigen. Es gälte, so schrieb er ihm unter dem 29. Februar, à arracher des mains des

démagogues allemands l'arme dangereuse et fatale de la nationalité germanique[1]). In Wien wurden die preußischen Vorschläge angenommen und am 15. März sollte die Konferenz in Dresden zusammentreten. Später wurde der Termin auf den 25. März verschoben.

---

[1]) Das Nähere hierzu zu ersehen bei R. Koser a. a. O. S. 42 ff.

III.

Die Krisis des Königtums und die Berufung des Ministeriums Brandenburg.

Der Vorabend der Märzrevolution zeigte den König von Preußen, beraten von Radowitz, nicht ohne Verständnis für die Gunst und die Gefahr des Augenblickes. Spät zwar raffte er sich zum Handeln auf, und die Art, wie er die Bundesverhältnisse zu regeln gedachte, war kaum die richtige. Aber es geschah doch etwas — und ein Gelingen war nicht unmöglich. Indes diese diplomatischen Schritte blieben der Masse unbekannt. In der öffentlichen Meinung galt die deutsche Sache als völlig vernachlässigt durch den König. Der rasche Gang der Begebenheiten spornte ihn mittlerweile zu ungewöhnlich schneller Handlungsweise an. Am 11. März schrieb er an Thile, es schiene ihm notwendig, eine Ansprache an das deutsche Volk vorzubereiten. Thile sollte sich als Kabinettsminister mit den Ministern des Auswärtigen und des Innern Canitz und Bodelschwingh darüber verständigen. Am 16. März wurde sogar dem Gesandten in Kassel, Graf Galen, die bedeutsame Eröffnung gemacht, daß die Frage einer Vertretung der Nation am Bundestage den Fürstenkongreß beschäftigen werde. „Dies ist wenigstens der ernstliche Wunsch und Wille Seiner Majestät.“ Also selbst die Hauptforderung des Liberalismus, das deutsche Parlament, war bereits in das Programm des Königs aufgenommen, bevor die Volksaufregung sich gegen ihn entlud. Es war etwas Großes, daß der König sich zu diesem Zugeständnis

entschloß, aber verständlich aus seiner Begeisterung für die deutsche Einheit. Ein Verhängnis war es, daß die Nation nichts von diesem ihr zugedachten Geschenke wußte.

Der Sturm der europäischen Ereignisse brachte auch wieder Bewegung in das preußische Verfassungswerk. Bodelschwingh machte den König schon vor dem 8. März darauf aufmerksam, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine Konstitution wohl nicht mehr zu vermeiden sei. Diese Eröffnung, vereint mit der Einsicht, daß der Minister wohl recht haben mochte, drückte Friedrich Wilhelm nieder. Bodelschwingh hatte bereits seit dem Oktober des vergangenen Jahres auf ein konstitutionelles Ministerium hingearbeitet. Nachdem er in dem Abschied an die Vereinigten Ausschüsse vom 5. März schon die periodische Berufung des Vereinigten Landtages, die lange verweigerte, zugestanden hatte, acceptierte Friedrich Wilhelm jetzt das, wogegen er so oft seinen Abscheu ausgedrückt hatte. Neben Bodelschwingh wirkte auf ihn ein der geistreiche Pariser Gesandte Heinrich v. Arnim, zum Unterschied von dem früheren Minister des Innern, dem Grafen Arnim-Boytzenburg, der wegen seines Engländertums Pitt-Arnim hieß, der lahme Arnim genannt. Hinzu kam die allgemeine Bewegung in der Bevölkerung, die Volksversammlungen in den Zelten, der Adressensturm. Der Oberpräsident der Rheinprovinz Eichmann meldete am 12. März, er könne nicht für die Sicherheit seiner Provinz einstehen, wenn der Landtag nicht sofort einberufen würde. Auch Dahlmann, auf den der König große Stücke hielt, ließ sich vernehmen, daß die sofortige Bewilligung der konstitutionellen Monarchie durchaus nötig sei. In der That gärte es gerade in den Rheinlanden seit langem. In Koblenz und Köln war es schon vor Jahren zu üblen Reibereien zwischen den Bürgern und Offizieren gekommen und Friedrich Wilhelm hatte sich dadurch zu heftigen Verfügungen veranlaßt gesehen[1]. In den Märztagen war die öffentliche Meinung am Rhein derartig aufgeregt, daß ängstliche Gemüter thatsächlich den Abfall der Provinz befürchteten. Angesichts des rapiden Wachsens der Mißstimmung gelangte Friedrich Wilhelm jetzt zu der Auffassung,

---

[1]) Treitschke V, 598.

daß er den revolutionierten Staaten und der freien Presse gegenüber nicht glaubte, sich ohne die Einberufung des Vereinigten Landtages und die Inangriffnahme des Verfassungswerkes halten zu können. Am 14. März wurde daher der Vereinigte Landtag auf den 27. April einberufen. In den Tagen vom 11. bis 13. März fühlte er sich so bedrückt, daß er zu Stolberg sagte, er sei gänzlich demoralisiert[1]), worauf dieser sich veranlaßt sah, ernst auf ihn einzusprechen. An demselben Tage, an dem er zu Thile von der Notwendigkeit einer Ansprache an das deutsche Volk sprach, am 11. März, gab er diesem auch Anweisungen zu einer Proklamation „an mein Volk“, die zugleich „eine Antwort in Pausch und Bogen auf alle gehör- und ungehörigen Adressen enthalten muß“. Auch der beim König einflußreiche General v. Schack, der Gelegenheit gehabt hatte, die Stimmung im Lande zu erforschen, äußerte am 15. März zu Friedrich Wilhelm: „Es bleibe nichts übrig, als sich der Leitung der für die Einheit Deutschlands ausgebrochenen Bewegung zu bemächtigen,“ worauf der König mit der ihm eigentümlichen pointierten launigen Art erwiderte: „Nicht wahr, die Jakobinermütze aufsetzen?“ So kam es zuletzt noch unter dem Eindruck des am 16. März erfolgten Zusammenbruchs des Metternichschen Regiments in Wien zu der Abfassung des berühmten Patents vom 18. März, das in der Nacht vom 17. auf den 18. unterzeichnet wurde, und in dem die Forderungen der Denkschrift vom 20. November 1847, ergänzt vor allem durch die Forderung des Bundesstaats, durch die Anerkennung der Notwendigkeit einer „Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder“ und durch das Verlangen einer deutschen Flotte, erneuert sowie die Notwendigkeit, auch für Preußen eine Verfassung zu gewähren, zugegeben und der Vereinigte Landtag schleunigst auf den 2. April einberufen wurde. Gleichzeitig wurde in einer königlichen Verordnung die langersehnte völlige Preßfreiheit ge-

---

[1]) A. 11. April 1849. Mitteilung Stolbergs (an zwei Stellen). Stolberg führte diese nervöse Stimmung auf starken Tabakgenuß zurück, den er vom König für diese Tage bezeugt. In den folgenden Märztagen hätte er noch mehr Tabak gebraucht.

währt. Es waren Konzessionen von ungeheurer Tragweite. Sie sind nur aus dem Ehrgeiz des Königs zu erklären, die deutsche Frage zu lösen. Wie später Bismarck durch die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts die Lösung unternahm, so dachte Friedrich Wilhelm durch Einwilligung in den Konstitutionalismus die deutschen Sympathien zu gewinnen. Der „latente deutsche Gedanke" bewog ihn, wie Bismarck es ausgedrückt hat, zu seinen großen, ihm innerlich bedenklichen Zugeständnissen.

Sie erfolgten zu spät. Die Krankheit, welche dem preußischen Volke schon lange im Blute steckte, kam zum jähen Durchbruch, als durch die Pariser Explosion am großen Schalttage, dem 24. Februar 1848, eine Erschütterung durch die meisten Staaten Europas ging. Wie eine Springflut wälzte es sich heran gegen das preußische Königtum. Friedrich Wilhelm war gewillt gewesen, eine kriegerische Haltung einzunehmen, um die Gefahren der über Deutschland dahingehenden revolutionären Bewegung zu beschwören. Zwar lehnte er offensive Ziele ab und betonte seine Friedensliebe. An Bunsen aber schrieb er: „Der Zustand Teutschlands macht es uns zur Pflicht, kräftig aufzutreten." Anfang März dachte er daran, zwei Armeecorps aufzustellen, eins an der rheinbayerischen und rheinhessischen Grenze bei Kreuznach, ein anderes in Thüringen, um gegen einen Ausbruch der revolutionären Bewegung im südwestlichen und mittleren Deutschland gesichert zu sein. Sein militärischer Mentor General v. Schack wurde von ihm mit darauf bezüglichen Anträgen an mehrere kleinere Höfe entsandt. Aber ehe es dazu kam, brach der Sturm in seiner eigenen Hauptstadt los. Noch am 14. März[1])

---

[1]) Zum Folgenden vgl. besonders W. Busch, Die Berliner Märztage von 1848. München und Leipzig 1899. (Ich weiche in wesentlichen Punkten von Buschs Urteil ab.) — H. v. Sybel, Aus den Berliner Märztagen. Hist. Zeitschrift 63, 428 ff. — v. Diest, Meine Erlebnisse im Jahre 1848. — G. u. E. I, 20—53. — Otto Perthes, Beiträge zur Geschichte der Märztage 1848: Preuß. Jahrbücher 63, 527—543. — Hermann Oncken, Zur Genesis der preußischen Revolution von 1848. Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte XIII, 123—152. — Max Lenz, 1848. Preußische Jahrbücher 91, 532—544. Mir haben außerdem die als Manuskript gedruckten Erklärungen Graf Arnim-Boytzenburgs und des Generals v. Prittwitz vom 1. und 22. Oktober 1848 vorgelegen.

konnte der König auf eine ihm überreichte Adresse erwidern: Wenn es ringsum koche, dürfe man freilich nicht erwarten, daß hier allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkt stehe. In Berlin sei bisher die Ordnung nicht erheblich gestört und dies sei anzuerkennen. Selbst der vorhergehende Abend könne dies Anerkenntnis nicht wesentlich trüben. Seine Losung sei: „Freie Völker, freie Fürsten." Mittlerweile steigerte sich aber die Unruhe in der preußischen Hauptstadt. Der Luftzug wurde stärker. Am 15. wurde ein erster Anschlag auf das Schloß unternommen, es wurden Barrikaden gebaut und es fanden kleine Gefechte statt. Natürlich mußte die Menge den Truppen weichen. Friedrich Wilhelm hat in diesen Tagen geschwankt, ob er nach Potsdam gehen sollte, „um dem Aufstande sein Objekt zu nehmen". Aus Rücksicht für seine kränkelnde Gemahlin nahm er davon Abstand. „Diese Ritterlichkeit ist mir teuer zu stehen gekommen," hat er nachher geäußert [1]).

Ernst v. Bodelschwingh hatte die Patente vom 18. noch selbst entworfen, dem Könige aber erklärt, daß er nunmehr mit den übrigen Ministern zurücktreten müsse. Er fühlte sich durch seine Verteidigung der königlichen Ideen auf dem ersten Vereinigten Landtage engagiert und glaubte jetzt nicht der Mann des öffentlichen Vertrauens zu sein bei Betretung der neuen politischen Bahn, die im Gegensatz zu der 1847 vom Könige eingeschlagenen ganz nach seinem Sinne war. Das Motiv des Rücktritts war durchaus edel, vielleicht aber nicht in jeder Beziehung zutreffend. Zweifellos befand sich der Minister in einem tragischen Konflikte.

Von nun an häufte er indes einen schweren Fehler auf den anderen. Er sah das Ungewitter gegen seinen König heranziehen, ja er hatte von dem Polizeipräsidenten v. Minutoli Nachricht von dem bevorstehenden Aufstand und gewann es über sich, in diesem Augenblick die Verwirrung durch eine Ministerkrisis zu vermehren. Mit den Erlassen hätte auch das neue Ministerium fertig sein müssen und dies allein hätte die Erlasse zeichnen sollen. War Bodelschwingh mit seinen Amtsgenossen „unmög=

---

[1]) A.

lich" geworden, so mußte deren Unterschrift die Wirkung der Erlasse notwendig beeinträchtigen.

Der König verfiel auf Graf Alvensleben als den Minister, den er mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen wollte, und ließ ihn durch Estafette herbeischaffen. Es war aber vorauszusehen, daß dieser den deutschen Ideen Radowitzens völlig fremde Realpolitiker nicht annehmen würde. Als er eintraf, lehnte er denn auch gleich gegen Bodelschwingh mit der lebhaftesten Entschiedenheit ab. Nun kam Bodelschwingh auf den früheren Minister des Innern Graf Arnim-Boytzenburg und dieser wurde demgemäß am Vormittag des 18. zum König beschieden, der zu jener Zeit schon eine Abordnung von Rheinländern unter Führung des Oberpräsidenten Eichmann empfangen und ihnen eröffnet hatte, er würde sich an die Spitze Deutschlands stellen und Preußen alle verlangten Freiheiten geben. Arnim bat sich bis zum anderen Tage Bedenkzeit aus, ehe er sich entschied. Diese wurde ihm gewährt. Unterdessen hatte sich das Volk in Masse vor dem Schlosse versammelt und, nachdem es anfangs die beste Stimmung gezeigt hatte, allmählich eine drohende Haltung angenommen. Beschwichtigungsversuche fruchteten nichts, auch nicht, als einige der Wohlgesinnten, darunter der berittene Graf Arnim selbst, die inzwischen gedruckte Proklamation mit den Edikten Bodelschwinghs verteilten. Auf den Vorschlag Alvenslebens entband der König den eben zur Uebernahme des Gardecorps an Stelle des nach dem Rhein bestimmten Prinzen von Preußen von Münster eingetroffenen General v. Pfuel seines Kommandos, da dieser das Operationsfeld nicht kannte, überhaupt die Lage sehr leicht nahm und demgemäß im Augenblick nicht zur Stelle war. Für Pfuel mußte zwischen ein und zwei Uhr General v. Prittwitz eintreten, der sofort Befehl erhielt, die Menge vor dem Schlosse zu beseitigen. Und so geschah es. Des Hoflagers hatte sich allmählich eine große Unruhe bemächtigt. „In der Halle des Königs sah es aus, wie in einer Wachtstube," berichtet Gerlach, „wie in einer Börsenhalle" oder in einer „Restauration", sagt Natzmer. Es erschien eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten, bei der sich unter anderen der Stadtverordnete Schauß befand, der von einer

Ohnmacht befallen wurde. Ihr hielt der König eine Ansprache, noch in stolzem Tone und verhältnismäßiger Ruhe. „Ich weiß, lieber Schauß, wohin Sie mich treiben wollen.“ [1]) Er ließ Bodelschwingh das Patent verlesen, durch das sich die Abordnung für völlig befriedigt erklärte. Mittlerweile waren die vielberufenen Schüsse gefallen und die Barrikaden errichtet worden. Der nun beginnende Kampf erschütterte den König auf das tiefste. Er hatte eben seinem Volke eine Magna Charta gegeben und nun gerade wurde die Fackel des Aufruhrs entzündet. Das konnte nur ein unseliges Mißverständnis sein. Auf seine Stimmung wirkten die unaufhörlich zu ihm entsandten Deputationen höchst nachteilig ein. „Nein, es kann nicht sein, mein Volk liebt mich,“ rief er, das Gesicht mit den Händen bedeckend. Es war sein weiches Herz, das empfand, wie man seine Liebe mit Undank lohnte. Er weinte aber auch, weil sein heller Geist mehr wie alle anderen erkannte, daß seine weitangelegte deutsche Politik im Begriffe war sofort zu scheitern. Er ließ dem Vordringen seiner Truppen auf die Vorstellungen des Bischofs Neander hin, der vermitteln zu können hoffte, Einhalt gebieten. Das schwierige Werk, die gereizten Truppen stundenlang Gewehr bei Fuß zu halten, gelang. Voran stand der Prinz von Preußen unter denen, die zur Ruhe mahnten, bis der Befehl zum erneuten Angriff erfolge. Endlich gegen neun Uhr abends erteilte ihn der König und nun drangen die Truppen im allgemeinen Angriff mit leichter Mühe siegreich vor[2]). In der Zwischenzeit erhielt Friedrich Wilhelm vom General Radowitz aus Wien einen Brief, den auch Graf Alvensleben las. Darin erteilte Radowitz dem Könige den Rat, bei einem Aufstande sofort mit den Truppen die Stadt zu verlassen und eine Stellung bei derselben einzunehmen. Der König zog diesen Rat sehr in Erwägung, Alvensleben aber wandte dagegen ein, daß er gar nicht auf die Lage passe, da die Truppen ja vollständig gesiegt hätten. Dieser Ansicht trat der General

---

[1]) A.

[2]) Vgl. hierzu v. Meyerinck, Generalleutnant z. D. Die Thätigkeit der Truppen während der Berliner Märztage des Jahres 1848. Beihefte zum Militärwochenblatt 1891, 4. und 5. Heft.

v. Thile durchaus bei[1]). Noch während des Kampfes erschien das beredte Oppositionsmitglied des Vereinigten Landtages Georg v. Vincke, von Bodelschwingh zur Unterstützung seiner Politik herbeigerufen, in Reisekleidern bei dem Könige und redete auf ihn ein, wohl ebenso wie Heinrich v. Gagern seiner Zeit auf Bismarck, „als wenn er eine Volksversammlung wäre"[2]), so daß Gerlach sich nicht enthalten konnte zu lachen. Vincke verlangte unter aufgeregter Schilderung der in der Stadt herrschenden Zustände und der Erschöpfung der Truppen deren Zurückziehung. Der König fragte, ihn beiseite nehmend, nach dem Zeugnis des Flügeladjutanten Hauptmanns Freiherrn Hiller v. Gärtringen, was denn werden sollte, wenn die Truppen zurückgezogen würden, worauf Vincke mit der Gegenfrage antwortete: „Was soll denn aber werden, wenn das Volk siegt?" Gegen Mitternacht ließ sich Friedrich Wilhelm vom General Prittwitz Bericht über den Kampf erstatten, was längere Zeit währte. Prittwitz entwickelte im Anschluß daran den Gedanken, den Kampf noch mehrere Tage fortzusetzen. Für den kaum denkbaren Fall, daß der Widerstand dann noch nicht gebrochen sei, dachte er ähnlich wie Radowitz an Räumung der Stadt und Belagerung derselben. Friedrich Wilhelm befahl schließlich ganz allgemein, die gewonnene Stellung zu halten, darüber hinaus aber keine Eroberungen zu machen[3]). In dem Zustand furchtbarer Aufregung, unter dem Einfluß der Vinckeschen Reden, hat der König dann in der Nacht zum 19. das merkwürdige Schriftstück „An meine lieben Berliner" geschrieben. In seiner hochherzigen Weise hat er in Abrede gestellt, daß Vincke dabei auf ihn eingewirkt habe. Vincke selbst hat indes zugegeben, daß er dem Könige geraten habe, die Truppen nach dem Schloßplatz zurückzuziehen[4]), was nur zu sehr zu der Proklamation stimmt. Die Proklamation, die wieder aus dem Geiste geboren ist, der Friedrich Wilhelm bis dahin immer erfüllt hatte, aus dem Geiste des Nichtglaubenwollens,

[1]) A. Erzählung Alvenslebens an Gerlach im Jan. 1852 u. im April 1856.

[2]) G. u. E. I, 67. Busch, Tagebuchblätter I, 415.

[3]) Vgl. außer Sybels Aufsatz in der Hist. Zeitschrift 63, 437 f. auch G. I, 729, 730.

[4]) Verhandlungen der preuß. zweiten Kammer 1850, 3. Dezember.

daß er auf sein Volk nicht bauen könne, daß er dessen Liebe verloren habe[1]) und die deshalb den Eindruck der Schwäche verrät, die aber zugleich einen abermaligen Versuch des Königs bezeichnet, einen Standpunkt über den Dingen zu gewinnen und die deutsche Sache zu retten, lautet:

„An meine lieben Berliner! Durch mein Einberufungspatent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesamten teutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufe Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordrängen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ, und Beleidigungen wider meine tapfern und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Kavallerie im **Schritt** und mit **eingesteckter Waffe** gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, gottlob! ohne irgend jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht und die erhitzten Gemüter von vielen meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt und sind so die greulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die notwendige Folge davon.

„An Euch, Einwohner meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuster Freund beschwört Euch darum, bei allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg und entsendet

---

[1]) Vgl. Freiherr v. Canitz, Denkschriften II, 254. Herrmann Wagener, Die Politik Friedrich Wilhelms IV. S. 44.

an mich Männer, voll des echten alten Berliner Geistes mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und ich gebe Euch mein königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die notwendigen Gebäude, des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie ich es vergessen will und werde in meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes, für Preußen und durch Preußen für Teutschland anbrechen wird.

„Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darniederliegt, vereint ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den meinigen. — Geschrieben in der Nacht vom 18.—19. März 1848.

Friedrich Wilhelm."

Um drei Uhr nachts ging dieses verhängnisvolle Schriftstück an Bodelschwingh mit dem Auftrage, es zu prüfen, zurückzuhalten, zu ändern oder es drucken zu lassen. Das Begleitschreiben lautete wörtlich: „Theuerster Bodelschwingh, finden Sie umstehende Anrede an die Berliner gut und erwarten Sie sich keinen Nachtheil von derselben, so lassen Sie sie sogleich drucken und in vielen tausend Exemplaren verteilen. Gott mit Ihnen und mit uns allen! Jede Korrektur meines Machwerkes nehmen Sie nach Gutdünken vor." [1]) War Friedrich Wilhelm von

[1]) Otto Perthes, Beiträge zur Geschichte der Märztage 1848. Preuß. Jahrbücher 63, 535. Nach dem im Bodelschwinghschen Familienarchiv befindlichen königl. Handschreiben. Wenn also Bodelschwingh in seinem Brief vom 30. März unter Uebergehung der einschränkenden Worte des Königs sagt, der König hätte ihm „sofortigen Druck befohlen", so streift das an Unwahrheit. Dieß hat das königliche Begleitschreiben weggelassen. Hierzu halte man, daß Bismarck Bodelschwingh „Schwindelbod" nennen und an den Rand eines Briefes desselben „alter Heuchler" schreiben konnte. Vgl. Busch, Tagebuchblätter III, 259. Gerlach und der Inspirator des Majors Schulz waren übrigens auch genau davon unterrichtet, daß Bodelschwingh die Ansprache prüfen sollte. Vgl. G. I, 140. (Schulz), Berliner Märztage vom militärischen Standpunkte. 2. Aufl., Berlin 1850, S. 88.

dem, was er erlebt, im Innersten erschüttert, so hätte hier wohl der Minister, der zudem von dem Gange der Ereignisse gar nicht so mitgenommen werden konnte, Ruhe und Besonnenheit zeigen dürfen. Er hätte erkennen können, daß dies Kapitulieren vor den Aufständischen nur zu leicht die schlimmsten Folgen haben konnte, und in seinem bekannten Schreiben vom 30. März ließ er durchblicken, daß er den von Vincke erteilten, vom Könige wenigstens eingeschränkt aufgenommenen Rat thatsächlich mißbilligte [1]). Trotzdem hielt er es nicht für seines Amtes, als Minister die Krone zu beraten und demgemäß dem gebeugten Monarchen seine Bedenken auszusprechen, sondern er sandte die Proklamation ungesäumt, ohne mit irgend jemand, namentlich ohne mit dem kommandierenden General Prittwitz Rücksprache zu nehmen, in die Druckerei und war persönlich zugegen, als sie angeklebt wurde [2]).

Sofort bei dem Bekanntwerden der Ansprache am Morgen des 19. — es war der Sonntag Reminiscere — wurden von einflußreicher Seite, voran von dem Prinzen von Preußen, Bedenken gegen das Zurückziehen der Truppen und die Proklamation überhaupt geäußert. Der König hielt mit den Generalen v. Natzmer, v. Pfuel und v. Krauseneck eine Besprechung ab, in der über die Bewaffnung der Bürger und etwaiges Zurückziehen der Truppen beraten wurde. Man beschloß mit dem Rückzug zu warten, bis die Bürgerwehr die Stellungen eingenommen hätte, und auch dann noch die wichtigsten Punkte der Stadt mit dem Militär besetzt zu halten, die Hauptmasse der Truppen indes in der Nähe des Schlosses zu versammeln [3]). Unterdessen hatten sich eine Menge von Abordnungen eingefunden, denen man Kenntnis von diesem Beschlusse gab und die sich damit zufrieden erklärten und mit vielen Exemplaren der Proklamation weggingen, um sie in allen Stadtteilen zu verbreiten.

---

[1]) v. Diest, Meine Erlebnisse im Jahre 1848, S. 24.

[2]) A.

[3]) Natzmer III, 195. Nicht klar ist es, ob die im Beiheft zum Militärwochenblatt Januar, Februar, März 1852, General der Infanterie v. Krauseneck, Ein Lebensabriß S. 77, erwähnte Meinungsäußerung Krausenecks sich auf diese oder eine spätere Beratung bezieht.

Unberufene Ratgeber drängten sich fortgesetzt in das Schloß ein. Den Bischof Neander wies der Flügeladjutant Oberst v. Brauchitsch, als er jetzt wieder zum König zu gelangen suchte, zurück[1]). Mittlerweile fand im Empfangszimmer der Königin, die im roten Speisezimmer fortgesetzt wurde, eine große Beratung statt, bei der der König, Bodelschwingh, der inzwischen erschienene Graf Arnim, der Prinz von Preußen, andere Prinzen, der Generaladjutant v. Neumann und ein nicht genannter General, vielleicht der vom Rhein herbeigeeilte Kommandant von Koblenz, v. Wussow, zugegen waren. Hierbei gerieten Arnim und Bodelschwingh heftig aneinander, da Arnim schon jetzt für Zurückziehen war, Bodelschwingh indes an der in der Ansprache gestellten Bedingung der Wegräumung der Barrikaden festhielt. Man beschloß, die Proklamation in der Weise auszuführen, daß da, wo eine Barrikade weggeräumt würde, auch die Truppen abziehen sollten[2]). Arnim fragte den König, ob er auch unter den veränderten Umständen bei seiner Absicht beharre, das Ministerium ihm anzuvertrauen; dann hielte er es für seine Pflicht, in diesem Augenblicke der Gefahr seine Kräfte dem Könige nicht zu entziehen. Es war ein Entschluß höchster Opferwilligkeit, der Arnim hoch angerechnet werden muß. Friedrich Wilhelm sprach abermals seinen dahingehenden Wunsch aus, und nun nannte Arnim ihm die Männer, die er für geeignet hielt, in das Ministerium zu treten. Der König billigte seine Vorschläge, und Arnim setzte sich nieder, um das Ministerium zusammenzusetzen und die Ordre, in der die Annahme des Entlassungsgesuches der bisherigen Minister ausgesprochen und die Ernennung der neuen vollzogen wurde, zu entwerfen.

Unterdessen trat ein völliger Umschwung der Dinge ein[3]). Eine neue Deputation mit dem Bürgermeister Naunyn an der Spitze war erschienen und hatte angezeigt, daß jenseits der Königstraße, wo der Kampf am heftigsten getobt hatte, drei

---

[1]) A. Juni 1855 nach Brauchitschs Erzählung an G.

[2]) Preuß. Jahrbücher 63, 537. G. I, 140.

[3]) Zu dem Folgenden vgl. besonders den im Anhang gedruckten Bericht des Prinzen von Preußen an seine Schwester, die Kaiserin von Rußland.

Barrikaden vom Volke abgetragen würden, was sich nachher als ein Irrtum erwies. Der Prinz von Preußen schlug vor, den Thatbestand durch Offiziere feststellen zu lassen. Aber vergebens! Es entstand sofort ein Freudentaumel, da alles darin einen offenkundigen Beweis erblickte, daß die Befehle des Königs sofort Gehör bei den Bürgern gefunden hätten, und der Nachricht blindlings Glauben schenkte. Des Prinzen Einspruch wurde nicht beachtet. Bodelschwingh verhandelte erst lange mit der städtischen Abordnung und begab sich dann, selbst von dem Glauben an die Richtigkeit der Meldung erfüllt, zum König hinein, in dessen Gegenwart noch Arnim schrieb. Der nur von dem Wunsche nach Frieden mit seinem Volke beseelte Monarch erteilte ihm nun, wie es scheint, indem er ebenfalls nur zu gern die Nachricht für wahr annahm, den Befehl zum Rückzuge der Truppen von allen Plätzen, in dem Vertrauen, daß nun auch die übrigen Barrikaden verschwänden. Nur das Schloß, Zeughaus und andere öffentliche Gebäude sollten besetzt bleiben. Es ist zweifelhaft, ob Bodelschwingh ihm hier einen gegenteiligen Rat erteilt hat. Möglich ist es immerhin. Jedenfalls hat er kaum viel Energie angewendet. Ein innerer Widerspruch gegen seine vorher geäußerte Ansicht, daß der bedingungslose Rückzug verfehlt sein würde, würde, falls er jetzt auch den Rückzug empfohlen hat, nicht vorliegen, da ja durch die von der neuen Abordnung gemeldete angebliche Thatsache eine neue Lage geschaffen war. Um jeder Mißdeutung vorzubeugen, wiederholte er dem Könige den Wortlaut des Befehls. War er wirklich noch bei seiner ersten Ansicht, so hätte er seinen Herrn gar nicht erst mit der Nachricht behelligen dürfen. Er hat später nicht gerade schonend über den König geäußert, am Abend des 18. und am Morgen des 19. März sei Friedrich Wilhelm nahe daran gewesen, den Verstand zu verlieren [1]. Da ihm also der gebrochene Zustand des Königs bekannt war, wäre es an ihm gewesen, nun wenigstens selbst desto mehr Besonnenheit zu zeigen. Anstatt dessen beschränkte er sich darauf, blindlings den Befehl

---

[1] Nach einer Mitteilung Roons bei Perthes in den Preuß. Jahrbüchern 63, 536.

des gebeugten Herrschers auszuführen, selbst als begründete Einwendungen gegen den Sinn des Befehls erhoben wurden. Er trat in das Speisezimmer, wo der Prinz von Preußen mit vielen Freunden des Königs versammelt war und wo auch die Abordnungen warteten, und rief mit lauter Stimme und rotem Kopfe: „Da die Barrikaden verschwinden, so befehlen Seine Majestät, daß die Truppen von allen Straßen und Plätzen zurückgezogen werden sollen." [1]) Der Prinz von Preußen fiel ihm erregt ins Wort: Das stehe im Widerspruch mit der königlichen Proklamation, in der es nur hieße, daß da, wo eine Barrikade verschwände, die davor stehenden Truppen zurückgezogen werden sollten. Er verwechselte in der Erregung den vorhin in dem Kriegsrat gefaßten Beschluß mit dem Wortlaut der Ansprache selbst. Bodelschwingh donnerte ihm entgegen: „An dem Worte des Königs darf nichts geändert noch gedeutet werden." Das war nicht die Antwort eines die Sachlage überschauenden oder erwägenden Ministers; am wenigsten war sie dem Thronfolger gegenüber angebracht. In großer Erregung fragte nun der Prinz, den Minister am Arm fassend: „Doch nicht vom Schloßplatz?" Ein Mitglied der Abordnung meinte, es verstände sich wohl von selbst, daß der Schloßplatz ausgenommen wäre, worauf Naunyn einfiel: „Alle." Der Prinz drang in den Minister, den König wenigstens noch einmal zu fragen, ob die Schloßplätze auch gemeint seien. Bodelschwingh donnerte ihm indes nochmals dieselben Worte entgegen und weigerte sich, nach dem Zeugnis des anwesenden Obersten v. Brauchitsch, den König noch einmal zu fragen. War er anderer Meinung als der König gewesen, so hätte er jetzt einen Grund gehabt, die Ausführung des Befehls hinauszu-

[1]) Hiermit ist Bodelschwinghs später, im November 1848, aufgezeichneter Bericht (bei Diest S. 32) nicht in Einklang zu bringen. Der dortige Wortlaut des von ihm überbrachten Befehls deckt sich mit dem Wortlaut der Proklamation, wie schon Gerlach I, 266 (30. Dezember 1848) bemerkt, oder doch mit dem auf der Generalsberatung gefaßten Beschlusse. Daß er aber nicht die wirklich von Bodelschwingh bei Ueberbringung des Befehls gebrauchten Worte wiedergiebt, beweist der Bericht des Prinzen von Preußen nur zu evident.

schieben. Statt dessen beging er einen neuen und vielleicht den verhängnisvollsten Fehler, indem er befahl: „Und nun laufen und reiten Sie, meine Herren, um die Befehle des Königs zu überbringen; die Truppen sollen mit klingendem Spiel abziehen.“ Damit nahm er dem kommandierenden General den Befehl aus der Hand. Dieser Uebereifer in der Ausführung des königlichen Befehls schmeckt ganz gewiß nicht nach einer Auffassung der Lage, die von der Ansicht des Königs abwich. Vielmehr zeigte sich hierin ganz besonders, daß der patriotische und einsichtsvolle Mann in diesen Stunden völlig den Kopf verloren hatte, wie dies auch die Königin damals über ihn äußerte[1]). Einer der angeredeten Offiziere, der Flügeladjutant Oberst v. Brauchitsch, weigerte sich zwar der Weisung des Ministers zu folgen. Dagegen stellten mehrere Offiziere daraufhin Befehle aus, die unter den Truppen verbreitet wurden. Erwiesen ist es von dem Generaladjutanten v. Neumann. Der spätere kommandierende General v. Wussow, Fürst Felix Lichnowsky und auch wohl der Major Karl v. Vincke sind an der Verbreitung dieser Befehle beteiligt gewesen. Auch Prittwitz, der in der ganzen Zeit die größte Besonnenheit bewiesen hat, beschloß sich zu fügen. Er nahm noch an einer Beratung teil, die im Empfangszimmer der Königin stattfand, bei der aber nichts herauskam. Ihr wohnten noch die Generale Krauseneck und Pfuel, sowie die Prinzeß von Preußen bei. Krauseneck war mit dem Rückzug einverstanden. König Friedrich Wilhelm saß, wie Prittwitz erzählte, offenbar völlig ermattet von den Aufregungen und dem Durchwachen der Nacht, auf „dem großen Sopha“ und nahm gar keinen Anteil mehr an den Beratungen[2]). Nicht unwahrscheinlich ist es, daß ihn infolge der Erschütterungen dieser Tage einer jener Krankheitsanfälle, die später zu seinem dauernden Siechtum führten, heimgesucht hat[3]). In der Zeit, wo diese Beratung gepflogen wurde, überbrachten jene über-

[1]) A.

[2]) A. Bei G. I, 141 nur unvollständig gedruckt. Dazu Beiheft zum Militärwochenblatt für das 1. Vierteljahr 1852: General der Infanterie v. Krauseneck, Ein Lebensabriß S. 77.

[3]) Vgl. G. u. E. I, 196 f.

eifrigen Offiziere ohne Wissen von Prittwitz den Befehl zum bedingungslosen Rückzug. Prittwitz selbst hätte vielleicht noch mit einem Schlage Rettung aus der heillos verfahrenen Lage bringen können, wenn er sich entschlossen hätte, Yorcks ewig ruhmvollem Beispiele zu folgen. Und einen Augenblick scheint er wirklich daran gedacht zu haben. Er sagt in seiner Erklärung vom 22. Oktober 1848: „Es blieb dem Unterzeichneten nur übrig, entweder zu gehorchen oder sich aus eigener Machtvollkommenheit zwischen dem die Hand zur Versöhnung reichenden Herrscher und die Einwohnerschaft zu stellen.“ Doch entschloß er sich zum Gehorsam, aber er machte, indem er den Befehl weitergab, eine Einschränkung von Bedeutung. Nur da sollte der Rückzug eintreten, wo die Barrikaden wirklich eingeebnet wären [1]). Als er diesen Befehl ausfertigte, war das Unglück bereits geschehen. Die Sieger überließen den Besiegten das Feld zum Triumphe des höhnenden Pöbels.

Währenddessen stürmte der Prinz von Preußen fort, um den König selbst zu suchen. Im Zimmer der Gräfin Reden fand er nur Graf Arnim schreibend. Auf seine Frage: „Wo ist der König, was machen Sie denn?“ erwiderte dieser: „Ich formiere das neue Ministerium!“ Der Prinz las die Namen Auerswald und Schwerin und meinte: „Aber das ist ja ganz wie in Paris, wie Guizot, Thiers, warten Sie doch damit noch.“ Sein starkes monarchisches Gefühl lehnte sich auf gegen eine solche anscheinende Kopierung der ihm verhaßten konstitutionellen Form. Arnim, der auch von dem Trubel erfaßt war und entschieden auf den König in nachgiebigem Sinn eingewirkt hatte, war aber in diesem Augenblicke, wo keine berufenen Ratgeber der Krone da waren und der König nur zu sehr verantwortlichen Rates bedurfte, wohl im Recht, wenn er entgegnete: „Nein, es ist die höchste Zeit.“ Im Hallenkabinett des Königs angelangt, fand der Prinz seinen Bruder auch da nicht. Nun kehrte er ins Speisezimmer zurück und dort trat der König gerade ein. Friedrich Wilhelm bemerkte die allgemeine Bestürzung und erfuhr

---

[1]) Vgl. auch S. II, 49, Aussage Loëns und S. I, 266, Aussage Graf Röders. (Schulz), Berliner Märztage 101 f.

von dem Auftritt mit Bodelschwingh. Er versicherte, keinen anderen Auftrag und keinen anderen Befehl gegeben zu haben, als den, der in der Proklamation enthalten sei, und die von Bodelschwingh veranlaßte Maßregel müßte sofort geändert werden. Es stellte sich damit heraus, daß er in der Aufregung sich nicht genau vergegenwärtigte, was er Bodelschwingh befohlen hatte oder daß beide Teile sich in der Erregung mißverstanden hatten. In demselben Augenblick kam aber schon ein Bataillon des ersten Garderegiments mit klingendem Spiel über die Kurfürstenbrücke, darauf das Alexanderregiment und hinterher die Volksmasse. Die Truppen rückten auf die Schloßhöfe und in den Lustgarten. Schon geneigt, alles aufzugeben, schöpfte der Prinz noch einmal Hoffnung, als er sich, hinuntergehend, unter den Truppen davon überzeugte, daß sie — die höchste Glorie der preußischen Armee, angesichts des demütigenden Befehles, den sie erhalten hatten — vom besten Geiste beseelt seien, und beruhigte gleich darauf im Zimmer der Königin die trostlosen Anwesenden. Plötzlich hörte er trommeln. Er stürzte ans Fenster und sah die Truppen auch vom Schlosse abmarschieren. Zugleich kam von allen Seiten die Kunde, die Truppen verließen die Plätze, das Volk umringte in gewaltigen Massen das preußische Königsschloß. Diese Situation fand Graf Arnim zu seinem Entsetzen vor, als er nach der Bildung seines Ministeriums sich zu dem Hofe gesellte. Zornbebend und in verzweifelter Stimmung rief der Prinz da dem Kriegsminister v. Rohr und Arnim zu: „Nun ist alles verloren!“

In der That befand sich König Friedrich Wilhelm IV. und sein ganzer Hof in diesem Augenblicke so gut wie wehrlos dem unberechenbaren hauptstädtischen Pöbel gegenüber. Die paar Kompagnien, die im Schlosse geblieben waren, konnten nicht viel bedeuten.

Es waren die demütigendsten Stunden angebrochen, die das preußische Königshaus je erlebt hat.

Den Befehl zum Abzuge von den Plätzen hatte niemand anders als Prittwitz mit voller Ueberlegung erteilt, weil er eine größere Truppenanhäufung vor dem Schloß für unthunlich hielt, da ein Vermeiden der Feindseligkeiten vom Könige gewünscht wurde. Von hier an beginnt der Fehler des kommandierenden

Generals. Die Proklamation und der Bodelschwinghsche Befehl waren wohl so auszulegen, daß starke Deckungen für Schloß, Zeughaus und andere Gebäude zurückbehalten würden. Wurden dadurch neue Feindseligkeiten hervorgerufen, nun wohlan! Dann war es nicht die Schuld des Königs und des Heeres. Dann hätten Preußens Fahnen abermals über die Revolution triumphiert und dann hätte sich der Gemüter wohl wieder mehr Festigkeit und Besonnenheit bemächtigt.

Nach Prittwitzens eigenen Worten „beschied er, um den Truppen wenigstens den Schein eines erzwungenen, unfreiwilligen Rückzuges zu ersparen, diese sämtlich nach den Plätzen am Schloß und Zeughause, von wo dieselben mit klingendem Spiel nach den verschiedenen Richtungen hin abrückten. Ein längeres Verweilen auf diesen Plätzen hielt er für unausführbar“ [1]).

Es tritt hier also in erschreckender Weise zu Tage, daß der König durch die Maßnahmen seiner zunächstberufenen Ratgeber in die übelste aller Lagen gebracht worden ist. Man sieht förmlich den hartköpfigen Westfalen Bodelschwingh, wie er in seiner Kopflosigkeit den Augenblick für gekommen erachtet, wo die Truppen abziehen müssen nach dem königlichen Befehl und wie ein gereizter Stier durchzudringen sucht, und man versteht, wie ein an seinen Gehorsam gemahnter wackerer General den empfangenen Befehl ausführt und zuletzt noch mit militärischer Weisheit den Befehl übertrumpfen zu müssen glaubt. Der Prinz von Preußen hat später erklärt, er bürge dafür, daß ein zweiter 19. März nicht wieder eintrete. Damit hat er angedeutet, daß er im gegebenen Augenblicke selbständig handeln würde. Der Deichhauptmann Otto v. Bismarck versuchte schon in jenen Tagen einzelne Generale zu eigenmächtigen Schritten zur Rettung des Königs zu veranlassen, freilich ohne Erfolg [2]). Immerhin hat Prittwitz noch mit ungleich größerer Umsicht und Besonnenheit gehandelt als Bodelschwingh, und er kann als Soldat nicht ge-

---

[1]) Die diesbezügliche Erzählung Fürst Bismarcks in den G. u. E. I, 30 ist angesichts der ausdrücklichen Erklärung des Generals Prittwitz selbst nicht aufrecht zu erhalten.

[2]) G. u. E. I, 25, 30.

tadelt werden, weil er in jeder Beziehung den Sinn des königlichen Befehls auszuführen suchte, obwohl sich auch bei ihm, wie Gerlach richtig bemerkt, einige Opposition hineinmischte, als er den Abmarsch befahl. Diesen Abmarsch hat der König ihm schwer verdacht, und auch Gerlach grollte ihm deswegen. Doch ehrte er in ihm die tapfere entschlossene Persönlichkeit, und als Prittwitz einige Jahre später unter bitteren Thränen seinen Abschied empfing, beklagte auch der Generaladjutant diesen Abgang: „Ein Mann ist viel wert in so teurer Zeit."

Bodelschwingh trifft zweifellos die Hauptschuld an dem unglücklichen Verlaufe des 19. März. Niemals ist die herrliche Mission eines Ratgebers der Krone, in kritischer Situation für sie in die Bresche zu springen, in gleich unglücklicher Weise verpaßt worden, als von dem sonst so trefflichen Ernst v. Bodelschwingh am 19. März 1848. Die stolze Heldenseele des großen Friedrich hat wiederholt seinen Ministern den Befehl gegeben: „Wenn mir das Unglück zustieße, lebend gefangen genommen zu werden, so befehle ich Ihnen unbedingt, und Sie werden mir mit Ihrem Kopfe dafür verantwortlich sein, daß Sie während meiner Abwesenheit meine Befehle nicht berücksichtigen." Am 19. März lagen die Dinge nicht ganz so, wie es dieser Befehl Friedrichs II. voraussetzte, aber doch ähnlich. Hätte Bodelschwingh hier, wo der König versagte, kraftvoll und mit Ueberlegung gehandelt, er hätte sich unsterbliches Verdienst erworben und später wohl auch den Dank seines Herrn geerntet. Aber das Geschick hat es nicht gewollt, daß in jenen trüben Stunden dem preußischen Könige ein großer Mann zur Seite stand.

Nach dem Abmarsch der Truppen zog der König erneut in Erwägung, ob er nicht die Stadt verlassen sollte. Dazu riet ihm der junge Flügeladjutant Rittmeister Edwin v. Manteuffel. Graf Arnim sprach sich seltsamerweise dagegen aus. Er kenne kein Beispiel in der Geschichte, daß ein König, der seine Hauptstadt aufgäbe, dahin wieder zurückgekehrt sei. Schlagfertig nannte Manteuffel Heinrich IV. von Frankreich[1]). So zeigte sich auch der neue leitende Minister nicht der Schwierigkeit der Lage ge-

[1]) A. Erzählung Manteuffels an G. 19. März 1851.

wachsen, was nachher noch mehr hervortreten sollte. Später hat Friedrich Wilhelm selbst in seiner humoristischen und liebenswürdigen Art über seine eigene Schwäche und die seiner Ratgeber in jenen Tagen einen Strich gemacht, indem er sagte: „Damals lagen wir alle auf dem Bauche."

Trotz Arnims Gegenrede entschloß sich der König zum Fortgang. Durch Gegenvorstellungen des Generals v. Bonin und der Prinzeß von Preußen wurde er jedoch wieder davon abgebracht, nachdem man bis zur einige Minuten entfernten Bibliothek gegangen war. Nachher wurde noch ein Ansatz zum Verlassen der Stadt gemacht. König und Königin wollten nach dem Zeugnis des Flügeladjutanten, Hauptmanns Freiherrn Hiller v. Gärtringen, bis zum Gießhause zu Fuß gehen und dort einen Wagen besteigen. Unterwegs bekam der König Bedenken, welche die Königin anerkannte mit den Worten: „Wenn du es für unrecht hältst, mußt du es nicht thun."[1]) Graf Arnims Vorstellungen, daß in Abwesenheit des Königs möglicherweise eine Republik proklamiert werden könnte, mögen den Ausschlag gegeben haben.

Jetzt trat das ein, was Gerlach einst (1843) schon dunkel geahnt hatte: der Nihilismus der königlichen Macht. Der Pöbel drängte sich heran ans Schloß, in langem Zuge einen mit Leichen bepackten Möbelwagen begleitend, und der Polizeipräsident v. Minutoli vergaß sich in kläglicher Schwäche so weit, den König aufzufordern, „mit der Königin auf den Balkon zu treten, um die Leichen anzusehen und diesen für ihren Heldentod eine Art öffentlicher Anerkennung zu geben". Graf Arnim und der von ihm für das Kultusministerium ausersehene Graf Schwerin-Putzar, ein patriotischer starknerviger Pommer von schroff-liberaler Färbung, sprachen auch in diesem Sinne auf ihn ein. Schwerins Beispiel zeigt, daß auch die ruhigsten und festesten Männer in diesen Tagen das innere Gleichgewicht verloren hatten. Nur widerstrebend folgte Friedrich Wilhelm dem Rat. Seine hohe Gemahlin begleitete ihn, von der Angst vor einer Ermordung des Königs erfüllt[2]). Infolge des Drängens der Massen wurden die spärlichen Truppen, die noch beim Schloß waren,

---

[1]) A.

[2]) G. I, 143.

auf Veranlassung Graf Arnims von den Portalen zurückgezogen und alles wurde gezwungen, die Helme und die Mützen vor den Leichen abzunehmen. Es entblößten ihr Haupt der neue Minister Heinrich v. Arnim, die Generale v. Prittwitz und v. Tümpling, es entblößte sein Haupt auch der General Leopold v. Gerlach[1]). Auch den König brüllte es von unten an: „Die Mütze ab" und er that es. Hatte doch, nach einer allerdings nicht völlig sicheren Mitteilung, der Hofprediger Strauß ihm nach dem am heutigen Tage abgehaltenen kurzen Gottesdienst den Spruch vorgehalten, daß Gott den erhöhen werde, der sich vor ihm demütige. Der 20. Juni 1792 wiederholte sich. Aber es war nicht ein Bourbon, sondern ein Hohenzollern, dem diese Demütigung widerfuhr, ein Fürst, der nichts Schöneres kannte, als sein Volk zu beglücken, dessen ganzes Thun wie das seiner Ahnen von Anfang an darin aufgegangen war, hiernach zu streben, der mehr als alle anderen sein Volk liebte, der, wenn er auch nicht die preußische Macht vergrößerte, so doch mit den materiellen Kräften seines Volks sorgfältig haushielt, dem es aber als ein Verbrechen angerechnet wurde, daß er nicht ganz die Wege ging, die ihm die öffentliche Meinung vorschreiben wollte. Die Sprunghaftigkeit seines Handelns und sein Vielregieren, wodurch er die Gemüter erregt und verwirrt hatte, war ihm zum Verhängnis geworden.

Allmählich griffen jetzt aber, wo die Pöbelhaufen Miene machten, die steinerne Wendeltreppe hinaufzustürmen, die besseren Elemente der Bürgerschaft ein. Hier erwies sich die Organisation der Gewerke als nützlich. Man hatte sie, was schon am Morgen des Tages erwogen war[2]), mit Waffen versehen, und sie säuberten nun die Schloßhöfe von dem Gesindel. Es hätte sonst leicht das Schlimmste eintreten können. Damals muß es gewesen sein, als der Graf Bülow und der Oberstleutnant v. Buddenbrock sich mit ihren Büchsen vor der Thür ihres geliebten Monarchen aufstellten und Wache davor hielten, wie später der

---

[1]) Verteidigungsrede des Freiherrn Heinrich v. Arnim vom 21. Februar 1852 in den Hamburger Nachrichten vom 25. Februar 1852. Bestätigt durch Gerlachs Aufzeichnungen dazu.

[2]) Natzmer III, 195.

Hofmarschall Graf Keller an Leopold Gerlach erzählte[1]). Gerlach selbst stand auch in der Nähe der Wendeltreppe und versteckte dort zum Schutz des Königs hinter grünen Friesgardinen einige Grenadiere[2]).

Am anderen Tage dachte der König abermals an Flucht, und abermals verhinderte ihn daran Graf Arnim. Dagegen genehmigte der des freien Willens beraubte Monarch an diesem Tage eine neue Konzession, indem er Mieroslawski und sieben andere vor wenigen Monaten zum Tode verurteilte polnische Hochverräter[3]) in Freiheit setzen ließ. Es war ein neuer Beweis der Schwäche. Die Schuld daran trägt wieder das Ministerium, das einen kläglichen Kleinmut an den Tag legte. Schlaflosigkeit der letzten Nächte[4]) machte den schwergebeugten Friedrich Wilhelm noch weniger widerstandsfähig. Denn widerstanden hat er der Gewährung dieses Zugeständnisses lebhaft. Zu dem früheren Justizminister Uhden sagte er: „Man zwingt mich hier zu einer Konzession nach der anderen; ich muß fort nach Potsdam; soeben habe ich die Polen freilassen müssen. Kommen Sie auch hin, sagen Sie Bodelschwingh, er soll hinkommen und alles, was mir noch treu ist, soll sich dort versammeln."[5]) Die Wahrheit des fridericianischen Wortes: „Ich bin nur König, wenn ich frei bin," bestätigte sich hier furchtbar. Am 21. März fand dann der feierliche Umzug mit den deutschen Farben statt, den der neue Minister des Aeußeren, der Freiherr Heinrich v. Arnim, durchsetzte. Der König hat sich auch hiergegen heftig gesträubt[6]). Die schwungvolle, längst vor dem 19. März geplante Proklamation aber, die er, sich der Feder des Württembergers Klindworth bedienend[7]), an diesem Tage an das deutsche Volk erließ, mit dem Losungsworte:

---

[1]) A. 7. November 1854 und sonst.

[2]) A. 1852.

[3]) Vgl. die Schilderung des Polenprozesses im Herbst 1847 bei Treitschke V, 561—564.

[4]) A. Mitteilung der Königin an Gerlach.

[5]) Erzählung Uhdens an Gerlach 14. August 1849.

[6]) G. I, 701.

[7]) Mitteilung des Königs an Gerlach.

„Preußen geht fortan in Deutschland auf," mußte angesichts der geschehenen Demütigungen wirkungslos verhallen. Von Wien aus, wo man doch seit dem November des vorigen Jahres wußte, daß Preußen den ernsten Willen hatte, an die Regelung der deutschen Frage zu gehen, wurde jetzt mit unerhörter Heuchelei dieser Augenblick benutzt, um dem verhaßten Nebenbuhler Preußen einen empfindlichen Stoß zu versetzen. Dort hieß es in der offiziösen Presse dieser Tage, lieblich die Absage der k. k. Regierung an die deutsche Politik Preußens einkleidend: „Erst das Röcheln ermordeter Bürger habe den König an das deutsche Volk erinnert;" und das wurde von der öffentlichen Meinung blindlings geglaubt. So erschien diese Proklamation und der theatralische Umritt als eine neue würdelose Demütigung des Königtums vor dem Volkswillen, desgleichen der Befehl an die Armee, die schwarzrotgoldene Kokarde anzulegen, der an demselben Dienstag nach Reminiscere erging. Friedrich Wilhelm hat dies später selbst am tiefsten empfunden und gegen seine Gemahlin geäußert, der 21. März sei der schrecklichste Tag seines Lebens gewesen[1]). Gerade wie bei der Begnadigung der Polen war es ihm schon damals klar, daß er die königliche Würde durch diese Veranstaltungen preisgebe. Als die Minister Graf Arnim, Graf Schwerin und der Macher der deutschen Politik in jenen Tagen, Heinrich v. Arnim, in der Frühe des 21. März ihm zusetzten, den Umzug zu genehmigen, vermochte er das nicht über sich zu bringen. In verzweifelter Stimmung ging er in ein Nebenzimmer und rief aus: „Ist denn keiner meiner Freunde hier, den ich um Rat fragen kann?" Zufällig waren sein getreuer Thile und Stolberg zugegen. Thile stellte ihm schweren Herzens vor: „Eure Majestät können nur ein Ministerium haben. Ich kann und darf Ihnen keinen Rat geben." Hierdurch ließ sich, wie es scheint, Stolberg den Mund schließen[2]). Thile hielt es auch sonst für seine Pflicht, den König vor doppelter Politik zu warnen. Dadurch verlöre er allen Glauben. Als konstitutioneller Monarch sei er verpflichtet, niemand als

---

[1]) A. Erzählung der Königin an Gerlach 9. Februar 1849.

[2]) So der Vizepräsident Götze nach der Erzählung Thiles bei G. I, 701.

seine Minister zu hören. Die gegenteilige Politik hätte Ludwig XVI. zu Falle gebracht[1]). Oefter hat er hierüber mit Gerlach gestritten und diesem sein Einmischen in die politischen Geschäfte zum Vorwurf gemacht, nicht erkennend, daß die Wächterrolle, in die sich General Rauch und Gerlach gerade auf Grund der Verlassenheit des Königs in den Märztagen hineinlebten, und die Vermittlerrolle, die sie und andere zwischen König und Ministern zu spielen sich bestrebten, auch ihr Gutes hatte, ja, daß diese Camarillawirksamkeit diesem Könige gegenüber und in der Weise, wie sie ausgeübt wurde, oft vielleicht nur erwünscht kam. Sicherlich hätte Thile in jenem Falle besser gethan, einen mannhaften Rat zu erteilen, als sich so pedantisch gewissenhaft an die konstitutionelle Formel anzuklammern. Da war der Rat des alten Boyen doch richtiger, der seinem Herrn sagte, der Regent müsse zwar das System seiner Maximen aus der Tiefe der eigenen Brust schöpfen, im übrigen aber wäre es seine Pflicht, mit Menschen von den verschiedensten Ansichten über Einzelfragen zu sprechen[2]). So ist der 21. März dem König gleichsam aufgezwungen worden.

Gegen Heinrich Arnim hat Friedrich Wilhelm später wegen des Druckes, den dieser auf ihn ausgeübt hat, am meisten Groll gehegt. Er hat wohl gelegentlich von dem „nichtswürdigen" Arnim gesprochen. Aber auch über diese Dinge hat er nachher großmütig hinwegzusehen gesucht. Als Gerlach nach Jahren im Uebereifer gegen die Auszeichnung jemandes mit den Worten sprach, er hätte bei einer trikoloren Fahne eine Rede gehalten, erwiderte der König lächelnd: „Das kann ich nicht bestrafen, das habe ich ja selbst auch gethan."[3])

Am 22. März fand die Beerdigung der Barrikadenkämpfer statt. Eine unabsehbare Menschenmenge begleitete den Zug der 183 Särge, der sich am Schloß vorüberbewegte. Diesmal trat der König freiwillig auf den Balkon und entblößte sein Haupt. Königin Elisabeth hielt ihren Gemahl damals für verloren und

---

[1]) A. November 1853.
[2]) Meinecke, Boyen II, 475.
[3]) A. November 1853.

traf Bestimmungen[1]). Das erste Zeichen, daß der Herrscher wieder eine festere Haltung anzunehmen suchte, waren seine Reden bei dem Empfange der Polendeputation am 23., zu dem ihn auch sein Ministerium genötigt zu haben scheint. Der Erzbischof von Gnesen, der eben begnadigte Revolutionär Mieroslawski und der Dichter Kraschewski baten ihn an jenem Tage mit sarmatischer Keckheit in Gegenwart der Minister um eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen mit deutlicher Drohung, daß es sonst zum Aufstande kommen würde. Friedrich Wilhelm drehte Mieroslawski sofort ostentativ den Rücken zu[2]) und redete lebhaft auf die beiden anderen ein, um sie vor Losreißungsgelüsten zu warnen. „Sie schlagen sich mit eitlen Hirngespinsten, meine Herren," und als Kraschewski gegen die Aeußerung des Königs: sie würden in die Hände Rußlands fallen, wenn sie sich losrissen, mit dem Einwand kam, 1831 hätte sich gezeigt, daß der russische Koloß thönerne Füße habe, erwiderte Friedrich Wilhelm: „Ich bin anderer Meinung und glaube, daß der Koloß eiserne Füße hat."[3]) Seine Entscheidung ließ er noch im Ungewissen. Am Tage darauf ließ er sich indes zur Vollziehung des unglücklichen Erlasses bewegen, durch den den Wünschen der Polen entsprechend eine nationale Reorganisation des Großherzogtums angebahnt werden sollte, ein Schritt, durch den auch das Einvernehmen mit Rußland auf das empfindlichste gestört wurde. An dem selben Tage (24.) wurden die wenigen gefallenen Truppen (18 Särge) ohne Sang und Klang beerdigt. In jener furchtbaren Woche aß das Königspaar ganz allein im Kabinett der Königin, die Hofdamen und Adjutanten mit den Ministern, den beiden Arnims, Schwerin und dem Justizminister Bornemann[4]). Am 25. März

---

[1]) A.

[2]) Aeußerung Mieroslawskis gegen den General v. Brandt. Aus dem Leben des Generals der Infanterie H. v. Brandt III, 44.

[3]) Vgl. den Bericht über die Audienz in „Reden und Trinksprüche Friedrich Wilhelms IV." Leipzig 1855, S. 151—159. Ueber den Eindruck des Erlasses beim Militär in Posen s. v. Brandt, Aus dem Leben des Generals v. Brandt III. S. 50 f.

[4]) A. Erzählung der Hofdame der Königin Elisabeth, Gräfin Editha Hacke, an G. 6. August 1855.

führte der König endlich seinen Gedanken, nach Potsdam zu gehen, aus.

Dort angekommen, hielt er im Marmorsaal des Schlosses seinen Offizieren jene Rede, die ihresgleichen nicht hat und die sich abermals nur daraus erklärt, daß Friedrich Wilhelm durchaus nicht an der Treue seines Volkes verzweifeln wollte, daß er sich einzureden suchte, er hätte es auf seiner Seite.

Eine Fassung dieser Rede ist in den Denkwürdigkeiten Leopold Gerlachs mitgeteilt [1]). Sie findet sich unter den Papieren des Generals von anderer Hand geschrieben. Eine zweite Fassung ist ebenfalls von Gerlach aufbewahrt worden. Es ist dies die Niederschrift des Leutnants v. Barby vom Regiment der Garde du Korps, die dieser dem Generaladjutanten am 11. November 1848 eingehändigt hat.

Sie lautet folgendermaßen:

„Ich freue mich herzlich, meine Herren, Sie alle wieder zu sehen. Ich widerlege damit, daß ich heute in Ihrer Mitte erscheine, wohl am besten Gerüchte, die sich verbreitet haben sollen, als sei ich nicht persönlich frei. Ich hoffe sogar, daß meine Zeit mir in nächster Woche gestatten wird, mehrere Tage unter Ihnen zuzubringen, und Sie können überzeugt sein, daß ich nicht nach Berlin zurückkehren würde, wenn es nicht mit meiner Ehre vereinbar wäre. — Nur in einer Sache bin ich nicht frei, indem die große Zukunft des gemeinsamen deutschen Vaterlandes meine ganze ungeteilte Thätigkeit in Anspruch nimmt. Dann gestehe ich, daß noch ein anderer Grund mich hierher führt. Man hat mir gesagt, die Stimmung in dem Offizierkorps hier sei eine so aufgeregte. In der gefahrvollen Lage, in der Europa in diesem Augenblicke schwebt, wo das Vaterland im Innern im höchsten Grade aufgeregt, von außen von mehr

---

[1]) G. I, 148. Vgl. Fürst Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, Aus meinem Leben 80 f. Das Buch Hohenlohes ist weniger wertvoll durch das thatsächliche Material, das es bringt, als durch den wundervollen Geist, der daraus spricht. Wer sich über den Geist, der das preußische Offizierskorps erfüllte, belehren will, der muß sich mit diesem Buche vertraut machen. — Außerdem s. G. u. E. I, 26 und Perthes in den Preuß. Jahrbüchern 63, 541 nach Roon.

als einer Seite mit Krieg bedroht ist, bin ich entschlossen, mich an die Spitze der Bewegung in Deutschland zu stellen. Der Entschluß dazu ist schon früher in mir gereift; schon am 17. und 18. — Aber nur dann ist es mir möglich, ein glückliches Ziel zu erreichen, wenn wir alle zu diesem großen Ziele vereint unsere ganze Kraft anwenden. Und deshalb bitte und beschwöre ich Sie bei Ihrer Liebe zum Vaterlande, bei Ihrer Liebe zu mir, jetzt alle einzelnen Interessen aus den Augen zu setzen, damit jeder, wenn ich Sie zu dem großen Zweck, die Ehre des deutschen Vaterlandes aufrecht zu erhalten, herbeirufe, bereit sei. Das Benehmen der Truppen, und nun wende ich mich an Sie besonders, die in den Straßen in jener Nacht gefochten haben, ist ein so musterhaftes gewesen, daß es über jedes Lob erhaben ist. Meine Herren, erlassen Sie mir, das weiter auszuführen, über jedes Lob erhaben. Mag Ihnen das für alles, was Sie von denen, die so niedrig waren, Sie beim Ausmarsch aus der Stadt zu beschimpfen, erduldet haben, ein Ersatz sein — und ich weiß sehr wohl, was Sie erduldeten. — Für mich liegt in dem, was die Truppen geleistet haben, eine Bürgschaft für das, was sie in einem Kriege nach außen hin zu leisten im stande sind.

„Meine Herren! Ich weiß nicht, ob Ihnen der jetzige Zustand Berlins bekannt ist — er ist ein ganz abnormer — ein sehr eigentümlicher. Der Magistrat fungiert nicht mehr, ebensowenig die Stadtverordneten als solche, und dennoch fühle ich mich dort so sicher, wie in Ihrer Mitte. Dies Gefühl verdanke ich den braven Bürgern Berlins, ja, ich muß es aussprechen, den Bürgern Berlins verdanke ich meine leibliche, meine politische Existenz und die Erhaltung des Throns. Sie erhalten jetzt mit größter Selbstaufopferung die Ruhe der Stadt, und Knaben von fünfzehn und Greise von sechzig Jahren wetteifern darin. Ich könnte Ihnen 40 bis 50 Fälle nennen, wo sie auf der Straße durch Verhaftung der Schuldigen Ordnung geschafft haben. Ich erfahre so viele Beweise von einer Liebe, einer Anhänglichkeit, wie ich sie nicht für möglich hielt. Insofern also, meine Herren, können Sie über die Sicherheit meiner Person ganz ruhig sein. Die Gerüchte einer Reaktion von hier aus, die sich in Berlin

verbreitet haben, können nur schaden; denn ich selbst stehe nun an der Spitze der Bewegung Deutschlands, und dazu würde mich keine Macht der Erde bewogen haben, als die Ueberzeugung, die ich gewonnen habe, daß das der alleinige Weg zur Herstellung des großen Vaterlandes ist. Den Bürgern Berlins wird es, hoffe ich, auch ferner gelingen, die Ruhe der Stadt aufrecht zu erhalten und der Uebelwollenden und Fremden Herr zu werden. Sollten sie es nicht mehr vermögen, und nur wenn sie mich darum bitten, werde ich mich bewegen lassen, die Truppen zum Schutze der Bürger wieder herbeizurufen. Zu diesem Zwecke habe ich das Korps, so wie es steht, längs der Eisenbahn und in der Nähe aufgestellt."

Dem Sinne nach deckt sich diese Fassung durchaus mit der bisher bekannten, nur daß diese Barbysche Niederschrift noch ausführlicher ist, einen eingehenderen Dank an die Truppen und einen Aufruf zur Mitarbeit an der deutschen Frage enthält. Das, was Friedrich Wilhelm damit den getreuen Garden bot, die ihn vor wenigen Tagen mit ihren Leibern gegen die aufständischen Berliner gedeckt hatten, die blutenden Herzens ihre siegreichen Fahnen bei dem befohlenen Rückzuge von den Berlinern beschimpft sahen, war zu viel. Wie Bismarck erzählt, erhob sich ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden, „wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird." Und auch Gerlach gedachte noch nach sieben Jahren, als am sechzigsten Geburtstage des Königs, am 15. Oktober 1855, an derselben Stelle der Prinz von Preußen seinem Bruder einen Ehrendegen überreichte, dieser „traurigen" Rede, die „fast einen Aufruhr erregte". Der Prinz August von Württemberg erinnerte ihn an jenen Tag. Bei Schluß der Rede sahen sich der Kriegsminister v. Rohr und der Bruder des Königs, Prinz Karl, veranlaßt, ihn mit einigen schnellen Worten darauf aufmerksam zu machen, wie unglücklich seine Worte gewählt waren, so daß Friedrich Wilhelm schnell hinzufügte (nach Barby): „Aber das kann ja nicht mißverstanden werden. Nein, meine Herren, mißverstehen Sie das nicht; ich weiß genau, daß ich so sagte: Erst als die Truppen Berlin verlassen hatten, verdankte ich den

Bürgern u. s. w. Was Sie mir bewährt haben in jenen Tagen, das werde ich in meiner Sterbestunde nicht vergessen." Dadurch schwächte er allerdings die Beteuerungen seiner Rede schnell und wesentlich ab. Sie zeigte nur zu deutlich, in welcher inneren Aufregung er sich noch immer befand und welchem Selbstbetrug er sich hingab, indem er über den erfreulichen Regungen in der Berliner Bürgerschaft, die sich sogar in den nächsten Tagen noch steigern sollten, die ganze Unsicherheit der Lage zu vergessen suchte und seine getreuen Offiziere kränkte. Zudem nahm sich die nach früherer Art angenommene unerschütterliche Sicherheit, die sich durch keinerlei Macht der Erde beirren lassen wollte, nach den eben erlittenen Demütigungen seltsam aus. Friedrich Wilhelm fühlte denn auch selbst bald die Unwahrheit der Lage, in die er sich durch seine Gefühlsüberschwänglichkeit gebracht hatte. Denn seinen Freunden gegenüber zeigte er sich die folgenden Tage „verlegen und sehr gedämpft". Die Stimmung der Truppen aber kam nirgends deutlicher zum Ausdruck, wie in einem Liede, das zuerst im 2. Garderegiment nach der Preußenmelodie gesungen zu sein scheint:

Das waren Preußen, schwarz und weiß die Farben,
So schwebt die Fahne einmal noch voran,
Als für den König seine Treuen starben,
Für ihren König jubelnd Mann für Mann.
Wir sahen ohne Zagen
Fort die Gefallnen tragen,
Da schnitt ein Ruf ins treue Herz hinein,
„Ihr sollt nicht Preußen mehr, sollt Deutsche sein."

Doch wir mit Liebe nahten uns dem Throne,
Fest noch im Glauben und voll Zuversicht,
Da zeigt er uns, wie man die Treue lohne,
Uns, seine Preußen, hört ihr König nicht.
Da lösten sich die Bande,
Weh' meinem Vaterlande!
Seit er verstoßen seine Vielgetreu'n,
Brach unser Herz und seine Stütze ein.

— — — —

Schwarz, Rot und Gold glüht nun im Sonnenlichte,
Der schwarze Adler sinkt herab entweiht;

Hier endet, Zollern, deines Ruhms Geschichte,
Hier fiel ein König, aber nicht im Streit[1]).

Der Gedanke, nach Berlin zurückzugehen, wurde bald fallen gelassen. Am 30. März, nachdem der Märker Graf Arnim dem Rheinländer Camphausen Platz gemacht hatte und dieser durch die Hinzuziehung Hansemanns das westliche Element im Ministerium verstärkt hatte, hatte Friedrich Wilhelm mit Leopold Gerlach, dem Hofmarschall Graf Keller und dem Geheimrat, späteren Hausminister v. Massow ganz im Geheimen eine Beratung, in der er versprach, nicht in die Hauptstadt zurückzukehren, sondern die Minister nach Potsdam kommen zu lassen. Er erwog sogar, nach Stettin zu gehen, fragte dazwischen ängstlich: „Wenn mir nun die Minister alle Portefeuilles zurückschicken, wo soll ich andere herbekommen?" Dann klagte er: „Die alten Minister hätten mich nicht verlassen sollen."[2])

Bei der Aufregung, die im Lande herrschte, kam angesichts der Schwäche, die Friedrich Wilhelm zeigte, bei verschiedenen Personen der Gedanke auf, den König zur Abdankung zu veranlassen, da die stürmische Zeit einen festeren Willen auf dem Thron verlangte. Vornehmlich war es die liberale Partei, in der sich solche Strömungen bemerkbar machten. In ihrem Schoße dachte man daran, bei Zusammentritt des Vereinigten Landtages Anträge zu stellen, die dahin gingen, daß der König die Krone niederlegte, der Prinz von Preußen auf sie Verzicht leistete und die als liberal bekannte Prinzessin von Preußen für ihren Sohn, den man als gänzlich von ihr abhängig betrachtete, die Regentschaft übernehmen sollte. Mit diesem Ansinnen kam der Führer der Liberalen auf dem ersten Vereinigten Landtage, der westfälische Landrat Freiherr Georg v. Vincke[3]), zu dem Redner

---

[1]) Das ganze Lied G. u. E. I, 38 f. Im Juli 1857 sprach Gerlach mit Bismarck darüber und über die Thatsache, daß es vom 2. Garderegiment gesungen worden sei. Zeit ihres Lebens dachten die Getreuen des Königs mit Entsetzen dieser Tage. Immer wieder tauschten sie ihre Erinnerungen und ihre Empfindungen darüber mit einer Lebendigkeit aus, als wenn es sich um eben erlebte Ereignisse handelte.

[2]) G. I, 150.

[3]) A. nach Bismarcks Erzählung. G. u. E. I, 36 f. Andrä-Roman,

der Konservativen, Herrn v. Bismarck, stieß jedoch bei diesem auf so schroffen Widerspruch, daß ihm jegliche Lust, dies Projekt weiter zu verfolgen, verging. Der Abdikationsgedanke[1]) trat jedoch wieder und wieder während des Jahres 1848 auf, und zeitweise hat der König selbst sich ernstlich mit ihm beschäftigt. Allerdings wollte er, wie natürlich, nur zu Gunsten seines Bruders Wilhelm zurücktreten. Im Mai dieses Jahres sind solche Erwägungen am eingehendsten gewesen. Diesmal kam der Anstoß von der rechten Seite. Hauptsächlich scheint Graf Albrecht Alvensleben-Erxleben eine derartige Forderung gestellt zu haben. Aber auch andere Männer der Rechten, wie der Graf Breßler, Graf Klützow und Herr v. Hertefeld scheinen es im Interesse des preußischen Staates für notwendig gehalten zu haben, daß der König zurückträte. Daß die ehrgeizige Prinzessin von Preußen nach der Regentschaft getrachtet hat, darf als ausgemacht gelten. Auch ihr Gemahl war mehrmals geneigt, seinen Bruder aufzugeben und hat sicher schon lange vor der Regentschaft öfter erwogen, daß die Pflicht an ihn herantreten könnte, für seinen Bruder die Zügel zu ergreifen; so im Juni 1848. Im April dieses Jahres hielt es Radowitz für richtig, dem König den Rat zu erteilen, sich zu effazieren und die Minister alles machen zu lassen, ein Rat, der zur Folge hatte, daß ein Ministerium nach dem anderen in beispiellos kurzer Zeit verbraucht wurde und daß die Dinge in Berlin andauernd drunter und drüber gingen, bis endlich militärisch regiert wurde, d. h. bis der König den Grafen Brandenburg berief und damit auch die Zeit einigermaßen aufhörte, wo er alles über sich ergehen ließ. Jenen „feigen" Rat haben Gerlach und seine nächsten Freunde Radowitz stets so sehr verdacht. Bei der Eigenart des Königs war die halb freiwillig, halb unfreiwillig auferlegte Ruhe für ihn tief niederdrückend, und so hat er denn im Mai

---

Erinnerungen eines alten Mannes aus dem Jahre 1848. Bielefeld 1895, S. 30.

[1]) Das folgende nach den Aufzeichnungen Gerlachs. Bei Varnhagen, Bernhardi und anderswo finden sich auch bereits mancherlei Andeutungen hierüber.

entschieden erklärt: „Wenn er kein freier König sein könnte, wolle er nicht regieren.“ In derselben Zeit dachte Königin Elisabeth so ernstlich an die Thronentsagung, daß sie dem Gemahl vom Umzug nach Sanssouci abriet, damit ihm die Trennung von der dortigen, ihm ans Herz gewachsenen Umgebung nicht zu schwer falle. Er selbst sprach von Vorbehalt im Falle des Rücktritts. Solche Gedanken lagen damals um so mehr in der Luft, als Europa in jener Zeit nicht nur den Rücktritt Louis Philipps und des Kaisers Ferdinand, sondern auch König Ludwigs von Bayern und des Königs Karl Albert von Sardinien erlebt hatte. Zu denen, die Friedrich Wilhelm von solchen Gedanken abbrachten, gehörte in erster Linie Leopold v. Gerlach. Der hielt seinem Herrn vor: Ein abgedankter König thäte am besten, wenn er in ein Kloster ginge, wie es Carlo Alberto gethan. Ein abgedankter Fürst, wie König Ludwig, der mit den regierenden um die Wette Diners gäbe und den Beschützer der Künste spiele, sei widerwärtig. Selbst Gerlach scheint zuweilen von dem Gedanken erfaßt worden zu sein, daß die über seinen geliebten Herrn hereinbrechenden Schwierigkeiten von diesem in seiner Eigenart nicht überwältigt werden könnten. Solche Regungen wurden jedoch in ihm sofort von seinen Legitimitätsgefühlen niedergeschlagen, zu denen die große Verkennung der Willenskraft und die geringe Meinung von den Geistesgaben des Prinzen von Preußen, die ziemlich weit verbreitet war, traten. Viele gerade der rechtsstehenden Elemente beurteilten die königliche Kraft des Thronfolgers ganz falsch. Die schrofffste Haltung gegen eine Succession des Prinzen zu der Zeit, als Friedrich Wilhelm noch nicht in dauerndes Siechtum verfallen war, nahm Edwin v. Manteuffel ein, zu einer Zeit, als Anzeichen dafür vorlagen, daß der Minister v. Ladenberg auf eine Abdikation Friedrich Wilhelms hinarbeitete. Im Gegensatze zu solchen Ansichten erklärte Graf Alvensleben schon im Juni 1848 gegen Leopold v. Gerlach rückhaltlos, er hätte dem König, der ihm im Falle der eintretenden Diktatur das Ministerium übertragen wollte, den Stuhl vor die Thüre gesetzt und ihm erklärt, er wolle ihm nicht dienen, dem Prinzen von Preußen allenfalls. Am 8. September 1848 hat Friedrich Wilhelm selbst gesagt:

„Für die Armee ist Eile nötig, denn ich kann es ihr nicht verdenken, daß sie, wenn sie glaubt, daß ich sie hier preisgebe, Wilhelm auf den Thron setzt." Solche Gedanken an Rücktritt tauchten immer wieder auf bis etwa zum Jahre 1852, wo sie mittlerweile als völlig aufgegeben betrachtet wurden. In späteren Jahren, als er sich wieder im Vollbesitze seiner Macht fühlte, hegte der König einen stillen Groll gegen einzelne Mitglieder seines Adels, die ihm die Krone hatten nehmen wollen, wobei er vielfach ganz ungerechten Argwohn hegte. Leopold Gerlach hatte öfters Mühe, ihn in dieser Sache zu beschwichtigen.

Seit den Märztagen vollzog sich mit Friedrich Wilhelm eine Wandlung. Nie hat er sich ganz von jenen Tagen erholt. Er hatte seitdem das Vertrauen zu seinem Volke verloren, so sehr er es auch noch liebte. Durch seine Ansprachen, die einst einen so hoffnungsfreudigen, glücklichen Ton angeschlagen hatten, wehte seitdem eine schmerzliche Stimmung, und der argloseste aller Könige war mißtrauisch geworden. Zu gewaltsam hatte das Schicksal ihm mitgespielt. Der hochfliegende Geist, das tiefangelegte Gemüt, der heitere, unendlich liebenswürdige Sinn, die sich in ihm vereinigten, waren zu jählings mit der Wirklichkeit zusammengeprallt, und dies hatte ihn unsanft aus seinen Träumen, Plänen, Hoffnungen und Glücksgefühlen herausgeschleudert. Seitdem wird er jener Hamletscharakter, den man so oft in ihm erblickt hat. Diese fromme und stolze Künstlerseele lebte von nun an nur noch mit gebrochener Schwinge. In der Erkenntnis, daß die Zeit gewaltsam über Preußens Herrscher hinweggeschritten war, notierte Gerlach am 19. Mai 1848: „Schon vor vielen Jahren sagte ich von dem damaligen Kronprinzen, durch weisen Rat und durch weise Gedanken würde er niemals von einem Minister oder Günstling beherrscht werden, von dieser Ware hätte er selbst so viel als er bedürfte. Wer ihn als König beherrschen wollte, müßte ihm die Thaten ab- und über den Kopf nehmen. Dies hat sich fürchterlich bewahrheitet."

War aber der König nun nach den empfangenen Demütigungen in einer Stimmung der Zerfahrenheit, so waren seine Minister anfänglich noch viel übler beraten. War doch die Mehr-

heit des Ministeriums des Freiherrn v. Arnim, darunter der neue Kriegsminister, General Reyher, ferner der jüngere Willisen, Bunsen, der Diplomat Usedom, die sich alle mit ihren Ratschlägen an den Monarchen herandrängten, im April des Jahres aus Polenfreundlichkeit für den Krieg mit Rußland, ein Gedanke, den der König denn doch mit vollster Entschiedenheit zurückwies. Schon am 19. März hatte Max Gagern ihm ein derartiges Ansinnen gestellt[1]). In seiner Polenrede am 23. hatte der König bereits feierlich einen Krieg gegen Rußland für unmöglich erklärt. „Ich würde es gegen meine Pflicht und mein Gewissen halten, denselben zu führen, und mit meiner Ehre ist er nun vollends unverträglich.“ Mitbestimmend war für ihn der Respekt vor dem „Mann von eisernem Willen“, den er in Kaiser Nikolaus sah, der allein unter den Souveränen Europas seine Macht „mit unerschütterlicher Kraft und Energie“ aufrecht erhalten hatte. „Sein Wort ist ja, ja; nein, nein,“ hatte er von dem Schwager gesagt. Ein andermal wahrte der König mit Würde seine Stellung, als die Minister Hansemann und Auerswald mit Rücksicht auf die „öffentliche Meinung“ die Verabschiedung des Generals v. Colomb, der im Posenschen sich der Deutschen angenommen hatte[2]), forderten und davon ihr Bleiben abhängig machten. Friedrich Wilhelm hielt diese Verabschiedung für unzeitgemäß und inopportun und belehrte die Minister: Sie sollten bedenken, daß selbst ein konstitutioneller König, z. B. der von England, was für Preußen das einzig passende Muster wäre (im Gegensatz zu Frankreich), frei über die Armee schalte, daß dies aber für einen König von Preußen Lebensbedingung sei und daß er als Mensch, als Preuße und als König scharf gegen jede Zumutung protestieren müsse, die ihn von der Armee trennte. Er gab es dem Patriotismus der Minister anheim, dies zu berücksichtigen, er würde eine Abdikation einer Trennung von seiner Armee vorziehen[3]).

Von den drei großen Aufgaben, die ihm jetzt gestellt wur-

---

[1]) Gerlach, I, 185.
[2]) Natzmer III, 216 f.
[3]) G. I, 163 f.

den, die Sache der Elbherzogtümer, die preußische Verfassungssache und der Bau der Reichsverfassung, nahm das preußische Verfassungswerk am meisten seine Kräfte in Anspruch. Es hat etwas Rührendes, anzusehen, wie der arme Monarch nach Dienern sucht, die ihm helfen können. Er dachte auf Gerlachs Rat an Schön, an Alvensleben, der sich ihm so schroff versagte; er verhandelte lange mit Georg Vincke, von dessen Plänen, ihn vom Thron zu bringen, er unterrichtet gewesen zu sein scheint, er suchte zu Pfuel Vertrauen zu fassen. Auch an Bodelschwingh dachte er wieder. Der aber ließ ihn wissen: Seine Feder sei abgenutzt, er sei zu lange Seiner Majestät „erster Schreiber" gewesen, um verantwortlicher Minister werden zu können. Mit dem Degen in der Faust wolle er zeigen, daß nicht Feigheit und Trägheit es seien, was ihn fern halte. Offenbar hatte der Unglücksminister des 19. März selbst das Gefühl, daß er in der Krisis sich durchaus nicht auf der Höhe gezeigt hatte und verbarg dies hinter der Bescheidenheit atmenden Formel, daß er bisher nur Schreiberdienste gethan hätte. Aber selbst in der fridericianischen Zeit hatte sogar ein mehr den Rang eines Subalternen einnehmender Kabinettssekretär in kritischen Lagen Ratschläge gegeben, die vom großen König beachtet worden waren. Bei einem leitenden Minister war dies Wort eine durchaus unzureichende Bemäntelung der eigenen Schwäche. Ebenso griff Friedrich Wilhelm auf den Grafen Arnim zurück, der aber auch ablehnte. Die ihm vorgelegten Verfassungspläne sagten ihm sämtlich nicht zu. Oft dachte er an Auflösung der konstituierenden preußischen Nationalversammlung, einer der unwürdigsten parlamentarischen Vertretungen, die es jemals gegeben hat, an einen Handstreich auf Berlin zur Rettung des Schatzes und Zeughauses, um dann immer wieder in eine thatenlose Ruhe zu versinken, teils weil es ihm Radowitz geraten hatte, teils weil er resigniert, teils weil es so seine Natur war. „Jetzt machen ja doch die Minister alles," pflegte er zu sagen. Daneben führte er mit den Führern der in dem truppenentblößten Berlin gebildeten Bürgerwehr sehr zum Verdruß des Kriegsministers Schreckenstein, der den für den bald abgetretenen Reyher berufenen Minister Graf Kanitz abgelöst hatte — der greise Krauseneck hatte

abgelehnt — [1]), eine Privatkorrespondenz. Seine Unthätigkeit konnte seinen Bruder Wilhelm oft in Harnisch bringen, der dann mit heftigen Zeilen dazwischenfuhr: „Ich bitte Dich um Gottes willen, halte wenigstens unerschütterlich fest gegen diesen Unsinn, der das Land de fond en comble auflösen soll!! Leider hast du schon die Gesetze genehmigt zur Vorlage, die jetzt das Land in allen Klassen aufregen.“ [2]) Als der Schweizer Jurist Keller, der spätere Urheber der preußischen Verfassungsurkunde, den Gedanken der Berufung von zwei Kammern aufbrachte, schenkte er ihm weiter keine Beachtung, sondern sprach davon, den Vereinigten Landtag wieder einzuberufen, in dem er den Arbeitern eine Vertretung gewähren wollte. Mit großer Hartnäckigkeit hielt er gegen seine Minister an der Todesstrafe fest. Als der Hofprediger Strauß hier mitreden wollte, erklärte der König, möglicherweise in Erinnerung an den traurigen Ratschlag, den dieser Geistliche ihm am 19. März gegeben haben soll, zornig: „Ich weiß auch ohne Pfaffen, was meine Pflicht ist.“ [3]) Allmählich wurde ihm der konstitutionelle Gedanke vertrauter. Er würde dieses Prinzip aufrecht erhalten, erklärte er am 8. September, obgleich er es für ein Lügensystem hielte. Er mag ähnliche Gefühle der Geringschätzung in seinem Innern gehegt haben, wie sie der Marschall des ersten Napoleon und spätere leitende französische Staatsmann Soult einst im Gespräch mit dem preußischen General Heinrich v. Brandt äußerte: „Sie haben noch nicht Kammern, noch nicht Abgeordnete, denen es ein Vergnügen ist, die Minister mit Nadelstichen zu Grunde zu richten. Aber Sie werden sie später bekommen und werden es erfahren, was es heißt, wenn jedermann die Dinge zu leiten sucht, von denen er nichts versteht.“ [4]) Und auch sonst hätten der König und sein getreuer Gerlach manchen gewichtigen Zeugen gegen den Konstitutionalismus anführen können. Betrachtete doch der große Schotte Thomas Carlyle dies ganze parlamentarische System

---

[1]) Der General der Infanterie v. Krauseneck. Lebensabriß. Beiheft zum Militärwochenblatt 1852, S. 77.

[2]) A.

[3]) G. I, 214.

[4]) v. Brandt, Aus dem Leben des Generals H. v. Brandt II, 219.

als eine Hautkrankheit im Leben der Völker, die früher oder später vorübergehen würde. Empört war Friedrich Wilhelm, als auch dem Heere der Verfassungseid auferlegt werden sollte. „Dieser Eid bringt mich um alle meine Offiziere, er ist daher unmöglich," sagte er. Mit noch größerer Hartnäckigkeit verteidigte er gegen seine Minister die Beibehaltung des Gottesgnadentums im königlichen Titel, das die Volksvertretung streichen wollte. Dieser seiner Ansicht gab er an seinem Geburtstage gegenüber dem Präsidenten der preußischen Nationalversammlung, Grabow, einen lebhaften Ausdruck: „Sie lassen kein Recht unangetastet, das Heiligste selbst ist vor Ihren Angriffen nicht sicher. Sie haben mein mir von Gott verliehenes Recht auf die Krone angetastet; Sie wollen mir das von Gottes Gnaden nehmen! Aber hierzu wird keine Macht der Erde stark genug sein. — Ich werde es treu bewahren, wie ich es von meinen Ahnen überkommen. Sagen Sie dies den Herren, die Sie gesandt . . . Sagen Sie ihnen, daß ich den Aufruhr und die Aufrührer, wo ich sie finde, bekämpfen und zerschmettern werde, und daß ich mich hierzu durch Gottes Gnade stark genug fühle." Die Worte verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Hörer. Den Ministern kamen sie ganz ungelegen Sie ließen wohl die Anrede des Präsidenten der Nationalversammlung an den König abdrucken, nicht aber dessen Antwort, obschon Friedrich Wilhelm sie einem seiner Begünstigten, dem von Gerlach intim wegen seines Eingehens auf den Liberalismus und die schwarzrotgoldenen Velleitäten gehaßten General v. Willisen, in die Feder diktiert und dem Ministerium zugeschickt hatte. Zugleich forderten diese Minister, der ehemalige Oberpräsident der Rheinprovinz Eichmann an der Spitze, ihre Entlassung. Das Gottesgnadentum sei etwas Unmögliches. Lange sträubte sich Friedrich Wilhelm aus Mangel an geeigneten Männern dagegen, ihren Rücktritt zu genehmigen. Er bat sie, ihrem Könige und Herrn in die Bresche, die er durch seine Geburtstagsreden in dem ihn umgebenden Lug und Trug gelegt zu haben glaubte, zu folgen und in ihr eine „breite Gasse für Recht und Freiheit zu eröffnen"[1]). Aber die vom

---

[1]) G. I, 225.

Zeitgeist beherrschten Männer versagten sich. Endlich berief er auf Drängen, insbesondere von Leopold Gerlach, seinen Oheim, den Grafen v. Brandenburg, an die Spitze der Geschäfte. Gerlach zeichnete die Lage richtig, indem er an Brandenburg am 21. Oktober schrieb: „Der König, unser Herr, steckt in einem Sumpfe, er fühlt, daß er sinkt, er ruft um Hilfe, aber niemand will Hand anlegen, um ihn herauszuziehen, einige schreien ihm zu, er mache so unzweckmäßige Bewegungen, daß er noch tiefer hineinkomme, andere, sein Körper wäre zu schwer, man könne diese Last nicht heben, andere sagen, sie hätten ihn nicht hineingebracht (was bei den Ministern nicht einmal ganz wahr ist), noch andere, er möchte nur warten, vielleicht käme noch fester Grund, bevor ihm das Wasser über dem Kopfe zusammenschlüge. . . . Es kommt darauf an, zu erklären, daß der König Herr im Lande ist, nicht aber die Versammlung im Komödienhause."

Mitte Oktober kam Graf Brandenburg von Breslau, wo er eben mit fester Hand als kommandierender General Ordnung geschaffen hatte, nach Berlin. Der Sohn König Friedrich Wilhelms II. und der schönen Gräfin Dönhoff, war Brandenburg zugleich eine echter Hohenzoller und ein Glied jenes preußischen Militäradels, dem die Welt kaum etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen gehabt hat. Aus Gerlachs Aufzeichnungen lernt man diese schlichte Heldennatur so recht kennen und schätzen. Vielleicht nicht von besonders hohen Geistesgaben, nimmt er doch in der preußischen Geschichte einen Ehrenplatz ein. Zwei Jahre ist er durch sie gegangen, um endlich den ihn überwältigenden Friktionen zu erliegen. Von einer ehrlichen Bescheidenheit in den Urteilen über sein Können gehörte er, wie Gerlach gleich sehr richtig bemerkte, zu den Männern, deren Kraft im Handeln wächst. Mit seiner schlichten Prosa und seinem bon sens paßte er ebenso wie der Generaladjutant v. Rauch vortrefflich zu der Person des Königs. Seine „Pomade", die Gerlach immer wieder, teils gereizt, teils erfreut, hervorhebt, war in den bewegten Zeiten, in denen sein König ihn ins Ministerium berief, unschätzbar. Varnhagens Lästerzunge freilich höhnte: „Caligula ließ sein Pferd zum römischen Konsul aufnehmen. Warum soll Brandenburg nicht zum Mi-

nister ernannt werden?"[1]) Brandenburg war ein Altpreuße vom Wirbel bis zur Zehe. Noch im Februar 1849 gestand er es seinem Herrn, der ihm vorwarf, daß er von der Gloriole der Kaiserkrone verwirrt gemacht sei: „Ihro Majestät, der unglücklichste Tag meines Lebens war der, wo ich meinen Truppen die Anlegung der deutschen Kokarde befehlen mußte." Er trug es dem König bis an sein Ende nach, daß er „verkehrte Freiheitsideen" in die Armee gebracht habe, und widersetzte sich mit größter Entschiedenheit der Anstellung des liberalen Willisen im Heere. Aber er wußte sich wie der Prinz von Preußen auf den Boden der Thatsachen zu stellen und konnte sich auch angesichts der Eigentümlichkeiten des Königs nicht der Notwendigkeit verschließen, den Konstitutionalismus einzuführen. Sehr bald gestand er: „Wie es möglich gewesen, mit dem Könige ohne Konstitutionalismus fertig zu werden, könne er nicht begreifen." Er gedachte eine homöopathische Politik zu treiben, den Liberalismus durch sich selbst ausheilen zu lassen. Mit den Kammern wollte er wohl regieren, sie aber mit dem Degen in Ordnung halten. Man hört gleichsam den dröhnenden Schritt dieses willenskräftigen Reitergenerals, wie er (zufällig am Jahrestage des 18. Brumaire, an dem vor 49 Jahren Bonaparte den gesetzgebenden Körper nach St. Cloud verlegt und damit das Direktorium gestürzt hatte) die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt und Ordnung schafft in Preußen. Sein Lieblingswort war nach Gerlach „Konfusion", und er hatte oft Gelegenheit, es anzuwenden. Mit eisernem Willen zwang er den König zu Entschlüssen, wobei es dann freilich nicht immer ohne etwas Rücksichtslosigkeit gegen seinen Herrn abging. Rauch, der sehr viel mehr Respekt vor dem Könige hatte, erzürnte sich wohl zuweilen, wenn Brandenburg von dem regierenden Herrn wie von einem „unmündigen Kinde" sprach. Ihn schmerzte es tief, daß der König durch die Märztage so wenig gelernt und noch immer so hochfahrenden Sinnes sei. Als Friedrich Wilhelm durchaus nicht an die Beeidigung der Verfassung herangehen wollte, hat er ihn fußfällig darum gebeten und brieflich mit flehenden

---

[1]) Tagebücher V, 268.

Worten bestürmt und sich unterschrieben: „Mit der Treue eines fortgestoßenen Hundes. Br.“ Der König bekam allmählich eine gelinde Furcht vor ihm, ähnlich wie vor seinem Schwager Nikolaus. Später hat er ihn wohl eine „imposante historische Erscheinung“, den „Bastard von Preußen“ genannt[1]). Gewöhnliche Sterbliche behandelte Brandenburg, wie sich's hiernach versteht, noch ganz anders. So meinte er von dem Flügeladjutanten v. Boddien, den der König durch Güte falsch behandle, und der daher überall „ausschlüge“, er hätte ihn in Schlesien mit vielem Nutzen gebraucht, er müsse aber, was er auch dem Könige gesagt habe, „auf dem Kappzaum geritten werden“. Nachdem Brandenburg das preußische Verfassungswerk durchgeführt hatte, zu dem er hauptsächlich berufen war, sehnte er sich wieder von den ihm im Grunde doch zuwiderlaufenden ministeriellen Geschäften weg und wünschte sich ein Kommando in der Provinz. Da könnte er mehr nützen. Mit Gerlach befreundet, oft nicht mit ihm übereinstimmend, wehrte er sich auch seiner, wenn er ihm unbequem wurde. Davon legt ein Brief von ihm an Gerlach Zeugnis ab, den er am 3. Februar 1850 geschrieben hat:

„Lieber Gerlach!

„Ich glaubte nun wirklich an das Ziel meines Pensums gelangt zu sein. Da sagt man mir von neuem zu meinem unaussprechlichen Erstaunen, daß ich unentbehrlich bin. Wohl. Ich schweige und füge mich.

„Nun bringe ich aber dieser Unentbehrlichkeit alle meine Gefühle zum Opfer. Soll ich an der Spitze der Verwaltung bleiben, so muß dieselbe aus einem Guß gegossen sein. Ich fange damit an, zu erklären, daß die äußerste Rechte, die Parthei der Kreuzzeitung, mit dem Ministerium gebrochen hat. Es verhalten sich diese beiden zum Lande, wie zwei Aerzte zu einem Fieberkranken. Beide sind einig darüber, daß das Medikament in Chinarinde besteht. Ueber die Stärke der Dosis und über die Zeit der Anwendung sind sie aber von Grund aus uneinig. Daraus folgt, daß einer das Krankenzimmer verlassen muß, soll der Kranke darunter nicht leiden.

---

[1]) A.

„Ein Ministerium der äußersten Rechten halte ich zwar nicht für lebensfähig. Ein großes Unglück würde aber nach (sc. meiner Ansicht) nicht dadurch entstehen. Will man den Versuch machen, ich weiche bereitwillig und werde in diesem Fall, selbst aufgefordert, keinen Rath mehr ertheilen. Denn wenn schon unter gewöhnlichen Umständen niemand Rath ertheilen sollte, dessen Beruf dies nicht ist, so fällt ein solches Rathgeben von jetzt ab in das Reich der intrigue. Nun aber legt meine eigenthümliche Offenheit mir die Pflicht auf, Ihnen, verehrter Freund, zu sagen, daß, aus naheliegenden Gründen, meine Collegen im Glauben stehen, Sie wären in der letzten verhängnißvollen Zeit nicht unbetheiligt gewesen bei Rathschlägen gegen die Ansichten des Ministeriums.

„Ob Sie Sich dieserhalb in ostensibler Form gegen mich äußern wollen, muß ich ganz anheimstellen. Den Wunsch kann ich aber nicht unterdrücken, daß Sie die Güte haben möchten, in einer solchen Form Sich gegen mich dahin auszusprechen, daß Sie in der Zukunft das Ministerium unterstützen wollen. Wünschen Sie über diesen Gegenstand eine Unterredung, so stehe ich mit dem größten Vergnügen zu Diensten und rechne mit Bestimmtheit darauf, daß solche politischen Differentzen unserer alten Freundschaft nicht schaden werden. Ganz ergebenst

G. v. Brandenburg."[1])

Er war in diesem Falle sichtlich von seinen Amtsgenossen gegen Gerlach aufgehetzt worden. Hatte er doch selbst oft genug Gerlachs unberufenen Rat begehrt und sogar mit der Camarilla zusammen getagt. Aber auch sonst wußte er mit militärischer Geradheit seinen Standpunkt gegen die Einmischungen der Camarilla zu wahren, wenn sie ihm unzuträglich schienen, und Gerlach klagte dann wohl darüber, daß der Freund „sackgrob" geworden war. Ihm hatte es auch Radowitz angethan. Hinzu kam sein preußischer Ehrgeiz, durch den er trotz anfänglichen Widerstrebens zur Reichspolitik gedrängt wurde. Ludwig Gerlach äußerte einmal über ihn: „Brandenburg denkt weder an ein Groß- noch an ein Kleindeutschland, sondern lediglich an

---

[1]) Nach der Urschrift.

ein Großpreußen, verstärkt durch die kleinen Staaten."[1]) In einem poetischen Billet an den König, zu dem er sich einmal (22. Dezember 1849) in der Freude über dessen Verhalten bei dem Ministerrat verstieg, hat der treue Mann hoffnungsfreudig gesagt: „Es würde die Zeit kommen, wo die deutschen Staaten sich wie Planeten um die Sonne in freier Bewegung um Preußen drehen würden."[2]) Von Radowitz pflegte er zu urteilen, er sei zwar kein Mann der That, aber ehrlich und höchst einsichtsvoll. Als Ratgeber imponierte ihm der mysteriöse Mann außerordentlich. Radowitzens Politik war es schließlich, die sein tragisches Ende herbeiführte. Gerlach hat geistreich bemerkt: „Radowitz diente dem Grafen Brandenburg wie Mephistopheles dem Faust, wie die Hexen dem Macbeth."

Der König gab dem neuen Ministerpräsidenten ein von ihm selbst entworfenes Programm in die Hand. Ein zweites war ihm von Heinrich Leo eingereicht worden. Er sprach davon mit Begeisterung, er hätte dabei geweint, daß ihn der Bock gestoßen habe. Doch hielt er an dem seinigen fest. Das „Sanssouci, den 8. November 1848" datierte Schriftstück lautete in seinem auf das preußische Verfassungswerk bezüglichen Teile[3]):

Erklärung.

Mein Zweck

bei Entlassung des Pfuelschen Ministeriums und Einsetzung des Ministeriums, an dessen Spitze ich den General der Kavallerie Graf v. Brandenburg gestellt habe, ist:

1. die Souveränität Meiner Krone gegen die Souveränitätsgelüste der preußischen sogen. Nationalversammlung entschieden und siegreich aufrecht zu erhalten;

2. das durch die Fehler dreier Ministerien völlig gesunkene Ansehen Meiner Regierung entschieden und siegreich wieder herzustellen,

damit

---

[1]) G. I, 442.

[2]) G. I, 394.

[3]) Nach der eigenhändigen Abschrift Gerlachs.

die Märzrevolution entschieden und siegreich gestürzt und an ihre Stelle das Gegenteil der Revolution aufkommen kann, nämlich das gesetzmäßige Zustandekommen eines in Wahrheit freien Verfassungswerkes auf der Grundlage, die ihm allein Dauer und lebendige Zukunft verheißen kann, auf der Grundlage der angestammten Obrigkeit von Gottes Gnade;

3. durch die Rehabilitierung Preußens demselben die Stellung und den Einfluß in Deutschland und die Geltung als Großmacht zu sichern, auf welche es ein Recht hat und wodurch Preußen der Hort und die Stütze

a) der wankenden Einheit Deutschlands;

b) der Souveränität seiner Könige und Fürsten werden kann.

Zu dem Zweck

ist die Nationalversammlung entschieden in ihre Grenzen als Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung zurückzuweisen, und zwar durch folgende Maßregeln:

1. die Gesetzmacherei wird ihr gründlich gelegt und sie lediglich auf den Petitionsweg verwiesen;

2. die vorliegenden Gesetzentwürfe werden zurückgezogen;

3. ausnahmsweise werden ihr nur solche Gesetzentwürfe belassen oder vorgelegt, welche die Wiederherstellung der Ruhe, Ordnung, Zucht und Sicherheit der Person und des Besitzes bezwecken,

als z. B. Gesetze

a) wider die Frechheit und Mißbrauch der Presse;

b) wider demokratisch-republikanische Klubs, Vereine und Volksversammlungen;

c) wider jede Volksversammlung in gewissen Umkreisen um das königliche Hoflager und den Sitz der Landtage;

d) wider das Tragen der Farben und Zeichen der Revolution;

e) wider das Antasten der preußischen Nationalfarbe, -zeichen 2c.;

f) wider die Wühler in Stadt und Land;

g) wider die Soldatenverführer.

(Das alles aber ausdrücklich nur insoweit, als die bestehenden Gesetze nach gewissenhafter Prüfung nicht ausreichen.)

4. Der Regel nach wird ihr keine Interpellation gestattet und beantwortet, wenn solche nicht unmittelbar mit ihrem Auftrage zusammenhängt.

Die ersten großen Maßregeln sind:

1. Die Prorogation und Verlegung der Nationalversammlung;

2. die militärische Occupation von Berlin und Wiederherstellung des alten Wachtdienstes durch die alte Garnison;

3. ein Manifest an das Volk und

4. eine königliche Botschaft (bei Wiedereröffnung der Sitzung), durch welche die Regierung in deutlichster und würdigster Sprache

a) ihre Grundsätze bekennt;

b) ihren Gang ankündigt.

Sollte — was Gott verhüte — infolge von dem allen in Berlin neuer Verrat und Rebellion ausbrechen, so wird mit rücksichtsloser Energie eingeschritten.

Sollte die Versammlung den Unterthanengehorsam brechen, so wird sie sofort aufgelöst und [werden] die Häupter dieser Bewegung verhaftet — demnächst aber ein neues Wahlgesetz publiziert, ein Ober- und Unterhaus gebildet und berufen und die Verfassung mit diesem Landtage vereinbart und zwar nach dem unerschütterlichen Grundsatz:

Freies Volk unter freiem König

oder aber man rekurriert abermals auf den Vereinigten Landtag.

Im Anschluß daran entwickelte der König seine Ideen über die Reichssachen.

Das Programm ist eines der besten Schriftstücke, die aus Friedrich Wilhelms Feder geflossen sind, und Gerlach hatte allen Grund, es so zu loben, wie er es thut. Im wesentlichen sind die darin enthaltenen positiven Vorschläge über die zunächst zu ergreifenden Maßregeln denn auch von dem Ministerium gutgeheißen und ausgeführt worden. Die Idee der Verlegung der Versammlung nach Brandenburg war ihm von Leopold Gerlach eingegeben worden und hatte ihm äußerst imponiert. Das andere, so besonders die Occupierung Berlins, die nachher durch

Wrangel erfolgte u. s. w., scheint großenteils ganz sein Eigenes zu sein.

Zu seinem großen Kummer sah er sich jedoch bald, nachdem in Berlin Ordnung geschaffen und die Versammlung nach Brandenburg berufen war, im Widerspruch mit seinen Ministern, indem diese ihm etwa am 20. November eine zu oktroyierende Verfassung vorlegten, die gar nicht nach seinem Sinne war. Stellte sie doch die Charte Waldeck, um die sich die schrecklichen Kämpfe seit dem Beginn der Versammlung großenteils gedreht hatten, nur mit einigen Veränderungen dar. Hier zeigte sich Brandenburgs Schwäche. Ein Mann vieler Gedanken war er nicht, und sein Kornak, nach dem er bei seiner Berufung verlangt hatte, der routinierte Otto v. Manteuffel, war ein Mann, der mehr als andere sich ganz in die gegebenen Verhältnisse einzuschmiegen suchte. Friedrich Wilhelm stellte seinen Ratgebern in beredter Weise vor, warum er anderer Ansicht als sie wäre, und erzielte großen Eindruck. Nach Rauchs Aussage verließen sie den König am 21. November in Thränen, verstanden sich aber schließlich nur zu geringen Aenderungen. Friedrich Wilhelm war außer sich und sagte, man möge ihn für einen Pietisten, für einen Hund oder für sonst etwas halten, er hielte es nicht mit seiner Verantwortlichkeit gegen Gott vereinbar, so etwas zu unterschreiben und zu beschwören[1]). Auch von dem von Gerlach wieder hervorgeholten Camphausenschen Entwurfe wollte er nichts wissen, den er ein belgisches, schlecht ins Preußische übersetztes Machwerk nannte. In aufgeregter Stimmung rief er, es wäre nicht mehr zu ertragen: Dies ist eine ärgere Schande als der 25. September (Kompromiß Pfuels wegen des Steinschen Antrages, durch den Ausschluß aller reaktionären Elemente aus der Armee verlangt wurde, was gleichbedeutend mit deren Auflösung gewesen wäre), denn jetzt sind wir im Siege, wir stehen glänzender da als je, und nun diese schimpfliche Niederlage! Mit einem Worte der Verzweiflung brach er ab[2]). Allmählich gaben die Minister in wichtigen Punkten nach, betreffend

---

[1]) G. I, 248.

[2]) A.

das Militär, die Vereidigung, die Civilliste, und des Königs Laune hob sich wieder. Konnte er doch auch an seinem mutigen Ministerium seine Freude haben. Nicht ohne einige glückliche Zufriedenheit sagte er am 26. November: „Ueber das jetzige Ministerium erhalte ich Adresse über Adresse mit der Bitte, es beizubehalten, für die vier vorigen hat sich niemand interessiert, niemand hat mich gebeten, Hansemann beizubehalten," und als Heinrich v. Gagern und seine mit ihm von Frankfurt herübergekommenen Begleiter es in diesen Tagen wagten, ihm Andeutungen von wünschenswerten Veränderungen in seinem Ministerium zu machen, wies er sie damit entschieden ab. Immerhin hatte er noch Bedenken, die Verfassung zu unterzeichnen, entschloß sich aber nach vielen inneren Kämpfen dazu, so daß am 5. Dezember die Oktroyierung erfolgen konnte. Tags darauf erzählte die Königin, ihr Gemahl sei so angegriffen wie nie und tief betrübt. Wie schon früher suchte er seinen Trost wieder in den auswärtigen Angelegenheiten.

IV.

Kaiserkrone und Unionspolitik.

Die Einleitung zu einer Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung über die Frage der Gestaltung des Reiches wurde durch einen Briefwechsel des Königs mit Dahlmann gegeben. Oesterreich hatte nach dem Umritt mit den deutschen Farben und der Proklamation vom 21. März die mit Preußen begonnenen Verhandlungen wegen der Bundesreform schroff abgebrochen, so daß sich das in Frankfurt zusammentretende Nationalparlament jetzt als der gegebene Weg für Friedrich Wilhelm zeigte. In der hochflutenden nationalen Bewegung, die sich brausend in jener stolzen Versammlung vernehmen ließ, machte sich von Anfang an eine starke Strömung geltend, die niemand anders als Preußen zur deutschen Vormacht und demgemäß den König von Preußen zum deutschen Kaiser zu küren gedachte. Friedrich Wilhelm indes behagte es ganz und gar nicht, aus den Händen einer Volksvertretung Krone und Scepter zu empfangen, und ebenso wollte er immer noch nichts von dem Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde wissen. Schon am 24. April äußerte er gegen Dahlmann seine Bedenken gegen das Hinausdrängen Oesterreichs und wies auf den wahrscheinlichen Widerspruch Rußlands gegen den deutschen Kaiser hin [1]). Am 3. Mai erklärte er ihm bereits ausdrücklich, daß er die Kaiserkrone, wenn sie ihm überhaupt angeboten würde, nicht anzunehmen gedenke. Er meinte, von fürstlicher Seite würde dies nicht ge-

[1]) Oncken, Zeitalter Kaiser Wilhelms I. I, 151.

schehen, das Anbieten von seiten des Volks wäre aber gefährlich. „Es wäre der Beweis der vollendeten Auflösung Teutschlands, wenn es gegen der Fürsten Meinung und Willen geschieht und wäre wahrscheinlich mit Kanonen zu beantworten.“ [1]) Andererseits aber verwahrte er sich auch feierlich gegen den Gedanken, irgendwie ein Titelchen seiner Gewalt über sein Heer, „das erste der Welt und meines Hauses Schöpfung“ an jemand anders abzutreten. Als Dahlmann ihm noch einmal die Idee der preußischen Vormacht entwickelte, schrieb er ihm am 15. Mai zurück: „Meine Ueberzeugungen ruhen nicht auf Hirngespinsten, auf Mangel an Mut, auf versteckter Ambition, sondern, soweit mein Auge reicht, auf der Auffassung der Dinge, wie sie wirklich sind, angewandt auf mein Gefühl als teutscher Fürst und König, getragen von einer glühenden Liebe zum gesamten Vaterlande, das schöne und schmerzenreiche Erbe meiner schmerzenreichen Mutter. Ich will nicht über einen Rumpf herrschen; Teutschland ohne die österreichischen Erbstaaten ist aber ein Rumpf oder vielmehr $^2/_3$ eines Rumpfes, denn das jetzt kopflose Teutschland ist nicht anders zu bezeichnen. Setzen Sie ihm mich als Haupt, so schlagen Sie mit derselben That zugleich dem restaurierten Körper das rechte Bein und den rechten Arm mit den Verbindungsstücken ab! . . . Fühlen Sie denn nicht mit mir, lieber Dahlmann, daß es nicht eitle Worte sind, wenn ich verlange, daß man Arndts zum Volksgesang erhobenes treffliches Lied: ‚Was ist des Deutschen Vaterland‘ (und sein Ende vor allem ‚Das ganze Deutschland muß es sein‘) vor Kaiserlicher Majestät, ohne dieselbe erröten zu machen, auch künftig singen könne? Haben Sie bedacht, daß dies Lied notwendig zu einem Rebellionsliede werden oder verboten werden müßte, wie die Marseillaise unter der Restauration? . . . Erst dann, wenn Oesterreich durch feierliche Zurückweisung der teutschen Krone klar bekennt, daß Metternichs Geist in ihm noch herrscht, erst dann wacht für mich die Pflicht auf, diese Schmerzenskrone anzunehmen, ja ich möchte fast sagen, nach ihr zu greifen, dann kann nur Preußen helfen. Dann will ich nicht Kaiser, aber

[1]) Oncken a. a. O. I, 153.

‚König der Teutschen‘ sein und mit den alten Königen meines Volkes zählen.“ [1])

Inzwischen näherten sich dem Könige wieder die beiden Männer, auf deren Rat er am meisten gab, Radowitz und Bunsen, und zogen ihn mehr in die Reichspolitik hinein (seit Ende Mai). Mißmutig merkte das Gerlach. Er fand, daß diese Männer seinen Herrn „von der reellen, klaren, aber schweren und dem Könige daher höchst unangenehmen Bahn“ seiner Pflichten ablenkten. Das „Irrsal deutscher Reichsrestaurationspläne“ bot unleugbar der Phantasie des Königs viele reizvolle Beschäftigung. Scharfsichtig urteilte der treue Generaladjutant: „Was können alle diese Projekte helfen, wenn man nicht den Mut hat, die Konflikte, auf denen sie gegründet sind, herbeizuführen.“ Im Juli entwarf Friedrich Wilhelm eine Denkschrift über die deutsche Sache für seine Minister, in der er davon ausging, daß die Reichsversammlung sowie der Reichsverweser nichts ohne die Zustimmung der Fürsten, die noch völlig im Besitz ihrer Gewalt seien, zu machen befugt wären. Dann entwickelte er den Plan eines überaus kunstvoll zusammengesetzten künftigen Oberhauses. Bald hatten seine Getreuen darüber zu klagen, daß er sich in diese Pläne vertiefe und so sich die Gelegenheit entschlüpfen lasse, sich durch eine kräftige Erklärung zu heben. Hartnäckig wehrte er sich weiter gegen den Gedanken, ihn zum Kaiser zu machen, getreu seiner mittelalterlichen Auffassung seines Verhältnisses zu Oesterreich. Am 28. Juli äußerte er: „Mein voriges Ministerium hat mich wollen zur Reichskrone treiben, während ich nie an eine Usurpation gedacht habe.“ Er entschloß sich, an dem Domfest zu Köln im August teilzunehmen und hatte die Freude, daß er glänzend aufgenommen wurde. Weithin im Lande machte sein stolzes Wort Eindruck, das er gebrauchte, als man dem Präsidenten der Nationalversammlung den Vorrang vor den preußischen Prinzen geben und ihn an seiner Seite placieren wollte: die Parlamentsabgeordneten sollten nicht vergessen, daß es deutsche Fürsten gäbe und daß er einer von ihnen wäre. Und sein Trinkspruch auf die „wackeren

---

[1]) Oncken a. a. O.

Werkleute am Bau eines einigen Deutschland" fand freudigen Wiederhall in Millionen Herzen. Freilich hatte er vorher in Düsseldorf eine Probe der Stimmung erlebt, wie sie noch bei seinen Rheinländern gegen ihn vielfach herrschte, indem man ihn dort mit Kot zu bewerfen wagte [1]). Im Oktober war er wieder lebhaft mit seinen Ideen über Deutschland, Bildung eines Königskollegiums, Ernennung des österreichischen Kaisers zum Römischen Kaiser, Einrichtung eines Staatenhauses, Erzfeldherrnamt für Preußen und dergleichen beschäftigt. In seinem Programm vom 8. November [2]) hat er sie im Anschluß an den Plan zur Herstellung der Ordnung im eigenen Lande formuliert:

„Gibt Gott den Sieg unserm Vorhaben — Ich hoffe zu Ihm einen unblutigen —, dann wird derselbe sogleich benutzt, um unsere und der deutschen Fürsten Stellung zum Reichsverweseramte und zur Paulskirche würdig festzustellen, und würden (wo möglich und hoffentlich) im Vereine mit dem Kaiserlichen und den übrigen Königlichen Höfen beim Erzherzog und der Frankfurter Versammlung folgende zwei Hauptdinge anzutragen verlangt und durchgesetzt:

1. Das Königliche Kollegium, aus 6 gekrönten Fürstenbevollmächtigten 12—14 Stimmen bestehend, um mit der Zentralgewalt die deutsche Souveränität zu teilen und darzustellen (welches dort dieselbe Stellung einnimmt, die in England der Geheime Rat [privy council] hat). Dasselbe prüft die Reichsverfassung, acceptiert oder verwirft sie.

2. Das Staaten- oder Oberhaus, welches aus ‚Ernannten' aller deutschen Souveräne nach Maßgabe ihrer Größe und Macht zusammengesetzt wird und zugleich die zweite Instanz der Paulskirche bei Anfertigung der Reichsverfassung bildet.

... Zur Vorbeugung oder Vertreibung von möglichen Illusionen noch die wahrhafte, bündige und reif überlegte Erklärung:

Ich strebe nicht nach der Reichskrone und würde sie Mir angeboten, was Ich bestimmt nicht glaube, so nehme Ich dieselbe nicht an."

---

[1]) G. I, 658. Varnhagen, Tagebücher V, 179.

[2]) S. oben S. 114 f.

Als er dem Prinzen von Preußen hiervon Kenntnis gab, kam es zu einem lebhaften Streit zwischen den Brüdern, da der Prinz Oesterreich die römische Kaiserwürde mißgönnte. Der König blieb jedoch sehr fest bei seiner Meinung bestehen. Am 27. November fragte nun der von Frankfurt zu Verhandlungen nach Berlin entsandte Präsident der Nationalversammlung Heinrich v. Gagern geradezu bei ihm an, ob er die Kaiserkrone annehmen würde. Der König hatte mit ihm und Hermann v. Beckerath ein mehrstündiges Gespräch und setzte den Abgeordneten auseinander, der von Aufruhr durchlockerte Boden Deutschlands sei nicht dazu geeignet, einen Kaiserthron darauf zu bauen. Oesterreich hätte sich noch nicht dazu geäußert; wenn es aber auch, wie das Gerücht ginge, auf die Kaiserwürde verzichtete, so würde er doch noch Bedenken tragen, sich darauf einzulassen. Unter keinen Umständen würde er die Krone vom Volke annehmen. Er äußerte: „Der kleinste und unmächtigste meiner Mitfürsten hat dasselbe Recht wie ich. Frei werden die größeren nimmermehr zustimmen und ich will kein Usurpator sein. Der Plan ist, wenn Oesterreich bei Deutschland verbleiben soll und wenn es ausschiede, in Hinsicht auf die Königreiche nicht ausführbar.“ Dann kam wieder jener bescheidene Ehrgeiz zum Ausdruck, der sich in seinen Reden bei Antritt der Regierung bekundete, der Wunsch nach einer mention honorable in der Geschichte, der als ein Grundton seines Wesens bezeichnet werden kann: „Ich bin persönlich nicht geeignet, bin kein Friedrich I., noch ein Friedrich II., will nur sein, was ich sein kann, ein guter und gerechter König.“ Im ferneren betonte er, daß die ihm übertragene Krone nur schwach sein würde, wegen der Widerwilligkeit der unterworfenen Dynastien, bei der Macht so mancher unaustilgbaren Antipathien, der Katholiken, der Süddeutschen, durch die Mißgunst der auswärtigen Mächte und nicht zuletzt wegen ihres Ursprunges. Auf der anderen Seite erlebte er den Kummer, daß sein Ministerium, vor allem Brandenburg, in der deutschen Sache ganz unthätig blieb, während sich ihm gerade nach Oktroyierung der preußischen Verfassung im Reich am meisten Gelegenheit zur Thätigkeit zu bieten schien. Auch der neuberufene Minister des Auswärtigen, Graf

Bülow, machte es ihm nicht recht, und er behandelte ihn infolgedessen höchst ungnädig. Mitten in den Erörterungen darüber durchzuckte ihn dann ein Gedankenblitz, der grell seine eigene Art beleuchtete: „Der liebe Gott böte uns wieder alles auf dem Präsentierteller an und wir würden wieder damit nichts zu machen wissen." [1]) Auch mit Bunsen veruneinigte er sich wegen der deutschen Frage und ließ sich dabei sehr stolz aus: „Ihre letzten Briefe bestätigen mir, daß wir uns in Germaniana nicht verstehen, oder vielmehr, daß Sie mich nicht begreifen können. Es ist dies ein schweres Wort, ich fühle es; aber der Freund muß sich's vom Freunde gefallen lassen. Ich verstehe Sie und Ihre Raisonnements, Sie aber nicht die meinigen. . . . **Die** Krone ist erstlich keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, **wenn** die Umstände es möglich machen **könnten**, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung **macht** (dans le genre de la couronne des pavés de Louis Philippe). . . . **Die** aber, die Sie — leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848." Sie scheint ihm „ein imaginärer Reif, aus Dreck und Letten gebacken". Ein andermal wies er ihn wieder mit Ueberlegenheit zurück: „In Ihrer Antwort ist keine Spur vorhanden, daß Sie diesen leitenden Gedanken aufgefaßt haben und das kränkt mich. — Noch mehr aber Ihr Vergessen der Schuld der Völker Deutschlands über der Schuld der Fürsten. Letztere war Kurzsichtigkeit zu $^{29}/_{30}$, erstere ist der Bruch der tausendjährigen teutschen Treue, der heiligsten Eide, ist Hochverrat." Als die Dinge weiter vorgeschritten waren und Ende Dezember von Frankfurt der neue Präsident der Paulskirche, Eduard Simson, zu Verhandlungen herübergekommen war, verfiel der König auf den Gedanken, noch einmal auf eigene Faust eine Verständigung mit Oesterreich zu versuchen und zu diesem Zwecke den Freiherrn v. Canitz und Dallwitz nach Oesterreich zu schicken [2]). Der Hauptgedanke war, die Bildung des Königskollegiums

---

[1]) G. I, 262

[2]) G. I, 263.

herbeizuführen, das dann als Souverän der verfassunggebenden Versammlung entgegentreten sollte. Außerdem wollte er mit Oesterreich und den deutschen Königen das von den Fürsten ernannte Staatenhaus beantragen. Der Gedanke der österreichischen Mission wurde ausgeführt. Nur ging statt Canitz ein anderer Vertrauter des Königs, General Graf v. Brühl, derselbe, der früher die katholischen Verhandlungen so unglücklich geführt hatte, im Januar 1849 als Unterhändler ab, und zwar nach Olmütz. Brühl erhielt eine Denkschrift des Königs mit auf den Weg, datiert vom 4. Januar. Den eigenhändigen Entwurf hatte der König auf Brühls dringende Bitte abschreiben lassen. Er hatte auch eingewilligt, daß Brandenburg die Denkschrift zu sehen bekam. Brandenburg setzte noch durch, daß der Satz darin, Oesterreich sollte die Krone Karls des Großen tragen, gestrichen wurde[1]). In dem Schreiben[2]) hieß es:

„Was war der Hauptfehler des Deutschen Bundes? Nichtbeachtung der natürlichen Machtverhältnisse der Glieder des Bundes. Was ist der Grundfehler der Paulskirchlichen Projekte? Das Verschieben von **Unten** und **Oben,** von **Obrigkeiten** und **Unterthanen,** mit einem Wort, das **Revolutionäre.** Es ist ein Erfahrungssatz, daß die Einsicht in den Wert der Dinge . . . der Regel nach da am klarsten ist, wo das Walten in großen Verhältnissen, das Leben in einer imposanten Geschichte gleichsam das tägliche Brot ist, also gerade da, wo die göttliche Vorsehung die Macht verliehen hat, um der Geltendmachung des Wertes den gehörigen Nachdruck zu geben. Im deutschen Gemeinwesen giebt es nur zwei Mächte, die einen solchen Standpunkt haben, Oesterreich und Preußen . . . Die Vorschläge, die ich dem Wiener Kabinett habe machen lassen, bezwecken nichts anderes, als Zeitgewinn und Ruhe zu gründlichem und gutem Rat. — — Ich habe mich nach einem Medium zwischen Feuer und Wasser umgesehen, und geglaubt, es im Staatenhause zu finden . . . Die alleinige Einsetzung des Königs-Collegii kann von der Paulskirche und dem Reichsver-

---

[1]) Erzählung Brühls an G. November 1851. G. I, 690.
[2]) Der Wortlaut zum Teil bei Sybel, I, 273—278.

weseramt nur zu leicht als hostile Maßregel gedeutet werden." Brühl reiste dreimal zwischen Olmütz und Berlin hin und her. Gegenüber dem österreichischen Unterhändler, Fürst Schwarzenberg, war er schwerlich die richtige Persönlichkeit. Zudem war er selbst nicht einmal ganz der Meinung des Königs und konnte Schwarzenberg gar nicht unrecht geben, als dieser von einer Begünstigung Bayerns durch den König vermöge seines Gruppierungssystems bei dem Königskollegium sprach. Dieser katholische Vertreter Preußens konnte es nicht unterlassen, Gerlach auf den vom König beabsichtigten „katholischen Mansch" aufmerksam zu machen, den er darin erblickte, daß der bayerischen Krone Luxemburg unterstellt werden sollte. Zur Veranschaulichung der Pläne Friedrich Wilhelms ließ Schwarzenberg eine Karte, die nachher lange Zeit Brandenburgs Tisch schmückte, illuminieren. Mit dem Königskollegium erklärte sich Schwarzenberg schließlich einverstanden, nicht aber mit dem Gedanken des Staatenhauses. Außerdem sprach er die Absicht Oesterreichs aus, mit seinem ganzen Länderbesitz dem Bunde beizutreten. Dies bestärkte den König in seinen Gedanken an die Erneuerung der römischen Kaiserwürde. Zuweilen kam ihm aber selbst die Einsicht, daß dies ein Nebelgebilde sei [1]). Einflüsterungen, daß Oesterreich stark mit dem Gedanken umginge, den Konstitutionalismus völlig fallen zu lassen, wollte er keinen Glauben schenken [2]). In der Frage des Staatenhauses gab er um der Einigkeit willen nach. Schwarzenbergs Entgegnung auf des Königs Ansicht, das Staatenhaus würde dazu dienen Konflikte zu verhindern, verdroß ihn etwas. Der Oesterreicher meinte nämlich, diese Konflikte könnten durch eine wohl disziplinierte Armee unschädlich gemacht werden. „Diese Rede erregt den Verdacht der Siegestrunkenheit," bemerkte Friedrich Wilhelm [3]). Am 14. Januar kehrte Brühl von seiner dritten Sendung zurück. Friedrich Wilhelm schmeichelte sich, daß das Einvernehmen mit Oesterreich hergestellt sei. Am selben Tage noch schrieb er seinem

---

[1]) G. I. 272.
[2]) G. I, 272.
[3]) G. I, 271.

Neffen, dem Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin: „Oesterreich und ich sind einig, und wir werden bald entscheidende Schritte in Frankfurt vornehmen“ [1]). Seinen Absichten widerstrebten jedoch auf das lebhafteste fast alle seine Ratgeber und Freunde. Der Prinz von Preußen, sein auswärtiger Minister, dieser beeinflußt von Bunsen und Heinrich v. Arnim, ja selbst der Generaladjutant v. Rauch und der Freiherr v. Senfft-Pilsach waren dem Gedanken der Kaiserkrone nicht abhold. Rauch hielt nur den König nicht für geeignet sie zu übernehmen. Sogar Brandenburg war, wie Friedrich Wilhelm behauptete, allmählich von der „Gloriole der Kaiserkrone verwirrt“ gemacht. Das gab auch Friedrich Wilhelm zu, daß in der Paulskirche die einzige Verwirklichung der deutschen Einheit zu erblicken sei [2]). Ein Einvernehmen mit Oesterreich in einem für Preußen günstigen Sinne erhoffte außer dem König fast niemand. Zu derselben Zeit, als Brühl zurückkehrte, entwarf nun der preußische Bevollmächtigte zu Frankfurt, Ludolf Camphausen, eine Cirkularnote an die deutschen Regierungen, in der ganz im Gegensatze zu der Denkschrift des Königs vom 4. Januar der Schwerpunkt auf eine Verständigung mit der Nationalversammlung gelegt und das Gagernsche Programm des engeren Bundes im weiteren, das mit logischer Konsequenz zu einem preußischen Kaisertum führen mußte, gebilligt wurde. Die Idee des Königskollegiums und des Staatenhauses war ganz unberücksichtigt gelassen worden. Brandenburg beantragte beim Könige Genehmigung der Note. In dieser Lage schrieb der König am 19. Januar seinem Minister einen Brief, der für seine Stimmung bezeichnend ist [3]): „Sie machte ich auf-aufmerksam auf Graf Bülows heimliches Konnivieren mit Gagerns, des treuen Bunsens, ja des nichtswürdigen [Heinrich] Arnims Absichten. Alles reduziert sich auf das Eine unwandelbare Hauptmotiv, Preußen von Oesterreich zu trennen und

---

[1]) L. v. Hirschfeld, Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin I, 290.

[2]) G. I, 270.

[3]) G. I, 277, fehlerhaft gedruckt.

Preußen so von Fehler zu Fehler durch die inevitablen Konsequenzen des ersten Hauptfehlers, man darf sagen, Hauptverbrechens, nach und nach zu zwingen, das revolutionäre Prinzip der Paulskirche erst stillschweigend, dann notgedrungen, ja um der Selbsterhaltung willen laut anzuerkennen und Preußen so zum Halter und siegreichen Protektor der Revolution von 1848!!! zu machen . . . Bülow ist es gelungen, uns den geraden Weg in den Dreck zu fahren, und Sie, lieber teurer Freund, sind durch ihn schon eine gute Strecke vorwärts dahin, wohin Sie entschieden nicht hin wollen. Bülows Entwurf ist der Ruck, der uns in den Dreck hineinführt, darum Vorsicht in der Sache." Brandenburg möge den russischen Gesandten in Berlin Meyendorff über[1]) Bülow fragen. „Alle politisch Unweise wollen Preußens Erhebung über Deutschland durch Paciscieren mit der Revolution. Gagern setzt alles daran, dies sein Schoßkind, das ersaufen will, über Wasser zu halten. Das soll Preußen thun, und sein König muß freiwillig oder unfreiwillig denselben Weg geschleppt werden. Das thut er aber nicht! Ja die Hand aufs Herz und gewiß und wahrhaftig. Er abdiziert eher."[2]) Das Definitivum sei nicht so wichtig, als das, woran „unsere Zukunft speziell, dann aber die ganze Zukunft, die[3]) Rehabilitierung Deutschlands hängt, ist die sofortige entschiedene und schleunige Wiedererhebung der Obrigkeit in Teutschland . . . Was ich durch Sie für[4]) Preußen gethan habe . . . Das nehmen Sie jetzt wacker[5]) in die Hand. Dieser Weg ist natürlich nicht ohne ernste Gefahr, Gott wird uns den Sieg[6]) geben. Im Namen des Herrn werd ich auch diesen zweiten entscheidenden Schritt auf dem Wege, den wir am 9. November betreten haben, thun. Der andere Weg führt glatt aber gewiß ins Verderben und obenein zu einem ehrlosen Untergange . . . Nun, teuerster Brandenburg, darin ist unser Weg vorgezeichnet: 1. Einsetzung

---

[1]) nicht „oder", wie gedruckt ist.
[2]) Dieser Satz fehlt im Druck.
[3]) statt „der".
[4]) statt „in".
[5]) statt „wieder".
[6]) statt „Weg".

des Königs-Collegii; 2. sofortige Anberaumung von Konferenzen über das Definitivum", wozu Canitz als Unterhändler in Aussicht genommen wird; 3. „Unterhandlung mit den deutschen Fürsten über die militärische und politische Kreiseinteilung. Gebe Gott, daß ich deutlich geschrieben habe, es hängt ungeheuer viel an diesem Augenblick. Gott der Herr sei mit Ihnen und uns allen. Ihr teuerster [so] Freund Fr. W."

Vier Tage, nachdem er diesen Brief geschrieben hatte, erfolgte einer jener plötzlichen Umschläge in der Politik des Königs, die zunächst so unverständlich erscheinen. Er genehmigte die bedeutungsschwere Cirkulardepesche. Zwar hatte er noch einmal im Anschluß an die eingegangene Schwarzenbergsche Antwort auf seine Vorschläge mit Brandenburg und Bunsen, den dieser wohlweislich zu den Beratungen herbeigerufen hatte, am 20. Januar eingehende Erörterungen über die Angelegenheit, verlangte Streichung gerade des Kernsatzes von dem engeren Bunde im weiteren, ganz richtig erkennend, daß diese Stelle Oesterreichs Mißtrauen erregen würde, und wollte nichts von einer allgemeinen Konferenz der deutschen Regierungen wissen, für die Brandenburg und Bunsen eintraten, falls die Fürsten den Anfang machen sollten. Er hielt fest daran, daß zunächst eine Verständigung mit Oesterreich erfolgen müßte. In die Enge getrieben rief er seinen alten Freund Canitz, mit dem er sich in dieser Sache eins wußte, aus dem Vorzimmer herein, und dieser stimmte ihm bei, man handle richtiger, wenn man mit Oesterreich und den Mittelstaaten anfinge. Da ergriff Bunsen noch einmal das Wort und holte einen Brief von Radowitz hervor, in dem die Idee des engeren Bundes befürwortet wurde. Das war zu viel. Friedrich Wilhelms Widerstandskraft mochte schon durch die ihm entgegenstehenden Einflüsse ermattet sein. Hatte doch auch selbst sein mecklenburgischer Neffe, Großherzog Friedrich Franz, ihn bestürmt, nachzugeben. Schon am 10. Januar schrieb jener ihm, daß er „Preußen an die Spitze" wünsche. Am 17. drückte er diesen Wunsch wiederholt mit den Worten aus: „Ich gehe von der Ansicht aus, daß gesicherte Zustände in Deutschland nur gegründet werden können, wenn man den Idealen der Zeit, wie sie das Jahr 1848 ans Tageslicht ge-

bracht, gehörig Rechnung trägt und das Frankfurter Experiment nicht zerstört, sondern sorgsam benutzt, indem es mir als der selbstgeschaffene Angelpunkt erscheint, an dem man Deutschland in seinem tiefsten Leben fassen und leiten kann. Daher bedarf das dort im Bau begriffene Werk einer Vollendung in seinem Geiste; das ist die Centralgewalt, für welche der Träger gefunden werden muß. Das kann nur der König von Preußen sein; anders kann ich es mir nicht denken." [1]) Nun spielte man auch noch seinen geliebten Radowitz gegen Friedrich Wilhelm aus. Da gab er die Partie auf und schickte sich wieder in das zuweilen von ihm beliebte System des Effazierens. Er ließ die Dinge gehen. „Was denn verlangen Sie?" fragte er plötzlich. „Nichts," erwiderte Bunsen, „als daß Eure Majestät die Absendung der Cirkulardepesche genehmigen." „Nun," versetzte der König zum Grafen Brandenburg gewendet, „so lassen Sie sie abgehen, nur daß die Verhandlungen mit Oesterreich deshalb nicht abgebrochen werden." Verwundert sahen die anderen darein, und der nüchterne, gerade Brandenburg, dem das plötzliche Abbrechen unverständlich war, rief, als der König gleich darauf das Zimmer verlassen hatte: „Des Herrn Kopf ist anders organisiert, als der eines anderen Menschen." Am 23. Januar wurde die äußerst geschickt abgefaßte Note Camphausens vom Könige vollzogen.

Sehr bald stellte sich heraus, daß Oesterreich mit dem Rundschreiben höchlichst unzufrieden war. Schwarzenberg sprach sofort von Bruch, wozu der König voller Ingrimm bemerkte, diesen Bruch habe Bülow gewollt. Lange ließ es ihn nicht, unthätig zuzuschauen, vielmehr versuchte er bald aufs neue auf seine Minister einzuwirken. Anfang Februar versammelte er das ganze Ministerium um sich und setzte ihm in einer volle vier Stunden währenden Rede [2]) seine deutsche Politik auseinander. Er begann damit, daß er den Ministern sein politisches Glaubensbekenntnis ablegen wolle. Am Schlusse fragte er sie,

---

[1]) Vgl. L. v. Hirschfeld, Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin I, 290, 292.

[2]) A. 9. Februar 1849. Zweimal, einmal nach Brandenburgs Angabe.

ob sie für ein enges Bündnis mit Oesterreich wären, was alle bejahten. Zu Rauch sagte er nachher halb ironisch: Er hätte damit einen großen Eindruck erzielt, ob einen guten oder einen schlechten, wisse er aber noch nicht. Er ließ niemand zu Worte kommen und kanzelte den Grafen Bülow wie einen Schuljungen ab. Der benahm sich während des Vortrages mit bewundernswerter Ruhe, um nachher in Thränen auszubrechen. Im Grunde war sich der König klar, daß er nicht viel erreicht hatte. Denn gegen Canitz äußerte er in dieser Zeit ausdrücklich mit angenommener Gleichgültigkeit, er würde jetzt der Politik seiner Minister folgen, aber gegen alle Regenten erklären, daß dies nicht die seinige wäre. Außer der Unlust, länger gegen die Ansicht fast aller seiner Getreuen über die deutsche Frage anzukämpfen, bestimmte ihn zu dieser Zurückhaltung auch noch die Erwägung, daß das Ministerium Brandenburg im Innern unentbehrlich wäre[1]). Als General Rauch und der Hofmarschall v. Massow einwarfen, diese Politik des Effazierens führe zum Verderben, entgegnete er ihnen mit freundlichster Gelassenheit, sie hätten recht, sich aber in der Adresse versehen, sie hätten dies seinen Ministern schreiben müssen[2]). Der Prinz von Preußen glaubte voller Betrübnis, eine gewisse Resignation bei seinem Bruder wahrnehmen zu müssen, die er mit Recht für schlimmer hielt, als wenn der König sich erzürnt gegen seine Minister zeigte[3]). In Wirklichkeit hatte der König noch immer sein Spiel nicht ganz aufgegeben. Er setzte vielmehr eine neue, sehr scharf abgefaßte Erklärung an das Ministerium auf, die darin gipfelte, daß er im Verein mit Oesterreich wieder eine Obrigkeit aufrichten wolle, weil sonst Preußen der Revolution anheimfallen und sich von Oesterreich und Rußland isolieren würde[4]). Es muß ihm gelungen sein, Brandenburg herumzubekommen. Denn er verständigte sich in der Folge mit ihm über die Ernennung eines neuen auswärtigen Ministers, des dritten Arnim, der in diesen

---

[1]) G. I, 291.
[2]) G. I, 292.
[3]) G. I, 295.
[4]) G. I, 292.

Jahren in der preußischen Geschichte hervortritt, des bisherigen Gesandten in Wien, Grafen Arnim-Heinrichsdorf, die am 23. Februar erfolgte. In diesem sehr bequemen und weniger bedeutenden Mann — seine Feinschmeckerneigungen hatten ihm den Namen Kuchenarnim eingetragen — fand er ein gefügiges Werkzeug, wie er es wünschte. Bald nahm er wieder seine überlegene Haltung an, und als ein ostpreußischer Abgeordneter ihm mitteilte, er ginge nach Frankfurt, um der wichtigen Abstimmung über die preußische Kaiserwürde beizuwohnen, antwortete er ihm schlankweg, er wolle von dem dummen Zeuge nichts wissen [1]). Dem ihn zur Annahme bestürmenden Ernst Moritz Arndt entgegnete er: „Ist diese Geburt des greulich kreisenden 1848sten Jahres eine Krone? Das Ding, von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel von ‚Gottes Gnade' aufs Haupt, ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband der Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr denn 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von 16 Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt der Revolution zum Leibeigenen gemacht werden würde. Und das sei ferne!" Seinem Neffen König Max von Bayern schrieb er auf dessen ängstliche Vorstellungen, die unqualifikable Deputation werde so empfangen werden, daß die deutschen Fürsten ihr Mißtrauen wohl endlich ablegen könnten. Daraus ergäbe sich aber die Pflicht der legitimen Regierungen, ihm als dem Beherrscher des größten rein deutschen Staates eine provisorische Centralgewalt zu übertragen. Als dann die Kaiserdeputation erschien, zeigte es sich, daß er mit zäher Beharrlichkeit durch alle Kämpfe hindurch an seiner ursprünglich aufgestellten Ansicht festgehalten hatte. Mit der Camarilla vereinbarte er am 2. April die den Abgeordneten zu gebende Antwort. Er erklärte dabei, er würde nur eine Wahl anerkennen, die von einem ordentlichen Fürstentage unter der Leitung der mächtigsten Fürsten Deutschlands und mit Zustimmung der deutschen Nation vollbracht worden sei nach tausendjährigem Rechte. Die Herren der Camarilla schlugen hierfür eine pro-

---

[1]) G. I, 304.

saische, moderne Fassung vor, was Friedrich Wilhelm nur nach heftigem Sträuben zugab. „Tausendjährig ist Ihnen zu apokalyptisch,“ bemerkte er, „obschon nach dem Buchstaben wahr.“[1]) Noch nachträglich brachte Graf Alvensleben in den Entwurf zur Rede eine Stelle hinein, in der Revision der von der Paulskirche entworfenen Reichsverfassung verlangt wurde. Sie war von entscheidender Bedeutung und zeigte die staatsmännische Ader dieses sich so sehr im Hintergrunde haltenden Junkers[2]). So fest die grundsätzlich ablehnende Stellung des Königs war, so hatte denn doch das Angebot der Krone für ihn etwas Verlockendes. In letzter Stunde erfaßte ihn der Ehrgeiz, und er schwankte einen Augenblick, ob er nicht doch darauf eingehen sollte. Vor der Audienz fiel er Brandenburg weinend um den Hals und dachte noch daran, einen Passus betreffend Statthalterschaft in die Antwort einzufügen[3]). Doch blieb es bei dem festgestellten Wortlaut der aufschiebenden Entscheidung, die sachlich einer Ablehnung gleichkam. Am 3. April hielt König Friedrich Wilhelm die berühmte Ansprache an die Abgesandten der Nationalversammlung: „Die Botschaft, als deren Träger Sie zu Mir gekommen sind, hat Meinen Blick auf den König der Könige gelenkt und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche Mir als dem Könige Meines Volkes und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch ein Blick, Meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß. In dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie, Meine Herren, Mir überbringen, erkenne Ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Ruf gibt Mir ein Anrecht, dessen Wert Ich zu schätzen weiß. ... Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen.“ Es folgte die Bedingung der Zustimmung der Fürsten.

---

[1]) G. I, 309.

[2]) G. I, 310. 4. April 1849. Desgleichen II, 595 beim Tode Alvenslebens.

[3]) A. 6. April 1849 und Juni 1850.

„An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die Mir zugedachten Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von Mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten. . . .“

Wie sein Bruder Wilhelm nach der folgenschweren Bildung des liberalen Ministeriums im November 1858 vor seiner eigenen That zurückschreckte, so erschrak auch Friedrich Wilhelm nach der Ausführung dieses weltgeschichtlichen Entschlusses selbst davor. Wie Graf Brandenburg bezeugte, that ihm im Grunde sein Verhalten in der deutschen Sache leid [1]. Aber er überwand sich und beharrte bei der gefaßten Entschließung und verteidigte sie gegenüber den Versuchen, ihn umzustimmen, mit großer Lebhaftigkeit, so gegen Hermann v. Beckerath, dessen Adreßentwurf beim ersten Vereinigten Landtage ihn so verstimmt hatte. An Bunsen schrieb er am 7. April: „Sie sind von den Eindrücken der Revolution von 1848 überwältigt. Sie haben dem scheußlichen Bastard von Mensch und Teufel einen ehrlichen Namen ‚Teutschland‘ gegeben. — Ich hingegen habe vom 18./19. März 1848 bis heute nichts darin erkannt, als den Abfall von Gott. (Oh, lieber Freund, nehmen Sie dies nicht mit Hohn auf!!!) Ich habe dem Greuel Bastard, ohne zu zucken und zu wanken, *seinen* Namen gegeben. — Sehen Sie, lieber Bunsen, da ist der Umstand, der unser Verständnis, menschlich zu reden, unmöglich macht. — Nächst der Zerstörung des frommen Baues teutscher Sitten, Gliederungen und Rechte hat *das* vor allem mein Herz zerrissen, daß die heilige Losung ‚Teutschland‘ vielleicht für immer der Verachtung, der Entrüstung aller edlen Menschen der künftigen Tage preisgegeben worden ist.“ Tags darauf fuhr er fort: „Wäre es der paulskirchlichen Majorität wirklich um die Sache zu thun gewesen, so gebot der gesunde Menschenverstand so gut als ein Quentchen Rechtsgefühl und ein Lötchen Glauben an die Ehrlichkeit meiner offiziellen Aeußerungen diesen Patrioten, zuvor die Zustimmung

---

[1]) A. 10. April 1849.

der rechtmäßigen Obrigkeiten einzuholen. . . . Warum nicht? . . . Weil diese Patrioten . . . die Souveränität teutscher Nation dadurch befestigen wollten, daß sie dem Preußenkönig ein Hundehalsband umschnallten. . . ." Im weiteren berief er sich darauf, daß die 48er „Teutschthümelei" im Osten seiner Monarchie nur wenig Wurzel gefaßt habe, und mäkelte an der geringen Mehrheit bei der Kaiserwahl. „Zählen Sie die Macht der Stimmen zusammen, so repräsentiert die Majorität etwas über 6 Millionen Menschen und die Minorität etwas über 23 Millionen!!" Zum Schluß deutete er an, daß ein Unterordnen unter die Beschlüsse der Nationalversammlung gleichbedeutend wäre mit einem Kampf Preußens auf Leben und Tod gegen alle übrigen deutschen Regierungen, die nach der Auffassung der Nationalversammlung aller Macht entkleidet werden sollten. Dieser Gefahr wollte er sich nicht aussetzen. Am 18. hatte er jene bewegte Unterredung mit Beckerath, der vom Reichsministerium zu einem letzten Versuch an ihn abgeschickt worden war und ihm Mut einzusprechen suchte. Als der König dem Abgeordneten zurief: „Aber Sie erkennen ja selbst an, daß große Gefahr damit verbunden sei!" erinnerte Beckerath mit Geistesgegenwart an Ernst Moritz Arndts Wort: Die Gefahr sei für Preußen stets eine sieglockende Sonne gewesen. In tiefer Erregung sprach da Friedrich Wilhelm, ähnlich wie er es bereits am 27. November des vergangenen Jahres gegen denselben Beckerath und gegen Gagern gethan hatte: „Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent." Das Wort war wieder der Ausdruck eines gewissen Schwankens. Hätte er in diesem Augenblick zugegriffen und stark gehandelt, so hätte er ein einiges Reich mit preußischer Spitze vielleicht schon damals stabilieren können. Denn die Kleinstaaten hielten es mit ihm, die Mittelstaaten waren wahrscheinlich jetzt auch noch zu haben, und vor allen Dingen war Oesterreich durch die Revolution in Ungarn ganz außer stande, irgend etwas gegen ihn zu unternehmen. Aber seinem Gewissen widerstrebte es gerade, sich die Verlegenheit Habsburgs zu nutze zu machen. Solche realpolitische Handlungsweise war ihm gar zu fremd. Am 21. April erhielt Branden-

burg den Befehl, im Namen der Staatsregierung die Ablehnung der Reichsverfassung der Kammer mitzuteilen. Am 28. April erfolgte die endgültige Ablehnung der Kaiserkrone.

Selten ist ein Schritt geschehen, der in ähnlichem Maße Hoffnungen geknickt hat. Jahrzehntelang ist er von Millionen tief beklagt worden. Heute aber ist die Erkenntnis allgemein geworden, daß König Friedrich Wilhelm IV. die Entscheidung getroffen hat, die einzig und allein richtig war. Schält man den Kern seiner Ansichten aus ihrer phantastischen, ihm eigentümlichen Verbrämung heraus, so hat er durchaus die Dinge in ihren wahren Verhältnissen übersehen. Nur dreimal sieben Jahre später erfolgte die Reichsgründung ganz nach den Grundsätzen, die er beobachtet wissen wollte. Freilich hatte die Auseinandersetzung mit Oesterreich vorher gewaltsam erfolgen müssen. Sein mehr von Thatkraft erfüllter Bruder hatte anfänglich keinen Anstoß an dem Gedanken genommen, die Kaiserkrone gegen fremde Mächte zu verteidigen. Erst nachträglich ermaß er, was Friedrich Wilhelm längst erkannt hatte, daß die Verfassung ein Danaergeschenk geworden wäre. Und vor allem — Friedrich Wilhelm wußte nur zu wohl, daß er nicht der Mann war, der in Stürmen mit eiserner Hand zu regieren vermochte. So zeigte er am 3. und 28. April 1849 deutlicher wie je, daß in der Negation seine Stärke lag. Heute dürfen die Deutschen diese Entscheidung preisen, weil dadurch Raum geschaffen worden ist für die so unvergleichlich glorreiche und darum auch festere Reichsgründung durch Wilhelm I. und Bismarck. Friedrich Wilhelm IV. aber wäre, wenn er die Kaiserkrone ergriffen hätte, schwerlich ein anderes Los zu teil geworden, als dem unglücklichen wittelsbachischen Kaiser Karl VII. Konnte doch ein Historiker von der Urteilskraft wie Max Lenz zu dem Schlusse gelangen, daß mehr als ein Friedrich der Große und ein Bismarck dazu gehört hätten, um das Programm durchzuführen, was dem Könige damals zugefallen wäre[1]. —

Kaum war die Entscheidung in der Kaiserfrage gefallen, da erschien Radowitz, vom Könige aus seiner Zurückgezogenheit in

---

[1]) Max Lenz in den Preuß. Jahrbüchern 91, 544.

Mecklenburg, wohin er sich nach seinem Austritt aus der Nationalversammlung begeben hatte, herbeigerufen, in Berlin, und alsobald stand Friedrich Wilhelm wieder unter seinem Banne. Inwieweit Radowitz am Sturze des auswärtigen Ministers Graf Arnim-Heinrichsdorf, der in diesen Tagen erfolgte, beteiligt gewesen ist, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls tauchte sehr bald der Gedanke auf, ihn mit dessen Posten zu betrauen. Es war ein Schachzug der Camarilla, diesmal Ludwig Gerlachs und des Grafen Voß, daß dem König noch einmal die Idee eingegeben wurde, Alvensleben zu berufen. Der aber war im höchsten Grade unwillig, daß man ihm wieder mit derartigen Anträgen kam. Nur mit Mühe bewog ihn Ludwig Gerlach zum Lesen des königlichen Briefes an ihn[1]). Auch Radowitz wurde einstweilen nicht mit dem Ministerium betraut, obwohl sich Leopold Gerlach schon mit diesem Gedanken abzufinden suchte. Radowitz lehnte vielmehr noch ab, weil er, wie er zu dem Freiherrn v. Canitz geäußert hat, nicht mit seinen Glaubensgenossen zerfallen wolle, noch könne[2]). Aber seit Ende April 1849 war er der eigentliche Macher der preußischen Politik. Sofort bei seiner Ankunft riet er dem Könige, mit einer Proklamation an das deutsche Volk hervorzutreten, in der er diesem seine Absicht kundgeben sollte, daß er nach dem Scheitern der Nationalversammlung selbst das Einigungswerk in die Hand nehmen würde[3]); das hieß: die Proklamation vom 21. März 1848, die wirkungslos verhallt war, sollte erneuert werden. Die Frucht dieses Ratschlages war die Proklamation des Königs über die deutsche Verfassung vom 15. Mai 1849, durch die die preußische Unionspolitik eingeleitet wurde. Friedrich Wilhelm ließ sich durch Radowitz, wie dieser es gehofft hatte, thatsächlich für den Unionsgedanken begeistern und trug sich mit kühnen Phantasien. Nach einem Besuch in München im Mai eröffnete er seinem staunenden Volte, daß er sich, wenn die Dinge erst weiter wären, an die Spitze der Armee stellen und Radowitz, sowie Gerlach selbst als

---

[1]) A. 3. Mai 1849.

[2]) Canitz, Denkschriften II, 293.

[3]) G. I, 317.

militärische Diplomaten zu sich nehmen würde [1]). Freilich müßte er Gerlach dann das ehrenvolle Kommando der Gardelandwehrbrigade nehmen. Es entging ihm dabei, daß er sich durch die Wahl von Radowitz als Ratgeber in eine ungünstige Position gegenüber Oesterreich brachte. Radowitz galt dort durch seine Reden in Frankfurt und als vermeintlicher Apostat für antiösterreichisch. Insbesondere war seine Rede über die Mincio-linie vom 14. August 1848, in der er schweren Tadel über die Versäumnisse Oesterreichs in Oberitalien ausgesprochen und Vorschläge zu einer engen Vereinigung der österreichischen Besitzungen in Italien mit Deutschland, ja zu einem Aufgehen der österreichischen Flotte in der projektierten deutschen gemacht hatte, bei den österreichischen Staatsmännern noch in frischer, nicht angenehmer Erinnerung [2]). Schon wegen dieser Unbeliebtheit Radowitzens mußte das am 26. Mai zwischen Preußen, Hannover und Sachsen abgeschlossene Dreikönigsbündnis, der erste und wirklich bedeutsame Schritt zur Bildung eines engeren Bundes, bei Oesterreich auf Mißtrauen stoßen. Die Entsendung seines Vertrauten Canitz kurz vor Abschluß des Bündnisses nach Wien hatte den König davon unterrichtet, daß er auf Schwarzenbergs Widerstand stoßen würde [3]). Er brach also mit dem bisher möglichst innegehaltenen Einvernehmen mit den Habsburgern. Eine weitere Inkonsequenz war es, daß er jetzt den engeren Bund, den er früher so beharrlich verworfen hatte [4]), acceptierte. Aber das genierte ihn nicht. Hat er doch selbst mit dürren Worten die Konsequenz für die elendeste der Tugenden erklärt, ein Satz, der in dieser Schroffheit ausgedrückt, allerdings seine Bedenken hat, aber auf die Politik angewendet in der That einen sehr richtigen Kern enthält. Ihm war das neben dem Wunsche, die von ihm heiß ersehnte deutsche Einheit endlich durchzuführen, bei diesem Unternehmen das durchschlagende

---

[1]) A. München 20. Mai 1849.

[2]) Canitz, Denkschriften II, 279.

[3]) Vgl. Denkschriften des Freiherrn v. Canitz II, 277 ff.

[4]) Vgl. oben S. 68 die Stelle in dem Briefe an Bunsen über Leiningens Vorschläge.

Motiv, daß die Regelung der deutschen Politik nach Radowitzens Plan nicht mehr vom Volke, sondern von den Fürsten ausging. Den schärfsten Widersacher fand er bei dieser Politik gerade in seinem ständigen vertrauten Ratgeber Leopold v. Gerlach, der in dieser Zeit auch formell in ein nahes Verhältnis zu Friedrich Wilhelm trat, indem dieser ihn zu seinem Generaladjutanten ernannte. Gerlach erkannte scharfen Blickes, daß durch die Radowitzsche Politik nur zu leicht ein Konflikt mit Oesterreich und Rußland herbeigeführt werden könnte. Ueber Oesterreich hatte er allerdings ganz falsche Ansichten, indem er dem Wahn huldigte, daß eine Verständigung mit dieser Macht möglich sei, und sich nicht von ihrer Unehrlichkeit überzeugen lassen wollte. Hierin hatte Radowitz ihm gegenüber durchaus recht, wenn er ihm entwickelte, daß der Gegensatz zu Oesterreich ein gegebener wäre. Ein Land, das zu einem Viertel aus Deutschen, zu drei Viertel aus Slaven bestände, hätte nur so lange zum Deutschen Bunde gehören können, als dieser eine Fiktion gewesen sei. Wenn er eine Wahrheit werden sollte, müßte dies Verhältnis gelöst werden. Ihre verschiedene Meinung läge in ihrer verschiedenartigen Laufbahn begründet. Hätte Gerlach, wie er, das Frankfurter Elend, das Radowitz als militärischer Bevollmächtigter Preußens und nachher als Mitglied der Nationalversammlung kennen gelernt hatte, gesehen, so würde er seine Ansicht teilen [1]. Radowitz war auf demselben Wege zur Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des deutschen Dualismus gelangt, wie später Bismarck. Gerlach hörte aber nicht auf Radowitz, wie er später auch nicht auf Bismarck hörte. Radowitz verachtete er als Doktrinär, Bismarck war ihm zu sehr sein Schüler. Tieferen Eindruck als diese beiden machte auf ihn allerdings der nassauische Präsident v. Wintzingerode, der schon im Jahre 1850 genau die Sprache über Oesterreich führte, wie nach ihm Bismarck [2]. „Er war entschieden antiösterreichisch," meldet Gerlach, „aber mit connaissance de cause. Er sagte, Oesterreichs Ansicht über

---

[1]) Gespräch Gerlachs mit Radowitz am 15. August 1849. G. I, 357.

[2]) Vgl. die Gespräche Gerlachs mit Wintzingerode. G. I, 476, 513, 578.

Deutschland stünde fest; es litte unter keiner Bedingung die Entwickelung eines gemeinsamen politischen Lebens, darum widerspreche die Wiener Schlußakte eigentlich der Bundesakte, indem sie alles auf Einstimmigkeit stelle und es so verhindere, daß irgend etwas zu stande käme. Oesterreich könne Deutschland wegen seiner anderen Länder nicht missen, es könne aber auch keine Freiheit in Deutschland dulden, weil es überhaupt die Freiheit nicht wolle, welche seine deutschen Unterthanen rabiat machte, ebensowenig könne es aber zugeben, daß Preußen neben ihm oder gar über ihm stünde. Um diese Dinge durchzusetzen, würde es Krieg führen, der ihm überhaupt nötig sei." Ein andermal entwickelte er gegen Gerlach, Oesterreich wolle Preußen in die Nullität des Bundestags einfangen, dessen Charakteristik Phrasen wären ohne Bedeutung und Wirkung, aber gut genug, um nachher rabulistisch benutzt zu werden. Diesen Ausführungen gegenüber gestand sich Gerlach, daß Wintzingerode im Prinzip gar nicht so unrecht hätte, wenn er den Krieg für notwendig, ja für gut hielt. Wintzingerode irre sich nur in der Beurteilung der preußischen Macht. Am Ende verwarf er die Radowitzsche Politik bei solchen Erwägungen noch mehr: „Hat Wintzingerode recht, so ist die Radowitzsche Politik erst recht schlecht, da sie sichtlich Preußens natürlichen und notwendigen Einfluß hemmt."[1]) Seine positive Politik, die im Grunde seines Herzens auch Brandenburg für die einzig richtige hielt, war der Abschluß von Militärkonventionen.

Durch Radowitzens Einfluß ließ sich Friedrich Wilhelm lebhaft gegen Oesterreich einnehmen, dessen gesteigertes Selbstgefühl nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes mit russischer Hilfe ihm unangenehm auffiel. In seiner launigen Art gab er dem gegen Gerlach Ausdruck: Oesterreich sei siegestrunken wie ein Junge, der in das Wasser hineingestoßen worden, sich darin freut und thut, als wenn er es gemacht hätte. Der Kaiser sei auch in Wahrheit ein achtzehnjähriger Junge[2]), und über die preußische Unionspolitik meinte er, sie habe die

[1]) G. I, 515 f.
[2]) A. 17. Juli 1849.

öffentliche Meinung von Deutschland hinter sich. Oesterreich habe sich durch die in seinen Staaten oktroyierte Verfassung unmöglich in Deutschland gemacht. Er behauptete sogar, daß Oesterreich in seinem Verhalten unwahr sei, und schrieb einen dies Benehmen scharf tadelnden Brief an Kaiser Nikolaus. Die Erfolge der preußischen Waffen in Dresden und in Baden bei Bekämpfung der Revolution hoben seine Stimmung außerordentlich. An den ihm durch seine italienischen und rheinischen Beziehungen interessanten Reumont schrieb er damals: „Dresden hat gegen seinen König rebelliert. Ich habe seinen tapferen Truppen einige Bataillone aus Berlin zu Hilfe geschickt. Sie haben sich gegen jene eingefleischten Teufel, den Koth aller Nationen, wie Engel geschlagen und mit unglaublich geringem Verlust die Stadt erobert. Dafür hat die ‚allerdurchlauchtigste Frankfurter' (ein andermal nennt er die Nationalversammlung den ‚unheiligen St. Paul') wie weiland Kaiser Max den Götz auf Bruch des Reichsfriedens angeklagt. Ich werde ihr Götzens Antwort geben. Am Rhein kocht's halt wie in einem Hexenkessel. Die Kreuzesform des Schwertes wird den Zauber wol unblutig lösen."[1]) Daß es ein Gebot politischer Klugheit gewesen wäre, für die den Mittelstaaten geleistete äußerst reale, in Blut und Geld gewährte Hilfe Gegenleistungen zu fordern, darauf ist weder er, noch Radowitz, noch der neue auswärtige Minister Schleinitz, noch Brandenburg gekommen. Preußen hätte seine Hilfeleistung von dem Beitritt zur Union abhängig machen müssen. In seinem Edelmut gefiel sich Friedrich Wilhelm indes darin, aus freien Stücken den Wohlthäter zu spielen. Ihm war es genug, das schöne Gefühl zu haben, die Revolution zu bekämpfen. Für ihn handelte es sich auch im Leben des Staates nur um die Frage, ob etwas recht oder unrecht war. Daß die Fragestellung für den Staatsmann lediglich lauten konnte: Ist es politisch oder unpolitisch? übersah er oder wollte er nicht sehen, während Gerlach diese Erkenntnis hatte[2]). Friedrich

---

[1]) A. v. Reumont, Aus Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen S. 360.

[2]) G. I, 356.

Wilhelms militärische Politik im Jahre 1849, die keinen reellen Dank verlangte, war trotz ihrer edlen Motive ebenso verkehrt wie die spätere unverständige österreichische Politik der Undankbarkeit gegen Rußland während des Krimkrieges. Der größte litterarische Gegner Machiavells, Held Friedrich, hat doch das Wort auszusprechen sich gezwungen gesehen: „Machiavell sagte, daß eine uneigennützige Macht inmitten ehrgeiziger Mächte unfehlbar endlich zu Grunde gehen würde; es thut mir sehr leid, aber ich bin genötigt einzugestehen, daß Machiavell recht hat.“ Es war das Unglück Friedrich Wilhelms und seiner Ratgeber, daß sie diese Wahrheit so sehr verkannten. Immerhin war die gute Stimmung des Königs infolge der Waffenerfolge schon wertvoll. Er gewann etwas von seinem alten Selbstvertrauen wieder. Als ihn Leopold Ranke im Sommer des vorhergehenden Jahres zum erstenmal wiedersah, machte er ihm den Eindruck eines jungen Mannes voll von Geist und Kenntnissen, der aber bei der Staatsprüfung durch einen Zufall — das waren hier die Märztage gewesen — durchgefallen ist. Dieser Zustand war inzwischen einigermaßen überwunden, und mit seinem alten Humor äußerte er zu dem verehrten Historiker: „Sie sehen, ich habe Lust zu raufen.“ [1])

War er verstimmt gegen Oesterreich, so ließ er es jedoch nicht an freundlichen Worten fehlen, um es für sich einzunehmen. Die Gelegenheit der Entsendung eines Obersten Bauer wurde von ihm benutzt, um am 21. August an seinen kaiserlichen Neffen Franz Joseph ein eigenhändiges Schreiben [2]) zu richten: „Euer K. M. haben ein in jeder Hinsicht gesegnetes Geburtsfest begangen fern von den Werkstätten der Staats- und Kriegsstürme bei Ihren geliebten und verehrten Eltern, in den unvergleichlichen Thälern des Hochgebirgs und vor allem verherrlicht durch die Kunde von erwarteten Siegen und unerwarteten Friedensaussichten, sowie durch Friedensschluß. Im Süden Ihres Reichs ist der Waffenstillstand in volle Ruhe der Waffen übergegangen und der Aufruhr des nachbarlichen Wälschlands ist gebrochen;

[1]) Ranke, Werke 51/52 S. 468.
[2]) Abschrift bei G.

im Westen kehrt das größeste und wichtigste Ihrer Königreiche zum Gehorsam zurück, die Früchte von Eurer Majestät Beharrlichkeit und Schlachtenmut, der unerhörten Anstrengungen und Tapferkeit, der musterhaften Führung Ihrer Heere, sowie der thätigen Bundestreue meines kaiserlichen Schwagers von Rußland lagen an Ihrem Geburtstage zu Ihren Füßen. Alle diese Siege, zu welchen ich getrost und überzeugt auch diejenigen meines treuen kleinen Heeres rechne, das die süddeutsche Rebellion gestürzt hat, reichen viel weiter als das Schlagen des Feindes im Felde. Sie haben die Revolutionairs getroffen und geben ‚uns', so hoffe ich zu Gott, Muster zum Schmieden neuer Waffen (intellektueller und materieller) zu immer energischerem Kampfe gegen die Mächte der Verderbens und Schreckens, vor denen wir schwerlich unser Leben lang Ruhe finden werden.

„Der Eintritt Euer Majestät in Ihr 20tes Jahr in dem außerordentlichen Geleite alles des Sieges und Friedens ergreift mich bei meiner Liebe zu Ihnen so gewaltig, daß ich Euere Majestät bitte, mir einen außerordentlichen Schritt zu gute halten zu wollen und mir zu gestatten, Ihnen selbst eigenhändig meine Glückwünsche zu so viel Heil auszusprechen. Sie kommen aus der Tiefe eines treuen, aufrichtigen Herzens. Das Erquickliche (wenn ich mich so ausdrücken darf) dieses Schrittes ist nach meinem Gefühl, daß es ohne alle politische Absicht, ohne jede Spur diplomatischer Beimischung oder Bedeutung nichts anderes ausdrücken soll, als daß ich Euere Majestät liebe, mich mit Ihnen freue und betrübe, mit Ihnen Gott danke für den Segen, damit Er Sie, mein teurer, lieber Kaiser, und alle Freunde Seiner heiligen Rechte und Ordnung aufgerichtet hat.

„... Nun hab' ich dem Bedürfnis meiner Gefühle, so gut ich es vermochte, Genüge gethan, und spreche noch die wohlthuende Hoffnung aus, daß Euere Majestät in diesem Schreiben das Herz des alten treuen Onkels nicht ungern erkennen werden. Der HErr des Sieges und Friedens segne alle Ihre Wege, Ihre Mühe und Arbeit, zum Heile Oesterreichs, Deutschlands und Europas. Er gebe Ihnen viele Geburtstage und mache sie alle so trostreich wie den 19ten."

Nicht unmöglich ist es, daß ihm die Idee zu dem Briefe

von Gerlach eingegeben worden ist, der gegen den Minister des Aeußern die Entsendung Bauers in Vorschlag gebracht hatte[1]). Wenige Wochen darauf, als Friedrich Wilhelm in Dresden weilte, wurde er von dem jungen Kaiser zu einer Zusammenkunft in Teplitz veranlaßt, was, wie Gerlach meint, durch die vier bayerischen Schwestern, Erzherzogin Sophie, die Mutter Franz Josephs, die Königin Elisabeth und die Gemahlinnen König Friedrich Augusts II. und des späteren Königs Johann von Sachsen, Marie und Amalie, eingefädelt worden war[2]). Friedrich Wilhelm war bei Eintreffen des Angebots in größter Verlegenheit, und schickte Gerlach nach Berlin zu den Ministern mit der Mitteilung: er hätte die Unterredung nicht ausschlagen können.[3]) Ihm wäre es das liebste, wenn Brandenburg und Schleinitz mitkämen. Die Minister lehnten das ab und verlangten, daß er in Teplitz so wenig wie möglich über Politik rede. Das hielt ihn indes nicht ab, bei der Zusammenkunft am 8. September dem Kaiser seine ganze Politik auseinanderzusetzen, indes mit der Erklärung, er fühle sich im Gewissen verpflichtet, es mit Oesterreich zu halten. Er würde alles daran setzen, um mit diesem zu einer Einigung zu gelangen. Die Politik der bayerischen Schwestern hatte also ihren Zweck einer neuen Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen entschieden erreicht, die gleichbedeutend war mit einer gewissen Festlegung Preußens.

Gleich darauf erfolgte eine neue, noch bedenklichere Einschnürung der Unionspolitik, indem von Rußland eine hochfahrende Note einlief, in der Preußen die Fähigkeit, die Rolle einer Großmacht zu spielen, wenn es nicht mit Oesterreich im Bundesverhältnis bliebe, abgesprochen wurde[4]). Sehr zum Verdruß von Radowitz stimmte indes der König dieser Ansicht seines russischen Schwagers bei.

So kam es, daß Friedrich Wilhelm allmählich nur noch mit halbem Herzen bei den Radowitzschen Plänen war. Er verfiel nun auf den Gedanken, auf der einzuberufenden Erfurter

---

[1]) G. I, 358.
[2]) G. I, 363.
[3]) G. I, 360.
[4]) G. I, 368.

Versammlung mit Anträgen zur Verbesserung der Unionsverfassung vom 28. Mai 1849 aufzutreten. Am 12. Februar 1850 machte er demgemäß den Vorschlag, Oesterreich die Teilung der Centralgewalt vorzuschlagen, was die Radowitzsche Politik vollkommen durchkreuzt hätte. Nicht nur Radowitz selbst, sondern auch Schleinitz und Brandenburg erhoben hiergegen Widerspruch. Ihren Bemühungen gelang es, den König wieder von seiner Idee abzubringen. Aber wenige Tage nach der Eröffnung des Unionsparlaments, am 26. März, stimmte er, obwohl Radowitzens Einleitungsrede ihn in Begeisterung versetzt hatte, Gerlach zu, daß nichts daran gelegen sei, wenn sich die Fürsten von der Union lossagten und das Ganze sich auflöste. Er wollte jetzt die Verfassungsannahme bis nach Beendigung der in Aussicht genommenen Revision hinausschieben, wodurch das ganze Unionswerk noch länger in der Luft schweben blieb und dessen Verwirklichung, die schon längst problematisch geworden war, nur zu unwahrscheinlich wurde. Obwohl auch Gerlach sich hartnäckig einem solchen System widersetzte und die daraus erwachsende Gefahr prophezeite, beharrte Friedrich Wilhelm auf dieser Bahn.

Die Sachlage wurde in der Folge so verwirrt, daß Schwarzenberg höhnisch bei seinem Gesandten Prokesch in Berlin anfragen konnte, man wisse nicht, wer in Preußen zu entscheiden habe, ob Schleinitz, Brandenburg, Radowitz oder der an Stelle des Reichsverwesers geschaffene Centralverwaltungsrat. Radowitz fühlte, daß sein Werk mißlungen war, und er wird es nicht unterlassen haben, deswegen Gerlach beim Könige anzugreifen. Dieser hielt dem Generaladjutanten indes die Stange und ließ ihn wohl nach einer Unterredung durch das Zimmer des Kammerdieners hinausgehen, damit die Minister nicht merkten, daß er mit ihm verhandelt hätte[1]). Ja, er beauftragte am 15. April 1850 den Generaladjutanten, an Radowitz zu schreiben, er möchte sich nicht den österreichischen Vorschlägen widersetzen und sich nicht von der erbkaiserlichen Partei, den sogen. Gothaern, beeinflussen lassen, welche verlangten, daß die Union als selbständige Macht gegen Oesterreich aufträte. Er

[1]) A. 14. April 1850.

war also wieder ganz zu seiner Vasallenpolitik zurückgekehrt. Am 25. April erklärte er ausdrücklich: er wolle die Unionsverfassung im reaktionären Sinne revidiert wissen[1]). Ungefähr gleichzeitig schrieb er an Herzog Ernst von Coburg-Gotha: „Während die offizielle Antwort auf Ew. Hoheit Schreiben in der Kanzlei geboren wird, sende ich Ihnen Herrn v. Seebach mit dieser vertraulichen [von der amtlichen abweichenden] Antwort zurück . . . Im tiefsten Vertrauen sage ich Ew. Hoheit, daß Oesterreich uns mit Krieg bedroht," und lud ihn zum Fürstentage nach Berlin ein.

Bei einem solchen Verhalten konnte allerdings nichts herauskommen, und so durfte Gerlach nach dem Fürstentage am 14. Mai resigniert in sein Tagebuch schreiben: „Alle Dinge müssen ihren Anfang haben — hier ist der Embryo größer als das Kind, was endlich zur Welt kommt!" Als schließlich auch bei dem im Anschluß an die Erfurter Versammlung stattfindenden Berliner Fürstentage mit schwacher Mehrheit die Verfassung abgelehnt wurde, drückte der König mit Brandenburg und Schleinitz seine Freude darüber aus, daß Bückeburg Preußen vor dem Unglücke der Annahme gerettet habe. Wehmütig bemerkte Gerlach dazu: „Der König, Radowitz, Brandenburg, alle wollen etwas anderes, und das Ende ist, daß Preußens Macht in Deutschland nicht wächst und die schwachen deutschen Staaten keine Stütze an Preußen finden. Die Union wird uns lappenweise abgerissen."

Mittlerweile nahmen Oesterreich und Rußland eine immer drohendere Haltung ein. Oesterreich stellte den Antrag auf Wiederherstellung des Bundestages und begann gar mit Rüstungen. Kaiser Nikolaus, der sich als den stärksten Hort gegen die Revolution betrachtete und in den Unionsversuchen nur die Fortsetzung der Paulskirche, d. h. das Paktieren mit den Umsturzmächten, erblickte, legte unverkennbar seine Hinneigung zu Oesterreich in dieser Frage an den Tag. Im besonderen war ihm die Person Radowitzens in der Umgebung des Königs verdächtig, so daß sein Gesandter in Berlin den Kabinettsrat Niebuhr auf-

---

[1]) G. I, 466.

fordern konnte, dem Könige zu sagen, er möge zwischen Radowitz und Kaiser Nikolaus wählen[1]). Um eine Verständigung über die schwebenden Fragen mit dem gefürchteten Schwager herbeizuführen, sandte Friedrich Wilhelm daher seinen Adjutanten Edwin v. Manteuffel und seinen Bruder Wilhelm Ende Mai nach Warschau. Ihnen nach folgte ein eigenhändiges Schreiben des Königs vom 29. Mai, in dem er dem Zaren zunächst seinen Dank für seine Teilnahme an seinem Befinden ausdrückte. Am 22. Mai war er nämlich wieder das Opfer eines Attentats geworden, das ein irrsinniger Artillerist Sefeloge auf ihn ausübte. Zum Glück kam er abermals mit einer leichten Verwundung davon. Das der Königin diktierte Schreiben[2]) ist von einer außerordentlichen Friedensliebe beseelt. Friedrich Wilhelm will Oesterreich nicht den von jenem begehrten Eintritt mit seinen außerdeutschen Ländern in den weiteren Bund verwehren, und beansprucht nur das aus der Bundesakte hergeleitete Recht, einen engeren rein deutschen Bund zu bilden, beteuert hoch und heilig, gegen Oesterreich niemals fechten zu wollen; selbst wenn es ihn angreifen sollte, würde er sich willig dem ersten Stoße aussetzen und dann nur die Vertragsmächte von 1815 anrufen. Als Zweck der Sendung seines Bruders bezeichnete er, sich Gewißheit darüber zu verschaffen, daß er von Rußland keinen Angriff zu befürchten habe. Der Wortlaut des Schriftstücks, so wie ihn Gerlach aufgezeichnet hat, ist:

„Je me sers de la main de la ‚Vénérable‘ pour vous remercier de fond de mon âme de la part que vous voulez bien prendre de mon affreuse avanture ... — Je tache de reproduire la lettre qui étoit tout achevée dans ma tête:

L'Autriche me menace de la guerre 1) si je n'abandonne pas l'union — — 2) si je ne me rends à la convocation d'une quasi diète à Francfort. Il s'entend de soi même que je ne ferais ni l'un ni l'autre ... — Vous, cher ami, vous m'avez fait dire plus de 20 fois que vous ne vous mêleriez aucunément des affaires d'Allemagne, mais que vous

---

[1]) A. 6. Juni 1850 mit dem Zusatz „vor einigen Wochen".
[2]) Abschrift bei G.

tomberiez immanquablement sur celui de nous deux, Prusse ou Autriche, qui attaqueroit l'autre. Dieu sait que je suis on ne peut pas plus loin de prétendre de vous, que vous exécutiez cette digne et juste menace contre l'Autriche si elle m'attaquoit, mais je vous demande, sûr de mon bon droit, que vous ne m'attaquiez pas moi. Le but politique de la mission de Guillaume n'est que celui de me rapporter cette certitude. Je prends Dieu pour temoin que je ne ferais jamais la guerre à l'Autriche. Vous connoissez mes sentimens pour elle, vous ne les avez pas toujours partagées, il sont immuables .. Union ... Projet Pfordten. Je ne suis pas ennemi juré de l'idée que l'Autriche y entre avec tout son empire italien, madjare, polonais etc., mais quiconque sait qu'il existe une nation allemande et que la confédération de 1815 a été créé pour elle, doit trouver juste que dans l'immense union projettée il en existe une particulière pour sauvegarder la nationalité allemande — — Si l'Autriche vouloit commencer des hostilités contre moi, ce dont je doute, parceque ce seroit une faute et un crime, elle commenceroit sans doute par le Grandduché de Bade. Soit la soit ailleurs, elle me trouvera sur le pied de paix et un soufflet, une gourmade, elle sera bonne et Dieu sera avec nous. Mais d'abord j'appellerais aux grandes puissances qui ont créé la nouvelle forme de l'Allemagne en 1815 et c'est alors que je conterai sur vous.

Vous savez que j'ai parlé amour au Danemark et qu'il me repond un peu betterave. De grace soutenez mes propositions. Les droits de Prusse. . . .

J'ai assez parlé politique cher et excellent Nix. . . .

Fritz."

Aus der von „Nix" erteilten Antwort [1]) sprach deutlich, daß eine Fortsetzung der Unionsversuche unausbleiblich den Krieg herbeiführen mußte. Denn der Zar erklärte mit dürren Worten, daß eine selbständige Neuordnung der deutschen Bundesverhältnisse durch den König ohne Zustimmung der anderen vertrag=

[1]) Wortlaut bei G. I, 491—492.

schließenden Mächte von ihm als Angriff auf Oesterreich betrachtet würde. Auch Gerlach empfand diesen unerhörten Druck, den Rußland in jener Zeit auf Preußen ausübte, tief und meinte, es wäre eine traurige Folge der inneren Auflösung Preußens [1]). Das einzige, was durch die Mission des Prinzen von Preußen und Edwin Manteuffels erreicht wurde, war ein Aufschub des Krieges. Trotzdem hielt der König an dem provisorischen Zustand der Union einstweilen fest.

Er diktierte seinem Kabinettsrat Niebuhr eine Denkschrift in die Feder, in der er hauptsächlich über die Frage grübelte, wie die Königreiche für die Union gewonnen werden könnten. Als nun Oesterreich, wie vorauszusehen war, (Anfang Juli) das formelle Ansuchen an ihn richtete, die Union aufzugeben, war er entrüstet. Er fand das ehrlos [2]) und meinte, darauf gäbe es keine andere Antwort, als Abbrechen der Verhandlungen. Für Radowitz war es jetzt klar, daß sein Unionswerk gescheitert sei, und voller Bitterkeit machte er der Camarilla, namentlich Leopold Gerlach, den Vorwurf, sie hätte ihm seine Politik verdorben. Das Ministerium war willens, die Unionsverfassung fallen zu lassen. Radowitz wollte jedoch noch nicht alle Hoffnung aufgeben, und es gelang ihm thatsächlich, den König, obwohl dieser von der Unionsverfassung geradezu verächtlich sprach, zu weiterem Festhalten daran zu bewegen, trotz Brandenburg, Manteuffel und Schleinitz. Friedrich Wilhelm glaubte sie nicht aufgeben zu dürfen, weil er darin den letzten Anker der deutschen Idee erblickte, und er konnte sich nicht von der Hoffnung los machen, daß er trotz allem dazu berufen sei, seinen „Teutschen" die Einheit zu bringen. Die Konsequenz wäre gewesen, unter diesen Umständen Radowitz formell mit dem Ministerium zu betrauen. Dies that er aber noch nicht. Er gab Gerlach zu, daß die Union in der Gestalt, zu der sie mittlerweile geworden war, ein übles Aussehen hätte, meinte indes, man dürfe sich nicht wundern, wenn der Schornsteinfeger, aus dem Schornstein kommend, schwarz sei [3]). Er verglich sie mit

[1]) G. I, 764, 768.
[2]) G. I, 498.
[3]) G. I, 517.

einem Gebäude, dessen Weiterbau man einstellt, dessen Fundament aber, statt es zu versteigern, mit Rasen sorgfältig bedeckt und erhalten wird, worauf ihm Gerlach mit mehr Wahrheit entgegnete, der Entwurf sei Sandstaub, nicht einmal Trümmer[1]). So rangen Radowitz und Gerlach um den vorherrschenden Einfluß auf den König, und dieser selbst suchte beider Ratschläge gleichmäßig, offenbar weil er sich's zutraute, stets aus freier eigener Entschließung heraus zu handeln. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß der Gang seiner Politik in dieser schwierigen Lage unter solchen Umständen mehr wie je Unsicherheit verriet. Der Geheimrat Mathis sagte es offen heraus, einer dieser beiden Ratgeber müßte vom Könige fort. Dadurch, daß Friedrich Wilhelm zwischen Gerlach und Radowitz hin und her schwankte, habe sich des Königs Majestät den Vorwurf der Doppelzüngigkeit zugezogen[2]). Schon im August erkannte der Vertraute der Camarilla, Hans Daniel Hassenpflug in Kassel, der Radowitz von jeher für einen Heuchler hielt, wozu Gerlach sich nicht entschließen konnte[3]), mit scharfem Blicke, daß Preußen einem neuen Jena entgegentrieb[4]). Auch der König mochte allmählich die Gefahr mehr fühlen, in die ihn die Radowitzsche Politik mit einem grenzenlosen Leichtsinn führte. Bisher hatte er sich gegen sie viel zu sehr verschlossen. So reifte in ihm der Gedanke, es endlich offen auszusprechen, daß er an eine Ausführung der Unionsverfassung — wie es thatsächlich der Fall war — seit langem nicht denke, und einen formellen Beschluß wegen ihrer Aufgabe zu fassen.

In diesem Sinne schrieb er beschwichtigend Ende August an seine kaiserliche Schwester in Rußland. Darüber kam er, wie natürlich, in heftigen Streit mit Radowitz, und wieder wurde er schwankend, da Radowitz ihm weiß zu machen suchte: Man habe nicht das Recht, die Union aufzugeben, das wäre dasselbe, was man den von der Union treulos abgefallenen Königreichen

---

[1]) G. I, 518.
[2]) G. I, 524.
[3]) A. 7. Mai 1850.
[4]) G. I, 524.

Hannover und Sachsen zum Vorwurf mache. Doch als sich die Verhandlungen mit Oesterreich immer aussichtsloser gestalteten, lenkte auch Radowitz ein; und nun ereignete sich das Wunderbare, daß dieser Mann in dem Augenblicke, wo seine Politik schmählich bankerott machte, an die Spitze des preußischen Ministeriums trat. Sein einleitender Schritt dazu war der Entwurf eines Schreibens, das der König an den Zaren richten sollte[1]). In diesem Entwurf des Generals Radowitz vom 24. September wurde gesagt, da Oesterreich zurückzöge, würde Preußen die Unionsverfassung am 15. Oktober für unausführbar erklären und in freien Konferenzen sich auf Grundlage der alten Verfassung über die Konstituierung Deutschlands verständigen.

Damit war die Rückkehr zum alten Bundestage angebahnt. Am 29. September wurde Radowitz zum Minister des Auswärtigen ernannt. In den fünf Wochen, die er dieses Portefeuille innehatte, hat er es meisterhaft verstanden, Preußen an den Rand des Verderbens zu führen, indem er durch krampfhaftes Anklammern an die noch nicht ganz erloschene Union in der hessischen Frage seinen König mit Hessen selbst, Bayern, Oesterreich und Rußland brouillierte, während dies mit Leichtigkeit durch schnellen Eintritt in den alten Bundestag zu vermeiden gewesen wäre. Wieder wie in den Märztagen klagte Friedrich Wilhelm, und wiederum mit Recht, über unglückliche „Mißverständnisse“ und schickte zu deren Beseitigung Brandenburg nach Warschau. Es war eine glückliche Wahl. Denn der ehrliche und besonnene Kavalleriegeneral war in diesen aufgeregten Stunden hier an seiner Stelle. Radowitz aber in seiner Verblendung trieb mit vollem Bewußtsein zum Konflikt. Während Brandenburg in Warschau verhandelte, hat er mit dem von Oesterreich hierzu nach Berlin entsandten Grafen Buol am 21. Oktober eine Unterredung geführt[2]), in der er eine geradezu drohende Sprache wegen Hessen führte und sich in keiner Weise auf eine Verständigung einließ.

---

[1]) G. I, 536.

[2]) Der Bericht Buols darüber an Schwarzenberg in Gerlachs Abschrift bei dessen Aufzeichnungen. Vgl. Anhang.

Der Bericht des österreichischen Unterhändlers darüber fiel in die Verhandlungen zu Warschau wie eine Bombe hinein und hat großenteils auf die gereizte Sprache Schwarzenbergs eingewirkt. Hierzu kam Radowitzens Verhalten in einem Gespräch mit dem ständigen Vertreter Oesterreichs in Berlin, dem General Prokesch, in dem er offenbar geflunkert hat über angebliche preußische Schritte zur Mobilmachung [1]). Durch einen aufgeregten Bericht Prokeschs hierüber wurde die österreichische Mobilmachung veranlaßt. Daher kam später das Wort auf: toute l'Europe s'est armée par un mensonge de monsieur de Radowitz. Am 28. Oktober, als Brandenburg vor Kaiser Franz Joseph und Schwarzenberg stand, da hat dieser Doktrinär an Friedrich Wilhelm geschrieben: „Es steht wohl zu erwarten, daß Fürst Schwarzenberg auf die Stimmung des Kaisers Nikolaus gestützt zwar von Verständigung reden, aber hingegen Forderungen stellen wird, welche uns zu Boden werfen. Euere Majestät werden dann den größten Entschluß Ihrer Regierung zu fassen haben, dem der Herr Seinen Segen verleihen wolle." [2]) Er hat den König am 29. Oktober, als Nachrichten von einer drohenden Haltung der Bayern gegenüber General v. d. Gröben in Hessen einliefen, zu dem Befehl der Mobilmachung zu veranlassen gesucht. Inzwischen kehrte Graf Brandenburg von seinen Verhandlungen in Warschau zurück. Er hatte erkannt, daß Radowitz angesichts der europäischen Verhältnisse nicht mehr als Minister zu halten sei [3]) und daß es wegen der hessischen formellen Meinungsverschiedenheiten nicht zum Kriege kommen dürfe [4]). Ihm traten Otto Manteuffel und der Kriegsminister v. Stockhausen bei. Alle drei hielten den Krieg für unmöglich. Friedrich Wilhelm hoffte noch auf halbem Wege stehen bleiben zu können, indem er die Armee auf Kriegsfuß setzte und zugleich eine friedliche Politik übte. Er drückte das aus: „Aufsetzen des Helmes, Umgürten des Schwertes und Worte des Friedens." [5]) Der

[1]) G. I, 557, 576, 601, 637.

[2]) G. I, 546.

[3]) G. I, 552, 591; II, 275. A. Januar 1851. 5. Juni 1856.

[4]) Sybel II, 21.

[5]) G. I, 549.

Widerstand seiner Minister in den Konferenzen am 1. und 2. November brachte ihn in einen Zustand äußerster Reizbarkeit, so daß er bitterlich weinte und in heftiges Unwohlsein verfiel. Auch Brandenburg war von der Aufregung dieser Tage furchtbar mitgenommen. In den beiden entscheidungsschweren Ministerräten, die zum Rücktritte Radowitzens führten, schlug Friedrich Wilhelm in seiner Ratlosigkeit wieder jenes unselige System des Effazierens ein, das er so lange im Jahre 1848 und dann wieder im Januar und Februar 1849 geübt hatte. Gegen Niebuhr sprach er am 2. oder 3. November von Abdanken [1]).

Angesichts des nachdrücklichen Verlangens Brandenburgs, daß Radowitz zurückträte, durch das der König sich einschüchtern ließ [2]), war die Entscheidung im Grunde schon gefallen, bevor die Ministerberatungen stattfanden. Selbst nicht ganz eins mit Radowitz vermochte sich Friedrich Wilhelm in jenen Stunden der glänzenden Dialektik des Mannes, die durch die stürmische Offensive des Prinzen von Preußen noch unterstützt wurde, doch wieder nicht zu entziehen. So schob er dem Ministerium die Entscheidung zu. Genau so hatte er es schon einmal gelegentlich bei den zur Bildung des Vereinigten Landtages führenden Beratungen gemacht [3]). Es war der Ausdruck seiner Schwäche. Aber auch ein willensstarker Mann wie Brandenburg verlor in dem Widerstreit seines preußischen Ehrgefühls und seiner Erkenntnis der rettungslos verfahrenen Sache das innere Gleichgewicht, indem er unter dem Eindruck der Reden des Prinzen und Radowitzens physisch zusammenbrach und sich am 3. November zum Sterben legte [4]). Da ist es begreiflich, wenn Friedrich Wilhelm in seinem weichen, kampfscheuen Gemüt angesichts seiner grausamen Zwangslage die Zügel fahren ließ. Hier sein Radowitz und sein Bruder Wilhelm mit seiner Mahnung an die preußische Ehre, dort der furchtlose Brandenburg und die Mehrheit des Ministeriums und offenbar auch die richtige Be-

---

[1]) G. I, 551.
[2]) G. II, 275.
[3]) Meinecke, Boyen II, 583.
[4]) Die einschlägigen Stellen bei G. I, 552, 553, 583, 584; II, 438.

urteilung der Sachlage, da wußte er sich keinen Rat. Es ist leicht, den König wegen seiner damaligen Unschlüssigkeit zu tadeln. In jener Krisis hätte wohl auch ein Stärkerer, der die Sachlage überschaute, wie Friedrich Wilhelm, versagt. Zum Helden ist niemand zu zwingen. Der Krieg gegen Oesterreich, Süddeutschland und Rußland mit dem stets beutegierigen, damals besonders unsicheren Frankreich im Rücken wäre in diesem Augenblicke für Preußen eine Unmöglichkeit gewesen. War doch selbst der kühne Junker Bismarck dieser Meinung [1]). Ebenso gelangte Moltke zu dieser Auffassung [2]), und auch der Prinz von Preußen hat sich später ihr angeschlossen [3]). Vor allem konnte man den Kampf nicht wagen, weil die preußische Landwehr infolge der liberalen Traditionen sich in einem Zustande schwerer Vernachlässigung befand. Selbst wenn sich Oesterreich thatsächlich schlecht gerüstet gezeigt hätte [4]), so wäre der Ausgang doch nur zu wahrscheinlich eine Niederlage für Preußen gewesen. Auf der anderen Seite das preußische Ehrgefühl! Und woher dieser tragische Konflikt? Lediglich um das Prinzip des Unionsgedankens nach der Zertrümmerung der Union selbst hochzuhalten. Es hat kaum eine verfahrenere Situation in der neueren Geschichte gegeben.

Wie in den Märztagen war Friedrich Wilhelm jetzt durch den Zusammenbruch seiner deutschen Einheitspolitik in einen Zustand völliger Niedergeschlagenheit gekommen. Hinzu trat Brandenburgs Tod infolge der Aufregungen am 6. November und dessen Beerdigung am 9., dem Jahrestage seiner Hauptthat. In jenen Tagen, am 6. November, hat der König in Sanssouci seinem Radowitz einen Abschiedsbrief geschrieben, in dem sein ganzer Schmerz über die Trennung von ihm zum Ausdruck kam: „So eben gehen Sie zur Thür hinaus, mein treuer und teuerster Freund, und schon nehme ich die Feder,

---

[1]) G. u. E. I, 70 ff.

[2]) Ranke, Zur eigenen Lebensgeschichte 598.

[3]) G. u. E. I, 70.

[4]) Vgl. Graf Bernstorffs Mitteilung G. I, 628, und Hohenlohe, Aus meinem Leben I, 296.

um Ihnen ein Wort der Trauer, der Treue und der Hoffnung nachzurufen. Ich habe Ihre Entlassung aus dem auswärtigen Amte gezeichnet, Gott weiß es, mit schwerem Herzen. Aber ich habe ja in Freundestreue noch mehr thun müssen. Ich habe Sie vor meinem versammelten Rate um Ihres Entlassungsbegehrens willen gelobt. Das sagt Alles und bezeichnet meine Lage schärfer, als es Bücher vermöchten. Ich danke Ihnen aus meinem tiefsten Herzen für Ihre Amtsführung. Sie war die meisterhafte und geistreiche Ausführung meiner Gedanken und meines Willens. Und beide kräftigten und hoben sich an Ihrem Willen und Ihren Gedanken, denn wir hatten dieselben. Es war trotz aller Tribulationen eine schöne Zeit, ein schöner Moment meines Lebens, und ich werde dem Herrn (den wir beide bekennen und auf den wir beide hoffen), so lang ich atme, dankbar dafür sein. — Gott der Herr geleite Sie und führe in Gnaden bald unsre Wege wieder zusammen. Sein Frieden bewahre, umlagere und beselige Sie bis auf Wiedersehen. Dies zum Abschied von Ihrem ewig treuen Freunde Friedrich Wilhelm."

Der Zusammentritt der Kammern und die ihm dadurch lebhaft zu Bewußtsein kommende Stimmung der öffentlichen Meinung, die äußerst kriegerisch war, ließen ihn noch nicht zu dem Entschluß kommen, aus der Sackgasse der Radowitzschen Politik herauszulenken. Hatte doch am Todestage Brandenburgs selbst Manteuffel, der entschiedenste Widersacher Radowitzens, angesichts des Dranges der Ereignisse die Mobilmachung vom Könige erwirken zu müssen geglaubt und damit zu dessen Genugthuung die von diesem am 1. und 2. November befürwortete, sich der Radowitzschen nähernde Politik aufgenommen. Ganz ähnlich wie sein Bruder Wilhelm verglich der König damals freudig die kriegerische Begeisterung seines Volkes mit der der Befreiungskriege. „In Preußen ist nichts gesund," schrieb er damals, „als Heer und Landvolk. Diese aber auch einzig. Es ist ein Geist von anno 13 ohne alle Uebertreibung. Sogar die Canaille wird mit fortgerissen. Hoffen wir von Gott das Beste." [1]) Die Lage wurde indes immer gefährdeter. Da-

[1]) Ottokar Lorenz, Staatsmänner und Geschichtschreiber des 19. Jahrhunderts. Berlin 1896, S. 136.

zwischen platzte die Veröffentlichung des Abschiedsbriefes an Radowitz in den Zeitungen am 21. November [1]), die nicht ohne Radowitzens Mitschuld geschehen sein kann und die gewaltiges Aufsehen erregte. Der Brief mußte notwendig irrigen Meinungen über die Aufrichtigkeit der königlichen Friedenspolitik Vorschub leisten. Die Indiskretion verstimmte den König denn auch tief [2]). Am 23. November stellte nun Manteuffel den Antrag, mit Schwarzenberg in Oderberg Verhandlungen zur Verständigung anzuknüpfen. Noch lehnte Friedrich Wilhelm das ab. Als aber darauf Manteuffel und mehrere andere Minister ihr Abschiedsgesuch einreichten, da ging der König plötzlich, am 26. November, auf die Idee eines Kooperierens mit Oesterreich zur Beilegung der hessischen Wirren ein, und zwar sollte der Minister Otto v. Manteuffel dazu nach Oesterreich mit einem Briefe an Kaiser Franz Joseph und dessen mächtige Frau Mutter, die Erzherzogin Sophie, abgehen. Diesen Gedanken setzte er sofort mit aller Entschiedenheit durch. Als der Kabinettsrat Illaire einwandte, daß Manteuffel krank sei, erwiderte er: „Und wenn er auch krank ist, muß er doch nach Wien.“ Gegen Manteuffel äußerte er, er solle ihn mit seinem Abschiedsgesuch verschonen, gehorchen und nach Wien gehen. Auch als Edwin Manteuffel vorschlug, erst die Minister zusammen zu berufen, ging er darauf nicht ein, sondern blieb bei seinem Befehl für Otto Manteuffel. „Wenn es auf die Krone ankäme, wäre es ihm einerlei, ob Manteuffel an der Reise stürbe oder nicht.“ [3]) In dem Briefe an den Kaiser warnte er diesen vor dem Kriege, wies auf sein tapferes mobiles Heer und seine Einigkeit mit seinem preußischen Volke hin, wenn es zum Kampfe käme u. s. w. So trat der Freiherr Otto v. Manteuffel den Gang nach Olmütz an und verabredete dort mit Fürst Schwarzenberg die Punktation vom 29. November, in der sich Preußen dem Machtwort Oesterreichs fügte. Inzwischen arbeitete Friedrich Wilhelm auf seine Weise an einer Beilegung der hessischen Wirren, indem er eine ganze

---

[1]) Varnhagen, Tagebücher 7, 425. G. I, 559.

[2]) G. I, 559.

[3]) G. I, 562, 567, 574 und sonst.

Reihe von Emissären, darunter den Geheimrat Delbrück, nach Hessen abgehen ließ, um Fürst und Land zu versöhnen, und als er glaubte, daß seine Bemühungen Aussicht auf Erfolg erhielten, telegraphierte er an den preußischen Vertreter in Wien, unter diesen Umständen wäre der Krieg kein Unglück mehr, sondern ein Verbrechen.

Am 30. kehrte Manteuffel von seiner Mission zurück. Eine weltgeschichtliche Ironie war es, daß der König ihn im Zimmer Friedrichs II. empfing. Leidlich ruhig hörte er den Bericht des Ministers an und erklärte sich im allgemeinen damit zufrieden, verstand sich jedoch nicht dazu, seine Zustimmung zu den Olmützer Abmachungen schriftlich zu geben. Als Manteuffel dies an Gerlach erzählte, versprach der Generaladjutant, ihm diese schriftliche Genehmigung zu verschaffen. Dies gelang ihm bald, indem er den Monarchen zu einer Diskussion über die Sache veranlaßte. Friedrich Wilhelm gab ihm im Laufe dieses Gesprächs mündliche Aufträge an den Minister. Gerlach wandte ein, Manteuffel wolle sie schriftlich haben. Da setzte sich der König selbst hin, schrieb sie nieder und ging jeden Satz herablassend und nachgiebig mit dem Freunde durch. Es war im wesentlichen eine Beitrittserklärung zu der Olmützer Punktation, die mit einer Ratifikation abschloß. Gerlach berichtet weiter darüber: „Ich nahm hierauf das Papier fort, was noch naß war, und lief die Treppe hinunter nach meiner Stube, wo ich [dasselbe] Manteuffel, es wegen der Näße mit den Händen auseinanderhaltend, übergab.“ [1]) Gerlach hatte das Ganze in kaum einer Viertelstunde fertiggebracht, was Manteuffel und sein Unterstaatssekretär Lecoq staunend feststellten.

Man war indes noch nicht ganz über den Berg, wie Gerlach schon gehofft hatte. Inzwischen stiegen dem Könige wieder Bedenken auf. Am Tage darauf erklärte er, die Antwort Kaiser Franz Josephs auf seinen Brief abwarten zu wollen. Vergeblich machte Gerlach geltend, daß das den Krieg herbeiführte. Fürst Schwarzenberg hatte in Olmütz mit seiner Brutalität die Antwort für den Abend des 1. Dezember verlangt und erklärt, daß die Truppen Altösterreichs am 3. vorrücken würden.

---

[1]) A. 30. November 1850.

Gegen Gerlach behauptete der König hartnäckig: „Das ist mein Recht, die Antwort des Kaisers abzuwarten.“ Er hatte telegraphisch seinen Bruder Wilhelm zum gleich darauf stattfindenden Ministerrat befohlen. Im Ministerrat wurde der Beitritt beschlossen. Nur der Prinz von Preußen und Ladenberg widersprachen. Der Justizminister Simons erzählte gleich darauf: „Der Prinz von Preußen hat uns verflucht.“ Am Abend des ersten Dezember 1850 wurde die Ratifikation der Olmützer Artikel nach Wien telegraphiert. Am 6. Dezember vollzog der König, auch widerstrebend, den Befehl zur Demobilmachung des Heeres.

Die Demütigung Preußens, nach der Fürst Schwarzenberg so lange geschmachtet hatte, war damit glänzend erreicht. Heute kann kein Zweifel mehr sein, daß sie die Folge der alle Realitäten verkennenden, maßlos leichtsinnigen Politik Radowitzens gewesen ist. So geistreich und so patriotisch dieser „kriegerische Mönch“ war und so viel Verständnis er für die Zeitströmungen besaß, so treu er sich auch gegen seinen geliebten König erwies: die entscheidende staatsmännische Fähigkeit ging ihm ab. Gerlach traf den Nagel auf den Kopf mit seiner gelegentlichen Bemerkung: „Radowitz sitzt immer in seinem mathematischen Plus und Minus und kann nicht begreifen, daß es indirekte Wirkungen, ja daß es fast nur indirekte giebt.“ Ein vorzüglicher mathematischer Denker, mußte Radowitz die alte Wahrheit an sich erleben, daß die Mathematiker in der Regel nicht für die politische Praxis brauchbar sind. Wenn er meinte, daß die Camarilla seine Politik verdorben hätte, so war dies ein Trugschluß. Das Unglück war eben, daß der König sich nur zu sehr von ihm beeinflussen ließ und sich in seinen „trockenen Armen“, wie Gerlach sich ausdrückt, nur zu wohl fühlte. Wäre dieser Einfluß nicht so dominierend gewesen, so hätte Gerlach eher obgesiegt und Olmütz wäre vermieden worden. Aber Radowitz besaß derartige geistige Eigenschaften, daß keiner im Rate des Königs ihm gewachsen war und daß fast alle sich von ihm imponieren ließen. Er hatte zudem in einer Weise die Gabe den König zu nehmen, wie kaum ein anderer, auch Gerlach nicht. Gerlach neigte nur zu sehr zum Widerspruch, während Radowitz stets auf die

Ideen des Königs einzugehen wußte. Daß dies das Geheimnis sei, um bei Friedrich Wilhelm Boden zu gewinnen, erkannten einsichtsvolle Männer gar bald. So urteilte auch der kluge liberale Major v. Etzel recht treffend gegen Theodor v. Bernhardi: „Man muß doch nicht glauben, daß der König sich leiten läßt, oder gar leicht zu leiten sei; nur wenn man ganz und gar auf seine Ansichten eingeht, kann man ihn beeinflussen.“[1]) In der deutschen Einheitsidee trafen die heißen Wünsche des Monarchen und seines gelehrten Freundes großenteils zusammen. Radowitz sah es auch geradezu darauf ab, durch gelehrtes und mystisches Wesen Eindruck zu machen, sich mit einem geheimnisvollen überlegenen Nimbus zu umgeben, was ihm bei Friedrich Wilhelm in außergewöhnlichem Maße glückte. Nach einer allerdings noch etwas der Bestätigung bedürftigen Mitteilung hat Radowitz selbst nicht daran geglaubt, daß der König mit ihm bis zum Kriege mit Oesterreich gehen würde, wie er sich das auch bei seiner Kenntnis des Königs hätte sagen können. Er hat vielmehr, wie er nach Graf Alvenslebens Angabe zum General Willisen geäußert hat, vom Könige die ausdrückliche Versicherung erhalten, daß er sich keinesfalls zum Kriege entschließen würde[2]). Dann wäre sein Beharren auf der Kriegspolitik bis zum letzten Augenblick allerdings nur durch ein unerhörtes Vertrauen auf seine Beredsamkeit dem Könige gegenüber zu erklären. Die Konsequenz aus der falschen Politik seines Freundes hat Friedrich Wilhelm schließlich unter dem Druck der Verhältnisse selbst gezogen und den Freiherrn v. Manteuffel dadurch zum Sündenbock gestempelt, der dies Odium vor der Mit- und Nachwelt hat tragen müssen. Während aber die Camarilla, voran Leopold Gerlach, in dem Triumph, daß Preußen nun aus der Sackgasse endgültig heraus war, für die Demütigung von Olmütz nur ein geringes Gefühl hatte, das damit vollzogene Ereignis vielmehr als einen Sieg betrachtete, konnte Friedrich Wilhelm nicht die Empfindung einer erlittenen Schmach los werden. Das liegt schon in dem Zaudern, seine Genehmigung schriftlich zu geben, und in dem Versuch, erst

---

[1]) Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis II, 167 f. 20. Mai 1853.
[2]) G. I, 624.

die Antwort seines kaiserlichen Neffen abzuwarten. Später brach dies Gefühl immer mehr durch. Im Februar 1851 brauchte er gegen Gerlach das treffende Bild, Preußens Politik vom 2. November wäre wie ein Schiff ohne Mast und Segel gewesen. An Kaiser Nikolaus hat er nach dem Zeugnis des preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Grafen Münster, ausdrücklich nach dem 2. November von Zuständen wie nach Jena geschrieben und von seinem Schwager in bitterer Resignation ein polnisches Dorf als Asyl verlangt [1]). Ein andermal meinte Gerlach gegen ihn [2]), als im Polizeiberichte davon die Rede war, daß die Gutsbesitzer auf dem Wollmarkt im November 1850 für das gewaltsame Herauswerfen der Bayern aus Hessen gewesen wären: „Und dann glauben Eure Majestät, daß Oesterreich nicht den Krieg angefangen hätte? Es konnte ja nicht anders, ohne sich zu blamieren." Da schlug der König ihn vollständig durch die Antwort: „So haben wir uns aber blamiert und das ist in meinen Augen das Schlimmere." Wieder ein andermal äußerte er, von der damaligen Schande stünde ein Land nicht so leicht wieder auf [3]). Als der Beitritt Hannovers zum Zollverein erreicht war, empfand er darüber gar keine rechte Freude, sondern behauptete (man hatte gerade von dem Nachgeben Preußens in der hessischen Sache gesprochen): Durch den Beitritt würde die preußische Ehre ebensowenig hergestellt, als die eines Offiziers durch eine Erbschaft von 10000 Thalern, nachdem er eine ehrlose Handlung begangen hätte [4]). Er hatte seit dem November 1850 gar keine rechten Hoffnungen mehr, daß die Zollvereinssache vorwärts gehen würde, weil Preußen unter jener Schmach litte [5]). —

Mit der Einheitspolitik hatte der König einstweilen auch seine Politik in der Frage der Elbherzogtümer aufgeben müssen, die bei der Größe der anderen ihn beschäftigenden politischen

[1]) A. 18. Mai 1851.
[2]) A. 22. Juni 1851.
[3]) G. I, 649.
[4]) G. I, 659.
[5]) G. I, 758. 3,77

Probleme nur eine geringere Bedeutung für ihn haben konnte, deren Behandlung aber höchst charakteristisch für ihn ist. Er wurde in den schleswig-holsteinischen Wirren von einem Skrupel zum andern gedrängt. König Christian VIII. von Dänemark, ein geistreicher Fürst, war sein Freund gewesen. Der Haß zwischen Deutschen und Dänen war für den preußischen König etwas ganz Unverständliches. Er sah darin „eine der ärgsten Tollheiten unseres erleuchteten Jahrhunderts". Für den Augustenburger hegte er anfangs auch Sympathie. Schon vor dem Jahre 1848 hatte er sich aus Rechtsgutachten überzeugt, daß das Recht der Erbfolge auf der Seite des Herzogs war. Später erblickte er in dessen Handlungsweise Hochverrat. Die Herzogtümer wollte er vom Sundkönig losreißen und für Deutschland gewinnen, aber Dänemark hierzu zu zwingen, mußte er schließlich als Unmöglichkeit erkennen. In einem unter dem Druck der Märzereignisse und der allgemeinen deutschen Strömung überhaupt, zu deren Anwalt sich sein damaliger Minister des Auswärtigen Heinrich v. Arnim machte, am 24. März 1848 ergehenden Schreiben an den Augustenburger nahm er die Elbherzogtümer unter seinen Schutz: „Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte anderer zu usurpieren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Innern nach Kräften zu erhalten. Zu diesen bestehenden Rechten rechne ich dasjenige der Herzogtümer Schleswig-Holstein, welches in den die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Sätzen (der Proklamation vom 21. März) ausgesprochen ist: 1. daß die Herzogtümer selbständige Staaten sind; 2. daß sie miteinander verbundene Staaten sind; 3. daß der Mannesstamm in den Herzogtümern herrscht." Voll Hoffnung sahen die Deutschen ihn später seine Truppen in den Kampf schicken. Als es sich aber nachher herausstellte, daß der Krieg gegen Dänemark zu einem Bruche mit den Großmächten zu führen drohte, was bei Einleitung dieser Offensivpolitik in dem allgemeinen Taumel der Märztage und über dem Druck der öffentlichen Meinung übersehen worden war, da durchkreuzte er mit rascher That die militärischen Unternehmungen und setzte

sogar gegen den Willen seines Ministeriums vermöge der Entsendung des Generals v. Below, dem er seinen Willen in die Feder diktierte, mit wenig Rücksichtnahme auf den Reichsverweser den Abschluß des Malmöer Waffenstillstandes durch [1]). Kein Drängen der Paulskirche vermochte ihn zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu bewegen. Die ganze Angelegenheit wurde ihm stetig widerwärtiger. Hatte er ja doch auch England vollständig gegen sich, dessen Geneigtheit ihm besonders wertvoll war. Unter diesen Umständen mußte er es erleben, daß Dänemark selbst die Offensive ergriff. Noch hoffte er durch Palmerstons Vermittelung die Erneuerung des Krieges abzuwenden. Aber umsonst. Seinem Bunsen schrieb er am 8. April 1849: „Von den dänischen Dingen hab' ich weder Lust noch Zeit heute ordentlich zu reden. Sie sind mir ein Gräuel, wie jenes Handschreiben von daher — Mumienfarbe und Aasgeruch! Beide Teile sind in hundswütiger Tollheit an einander geraten, beider Teile Siege und Niederlagen schmerzen mich unsäglich." Mit Freuden ging er darauf ein, als sich Gelegenheit bot, wiederum Waffenstillstand zu schließen (Juli 1849). Bei Gelegenheit der Sendung Edwin Manteuffels nach Warschau im Mai 1850 verteidigte er seine dänische Politik vor seinem Schwager: „In betreff der schleswig-dänischen Frage trennen Seine Majestät die Ansprüche der Herzogtümer von der Rebellion derselben. Die letztere verdammen Seine Majestät; die ersteren aber können durch begangene Fehler nicht aufgehoben werden. Die Könige von Dänemark sind Herzoge von Schleswig-Holstein und als solche und wegen dieses Besitzes Könige von Dänemark geworden. Wie die Sache heute steht, so ist es gewiß, daß in Dänemark selbst eine revolutionäre Partei die Gewalt an sich gerissen und zuerst Ungerechtigkeiten in Bezug auf das Unterthanenverhältnis der Schleswig-Holsteiner begangen hat. Was Preußen anbelangt, so betrachtet es der König als ein Unglück, daß es in diese Angelegenheit und in der Art, wie es geschah, verwickelt worden ist. Dies ist aber in einer unglücklichen Zeit geschehen, die eben gebieterisch ihre Konsequenzen gefordert hat. Seine

---

[1]) G. I, 181.

Majestät der König hat später alles gethan, um einzulenken. Er hat teils im Interesse Preußens, dann aber auch als Reparation für das Vergangene die beiden Waffenstillstände geschlossen und jetzt den Frieden auf für Dänemark ehrenvolle Bedingungen angeboten: dieses wollte nicht darauf eingehen. Wenn die Großmächte Dänemark gegen die Herzogtümer mit den Waffen unterstützten, so könne der König hier nicht gegen ganz Europa kämpfen; er würde dann seine Truppen vollständig herausziehen. Aber den Kaiser bitte er, das ursprüngliche Verhältnis der Herzogtümer zu ihrem Herzog-König und die Uebergriffe einer revolutionären dänischen Partei nicht zu übersehen. Es sei dies ein giftiges Messer, welches den, der es brauche, selbst verletze." [1]) Unter dem Druck der russischen Forderungen schloß er am 2. Juli 1850 den Frieden mit Dänemark ab, hierzu noch besonders getrieben durch das Anerbieten des Präsidenten Louis Napoleon, ihm gegen deutsche Gebietsabtretung bei einem Kampfe gegen Rußland behülflich zu sein. Sein deutsches Herz und sein Traditionsgefühl für die russische Freundschaft empörten sich gegen ein solches Ansinnen des Sohnes der Revolution. Mithin gab es für ihn nichts Eiligeres, als durch einen schnellen Friedensschluß von dieser unseligen dänischen Sache loszukommen, die ihm schon eine Kette von Leid bereitet hatte und ihn jetzt in die schwersten Gewissenskonflikte zu bringen drohte. Einmal falsch angefangen konnte diese Sache gar nicht anders ohne die größte Gefahr für Preußen erledigt werden. Als nun aber im September 1850 Oesterreich mit den wieder in den Bundestag eingetretenen Staaten in Holstein zu intervenieren ankündigte, wurde der König nachdenklich, und Radowitz erklärte am 21. Oktober dem österreichischen Gesandten Graf Buol gerade heraus, Preußen würde diese Intervention des Bundestages nicht dulden. Also wie in der hessischen Sache auch hier ein ängstliches Festhalten an der in den letzten Zügen liegenden Union auf die Gefahr eines europäischen Konfliktes hin. Durch Warschau und Olmütz wurden auch diese Gedanken erstickt.

---

[1]) Sybel I, 383 f.

Nach Olmütz begann sich Friedrich Wilhelm wieder mehr mit den Angelegenheiten seines eigenen Staates zu beschäftigen. Die drei Jahre des Kampfes für die deutsche Idee mit ihren furchtbaren Erschütterungen lagen seitdem so gänzlich hinter ihm, als wären sie ein böser Traum gewesen. Wirft man ihm vor, daß er mit seinem Radowitz zu sehr im Reiche der Phantasie geschwelgt habe und darum die erlebten grausamen Enttäuschungen unausbleiblich gewesen seien, so ist dieser Vorwurf gewiß begründet. Es darf auf der anderen Seite aber auch nicht vergessen werden, daß die hochangelegten patriotischen Männer der Paulskirche ebenso sehr den Boden der nüchternen Wirklichkeit verkannt haben. Nicht mit Unrecht, wenn auch mit einiger Schärfe, hat man die von ihnen aufgebaute Verfassung neuerdings ein „Wolkenkuckucksheim" genannt [1]).

---

[1]) Max Lenz, Die großen Mächte. Deutsche Rundschau, März 1900, S. 434.

V.

Inneres Landesregiment seit Erlaß der Verfassung.

Der Gang der preußischen Landesangelegenheiten wurde bestimmt durch die am 5. Dezember 1848 oktroyierte Verfassung. Wir wissen, daß sie dem König in vielen Stücken nicht zusagte. Auch nach ihrer Revision durch eine überwiegend konservative Kammer, die auf Grund des am 30. Mai 1849 von ihm erlassenen Dreiklassenwahlsystems infolge thörichter Stimmenthaltung der Liberalen zu stande gekommen war, behagte sie ihm noch nicht, und es war ihm ein schrecklicher Gedanke, das Gesetz zu beschwören, was die Minister von ihm verlangten. Im Grunde war ihm das ganze Konstitutionswesen nach wie vor zuwider und je eher je lieber dachte er die Verfassung zu beseitigen, um seinem Volke ganz andere Freiheiten zu gewähren, als sie in dem „lügenhaften" Konstitutionssystem enthalten seien. Mußte er sie beeidigen, so war er gebunden und alle seine Hoffnungen, sein Preußen nach seiner Weise zu beglücken, waren vorbei. Die Minister, besonders Brandenburg und der Kultusminister v. Ladenberg, hielten aber den Eid für durchaus notwendig wegen der sonst möglicherweise entstehenden Verwirrung und Unsicherheit. In seiner Gewissensangst kam ihm nun die Camarilla zu Hilfe. Es war der Kabinettsrat Niebuhr, der am 21. Dezember 1849 eine Denkschrift einreichte, in der dem Könige geraten wurde, bei dem Schwur auf die Verfassung diese zu spalten, dadurch, daß er die Beschwörung großer Teile hinausschob, insbesondere

mit Rücksicht auf die noch im Fluß befindlichen deutschen Dinge. Es entspann sich darüber ein zweimonatlicher aufreibender Kampf zwischen dem König, seinen Ministern und den sonstigen Ratgebern. Unter diesen machte sich zu Gerlachs Verdruß damals zuerst der Leiter des Taubstummenwesens, Geheimrat Sägert, bemerkbar, der durch den Kämmerer Schöning in die Nähe Friedrich Wilhelms gebracht wurde und der durch ein geschicktes Eingehen auf das Wesen des Königs einen merkwürdigen Einfluß auf ihn gewann. Sägert gab ihm den Gedanken ein, daß die Kammern durch ihr eigenes Verhalten einen Staatsstreich provozieren könnten und daß dann ein Zurückgreifen auf den Vereinigten Landtag möglich würde. Hatte Friedrich Wilhelm es doch, wie er es einmal seinem Neffen, dem Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin schrieb[1]), wohlweislich vermieden, die Auflösung der alten ständischen Verfassung auszusprechen. „Man kann nicht wissen, wozu das einmal gut sein kann. Das Zerstören ist so leicht, das Zerstörte wird aber oft vergeblich zurückgewünscht.“ Rege Thätigkeit als Mitglied der Camarilla entwickelten auf der andern Seite in dieser Sache Herr v. Kleist-Retzow und Ludwig v. Gerlach. Wieder auf anderer Seite tauchte der Bankier David Hansemann mit einem ganz selbständigen Verfassungsentwurf auf. Er wurde deswegen vom König empfangen. Sein Plan fiel jedoch unter den Tisch. Auch der ehemalige Minister Camphausen spielte hier abermals eine Rolle. Der geschäftskundige patriotische Mann redete eindringlich einer Verständigung das Wort und meinte in einem Briefe an den König[2]), seine Hoffnung, daß eine solche zu stande kommen würde, „gründete sich darauf, daß ich der obwaltenden Divergenz die Bedeutung eines gouvernementalen oder gar sittlichen Prinzips durchaus bestreite.“ Freimütig erklärte er, da er zu erkennen glaubte, daß er sich in seinen Erwartungen geirrt hätte: „Verzeihen Euere Majestät diese Worte, sie sind wie die Leichenrede auf eine gestorbene Hoffnung, die Euere Majestät mich

---

[1]) Am 7. Januar 1849. Vgl. L. v. Hirschfeld, Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin I, 288.

[2]) Vom 17. Januar 1850. Bei G. in Abschrift.

ins Grab zu legen anweisen. Möge Gott Euerer Majestät Entschlüsse lenken zum Heil des Hauses Hohenzollern und des lieben Preußenlandes.“ In der vorausgegangenen Audienz am Tage vorher hatte Friedrich Wilhelm gegen Camphausen geäußert, er sei bereit die Idee des Oberhauses, mit der er sich besonders gern beschäftigte und die seine Lieblingsidee wurde, fallen zu lassen, wolle dann aber auch nicht die Verfassung beeidigen[1]). In einem Schreiben an Manteuffel machte Camphausen seinen bedrängten patriotischen Gefühlen Luft mit den Worten: „Es wäre entsetzlich, an den Eingangspfeilern zum Hafen zu scheitern.“[2]) Die Minister wußten, wie sie sich zu helfen hatten. Sie riefen Radowitz herbei. „Wie einen Kettenhund ließen sie noch zuletzt Radowitz auf mich los,“ hat Friedrich Wilhelm nachher gesagt[3]). Es gab eine furchtbar erregte Debatte, wie der im Vorzimmer befindliche Gerlach durch die Thür hörte. Der König geriet immer mehr in Aufregung und Zorn gegen seine Minister, die, wie er äußerte, auf alles, was er von ihnen verlangte, mit dem Abschiedsgesuche antworteten und sonst „Nein! Nein! Nein!“ sagten. Mit Radowitz setzte sich Leopold Gerlach lebhaft auseinander, da er bestrebt war, dem König den Eid durch Einschränkungen zu erleichtern. Radowitz verteidigte sich wegen seines Eingreifens: „Ich werde den Augenblick segnen, der mir gestattet, mit freiem Herzen aus dem politischen Treiben gänzlich auszuscheiden; solange aber der König meinen Rat verlangt, muß und werde ich ihn so geben, wie Gewissen und Vernunft es mir gebieten, und dabei nicht beachten dürfen, ob dieser Rat einer Parthey zusagt, deren Personen mir zum Teil ebenso tief im Herzen wohnen, als ich ihre verhängnisvolle Wirksamkeit beklage.“[4]) Namentlich sein Einfluß war es, daß von den 17 Einschränkungsvorschlägen, zum Teil sehr weitreichender Natur, durch die der König seine Stellung stärken wollte, und die dieser in seiner Botschaft vom 7. Januar den

[1]) Die Worte „auch nicht“ sind bei G. I, 411 ausgefallen.
[2]) Auszug bei G.
[3]) G. I, 429.
[4]) Schreiben an Leopold Gerlach 28. Januar 1850. Nach der Urschrift.

Kammern vorlegte, der größte Teil gestrichen wurde. „Wenn die Kammern (wie es vor sechs Tagen unzweifelhaft war), die königliche Botschaft verwerfen," schrieb er an Gerlach, „so erblicke ich hierin das größte Unglück, was gegenwärtig über das Land kommen könnte, ein Ereignis, das, soweit menschliche Voraussicht reicht, die moralische Existenz meines Königs vernichtet."[1]) So kam am 6. Februar 1850 der Schwur auf die am 31. Januar gegebene Verfassung zu stande. Trotzdem die Minister heftig widerstrebten, setzte Friedrich Wilhelm es wenigstens durch, daß er, um der feierlichen Handlung eine erhöhte Weihe zu geben, eine Rede hielt, in der er die Urkunde bestätigte, weil er es „in Hoffnung" könne, und in der er in ernsten Worten einen Appell an die Volksvertretung richtete, ihm das Regieren mit der Verfassung möglich zu machen. Sie ist sein eigenstes Werk, obwohl Radowitz an der Fassung mitgearbeitet hat[2]), und gehört zu seinen besten Leistungen. Hier war er ganz König, und der feierliche Akt verfehlte daher auch nicht guten Eindruck zu machen. Selbst so kritische Köpfe wie Ludwig Gerlach waren dabei aufs höchste imponiert von dem Könige.

„Meine Herren!" hub der König an, „Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Was Ich sagen werde, sind Meine eigensten Worte, denn Ich erscheine heute vor Ihnen, wie nie zuvor und nie hernach. Ich bin hier, nicht um die angeborenen und ererbten heiligen Pflichten des königlichen Amtes zu üben (die hoch erhaben sind über dem Meinen und Wollen der Parteien); vor allem nicht gedeckt durch die Verantwortlichkeit Meiner höchsten Räte, sondern als Ich selbst allein, als ein Mann von Ehre, der sein Teuerstes, sein Wort geben will, ein Ja, vollkräftig und bedächtig. Darum Einiges zuvor. — Das Werk, dem Ich heut Meine Bestätigung aufdrücken will, ist entstanden in einem Jahre, welches die Treue werdender Geschlechter wohl mit Thränen, aber vergebens wünschen wird, aus unserer Geschichte hinauszubringen. In der Form, in der es Ihnen vorgelegt worden, ist es allerdings das Werk

[1]) a. a. O.
[2]) G. I, 428.

aufopfernder Treue von Männern, die diesen Thron gerettet haben, gegen die Meine Dankbarkeit nur mit Meinem Leben erlöschen wird. . . . Ich darf dies Werk bestätigen, weil Ich es in Hoffnung kann. Das erkenne Ich mit allerwärmstem Danke gegen Sie, Meine Herren, und Ich spreche es gerührt und freudig aus, Sie haben den Dank des Vaterlandes verdient. Und so erklär' Ich, Gott ist deß Zeuge, daß Mein Gelöbnis auf die Verfassung treu, wahrhaftig und ohne Rückhalt ist. Allein, Leben und Segen der Verfassung, das fühlen Ihre und alle edlen Herzen im Lande, hängen von der Erfüllung unabweislicher Bedingungen ab.

„Sie, Meine Herren, müssen Mir helfen und die Landtage nach Ihnen, und die Treue Meines Volkes muß Mir helfen wider die, so die königlich verliehene Freiheit zum Deckel der Bosheit machen und dieselbe gegen ihren Urheber kehren, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit; wider die, welche diese Urkunde gleichsam als Ersatz der göttlichen Vorsehung, unserer Geschichte und der alten heiligen Treue betrachten möchten; alle guten Kräfte im Lande müssen sich vereinigen in Unterthanentreue, in Ehrfurcht gegen das Königtum und diesen Thron, der auf den Siegen Unserer Heere ruht, in Beobachtung der Gesetze, in wahrhaftiger Erfüllung des Huldigungseides, sowie des neuen Schwurs . . . mit einem Worte: seine Lebensbedingung ist die, daß Mir das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde, — denn in Preußen muß der König regieren, und Ich regiere nicht, weil es also Mein Wohlgefallen ist, — Gott weiß es! — sondern weil es Gottes Ordnung ist; darum aber will Ich auch regieren! — Ein freies Volk unter einem freien Könige, das war meine Losung seit zehn Jahren, das ist sie heute und soll es bleiben, solange Ich atme.

„Ehe ich zur Handlung des Tages schreite, werde Ich zwei Gelöbnisse vor Ihnen erneuern. Das gebietet Mir der Blick auf die zehn verflossenen Jahre Meiner Regierung.

„Zum ersten erneuere, wiederhole und bestätige Ich feierlich und ausdrücklich die Gelöbnisse, die Ich vor Gott und Menschen

bei den Huldigungen zu Königsberg und hier geleistet habe! — Ja! Ja! — Das will Ich, so Gott Mir helfe!

„Zum zweiten erneuere, wiederhole und bestätige Ich feierlich und ausdrücklich das heilige Gelöbnis, welches Ich am 11. April 1847 ausgesprochen: ‚Mit Meinem Hause dem Herrn zu dienen.‘ Ja! Ja! — Das will Ich, so Gott Mir helfe! — Dies Gelöbnis steht über allen anderen, es muß in einem jeden enthalten sein und alle anderen Gelöbnisse, sollen sie anders Wert haben, wie lauteres Lebenswasser durchströmen.

„Jetzt aber und indem Ich die Verfassungsurkunde kraft königlicher Machtvollkommenheit hiermit bestätige, gelobe Ich feierlich, wahrhaftig und ausdrücklich vor Gott und Menschen, die Verfassung Meines Landes und Reiches fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit ihr und den Gesetzen zu regieren. — Ja! Ja! — Das will Ich, so Gott Mir helfe!

„Und nun befehle Ich das bestätigte Gesetz in die Hände des allmächtigen Gottes, dessen Walten in der Geschichte Preußens handgreiflich zu erkennen ist, auf daß er aus diesem Menschenwerke ein Werkzeug des Heils machen wolle für unser teures Vaterland: nämlich der Geltendmachung Seiner heiligen Rechte und Ordnungen! — Also sei es!"

Man konnte zweifelhaft sein, ob die der belgischen nachgebildete preußische Verfassung wirklich gutzuheißen war, ob die Minister recht daran thaten, einen solchen Druck auf den König auszuüben. Daß Radowitz hier eine Verständigung ermöglichte, ist ihm zum Verdienst anzurechnen, weil ein abermaliges Zerwürfnis des Königs mit seinem Volke in der That die schlimmsten Folgen nach sich ziehen konnte. Es sollte sich hier wie so oft bald zeigen, daß es in dem Leben der Völker nicht so auf die geschriebene Verfassung ankommt, nicht so auf das Kleid, in dem die Nationen sich bewegen, als auf den Geist, der das Ganze erfüllt, wie vor allem die glorreiche Geschichte der Niederlande mit ihrer chaotischen Verfassung gelehrt hat. Die Stellung des Königtums war wenigstens in der neuen Verfassung einigermaßen gesichert, was für Preußen die Hauptsache war,

und Friedrich Wilhelms Hauptaugenmerk war es seitdem, zu thun, was im Rahmen dieses Gesetzes möglich war, um seine Macht zu verstärken. Das Walten Gottes in der Geschichte Preußens, auf das der König in seiner Rede hinwies, hat sich auch wieder bei dieser Verfassung handgreiflich gezeigt, indem sich trotz aller Bedenken, die gegen sie geltend gemacht werden konnten, allmählich zeigte, daß mit ihr auszukommen war.

Friedrich Wilhelm freilich hat sich nie mit ihr befreunden können. Es lastete stets ein dumpfer Groll auf ihm gegen alle seine Ratgeber, die ihn zur Beeidigung gedrängt hatten. Er verbiß sich so in diesen Zorn, daß er auch Gerlach dafür verantwortlich machte, obwohl dieser wie Niebuhr und Rauch ihm durch möglichst weitgehende Einschränkungen zu Hilfe zu kommen gesucht hatten. Ihm kam es vor, als wenn durch die Verfassung alles Bestehende chemisch zersetzt würde[1]. „In einigen Jahrzehnten ist bei ihrem Bestehen das Land ruiniert," weissagte er[2]. Leise regten sich bei ihm auch wiederholt Gedanken, die dahin gingen, daß die Minister statt seiner mit der Verfassung „abfahren" müßten[3], da mit ihr nicht zu regieren sei. „Wozu ist sonst diese ihre nichtsnutzige Verantwortlichkeit," zürnte er. So würde praktisch dem Volke gezeigt, daß es noch Dinge gäbe, die höher stünden als die Verfassung. Dies ist eine der interessantesten Erscheinungen. Hier erwog der gewissenhafteste aller Monarchen, wenn auch nur vorübergehend, das nach seiner Meinung bedrohte Dasein seines Staates durch eine flagrante Verletzung des Sittengesetzes zu retten, wenn er auch die Verantwortlichkeit seinen Ministern aufbürden wollte; und sein getreuer Wächter, Leopold Gerlach, der sonst nicht oft genug den Grundsatz im Munde führen konnte: „Du sollst nicht Böses thun, damit Gutes daraus werde," ein Wort, das besonders Bismarck von ihm zu hören bekam, stimmte seinem Herrn hierin durchaus bei. Es kann nicht klarer bewiesen werden, daß auch die grundsatzfestesten Menschen in der Politik zu Konflikten mit dem Sitten-

---

[1] G. I, 500.
[2] G. I, 789.
[3] G. I, 487, 496.

gesetz gedrängt werden und eine an sich unsittliche That plötzlich mit Fug und Recht für eminent sittlich halten müssen. Allerdings war es sehr fraglich, ob hier der Verfassungsbruch gerechtfertigt war, und Friedrich Wilhelm ließ den gelegentlich geäußerten Gedanken denn auch bald fahren und sprach sich sehr scharf gegen etwaige derartige Erwägungen aus[1]). Seinen besonderen Zorn erregte die Kreuzzeitung und deren Herausgeber Wagener, als der König den Verdacht hegen zu müssen glaubte, daß sie auf einen Staatsstreich hinarbeite[2]). Ein andermal erklärte er es für „Hochverrat" von Manteuffel und Brandenburg, daß sie ihn zur Beeidigung gezwungen hätten. Jetzt müsse diese schändliche Verfassung, diese Vorsehung zwischen König und Unterthanen, wie ein Kadaver erhalten werden. Er sei aus einem Stücke und würde seinem Versprechen nicht untreu werden[3]).

Der Minister, der dem Könige seit den Olmützer Tagen am meisten zur Seite gestanden hat und dessen Name daher mit der Geschichte Preußens in jenen Jahren unauflöslich verknüpft ist, war der Freiherr Otto v. Manteuffel. Er ist nie ein Vertrauter des Königs gewesen, aber er hat auf ihn doch großen Einfluß gewonnen durch seine Gewandtheit und Geschmeidigkeit, sowie durch sein Eingehen auf des Königs Gedanken und später auch durch seine große Fügsamkeit. In seinem Anpassen an Friedrich Wilhelms Eigenart und auch in seiner Treue gleicht er Radowitz. Von ihm unterschied er sich sehr wesentlich durch eine erschreckliche Nüchternheit und Temperamentlosigkeit, aber auch durch großen Sinn für die Realitäten, obwohl ihm jegliche Kraft abging. Von der Camarilla trennte ihn eine weite Kluft. Er hatte wenig mit deren tiefinnerlicher Frömmigkeit und ihrer Prinzipienreiterei gemeinsam. Gerlach war nur zu oft in einer gelinden Aufregung über ihn. Er sah in ihm eine „Amphibiennatur", die durch ihre kühle Gelassenheit zur Verzweiflung bringen konnte. Nicht zum wenigsten verdroß ihn außerdem der Klüngel von Juden und anderen weniger vertrauenswürdigen

---

[1]) G. I, 579.
[2]) A. 9. Mai 1851. Warum kein wörtliches Zitat?
[3]) G. I, 670, 708.

Männern, mit denen sich der Minister umgab, der durch die Namen Quehl, Pinto, Joel Jacobi, Malmène, Philipsborn, Spiegelthal, Levinstein bezeichnet wird. Alle diese Männer hatten nach der einen oder anderen Seite Einfluß auf Manteuffel oder doch weitgehenden Zutritt zu ihm. Trotzdem hat Gerlach ihn stets gehalten, weil er ihn für unentbehrlich für Preußens Wohlfahrt hielt, weil er keinen besseren Minister für seinen König wußte. Auch dann noch hat er ihn gehalten, als es ihm fast zur Gewißheit wurde, woran er nicht glauben wollte, daß dieser Minister seine Stellung dazu gebrauchte, um an der Börse zu spielen, wieder ein Beweis, daß auch er trotz seiner ängstlichen Gewissenhaftigkeit unter Umständen nicht umhin konnte, gegen den Grundsatz zu handeln: „Man muß nicht Böses thun, damit Gutes daraus werde,“ wenn es sich eben um das Interesse des Landes handelte. Auch seine sehr verdächtige Teilnahme an dem ihm zugefügten Briefdiebstahl hat Gerlach den Minister nicht entgelten lassen[1]). Einen der Hauptdifferenzpunkte zwischen Gerlach und Manteuffel bildete die Stellung zu Napoleon. In dieser Frage war Gerlach der allerschlimmste Doktrinär. Manteuffel dachte hingegen hier realpolitisch. Er rechnete mit Napoleon. „In unserer an Redensarten reichen Zeit kommt es nicht auf ein Wort an, wohl aber auf Macht,“ hat er einmal an Gerlach mit Bezug auf die Haltung gegen Napoleon geschrieben[2]). Seine Fischblütigkeit, sein geringes Engagieren für die Dinge, sein Zweifeln an festen Wahrheiten im politischen Leben reizte nicht nur Gerlach, sondern auch den König, der über seine unüberwindliche Gleichgültigkeit öfters klagte. Stolberg nannte ihn das „chronische Uebel“[3]). Der Prinz von Preußen und noch mehr dessen Gemahlin haßten, die Liberalen verwünschten ihn. Er aber hat zehn Jahre in der Bresche ge-

[1]) Der Urheber des Briefdiebstahls war Manteuffel nicht, wie Gerlach II, 758, auf das Ehrenwort des Ministers gestützt, bei Rekapitulation der ganzen widrigen Sache, die sich durch mehrere Jahre hinzog, feststellt. Demgemäß ist Fürst Bismarcks Angabe in den G. u. E. I, 115 zu berichtigen.

[2]) G. I, 751.

[3]) A. 7. März 1855.

standen und acht Jahre vornehmlich auf seine schwachen Schultern ein Maß von Odium genommen, das er im Grunde nicht verdiente. Er ist vielmehr trotz mancher unsympathischen Seiten, die er hat, zu den wahrhaft verdienstvollen und treuen Ratgebern des preußischen Königtums zu zählen, nicht zuletzt, weil er dadurch, daß er sich möglich zu machen und seinen Herrn zu behandeln wußte, eine größere Stetigkeit in die Politik brachte und weil er insbesondere durch Herbeiführung jener nach Jahrzehnten durch den Sturz Bismarcks so berühmt gewordenen Kabinettsordre vom 8. September 1852 eine feste und glückliche Organisation des Ministeriums schuf. Sein Verdienst hat Friedrich Wilhelm wohl gefühlt. Als Manteuffel seine Stellung einmal durch Graf Albert Pourtales gefährdet sah, beruhigte ihn Friedrich Wilhelm mit den Worten: „Sagen Sie ihm, daß Sie mir große Dienste geleistet und ich vieles mit Ihnen durchgemacht hätte, aber nicht so mit ihm."[1]) Und trotzdem er wußte, daß Manteuffel die öffentliche Meinung gegen sich hatte und er nicht gern etwas that, wodurch er diese reizen konnte, hat er ihn auch durch hohe äußere Ehren ausgezeichnet.

Nur mit einigem Widerstreben ging der König indes daran, ihm nach einem kurzen Interimistikum, während dessen Ladenberg die Geschäfte führte, mit der Ministerpräsidentschaft das Auswärtige zu übertragen. War es doch gerade Manteuffel unter den Ministern gewesen, der Radowitz die meisten Schwierigkeiten gemacht hatte, da er der einzige Mann in diesem Kollegium war, der sich durch Radowitz nicht fascinieren ließ. Später hat er sogar den zeitweiligen Ausschluß Radowitzens von den Hoffesten durchgesetzt, was selbst Gerlach zu weit ging[2]). Mehr als zwölfmal hatte die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms gewechselt, ein Beweis, wie außerordentlich viel Kräfte der König verbrauchte; jetzt kam endlich einige Stetigkeit in dies Fach und in die Geschäfte überhaupt. Der Plan des Königs war darauf gerichtet, beharrlich den Verkehrtheiten des Verfassungsgesetzes zu

---

[1]) G, II, 117.
[2]) G. II, 4.

Leibe zu gehen und es unausgesetzt zu reformieren. Er hoffte auch, daß die Kammern ihn selbst eines schönen Tages um Beseitigung der Verfassung bitten würden. „Dann werde ich meinem Volke einen Freibrief geben, einen Ausfluß der königlichen Macht, der mehr Freiheiten enthalten wird als diese Verfassung und so das, was ich immer gewollt habe, ‚freie Fürsten und freie Völker‘ in Wahrheit realisieren.“[1]) Als Helfershelfer bei diesem Unternehmen wurden zwei Männer der äußersten Rechten herangeholt, Herr v. Westphalen, der das Ministerium des Innern erhielt, und Karl v. Raumer, der die geistlichen Angelegenheiten übernahm. Der König fühlte sich höchlichst befriedigt durch diese Wahl, da er in dem wackeren Westphalen, dem Enkel des Ratgebers Ferdinands v. Braunschweig im Siebenjährigen Kriege, ein äußerst gefügiges Werkzeug für seine ständischen Pläne und in Raumer eine seiner religiösen Gesinnung nahestehende Persönlichkeit fand. Wenigen Leuten hat der König so zu imponieren verstanden wie Westphalen. Ganz entzückt meinte dieser wohl nach einer im Ministerrate gehaltenen längeren Rede seines Herrn, er wünschte jedes Wort gedruckt und er dächte die ganze Nacht daran.

Noch war der Rückzug aus der Radowitzschen deutschen Politik zu bewerkstelligen, der in den Dresdener Konferenzen um die Wende des Jahres anzutreten begonnen wurde, zu denen sich neben Manteuffel diesmal Graf Alvensleben als Unterhändler schicken ließ. Der König hat gegen diese ganzen Verhandlungen, die mit einer für Preußen nach dem Vorausgegangenen noch leidlich ehrenvollen Rückkehr zum Jammer des Bundestages — es war ja kein anderer Ausweg möglich — endeten, ziemliche Gleichgültigkeit an den Tag gelegt, immer noch den stillen Groll im Herzen wegen Radowitzens Sturz, und darum nach alter Methode sich effazierend. Er konnte jedoch schließlich nur die Geschicklichkeit seiner Unterhändler anerkennen und dachte wieder daran, Alvensleben dauernd zu verwenden, indem er ihm die Bundestagsgesandtschaft antrug. Dazu wollte sich aber „der alte Lerchenfresser“, wie ihn Friedrich Wilhelm zu nennen pflegte, auch jetzt nicht verstehen.

---

[1]) G. I, 708.

Mit seiner Gemahlin freute sich der König, wie die königliche Gewalt sichtlich nach und nach wieder erstarkte, und wenn einmal allerlei Gerüchte von beabsichtigten Mordversuchen gegen ihn herumgingen, so bekam er es fertig, in aller Gemütsruhe darüber zu scherzen: Er hätte sich die Reihenfolge berechnet, auf den Mörder in Uniform folge immer einer in Livree.

Am meisten Hoffnungen zur Festigung seiner eingeengten Gewalt setzte er auf die Bildung des Oberhauses an Stelle der ersten Kammer der Verfassung. Schon Anfang Januar 1850 hat er seinen Plan, die weitere Entwickelung der Herrenkurie des Vereinigten Landtages, in einem Entwurf auseinandergesetzt. Danach sollte sie aus folgenden Klassen bestehen: einer erblichen Pairie, von dem Könige zu ernennenden Mitgliedern, aus von Korporationen zu wählenden Abgeordneten und aus Vertretern der Städte und Universitäten. Ihm schwebte dabei England vor. Zu seinem Kummer mußte er es erleben, daß seine Getreuesten seinen Ideen in dieser Sache nicht beipflichteten. Julius Stahl trat ihm mit einem Rechtsgutachten entgegen. Gerlach geriet in eine komische Verzweiflung. „Wenn ich oft solche Reden höre, so werde ich selbst noch konstitutionell,“ schrieb dieser leidenschaftliche Anwalt des ständischen Wesens in sein Tagebuch. „Wo will der König sein Herrenhaus hernehmen mit seinen achtzehn Standesherren und zehn Prinzen, und was für Leute sind unter diesen Standesherren!“ Stahls gewichtige Autorität meinte Friedrich Wilhelm leichthin abfertigen zu können, indem er äußerte, er gäbe auf dessen Ansicht nichts, Stahl ließe sich von den märkischen Junkern einnehmen, und diese haßten den hohen Adel. Ueberhaupt kam er bei diesen Herrenhausprojekten immer mehr in einen Zorn gegen seine Junker hinein. „Mein niederer Adel will mich beherrschen, wie er es mit dem Kurfürsten Joachim gethan,“ äußerte er gelegentlich im höchsten Grimme. Ja, er schmeichelte sich mit dem Gedanken, daß ihm die Opposition der Junker in dieser Sache unter Ludwig Gerlachs Anführung im Lande Vorteil brächte. „Durch meinen Widerstand gegen die Junker bin ich in der Meinung der Nation gestiegen und sie sind gefallen. Glauben Sie das nicht?“ hat er zu Leopold Gerlach gesagt. Am rich-

tigsten, weil am wenigsten tragisch, nahm von ihnen Bismarck den Gedanken des Königs, indem er im Januar 1852 erklärte, die Minister sollten ruhig, wenn der König darauf bestände, das neue Gesetz einbringen und sich „abstimmen" lassen, dann aber durchaus nicht die Kammern auflösen. Das Projekt hätte damit möglicherweise begraben werden können, da der König selbst bei seiner Kampfesscheu auch nicht zur Auflösung schreiten mochte. Im Laufe der Begebenheiten gewann der König sogar Bismarck für seine Ansicht. Ein launiger Brief an den Bundestagsgesandten über die „schmutzigen Intriguen räudiger Schafe aus der Rechten und stänkriger Böcke aus der Linken"[1]) giebt davon Kunde, daß er sich hierüber mit ihm zu verständigen gesucht hat, und Bismarck hat thatsächlich mit Erfolg auf seine Parteigenossen eingewirkt. Auch sonst dachte Friedrich Wilhelm dem Trotz seiner Junker schon beizukommen. Er knüpfte mit der neugegründeten Wochenblattspartei v. Bethmann-Hollwegs und des Grafen Albert Pourtales, die er anfänglich wegen der von ihr in die Reihen der Rechten getragenen Spaltung scharf getadelt hatte, an, und ließ ihr sagen, sie hätte jetzt Gelegenheit, das wieder gut zu machen, was sie gefehlt. Am 30. Januar 1852 empfing er drei Parteihäupter, Hollweg, Stahl und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Kleist-Retzow in Audienz, die mehrere Stunden währte, in denen der König meist allein sprach und seine Ideen entwickelte. Allmählich erkannte man mit Staunen, daß er trotz aller Hindernisse doch seinem Ziele immer näher kam. Das war ja öfter schon der Fall gewesen, daß seine Zähigkeit den Sieg davontrug. Aber die Thatsache machte doch auch bei denen, die ihn am besten kannten, immer aufs neue einen tiefen Eindruck. Schon im Februar 1852 wurde es Gerlach klar, wie sein Herr allmählich siegreich vordrang. „Merkwürdig ist doch, daß der König die Hauptsache von dem, was er gewollt, wahrscheinlich durchsetzen wird," schrieb er damals. Auch den Ministern hielt der König stundenlange Vorträge über diese seine Lieblingsidee, wobei er dann zuweilen in einen solchen

---

1) G. u. E. I, 140.

Eifer geriet, daß nicht nur ihm, sondern auch den Zuhörern ganz heiß wurde. Westphalens bureaukratische Pedanterie und Langsamkeit war die Ursache, daß die Fertigstellung des Gesetzentwurfes, trotz allen Eifers, den der Minister dabei an den Tag legte, sich in die Länge zog und dadurch die ganze Angelegenheit verzögert wurde. Aber am Ende wurde der Plan ungefähr so, wie ihn der König von Anfang an sich gemacht hatte, volle Wirklichkeit (Oktober 1854). Wie es Friedrich Wilhelm einst auf kirchlichem Gebiete durch die Gründung des Bistums Jerusalem gelungen war, sich praktisch als Restaurator zu bethätigen, so zeigte er sich diesmal auf dem rein politischen Boden als gelehriger Schüler Hallers. Wollte man aber annehmen, daß der König nach Vollendung des Herrenhauses mit der Verfassung zufrieden gewesen wäre, so würde man sehr irren. Bis zuletzt hat er sich mit seinen ständischen Ideen getragen und bis zuletzt gehofft, seinem Volke seinen Freibrief gewähren zu können. —

Neben den Verfassungsangelegenheiten traten die kirchlichen Dinge jetzt wieder mehr in den Beschäftigungskreis des Königs. Hier glaubte Friedrich Wilhelm noch ganz der Herr zu sein. Wieder gab die rheinische Kirchenordnung den Anlaß zu lebhaften Erörterungen über die kirchlichen Einrichtungen, und dabei zeigte es sich, daß Friedrich Wilhelm nicht einen einzigen seiner alten Gedanken aufgegeben hatte. Noch immer war auch der Hofprediger Strauß sein Berater in dieser Sache, der ganz auf die Ideen des Königs einging. Grimmig hat Gerlach einmal von den geistlichen Ratgebern seines Herrn gesagt, sie seien entweder stumme Hunde oder Schmeichler. Friedrich Wilhelm dachte die rheinische Kirchenordnung bestehen zu lassen, aber ohne ihr seine Bestätigung zu erteilen: „Je mehr verkehrtes Zeug darin stehen bleibt, je mehr Steine werden zu meinem Bau (der wahren apostolischen Kirche) getragen.“ Im Juni 1852 wurde ein Entwurf zu einem Kabinettsbefehl in diesem Sinne aufgesetzt, der in der Folge in Kraft trat und am Rheine nicht wenig Verstimmung erregte. In Bezug auf die apostolische Kirchenverfassung aber meinte Strauß mit beneidenswerter Zuversichtlichkeit: in fünf Jahren würde sie von der ganzen Kirche

angenommen sein[1]). Es blieb jedoch bei den akademischen Erörterungen der großen Pläne. Außer Strauß fand Friedrich Wilhelm allerdings noch bei einem Manne, dem Superintendenten in Treptow a. Rega, Euen, besonderes Verständnis dafür, so daß Raumer daran dachte, ihn in seinem Ministerium anzustellen. Von Euen erklärte der König ausdrücklich, noch niemand habe ihn in der Frage des Episkopalsystems so verstanden wie dieser[2]).

Im Osten seiner Monarchie richtete der König viel Verwirrung an durch sein willkürliches Eingreifen in die überaus zarten dogmatischen Fragen, die die lutherische Konfession von der reformierten trennten. In völligem Gegensatze zu seinem großen Ahn Friedrich, der es einst für zweckmäßig gehalten hatte, in diesen Dingen sein oberstbischöfliches Amt mit möglichster Schonung auszuüben[3]), lebte sich Friedrich Wilhelm in einen besonderen Eifer gegen die Lutheraner hinein, in der guten Absicht, die Union der evangelischen Konfessionen möglichst strikt durchzuführen. Hier war es namentlich eine von dem Präsidenten des 1849 und 1850 geschaffenen und organisierten Evangelischen Oberkirchenrats, v. Uechtritz, am 7. Januar 1853 extrahierte Kabinettsordre, die, anfangs durch entgegenstehende Einflüsse fast noch verhindert, am 12. Juli rechtsgültig wurde und die weitesten Kreise der Geistlichkeit in Pommern und anderswo wegen der darin dekretierten Abendmahlsformel in eine furchtbare Aufregung versetzte. Friedrich Wilhelm verdarb es hierdurch mit vielen der ihm nahestehenden Männer, auch mit Stahl. Am meisten widerstrebte der Kultusminister v. Raumer selbst in dieser Sache den königlichen Plänen. Auch Leopold Gerlach kämpfte lange hiergegen an, aber vergeblich. Friedrich Wilhelm wies ihn stets mit Ueberlegenheit zurück. Auf eine Vorstellung Gerlachs schrieb er ihm im September 1853: „Ueber die lutherischen Bewegungen bin ich ganz entgegengesetzter Ansicht von Ihnen, das wissen Sie. Es ist bei Ihnen ein sehr gefährlicher Irrtum, die Treue zum

---

[1]) G. I, 771.
[2]) A. Oktober 1855.
[3]) R. Koser, König Friedrich der Große I, 14.

Herrn und zum evangelischen Bekenntnisse mit den lutherisch Gesinnten zu identifizieren. Ich finde das Gegenteil. Die alle, die der evangelische Glaube rechtfrei gemacht, sind auf seiten der Union. Daß viele Rationalisten hinterdrein laufen, mag sind[1]), macht mich aber nicht warm. Dagegen sind auf der anderen Seite recht eigentliche falsche Brüder und die gläubigen Führer sind nicht rechtfrei gemacht; ihr Rat verdient Aufmerksamkeit, aber wehe dem, der ihn annimmt, sie sind wie Aegypten das Rohr, das, wenn man sich darauf stützt, einem durch die Hand geht. Denn ‚à la fin des fins', sie glauben Christentum und Kirche zu machen und machen nichts als Sekte!" [2]) Später hat er auch den vielseitigen und arbeitsamen Abeken in diese Unionspläne hineingezogen, indem er ihm liturgische Arbeiten auftrug[3]). Sogar mit seinem früheren Ratgeber Hengstenberg entzweite er sich heftig wegen der Unionssache, da dieser ebenfalls sein Luthertum für bedrängt hielt. Es kam so weit, daß er Hengstenberg sagen ließ, er betrachte ihn als seinen Feind und riete ihm, aus der Kirche auszutreten[4]).

Eine Hinterlassenschaft aus der vormärzlichen Zeit war das nur halb vollendete Ehegesetz. Auch hieran knüpfte der König im Jahre 1854 wieder an, indem er von neuem auf die Civilehe drang und es für notwendig erklärte, daß die evangelischen Pfarrer von dem Zwange befreit würden, Ehen wider ihr Gewissen einzusegnen. Er fand jedoch abermals allgemeinen Widerspruch bei seinen Ministern, zu deren Beratungen wieder Ludwig Gerlach hinzugezogen wurde. Als ein von Raumer vorgelegter Entwurf das Herrenhaus passiert hatte, zog er seine Hand von der Sache, ließ das Gesetz nicht mehr vor das Abgeordnetenhaus gelangen und seine Pläne gänzlich ruhen. Durch einen Zufall wurde er im Frühjahr 1856 aufs neue dazu angeregt, sie aufzunehmen, und berief deswegen eine große Konferenz der Minister und einiger Vertrauter[5]). Mit ge-

---

[1]) So schreibt der König humoristisch.
[2]) G. II, 68.
[3]) Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, 230 f.
[4]) G. II, 265.
[5]) G. II, 409.

wohnter Lebendigkeit entwickelte er in längeren Vorträgen seine Ansichten. Erneuter Widerspruch, erneutes Fallenlassen. Schließlich suchte er wenigstens ein besonderes Gesetz über die Civilehe durchzusetzen (1857). Es gelang ihm jedoch nicht, seine berufenen und unberufenen Ratgeber von deren Zweckmäßigkeit zu überzeugen, so daß, als er erkrankte, dieser heiße Wunsch seines Lebens, Ordnung in die Ehesachen zu bringen, da die hier bestehenden Greuel von ihm schon als Kronprinz für hinreichend erklärt wurden, um seine ganze Regierung zu vergiften, nur sehr teilweise in Erfüllung ging.

In neuen Zwiespalt kam er mit seinem Kultusminister wegen der Behandlung der römischen Kirche. Hier übte Radowitz im Hintergrunde einen unheilvollen Einfluß aus, indem er den König auf den unglücklichen Gedanken brachte, in unmittelbare Verhandlungen mit den katholischen Bischöfen oder dem Papst zu treten, um die Stellung der Katholiken in Preußen in einem Konkordate zu regeln. Radowitz selbst sollte der Unterhändler sein [1]). Raumer stieß mit seiner Ansicht, die Angelegenheit parlamentarisch zu regeln, auf heftigen Widerspruch bei dem Könige. In dem an Radowitz gerichteten Abschiedsbrief hatte die Stelle, wo Friedrich Wilhelm sich auf das gemeinsame Bekenntnis berief, bei der öffentlichen Meinung vielfach die Deutung erfahren, daß der König zum Katholizismus übertreten wolle. Sein Leben lang hat er seitdem unter diesem Verdachte leiden müssen. Der Katholizismus wagte es infolgedessen dreister aufzutreten. Der Graf Joseph Stolberg erklärte in der Kammer als Sprecher der neugebildeten katholischen Fraktion, die Katholiken wären, bis die Kirche volle Rechte hätte, nur gezwungene Preußen [2]). Das war Friedrich Wilhelm denn doch zu arg, und er schrieb dem kecken Ultramontanen einen scharf zurechtweisenden Brief. Trotz des heftigen Widerspruches, den er bei seinem Minister und sonstigen Getreuen gefunden hatte, kam der König auf die Idee der Unterhandlung mit den Bischöfen zurück, weil er meinte,

---

[1]) A. 19. Oktober 1852. Mitteilung Niebuhrs über ein Gespräch mit dem Könige am 18.

[2]) G. II, 9.

daß die in der katholischen Bevölkerung durch mehrere Reskripte Raumers und die parlamentarischen Debatten entstandene Aufregung beschwichtigt würde, wenn man wüßte, daß hier die Dinge in der Schwebe wären. Seiner Arglosigkeit entging es, daß er sich dadurch eine Schraube ohne Ende geschaffen hätte, weil die Bischöfe vom Papst zu immer neuen Forderungen aufgestachelt worden wären, und daß Konkordate mit der katholischen Kirche für eine evangelische Macht stets vom Uebel sind. Der Tod des Generals v. Radowitz scheint diese Konkordatspläne begraben zu haben. Nicht ungeschickt wurde der König in den katholischen Dingen unter anderen von dem Kabinettsrat Illaire beraten. Der Notwendigkeit, daß den Uebergriffen der katholischen Kirche Riegel vorgeschoben werden müßten, konnte er sich zuweilen doch nicht verschließen. So erließ er einen Kabinettsbefehl, nach dem jeder evangelische Offizier, der eine Katholikin heiratete und vor dem katholischen Pfarrer das vom Papste angeordnete eidliche Versprechen abgäbe, seine Kinder katholisch erziehen zu lassen, verabschiedet werden sollte [1]. Als Pius IX. daran ging, das Dogma der unbefleckten Empfängnis zu verkündigen, hat er sich an Bunsen mit Erwägungen gewandt, eine kirchliche Gegenkundgebung zu veranstalten. Bunsen mißbrauchte damals zum hundertstenmal das Vertrauen seines königlichen Freundes, indem er gegen dessen ausdrückliches Verbot diese Absichten vor der Zeit ruchbar werden ließ. Obwohl Friedrich Wilhelm darüber empört war, dachte er doch nicht daran, dies dem Freunde nachzutragen. —

Nach wie vor übte er sein königliches Mäcenatentum. Ja dies gewährte ihm mehr wie je Befriedigung und Zerstreuung, und er flüchtete sich vielleicht, wenn ihm die Politik Sorgen bereitete, zur Unzeit zu diesen Beschäftigungen. Wenn er so in den Tagen, in denen er selbst mit den Getreuen über den Steinschen Antrag in Aufregung war, mit Alfred v. Reumont über die Villa Aldobrandini sprach, wenn er in den Warschauer Tagen mit dem Generaldirektor der Museen Ignaz v. Olfers über Kunstsachen konferierte und am Tage von Olmütz mit Stüler

---

[1] A. 31. Mai 1853.

den Bau der Berliner Schloßkapelle beriet, dann konnten seine Freunde schier in Verzweiflung geraten. Sie legten es ihm als Gleichgültigkeit aus, während er darin auch wohl eine Beruhigung gesucht haben mag. Graf Anton Stolberg, dem er das Hausministerium übertrug, hatte seine liebe Not, um die großen Ansprüche zu erfüllen, die sein Gebieter an die königliche Kasse zur Ausführung seiner Baupläne stellte. So verlangte er einmal, daß Stolberg 500000 Thaler aus der Seehandlung zur Beschleunigung der Bauten leihen sollte, worauf dieser ihm indes erwiderte, er könne nach seinem Gewissen nicht die Hand dazu bieten[1]). Auf der anderen Seite verschmähte es der König für Kunstschöpfungen Geldmittel auf eine Weise zu beschaffen, die sonst gang und gäbe war, ihm indes nicht rein erschien: durch Spielgewinn. So hob er die Aachener Spielbank auf, obwohl dadurch die Mittel für den Ausbau des schönen Rathauses in der alten Kaiserstadt beschränkt wurden. Dem Aachener Reumont schrieb er darüber: „Weniger glücklich als der Wartburg geht es leider dem verhunzten Wunderbau des Aachener Rathauses, da die Mittel fehlen. Ich leide einigermaßen bei der Nachricht, denn die Aufhebung der Spielbank ist die Ursache der Ebbe im Schatze der Stadt. Aber bis zur Reue über diese Maßregel hab' ich mich noch nicht erheben können. Ich hab' es für Pflicht gehalten, den niederdeutschen Fürsten durch Zerstörung dieser Höllen in meinen Landen (auf die jene sich beständig beriefen, wenn man sie von ihnen verlangte) einen Vorwand zu nehmen und ihnen Mut zu guten Thaten zu machen. Leider fürchte ich, daß ich umsonst und vergebens ‚tugendhaft' bin. Aber man muß eben thun, was man kann. Ihren Eindruck von dem ‚grauenvollen Zopf', der des großen Kaisers Münsterbau entstellt, teil' auch ich in schmerzenreichstem Grade. Ihre Phrase darüber hat die Königin und mich zum hellen ‚Beifallslachen' gebracht. O! wer es erlebte, daß dieser Zopf aufgelöst wäre und dem ursprünglichen edlen Fall des Haarwuchses Platz gemacht hätte!"[2]) Mit herz-

---

[1]) A. 10. März 1852.

[2]) Reumont a. a. O. S. 427 f.

licher Freude vollzog er drei Jahre nach den Stürmen des Jahres 1848 am Tage der Thronbesteigung seines großen Ahns die Enthüllung des Friedrichsdenkmals und fand damit Gelegenheit, sein Volk zart, aber doch deutlich an das zu erinnern, was es dem Hohenzollernschen Königtum verdankte. Möge das Denkmal, so sagte er in seiner damaligen Proklamation, „ein Zeichen der Versöhnung für alle und der Umkehr für viele sein.“[1]) Rauch schuf in dieser Zeit noch die Denkmäler Yorcks und Gneisenaus auf dem Platz am Opernhause. Zum Gedächtnis der 475 in den Kämpfen der Jahre 1848 und 1849 gebliebenen preußischen Soldaten errichtete der König im Norden der Hauptstadt im Invalidenpark eine hohe mit einem Adler gekrönte Säule. Auch seinem Grafen Brandenburg gedachte er ein würdiges Denkmal zu setzen und erteilte dazu an Rauch den Auftrag. Aber erst nachdem König und Meister gestorben waren, führte ein Schüler Rauchs dessen Entwurf aus. Im Treppenhause des neuen Museums fand Wilhelm Kaulbach Gelegenheit, in jahrzehntelanger Arbeit seine mächtigen, tiefdurchdachten, idealistischen Wandgemälde zu schaffen. Infolge seiner künstlerischen Neigungen ward dem Könige der geistvolle Sammler Graf Raczynski ein gern gesehener Gast und Freund. Nachdem ihm die Hohenzollernschen Lande zugefallen waren, förderte Friedrich Wilhelm mit Emsigkeit den Wiederaufbau der Hohenzollernschen Stammburg, dessen Vollendung er auch noch erleben sollte (1854). Das gewaltigste Bauwerk indes, das er auszuführen gedachte, der evangelische Dom in Preußens Hauptstadt, ist, wie die meisten großen Pläne, mit denen sich der König getragen hat, nur ein Phantasiegebilde geblieben. Schinkel, Persius, Albert Schadow, Stüler wurden nacheinander mit den hochfliegenden Ideen des Bauherrn hierüber vertraut gemacht. In diesen Jahren ging hauptsächlich Stüler mit ihm zu Rate, der wie so viele Ratgeber des Königs in Staat und Kirche nicht die nötige, in sich gefestigte Kraft besaß, um der Unternehmungslust seines Herrn die richtigen Grenzen zu ziehen. An Stelle des mittler=

---

[1]) Kurt Merckle, Das Denkmal Friedrichs des Großen in Berlin. Berlin 1894, S. 131.

weile aufgegebenen Basilikenstils, in dem Friedrich Wilhelm wie auch der unermüdliche A. F. v. Quast den Dom anfangs aufzuführen gedachten, arbeitete Stüler den Entwurf eines Kuppelbaues aus. Es kamen schließlich nur die mächtigen Substruktionen zwischen Schloß und Museum zu stande, die riesige Summen verschlangen. Jahrzehnte waren diese modernen Ruinen ein trauriges Denkmal an den hochfliegenden Geist Friedrich Wilhelms, ein Anlaß zum Spott für die Berliner, die meinten, dort wüchse das teuerste Gras. Noch in seiner Krankheit hat sich der König mit dem Dombauprojekt beschäftigt [1]).

In seiner alten Vorliebe für das Ordenswesen, durch die er so viel Anstoß erregt hatte, ließ er sich trotz aller Gegenreden der Minister, die manchmal unleugbar dem Zeitgeist zu sehr nachgaben, nicht erschüttern. So setzte er es schon 1849 gegen Brandenburg durch, daß ein Kapitel des Schwarzen Adlerordens abgehalten wurde. Dies Kapitel sei „statutenmäßig", und da es in Charlottenburg abgehalten würde, könnte es kein besonderes Aufsehen machen. Im nächsten Jahre bewog ihn Brandenburg, beim Ordensfeste das Erscheinen in Civilkleidung zu gestatten. Das that er indes nur, um sich nicht „um eines Rockes willen" die Abstimmung der gerade am Verfassungsabschluß arbeitenden Kammer zu verderben. Das Jahr darauf schuf er den Hohenzollernorden und war zornig, daß Manteuffel mit seinem Ministerium sich dagegen erklärte. „Das ist nichts als Feigheit, denn es ist in den Statuten nicht einmal etwas von Aristokratismus oder Pietismus; das nennt Herr v. Manteuffel mit der Revolution brechen."

Von den deutschen Angelegenheiten lag ihm besonders die Schaffung einer gemeinsamen Flotte am Herzen, und er suchte nach dem Scheitern des Unionswerkes wenigstens dies Unternehmen aus den Trümmern zu retten. So hat er noch im Juni 1851 eine Denkschrift über die Flotte verfaßt, die auf deren weitere Ausbildung hinarbeitete [2]). Schweren Herzens wird

---

[1]) G. II, 588.

[2]) Abgedruckt bei Alfred Zimmermann, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik. Oldenburg 1891, S. 681—685.

er sich im Laufe der Verhandlungen am Bunde in die Unmöglichkeit gefunden haben, auf diesem Gebiete damals etwas Gemeinsames zu schaffen. Er erlebte aber doch die Genugthuung, daß er seinem Staate als greifbarstes Ergebnis der Flottenbegeisterung in dem Jadebusen, auf den das Mitglied der Paulskirche Kerst neuerdings wieder die Aufmerksamkeit gelenkt hatte [1]), 1853 einen Kriegshafen erwerben konnte. Es war die zweite Erwerbung, die er während seiner Regierung machte, zwar nur geringen Umfangs, aber vielleicht wichtiger als der Erwerb der Hohenzollernschen Lande.

In manchen Sachen verriet er auch jetzt noch eine durchaus freiere Auffassung als seine Ratgeber, besonders Raumer. So wünschte er gelegentlich auf Bunsens Empfehlung einen jüdischen Privatdozenten zum Professor befördert zu sehen, obwohl er den Ministern im allgemeinen die Aufrechterhaltung des christlichen Prinzips zur Pflicht gemacht hatte und es Raumer nicht behagte, von diesem Grundsatz eine gelegentliche Ausnahme zu machen [2]). Im Gegensatz zu Raumer verlangte er, daß es dem Privatdozenten Kuno Fischer, dem die venia legendi in Heidelberg entzogen worden war, gestattet würde, in Berlin seine Vorlesungen zu halten [3]). Unglücklicherweise kam er damit zu spät, da Fischer schon nach Jena gegangen war. Ein andermal bestätigte er gegen Westphalens Bericht und gegen die heftigen Vorstellungen Gerlachs großmütig den früheren Präsidenten der preußischen Nationalversammlung Grabow, der die Formel von Gottes Gnaden aus der Verfassung hatte streichen wollen, als Oberbürgermeister von Prenzlau [4]). Noch entschiedeneren Widerstand fand er bei seinem Generaladjutanten, als er dem liberalen Fanatiker Waldeck eine Gehaltserhöhung bewilligen wollte [5]). Er ließ sich aber nicht beirren, hier Gerechtigkeit zu üben. Der General v. Wussow, der einer der ersten Offiziere war, die in den

---

[1]) Zimmermann a. a. O. S. 652.
[2]) G. I, 753.
[3]) A. 17. Oktober 1856. Varnhagen, Tagebücher 13, 258.
[4]) G. II, 338, 339.
[5]) A. 19. Oktober 1855.

Märztagen Civil und die Trikolore angelegt hatten, und der zu denen gehörte, die den verhängnisvollen Befehl am 19. voreilig überbrachten, wurde, als Friedrich Wilhelm schon längst wieder die schwarzrotgoldene Kokarde zum Jubel des weitaus größten Teiles seiner Truppen hatte ablegen lassen[1]), doch noch zum kommandierenden General ernannt. Nur das gelang der Camarilla durchzusetzen, daß er nicht das wichtige Kommando in Posen erhielt; er wurde dafür mit dem Befehl über das pommersche Armeekorps betraut. Wie einst in seiner glücklichen Zeit pflegte er noch den Verkehr mit der nun gealterten und gebrechlich gewordenen Bettina v. Arnim, die ihm mit ihrem Reichtum an Ideen und glücklichen Einfällen verwandt war. Einst hatte er sie mit seiner schönen Bildersprache als die „Rebengeländer-Entsproßne, Sonnengetaufte“ gefeiert[2]). Zur Zeit des badischen Aufstandes verwandte sie sich bei ihm nicht ohne Erfolg für Kinkels Begnadigung. Eins der schönsten Beispiele, wie er es sich angelegen sein ließ, die guten Kräfte seinem Preußen zu erhalten, ist seine Sorge dafür, daß Ranke nicht nach München ging, wie ein Brief von ihm an König Max von Bayern zeigt. Darin schrieb er diesem: „Als ich deinen lieben Brief erhielt, waren etwa 5 Tage verflossen, daß ich mit dem Kultusminister v. Raumer mit großer Beängstigung von Rankes Berufung nach München gesprochen und sein Versprechen empfangen hatte, alles mögliche zu thun, um Fonds ausfindig zu machen zu pekuniären Anerbietungen, die Ranke vielleicht bestimmen könnten, Berlin nicht zu verlassen. Du kannst dir also meinen Schreck denken, als dein Brief mich belehrte, wie diese Berufung recht eigentlich dein Werk sei, und mit welchen lichtvollen und weisen Plänen dieselbe zusammenhänge. Ich hoffe von deinem eigenen Gefühle der Wichtigkeit dieses großen Geschichtschreibers (den ich oft sehe und dessen Konversation und Vorlesungen unsere Abende oft erheitern und verschönern), daß du nicht eine Revokation meiner Aufträge an Minister Raumer verlangen wirst.“ Indem er seine seitdem geübte Zurückhaltung

---

[1]) Vgl. darüber auch Hohenlohe, Aus meinem Leben I, 129.
[2]) Varnhagen, Tagebücher II, 209.

in der Sache betonte, fuhr er fort: „Die Sache schwebt in der Luft wie eine Orchis mit unentfalteter Blüte. Ich weiß durchaus nicht, ob die Blume deine oder meine Farbe tragen wird.“ [1]) Wie man weiß, erlebte er die Genugthuung, daß Ranke sich auch ferner in Berlin fesseln ließ. Bei den gelehrten Gesprächen in Sanssouci oder Charlottenburg, den Stätten, an denen sich der König am liebsten aufhielt, verriet Friedrich Wilhelm eine erstaunliche Vielseitigkeit des Wissens und eine Fülle von Ideen, die seine Freunde immer wieder aufs neue in Erstaunen setzten. Nicht am wenigsten waren es theologische Fragen, auf deren Erörterung er sich gern einließ. Es kam vor, daß er längere Zeit über solche Gegenstände der Einzelforschung, wie z. B. ein Fragment des Irenäus, mit Verständnis zu diskutieren vermochte [2]). Sehr häufig wechselten diese gelehrten Gespräche ab mit heiteren, ja ausgelassenen Unterhaltungen, bei denen sich der König vor Lachen schütteln konnte und auch derben Geschichten seinen behaglichen Beifall durchaus nicht versagte. Der engere Kreis von Getreuen, der das Königspaar umgab, wurde fast zur Familie gerechnet und konnte sich mit großer Ungezwungenheit bewegen. Des Königs Freunde kamen unangemeldet zu den Mahlzeiten. „Aera Sanssouci hatte kein steifes Ceremoniell,“ so äußerten wohl später erlauchte Teilnehmer an diesen Unterhaltungen in wehmütiger Erinnerung an jene einzigartigen Stunden. Recht am Herzen lag dem Könige die chinesische Mission, und mit Freuden verfolgte er die Thätigkeit des Missionars Gützlaff, seines Godislavus apostolus, in dieser Sache. Als der Bischof von Hongkong zum Erzbischof von China ernannt wurde, schrieb er an Bunsen bei Verteidigung seiner apostolischen Kirchenverfassung: „Vergessen Sie nicht, es ist hier vom 3. Teil des Menschengeschlechts die Rede ... Vergessen wir auch nicht, daß ‚wir‘ in China mit einer formidablen Rivalin zu thun haben, mit der römi-

---

[1]) Brief vom 18. März 1853. Mitgeteilt von Heigel in der Historischen Vierteljahrsschrift II, 372.

[2]) Vgl. auch seinen Brief an den Bischof von Jerusalem vom 23. Juli 1851 bei Wagener, Die Politik Friedrich Wilhelms IV S. 99—102.

schen Kirche. Bisher hat sie uns noch überall durch ihre festere Organisation übertroffen." [1])

Wunder nimmt es, daß bei dieser unendlichen Mannigfaltigkeit der Geschäfte der König noch Zeit fand, den Vergnügungen der Jagd nachzugehen, er, dessen Wesen so wenig von dem eines echten Waidmanns an sich hatte. Er nahm regelmäßig an den Jagden in Blankenburg und Letzlingen teil, selbst in aufgeregten Zeiten, wie in den Tagen, da Brandenburg in Warschau war. Freilich fühlte er sich nach solchen Gelegenheiten recht ermüdet.

Die natürliche Folge bei einer solchen Belastung mit Arbeiten, einem solchen Eingehen in Einzelheiten und so vielerlei Zerstreuungen war, daß sein Geist nach wie vor nicht zur Sammlung gelangte, und daß er oft geradezu in einen Bankerott mit seiner Zeit kam. Dann klagte er verzweifelt, daß er zugleich über den Krieg und die Einladung eines Leutnants entscheiden sollte. Dazu gesellten sich durchaus vermeidbare Konflikte, die einen außergewöhnlichen Aufwand von Kraft und Zeit verursachten. So war es eine häufige Erscheinung, daß er über geringfügige Sachen in Streit mit seinen Kriegsministern, wie Strotha und Stockhausen geriet, die sich Wochen hindurch zogen, und bei dem das Unrecht viel mehr auf seiten der Minister als beim Könige lag. Bei der ihm eigenen Reizbarkeit litt dieser schwer unter solchen Verhältnissen. Nachdenklich konnte da Gerlach wohl in sein Tagebuch schreiben: „Zu stande kommt nichts. Das Leben zieht sich nach den Kammern." [2]) „Es liegt mir im Sinn, wie die Aufgaben Preußens immer schwerer werden, ohne daß seine Kräfte, dieser Aufgabe zu genügen, zunehmen." [3])

Ganz anders aber war die Wirkung des königlichen Thuns und Lassens bei denen, die in Rede und Schrift die Wortführer im Lande waren oder sich doch so gebärdeten. Dort übersah man nur zu sehr das Gute, was doch auch diese allerdings allzu

---

[1]) Ranke, Werke 49/50 S. 561.

[2]) G. II, 91.

[3]) G. II, 489.

patriarchalische Regierung in reichem Maße hatte. Es ist sicher während des Regimentes Friedrich Wilhelms mancherlei durch Engherzigkeit verfehlt worden. Doch ist damals unleugbar auch viel geschehen, um das geistige Leben und die wirtschaftlichen Kräfte Preußens zu heben. Sichtlich wurde vor allem das Glaubensleben der Nation gefördert. Gerade das Beispiel des Königs und seiner engeren Getreuen war von großem Segen. Das Familienleben des Herrschers wurde vorbildlich für das ganze Volk. Mit rührender Sorgfalt wirkte er auf die Erziehung der Kinder seiner Brüder ein. Er war ihnen allen der zweite Vater. Namentlich dem späteren Kaiser Friedrich stand seine unendliche Güte stets vor der Seele. Neben seiner „Elis“ haben gerade die jüngeren Familienglieder mit „unaussprechlicher Liebe“ an ihm gehangen, wie diese selbst gelegentlich bekannten[1]). Auch die Thätigkeit des so viel verlästerten Kultusministers v. Raumer mit seinen Gehilfen Wiese und Stiehl haben nicht verfehlt, gute Früchte zu tragen. Wie sind die Stiehlschen Regulative verhöhnt worden, und gerade sie haben äußerst segensreich gewirkt. Denn der Memorierstoff, mit dem seit ihrem Erlaß angeblich das Kindergedächtnis belastet wurde, ist in den Einigungskämpfen unseres großen Jahrzehnts dem preußischen Volke in hohem Maße zu gute gekommen. Damals hat es mancher an sich erfahren, wie die in der Jugend eingeprägten Lieder und biblischen Sprüche in den kritischen Stunden des Lebens mit einemmal ihre stärkende Kraft zeigten[2]). Und das Wirken von mutigen, glaubensstarken Predigern wie des originellen Büchsel und des feurigen, kindlich frommen Knak in Berlin, die großartige Missionsarbeit Wicherns und Fliedners, alles Männer, die das Regiment Friedrich Wilhelms mit ganzer Kraft förderte, blieb auch nicht ohne guten Einfluß auf das innere Leben der Bevölkerung. Wenn der König selbst dem evangelischen Gymnasium zu Gütersloh durch eine Rede die Weihe gab und dabei von den Gymnasien sagte: „Viele dieser

[1]) Ich durfte hier Mitteilungen von erlauchter Seite benutzen.

[2]) Lehrreich über derartiges Auswendiglernen spricht auch Friedrich Hebbel im 8. Abschnitte seines Fragments „Meine Kindheit“.

Anstalten sind glaubensbar. Man darf dies gerade in unserer Zeit aus falscher Weichlichkeit nicht verschweigen. Ich bin für Ihr Unternehmen mit meinem ganzen Herzen; es muß durchaus unterstützt werden"[1]), so fand dieser Ruf vom Thron zu innerlicher Einkehr doch auch vielfach eine gute Statt.

Einst hatte der Herzensfreund Friedrich Wilhelms, der spätere König Johann von Sachsen, den Geist, der von dem neuen Bewohner von Sanssouci ausging, in Gegensatz zu dem „beißenden Witz" der fridericianischen Zeit gestellt und der Aera des vierten Friedrich Wilhelm den Vorzug vor jenen gewaltigen Tagen gegeben, indem er sang:

Hier fühlt man schlagen, was ewig dort fehlet,
Neben dem Geist ein erwärmendes Herz.

Es war aber, wie wenn der König gerade dadurch, daß er die Stätte, an der der größeste Herrscher in aller Geschichte am liebsten geweilt, zu seinem gewöhnlichen Aufenthalte wählte, den beißenden Witz des vergangenen Jahrhunderts wieder heraufbeschworen hätte. In den weiten Kreisen der Halbgebildeten hat unter allen Urteilen, die über den Geist von Friedrich Wilhelms Regierung aufkamen, keins mehr Wurzel gefaßt als jenes, das in den ersten Monaten seiner Regierung bei Gelegenheit der Berufung des verhaßten Schwagers der Gebrüder Grimm, Hassenpflug, an das Obertribunal in die Verse gekleidet wurde:

Wir wollen ihn nicht haben,
Den Herrn von Haß und Fluch!
Scheinheiliger Gespiele
Im frommen Höflingstroß,
Der Stolberg, Rochow, Thile,
Der Radowitz und Voß[2]).

---

[1]) Theobald Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts S. 301.

[2]) Diese Namen citiert Varnhagen, Tagebücher I, 246, ebenso v. Canitz, Denkschriften II, 40 (1844). Der Name Gerlach, den Treitschke V, 54 für Rochow hat, war noch nicht dabei. Auch in der Liste der Günstlinge bei Varnhagen, Tagebücher I, 244, fehlen die Gerlachs. Zu Anfang war also deren Einfluß noch nicht so bekannt.

In dieser boshaften Weise wurde namentlich in der Hauptstadt und hier besonders in den Kreisen, in denen Varnhagen eine Autorität war, gewitzelt und dadurch der König und seine Umgebung in der schonungslosesten Weise diskreditiert. Man suchte die Aufrichtigkeit des Glaubenslebens bei Friedrich Wilhelm und seinen Freunden in Frage zu ziehen und hatte damit einen erstaunlichen Erfolg. Aber wenn es ein Fürst innerlich und wahrhaft mit seiner Religion nahm, so war es dieser König, der bereits als zehnjähriger Knabe den Spruch Salomonis zu seinem Wahlspruch machte: „Fromm sein und wahrhaftig sein behüten den König und sein Thron bestehet durch Frömmigkeit“ [1]), und aus dessen tiefster Seele der Ausspruch kam: „Ach könnte ich doch Eine Seele zum HErrn bekehren.“ Ueber die echte Frömmigkeit des Gerlachschen Kreises kann ebensowenig ein Zweifel bestehen. Ein andermal wollte man glauben machen, daß die Ratgeber des Königs bornierte Leute seien. Noch in den fünfziger Jahren konnte ein Mann wie Ludwig Tieck, der des Königs Gunst in reichstem Maße genossen hatte, seinem Neffen Theodor v. Bernhardi den General Leopold v. Gerlach als einen „völligen Dummkopf“ hinstellen, gestützt auf seine Bekanntschaft mit Gerlach seit dessen Studentenzeit [2]), und als der geistreiche Militärschriftsteller auf die Unwahrscheinlichkeit aufmerksam machte, daß ein so beschränkter Mensch auf einen so bedeutenden Geist wie den König solchen Einfluß ausüben könne, half sich der Dichter mit großer Kühnheit heraus, indem er erwiderte: „Ja! weil er zu allem ja sagt, und immer ja sagt, immer noch weiter geht als der König selbst.“ [3]) Wenn so die durch königliche Gunst ausgezeichneten Männer sprechen konnten, dann war es allerdings schlimm um diesen Staat bestellt. Am üppigsten wucherte die Saat der Ver-

---

[1]) Alexandrine Herzogin Wilhelm zu Mecklenburg, Prinzessin von Preußen, Abendmahlsgebete weiland König Friedrich Wilhelms IV. Berlin (Decker) 1891 S. 1.

[2]) Vgl. über die Bekanntschaft „Neues über Leopold v. Gerlach und ungedruckte Briefe desselben“ in der deutschen Revue, Februar 1900, S. 152.

[3]) Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis II, 95.

leumdung, die von Varnhagen und seinen Trabanten ausgestreut wurde, weil sie das größte Gift mit einiger Kenntnis der Dinge vereinigte. Freilich hatte auch die Gegenpartei ihre Spottverse in Bereitschaft. Gerlach citierte in seiner Abneigung gegen die deutsche Politik:

Fünfhundert Narrenschellen zu Frankfurt spielen die Melodie:
Das Schiff streicht durch die Wellen der deutschen Phantasie.

Die Umgebung des Königs befehdete sich auch untereinander mit den Waffen der poetischen Satire. So sang Gerlach zur Zeit der höchsten Radowitzschen Macht mit komischer Verzweiflung:

Ein neues Licht ist aufgegangen,
Ein Licht hell wie Karfunkelschein,
Wo Hohlheit ist, es aufzufangen,
Da strömt es unaufhaltsam ein.

Dem jungen Otto v. Bismarck zugeschrieben wurden die Verse der Kreuzzeitung beim Zusammentritt des Unionsparlaments in der Augustinerkirche zu Erfurt:

Und in die Kirche, die leere,
Da ziehn sie Mann für Mann,
Die alten Schwadroneure,
Herr Beckerath voran.
Da hört man ein dumpfes Gekohle
Und Gagern ist die Parole,
Das Feldgeschrei Radowitz.

War hier der Witz meist harmlos, so wirkte die ätzende Kritik der Gegenseite wie schon vor der Revolution unheilvoll. Sie trug vereint mit der auch von dem Gerlachschen Kreise unmutig empfundenen politischen Unfruchtbarkeit dieses Regiments die Verbitterung auch in die Reihen patriotischer Männer. Der Historiker Adolf Schmidt sah sich nach dem Vorgange von David Friedrich Strauß veranlaßt, eine „Geschichte der Denk- und Glaubensfreiheit unter den ersten Cäsaren“ zu schreiben, in der Friedrich Wilhelm in hämischer Weise mit Tiberius verglichen und sonstige gehässige Anspielungen in Fülle unternommen wurden. Noch wirkungsvoller war das Buch des jungen Bonner

Historikers Otto Abel, „Theodat, der König der Ostgothen," das den gelehrten Schwächling auf dem Throne darstellte, der das herrliche Erbe seiner Väter durch seine gedankenlose Unthätigkeit zerstörte. Das sehr geschickt geschriebene Buch erschien 1855, als der geistvolle Verfasser schon gestorben war. Es war eine schlechte That, die das wissenschaftliche Andenken Abels nur schädigen konnte [1]). Adolf Schmidt und Abel gehörten zu den Männern, die sich des Beifalls und der Auszeichnung der Prinzessin von Preußen erfreuten. Es liegt auf der Hand, daß dies bedenkliche Zustände waren. So kam es, daß sich auch der Thronfolger mehr und mehr mit Abneigung gegen die Regierung seines Bruders und mit Mißtrauen gegen dessen Umgebung erfüllen ließ und die aufrichtige Frömmigkeit dieses Hofes recht ungünstig beurteilte. Als Otto v. Bismarck einmal mit ihm darüber sprach und diese fromme Richtung freimütig verteidigte, stutzte der Prinz doch in dem Gefühl, daß er selbst mehr Gemeinsames mit ihr haben mochte, als er bis dahin glaubte, und daß er ihr unrecht thäte [2]).

---

[1]) Vgl. die Kritik Treitschkes über diese Art der Tendenzgeschichte V, 411.

[2]) G. u. E. II, 278 f.

VI.

Auswärtige Politik der letzten Jahre.

Die deutsche Frage hatte sich durch die Machtsprüche von Warschau und Olmütz nicht ersticken lassen. Das Feuer brannte unter der Decke immer lustig weiter und suchte überall Auswege, um lodernd emporzuschlagen. Nachdem das Einverständnis zwischen den beiden Großmächten durch die Rückkehr zum Bundestage einstweilen wieder notdürftig hergestellt war, hatte die Vorsehung zwei Stellen ausersehen, wo sich jeden Augenblick der allgemeine Brand entzünden konnte. In Kurhessen trat der unglückselige Kurfürst Friedrich Wilhelm unausgesetzt den Blasebalg, in Schleswig-Holstein sorgte König Frederik VII. dafür, daß der Brennstoff nicht ausging. An der hessischen Sache war Friedrich Wilhelm seit Olmütz anscheinend weniger mit dem Herzen beteiligt als an der holsteinischen. Ihm war der im März 1848 ihm abgenötigte an den Augustenburger gerichtete Brief unbequem, und er hätte sich gern von ihm losgesagt [1]. Andererseits bezeichnete er auch die dänische Regierung als „revolutionär" und nahm sich gern der von ihr Vertriebenen an [2]. Er kam nun auf den Gedanken, daß sich die holsteinischen Agnaten gemeinsam mit dem Augustenburger verständigen möchten. Schließlich betrieb er selbst, um die Frage aus der Welt

---

[1]) G. I, 625

[2]) Vgl. Schreiben Friedrich Wilhelms an den Bischof von Jerusalem 29. November 1851 bei Herm. Wagener, Die Politik Friedrich Wilhelms IV. S. 102 f.

zu schaffen, den Verzicht des Herzogs Christian von Augustenburg, den Bismarck sehr geschickt erwirkte, und trat dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 bei, durch das die Mächte im Gegensatz zu der allgemeinen deutschen und auch zu der dänischen Auffassung die heikle Frage zu beseitigen suchten. Dabei zeigte sich wieder, daß Preußens Vertretung in London in den unglücklichsten Händen lag. Der König hatte gewollt, daß das Protokoll nur mit einer Klausel zur Wahrung der Rechte des nicht zugezogenen Deutschen Bundes unterzeichnet würde. Die an Bunsen erteilte Instruktion sprach allerdings nur von Erklärungen dieses Inhalts gegen die Vertreter der Mächte. Ritter Bunsen hatte keines von beidem gethan. Friedrich Wilhelm war außer sich über diesen abermaligen Ungehorsam seines Freundes[1]). Freilich hätte der Vorbehalt auch nichts an der thatsächlichen Bedeutung des Londoner Protokolls geändert, das eine neue Beugung Preußens und Deutschlands unter den Willen des europäischen Areopags enthielt und so zum Ausdruck brachte, daß die europäische Konstellation noch dieselbe wie vor zwei Jahren war. Der Vorbehalt hätte Preußen aber für die Zukunft eine Handhabe gegeben, das Londoner Protokoll als nicht rechtsverbindlich anzuerkennen. Einstweilen war die Sache für Friedrich Wilhelm abgethan. Als indes Dänemark, wie vorauszusehen gewesen war, einen Rechtsbruch nach dem anderen beging und die alte Begeisterung für das Recht des Landes und die Abwehr der dänischen Uebergriffe frisch aufloderte, als die Klänge von Schleswig-Holstein meerumschlungen aufs neue durch ganz Deutschland erschollen, da erwachte auch in Friedrich Wilhelm wieder die alte Liebe für die deutsche Sache. Die Bewegung rief einen mächtigen Eindruck auf sein empfängliches Gemüt hervor[2]), und er sprach ganz kriegerisch zum lebhaften Verdruß Gerlachs, der als Stockpreuße in allem diesem nur die Krankheit des Liberalismus, Kapitulieren vor der öffentlichen Meinung, Verlassen des Bodens kühler Erwägung, was dem Staate d. h. dem Könige fromme, zu erblicken vermochte. Ehe der

---

[1]) G. I, 762, 763.

[2]) G. II, 481, 482.

König aber noch an ein Einschreiten denken konnte, ereilte ihn seine Krankheit. —

Noch einmal sollte an Friedrich Wilhelm nach dem Scheitern der deutschen Einigungsbewegung eine Frage von allgemeiner politischer Bedeutung herantreten: die nach der Stellung Preußens zum orientalischen Kriege. Auch hier hat er wie bei der Kaiserwahl und der Unionssache die Entscheidung getroffen, die die einzig richtige war. Er hat zum drittenmal in weltgeschichtlicher Frage ein bedeutsames Nein gesprochen. Auch hier hat seine Politik geschwankt, jedoch waren diese Schwankungen nicht so unglücklicher Natur wie gegenüber der Paulskirche oder gar beim Unionswerke. Alexander v. Humboldt witzelte gelegentlich darüber, daß sein königlicher Gebieter aus Widerspruch eine liberale Haltung annahm, wenn der Zar zu Besuch kam: Der König sei eben mit zwei Genien im Leibe zur Welt gekommen, die sich oft sehr in den Haaren gelegen hätten, jetzt aber in äußerst humoristischer Weise sich miteinander vertrügen [1]). Während des Krimkrieges hat Friedrich Wilhelm vielmehr stets an dem Gedanken der Neutralität und an dem Plane, Oesterreichs Eingreifen zu verhindern, festgehalten und ihn schließlich durch alle Wirren hindurch siegreich durchgesetzt und dadurch Europa vor einem Weltkriege bewahrt. Am meisten Nutzen zog Rußland aus dieser seiner Haltung. Das fühlte dies denn auch recht wohl, wie in der feinen Bemerkung des Russen Titow über die preußische Haltung in der orientalischen Frage zum Ausdruck kommt: Preußen wäre fest, man müßte sich aber in diesem Glauben nicht durch die preußischen (d. h. königlichen) Reden, nicht einmal durch Preußens Thaten irre machen lassen; Preußens Festigkeit beruhte in seiner Gesinnung [2]). Diese Politik des Königs war ganz selbständig, völlig der eigenen Initiative entsprungen, durchaus nicht von Bismarck eingegeben, wie vielfach angenommen worden ist, wenn auch der damalige Bundestagsgesandte den König in seinen Absichten bestärkt haben mag, ganz

---

[1]) Marie v. Bunsen a. a. O. S. 146.

[2]) G. II, 288, 449.

frei auch von Leopold Gerlachs Einfluß, der sehr stark zu Rußland hinüberdrängte und gelegentlich zur Allianz mit diesem geraten hat[1]), obwohl auch er im allgemeinen die Neutralität für geboten hielt[2]). In den wichtigsten Situationen hat Friedrich Wilhelm den Generaladjutanten gar nicht ins Vertrauen gezogen. Vielmehr hat der König in den vier Jahren der orientalischen Wirren seinen Neutralitätsgedanken gegen einen solchen Ansturm von Einflüssen festgehalten, die Verhältnisse im Gegensatze zum Prinzen von Preußen und anderen gewichtigen Persönlichkeiten so richtig beurteilt, daß es billigerweise hervorgehoben zu werden verdient. Seine Politik in dieser Zeit darf ihm durchaus zum Ruhme angerechnet werden. Hat man ihn groß in der Negation genannt, so hat diese Negation noch das für sich, daß sie Preußen unmittelbaren Nutzen gestiftet hat, indem einmal die Kräfte des Staates nicht unnötig eingesetzt, sondern für künftige Zeiten geschont wurden, dann aber besonders dadurch, daß die damalige preußische Politik Kapitalien der Dankbarkeit bei der russischen Dynastie sammelte.

Sowie die Kriegswolke im Orient heraufzog, schon Anfang Oktober 1853, erklärte der König gegen seinen Generaladjutanten Neumann: „Ich bleibe jedenfalls neutral.“ Sein steter Refrain zur Begründung dieser Haltung lautete: „Der Orient geht mich nichts an.“ Die Erwägung der Nichtbündnisfähigkeit der heidnischen Türken, die er wie früher auch hier anstellte, war ein ganz untergeordnetes Moment bei seiner jetzigen Haltung. Der zweite Gedanke, Oesterreich von der Beteiligung am Kampfe fernzuhalten, lag, noch etwas unklar, in dem Zusatz zu jenen Worten gegen Neumann: „Einen Angriff auf Oesterreich sehe ich als einen auf mich an.“ Gleich darauf setzte der Prinzgemahl mit Bemühungen ein, ihn auf die Seite Englands und Frankreichs zu ziehen. Er schrieb an den Prinzen von Preußen, er glaube nicht, daß Preußen bei dem bevorstehenden Kampfe seine Neutralität werde aufrecht erhalten können. Der größte Uebelstand für den König war, daß seine Vertretung in Eng-

---

[1]) A. Anfang Dezember 1854.
[2]) G. II, 148.

land in den denkbar schlechtesten Händen lag. Bunsen hat den König in die schlimmsten Situationen gerade gegenüber der Macht verwickelt, die Friedrich Wilhelm bei dem orientalischen Kriege am meisten fürchten mußte. Denn England konnte damals Preußen am leichtesten schaden. Hinzu kam des Königs nie ausgelöschte Vorliebe für die stammverwandte Nation, mit der er gar zu gern im Bunde gewesen wäre. Schon früher hatte darüber General Grolman sich ärgerlich ausgelassen: „Wenn man sich doch einmal überzeugen wollte, daß von allen europäischen Mächten England unser unnützester und schlechtester Alliierter ist.“ [1]) Seit jener Reise Friedrich Wilhelms nach England im Januar 1842, um bei der Taufe des Prinzen von Wales Gevatter zu stehen und dadurch gleichsam symbolisch ein Bündnis der beiden protestantischen Großmächte zu vollziehen, und seit der Uebersendung des merkwürdigen Glaubensschildes für sein sächsisch-welfisches Patenkind [2]) war des Königs Schwäche für England noch unverändert geblieben.

Mit schlauer Berechnung auf den religiösen Sinn des Königs benutzte England den Ausgangspunkt der orientalischen Krisis, den Streit Rußlands mit der Türkei wegen der Rechte der Christen, um Friedrich Wilhelm sofort in die Sache hineinzuziehen, und drang in ihn, mit ihm die Emanzipation der Rajahs durchzusetzen. Es versteht sich von selbst bei den christlichen Anschauungen des Königs, daß er sich einer solchen Aufforderung nicht entziehen zu können glaubte. Freilich war ihm nicht ganz geheuer, seine Finger in diesen Hexenkessel zu stecken. Er kämpfte seine Bedenken jedoch nieder mit der Erwägung, daß es Sache der Vorsehung wäre, die Tragweite dieser Maßregel zu ermitteln [3]).

Bald zeigte sich, daß seine Neutralitätsabsichten gar nicht den Beifall seines Bruders Wilhelm, der hier unter dem Einflusse seiner Gemahlin stand, der mächtigen Wochenblattspartei und vieler sonstiger Ratgeber, so des Generalpolizeidirektors v. Hinckeldey, fanden. Der Prinz von Preußen

[1]) A. Juli 1840.
[2]) Treitschke V, 133.
[3]) G. II, 93.

wollte geradezu den Krieg gegen Rußland. Der Ansturm dieser antirussischen Einflüsse war gleich so heftig, daß man in der Umgebung der Camarilla daran dachte, Graf Alvensleben kommen zu lassen, um sich des bedrängten Königs anzunehmen[1]). Friedrich Wilhelm aber wollte gar keinen Beistand, sondern erklärte gegen Gerlach bestimmt, er wüßte genau, wie er seine Politik zu machen habe und wäre darüber mit Manteuffel einig[2]). Von der anderen Seite her verlangte Rußland Ende Januar 1854 Garantien für die von ihm zu beobachtende Neutralität. Schon vorher hatte Friedrich Wilhelm sich dahin ausgelassen, daß er Rußland gegen jeden Landangriff im Rücken decken würde. Auf bestimmte Abmachungen, wie Rußland es wollte, einzugehen, lehnte er indes ab, da er sich dadurch für die mit England schwebenden Verhandlungen festlegen würde. Dafür wollte er dem russischen Schwager entgegenkommen, indem er in Briefen an ihn und an Kaiser Franz Joseph seine Ansichten niederlegte. Dann hätten beide einen gewissen Anhalt, auf den sie sich beziehen könnten. So geschah es denn auch.

Inzwischen überkamen ihn Sorgen, daß England mit seiner Flotte dem preußischen Handel in der Ostsee Schaden zufügen könnte, und Gerlach befürchtete daher schon, daß sein Herr sich von England ins Schlepptau nehmen lassen würde. Am 3. Februar lehnte Friedrich Wilhelm indes den von Paris und London gestellten Antrag auf eine Konvention gegen den Widerspruch Otto Manteuffels[3]) rundweg ab und blieb dabei, obwohl Bunsen auf seinen Gebieter einen Druck auszuüben suchte und das Schreckgespenst einer Revolution in Deutschland und Italien an die Wand malte, wenn er sich nicht binnen acht Tagen den Westmächten anschlösse. Der König geriet über dies Schreiben seines Freundes in helle Aufregung und beantwortete es am 9. Februar in dem ihm eigenen lebhaften Stile, durch den leicht Mißverständnisse hervorgerufen werden konnten: „Ich weiß, daß England unseren Handel vernichten kann, wenn es mich zwingen

[1]) A. Januar 1854. Vizepräsident Goetze an Leopold v. Gerlach.
[2]) A. 27. Januar 1854.
[3]) G. II, 127.

will. Aber ich hoffe fest, daß das evangelische England das evangelische Preußen nicht schwächen will. Mit anderen Worten (die ich tief fühle): ich zähle darauf, daß England an mir keine Thorheit und keine Infamie begehen wird ... Ich fühle mich in meinem Ablehnen nach West und Ost **recht, fest** und **sehr getrost** ... **Täuschen Sie sich nicht** und sagen Sie den britischen Staatsmännern ins Ohr oder auf dem Markt: Ich lasse Oesterreich **nicht** durch die Revolution [d. h. Napoleon] **angreifen** (deren Zündkraft ich kenne), ohne das Schwert zu seiner Hülfe zu ziehen. Und das aus lauter Liebe und Pflichtgefühl für **Preußen**, aus **Selbsterhaltungstrieb.** Die Zeiten von 92—96, das Jahr 5 und seine Folgen Anno 6 sind nicht vergebens von mir studiert worden ... Ich verlange als Preis meiner echten und autonomen Neutralität: die Garantie des europäischen Besitzstandes, die Unantastbarkeit des teutschen Bundesterritorii in seiner Totalität und das heilige Versprechen, **mir nach, in und durch den Frieden mein treues Neuenburg ohne Bedingungen wieder zu verschaffen.**

„Werde ich während oder durch den Incest Englands mit Frankreich [so unnatürlich schien seiner christlich legitimen Auffassung das Bündnis der Westmächte] angegriffen, wird die Revolution als sein Alliierter losgelassen, wo es sei, so verbind' ich mich mit Rußland auf Tod und Leben.“ [1])

Auf alle Fälle hielt er es für geraten, sich von den Kammern einen Kredit von 30 Millionen gewähren zu lassen. Den dazu im März eingereichten Entwurf arbeitete Bismarck nach seinem Sinne um. Zur Abwechslung begann auch Napoleon um seine Gunst zu werben, indem er ihm seinen Beistand gegen Rußland anbot. Der König wies ihn mit kühler Ironie ab, er würde seine Hilfe gern annehmen, wenn Rußland ihn angreifen würde, ein Fall, der gar nicht zu denken war. Seine

---

[1]) Der Brief ist bei Ranke, Werke 49/50 S. 551, und nach ihm bei Sybel II², 186, fälschlich vom 9. Januar datiert. Daß es sich um den 9. Februar handeln muß, geht aus G. II, 107 und der dort nicht abgedruckten Inhaltsangabe, welche Gerlach in seinen Aufzeichnungen giebt, hervor.

Auffassung des Verhältnisses mit Oesterreich während des Krieges gewann mehr Klarheit durch den Mitte März in ihm aufsteigenden Gedanken, mit dieser Macht ein Bündnis unter gegenseitiger Garantie des Besitzstandes und voller Bewegungsfreiheit abzuschließen. Außerdem suchte er durch die Entsendung seines Generaladjutanten v. Lindheim — anfangs sollte Gerlach dazu verwandt werden — nach Petersburg, Rußland vom Kriege abzubringen, da der Grund dazu wegfiele, nachdem England und Frankreich die Türkei zu wesentlichen Konzessionen für die Christen bestimmt hätten. Daran möge sich Rußland genügen lassen und demgemäß die von ihm besetzten Donaufürstentümer räumen. Eine zur allgemeinen Verständigung einzuberufende Konferenz wollte er nicht, wie Rußland es vorschlug, in Berlin, sondern, was dem Zaren nicht zusagen konnte, in Wien stattfinden lassen. Lindheims Sendung hatte keinen Erfolg. Am 28. März 1854 wurde von den Westmächten der Krieg an Rußland erklärt.

Oesterreich ging auf das ihm gemachte Anerbieten der Allianz höchst bereitwillig ein und entsandte zu diesem Zwecke den Feldzeugmeister Heß nach Berlin. Es schien sich ihm hier eine vortreffliche Gelegenheit zu bieten, durch Preußen im Rücken gedeckt, selbst in den höchst aussichtsreichen Krieg zu treten und womöglich Preußen mit sich zu ziehen. Der König bevollmächtigte zu den Verhandlungen außer Otto Manteuffel die Generale Gerlach und Gröben und gab ihnen als Richtschnur an: 1. Gewährleistung des ganzen Besitzstandes und thätiges Einschreiten gegen Grenzverletzungen, 2. Gewährleistung der Interessen Deutschlands und der außerdeutschen Lande von Oesterreich und Preußen, sonst freie Selbstbestimmung; Vermeiden jedes Einschreitens Oesterreichs in der Moldau und Walachei, wonach es Oesterreich nur allzusehr gelüstete, weil es durch Rußland hier in seinen orientalischen Interessen geschädigt zu werden fürchtete; keine Sonderbündnisse mit Fremden; keine Aufstellung einer preußischen Armee, ein Punkt, der von Wichtigkeit werden sollte; Friedensunterhandlungen auf der Grundlage der Emanzipation der Christen in der Türkei. Das bedeutungsschwere Bündnis kam denn auch am 20. April 1854 zu stande, aber ein eigener Unstern waltete

über den Verhandlungen. Die Bethmann-Hollweg und Pourtales hielten ihre Stunde für gekommen, den König in das Lager der Westmächte hinüberzuführen. Gelang es ihnen und ihrer hohen Verbündeten, der Prinzessin von Preußen, doch, Manteuffel den Grafen Pourtales als Unterstaatssekretär aufzudrängen. War doch der Kriegsminister Eduard v. Bonin, der ein Bündnis mit Rußland in einer Kommissionsrede mit einem Vatermord verglich, ganz ihr Mann, und einen entschiedeneren Vertreter der Westmachtspolitik als den preußischen Gesandten in London konnte es gar nicht geben. Dazu kam eine Erkrankung des Königs, und daß Gerlach durch eine schwere Erkrankung seiner Frau verhindert wurde den Verhandlungen beizuwohnen, wodurch die Fäden vorwiegend in die Hände des alten Grafen Gröben gerieten, der sich als ein etwas konfuser Herr erwies. Aus Furcht davor, daß Oesterreich mit den Westmächten abschlösse, erteilte der König schließlich seine Zustimmung zu dem Vertrage, der in dem wichtigsten Punkte von der Instruktion des Königs abwich, indem durch den Artikel 2 und einen Zusatzartikel (einzigen Artikel) Oesterreich die Möglichkeit gegeben wurde, in der Moldau und Walachei einzuschreiten, und überhaupt die Bewegungsfreiheit Preußens beeinträchtigt wurde.

Gerlach sagte dem Könige sofort, als er wieder die Geschäfte aufnehmen konnte, rund heraus, daß der Vertrag einer verlorenen Schlacht gleich käme. Friedrich Wilhelm wollte sich dies zunächst nicht eingestehen. Aber er zerriß jetzt mit einer bei ihm ungewöhnlichen Kraft und Entschiedenheit das ganze Intriguengewebe, das man über ihn ausgesponnen hatte. Pourtales verlor seinen Posten, desgleichen Bonin und Bunsen, obwohl es bei diesem der energischen Beihilfe des Feldmarschalls Grafen Dohna bedurfte. Pourtales hatte im Einverständnis mit dem englischen Vertreter Lord Loftus die Einfuhr von Gewehren nach Rußland vermittelt, lediglich um dadurch Preußen äußerlich mit England und Frankreich zu kompromittieren [1]) und da-

---

[1]) A. Dezember 1859. Erzählung des Flügeladjutanten Hohenlohe nach einer ihm vom Könige früher gemachten Mitteilung. Vgl. Hohenlohe, Aus meinem Leben 302 f.

durch indirekt das Ziel des Bündnisses mit den Westmächten zu erreichen. Das brachte das Gefäß zum Ueberlaufen.

Infolge dieser Schritte überwarf sich der König vollständig mit seinem Bruder, der ihm die erregtesten Briefe schrieb[1]). Friedrich Wilhelm bewahrte in dieser kritischen Situation vollkommen seine überlegene Hoheit und brüderliche Rücksichtnahme, so daß er auch menschlich als Sieger über den durch weiblichen Einfluß in eine falsche Situation geratenen Thronfolger hervorging. Er antwortete ihm auf dessen Protest im Namen der Armee gegen die Enthebung Bonins vom Ministerium und das Verlangen der Zurücknahme derselben, unter Bewilligung eines nach Baden erbetenen Urlaubes, mit der Enthebung von seinen Funktionen als Gouverneur der Rheinlande während dieser Zeit. Den Protest wolle er diesmal ignorieren, sonst wüßte der Prinz wohl, wie dergleichen behandelt würde. Im Namen der preußischen Armee dies zu thun, sei nicht richtig. Die preußische Armee thäte so etwas nicht, und wenn sie es thäte, wäre sie nicht mehr eine preußische Armee. Die Politik des Königs sei seit neun Monaten dieselbe, Bemühungen wegen des Friedens und Kanonen für die, welche ihn in ihren Interessen in eine andere Politik hineinzwingen wollten. Den Widerstand derjenigen seiner Diener, die ihn zu einer anderen Politik hätten treiben wollen, habe er gebrochen und werde das auch in Zukunft thun[2]). Bei der Gelegenheit der silbernen Hochzeit des Bruders am 11. Juni bewies er dem Prinzen, der seine Heftigkeit inzwischen selbst bereut hatte, so viel Güte, daß dieser tief gerührt war. Das überaus schöne Verhältnis, das zwischen diesem fürstlichen Brüderpaar trotz der ganz außerordentlichen Verschiedenheit der beiden und trotz des nur zu häufig zu beobachtenden Auseinandergehens ihrer Meinungen bestand, konnte seitdem wieder als hergestellt angesehen werden. Beide Teile thaten das Mögliche, um die entstandenen Irrungen auszugleichen.

Nachdem der König sich so Luft gegen die westmächtlichen Strömungen gemacht hatte, ging er daran, durch eine Politik des

---

[1]) Vgl. Ernst II., Aus meinem Leben II, 157 ff.

[2]) A. 6. Mai 1854. Vgl. dazu Ernst II. Bd. II S. 159.

Finassierens die durch den Vertrag vom 20. April geschaffene Lage zu korrigieren. Dazu mußte wieder Alvensleben, der Rettungsanker in so vielen verfahrenen Situationen, heran, und da es sich nur um eine zeitweilige Verwendung handelte, fand dieser sich bereit. Er hatte dem Kaiser Franz Joseph einen Brief zu überbringen, in dem die Notwendigkeit des beiderseitigen Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich betont und auf das Lager der französischen Armee bei St. Omer, das auf belgische Gelüste Napoleons deutete, aufmerksam gemacht wurde. Sodann ließ der König durchblicken, daß er sich nicht zu großen Zugeständnissen an Oesterreich herbeilassen würde, und schließlich bat er den Kaiser, sich jedes Eingreifens in den Krieg zu enthalten. Die Hauptaufgabe für Alvensleben war die nähere Bestimmung des casus foederis. In Berlin spöttelte man, wie Gerlach sagt, nicht unrichtig über diese Sendung: Alvensleben sei eins von den hinter den Wagen gespannten Pferden. Die Sendung führte zu einer Zusammenkunft des Königs mit Franz Joseph in Tetschen am 7. Juni, bei der österreichischerseits auf eine preußische Mobilmachung gedrungen wurde. Dem hielt der König entgegen, daß er zu solchen Uebergangsmaßregeln zu arm wäre. Preußen hätte eine größere Differenz von Friedens- und Kriegszustand als jede andere Armee. Außerdem konnte er darauf hinweisen, daß eine Vermehrung der Artillerie und der Kavallerie bereits im Werke sei.

Groß war das Erstaunen des Königs, als er Ende Juni plötzlich eine Depesche seines Gesandten in Wien erhielt, nach der der Einmarsch der Oesterreicher in die Donaufürstentümer unmittelbar bevorstand. Friedrich Wilhelm befahl sofort Manteuffel, telegraphisch Verwahrung dagegen einzulegen. Den vom Kriegsminister Grafen Waldersee und Gerlach erwogenen Gedanken der Rüstung wies er jedoch zurück. Es sei nicht zweckmäßig, Oesterreich zu drohen, da er keinenfalls mit dieser Drohung Ernst machen würde. Er lebte in steter Sorge, daß Oesterreich sich doch plötzlich den Westmächten zuwenden könnte, und daß Preußen dann völlig isoliert dastehen würde. Hätte er sich zur Mobilmachung entschließen können, so wäre er in der Lage gewesen, seinen Willen zu diktieren. Als Bismarck ihm dies

auseinandersetzte, wollte er darauf nicht hören und wies den guten Rat mit den Worten ab: „Liebeken, des is sehr schöne, aber es is mich zu teuer. Solche Gewaltstreiche kann ein Mann von der Sorte Napoleon wohl machen, ich aber nicht.“[1]) Den Umstand, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Rußland sich noch verzögerte, und den Beitritt der übrigen deutschen Mächte zu dem Bündnis vom 20. April benutzte er, um in einem neuen Schreiben an Franz Joseph feierlich zum Frieden zu mahnen. Diesen zu erhalten, wäre der Beruf der imposanten in diesem Bündnis vereinigten Macht. Das war natürlich ein Schlag ins Wasser. Denn bald darauf erfuhr er, daß Oesterreich eine Note an die deutschen Mächte erlassen habe, in der von der Stellung von Truppen die Rede war. Glücklicherweise beseitigte Rußland selbst die dringendste Gefahr des Krieges mit Oesterreich durch Räumung der Donaufürstentümer. Damit war der schlimme „Einzige Artikel“ in dem Vertrage vom 20. April schmerzlos beseitigt. Nun befürwortete der König bei Rußland die Annahme der berühmten „vier Punkte“, die von den Westmächten gefordert wurden und von Oesterreich angenommen waren, Aufhören des Protektorats Rußlands über die Fürstentümer, Revision der Verträge, welche Rußland ein besonderes Protektorat der griechischen Kirche einräumten, Freiheit der Donau und Revision des Meerengenvertrags von 1841. Er erreichte allerdings nur, daß Rußland die vier Punkte als Grundlage zur Verhandlung mit den anderen Mächten annahm.

Nun besorgte der König mehr wie je, daß er in einen Krieg mit England und Frankreich verwickelt werden könnte. Schrieb doch auch der konservative Sozialpolitiker Huber damals allen Ernstes aus England, daß bis Neujahr die preußischen Häfen blockiert und preußische Prisen aufgebracht sein würden[2]). Der König sann deswegen über die Verabredung eines neuen „Einzigen Artikels“ nach, durch den er Oesterreich an sich fesseln und eintretenden Falls Schutz finden könnte. Daneben

[1]) G. u. E. I, 99.

[2]) A. 6. September 1854.

trug er sich infolge einer Zusammenkunft mit den deutschen Königen in München mit kühnen Ideen, sich an die Spitze der deutschen Armee zu stellen und so den Schiedsrichter Europas zu spielen. Danach sollten sich die deutschen Truppen in Krakau unter seinem Befehl versammeln. Der solchen deutschen Ideen in seiner urpreußischen Art nach wie vor unzugängliche Gerlach geriet über diese „germanischen" Phantasien seines Herrn in nicht geringe Aufregung.

Allmählich gewann indes der Gedanke an die Verhandlung eines neuen Zusatzartikels zum Vertrage vom 20. April die Oberhand. Friedrich Wilhelm wollte sich dazu verstehen, Oesterreich den Besitzstand zu garantieren, auch wenn Oesterreich einen russischen Angriff provoziere; dafür aber verlangte er von Oesterreich das Versprechen, kein Bündnis mit den Westmächten zu schließen. Durch Briefe an die drei Kaiser, den Prinzgemahl, König Leopold von Belgien und seine kaiserliche Schwester suchte er die Lage zu seinen Gunsten zu beeinflussen, nicht ohne Anwendung von Finasserien, die seine Minister und Gerlach in helle Verzweiflung brachten. Er erreichte durch solche Korrespondenzen kaum etwas, am meisten noch bei Napoleon durch günstige Ausdrücke über dessen Persönlichkeit. Besonders beliebte es dem Könige, ein russenfeindliches Gesicht zu zeigen, um die Westmächte günstig zu stimmen.

Oesterreich ließ sich nicht halten, da ihm die im Orient zu erringenden Vorteile zu verlockend waren, und begann im Oktober zu rüsten, ehe es noch zu weiterer Verständigung mit Preußen oder gar Rußland gekommen war. Friedrich Wilhelm geriet hierdurch in große Bestürzung. Er meinte, es müsse sich jetzt zeigen, ob Franz Joseph ein Knecht des Papstes oder noch ein freier Mann sei. Nähme er die russischen Anerbietungen, auf der Grundlage der vier Punkte zu unterhandeln, nicht an, so „hat er sich als Scharfrichter des Papstes verkauft". Jetzt erwachte wieder seine Sympathie für Rußland, dessen gewagte Politik in der orientalischen Frage er von Anfang an verurteilt hatte, und er erklärte unter Festhaltung seiner ursprünglichen Mißbilligung des russischen Vorgehens in Konstantinopel, er würde „sich nie zwingen lassen, anzuerkennen, daß es erlaubt ist,

einer christlichen Macht Länder zu entreißen und sie den Heiden zu übergeben."[1]) Andererseits erwog er, daß ein Widerstand gegen Oesterreich, England und Frankreich „Tollheit" wäre und ob er, um dem Angriffe dieser Mächte zu entgehen, nicht äußerlich den Anschein eines Bruches mit Rußland erwecken sollte durch Abberufung des Gesandten, Grenzsperre u. dergl. Als unmittelbar, nachdem der neue, den beiderseitigen Besitzstand verbürgende Zusatzartikel, der auf dem Gedanken aufgebaut war, daß man in Wien nicht gemeinsame Sache mit den Westmächten machte, mit Preußen am 26. November vereinbart war, Oesterreich am 2. Dezember zum Abschluß eines Bündnisses mit den Westmächten schritt, in dem es den Frieden mit den beiden anderen Staaten gemeinsam herbeizuführen sich verpflichtete, mit der unzweideutigen Absicht eventuell in den Krieg einzugreifen[2]), war der König geradezu empört. Er machte sofort den Generalen Gerlach, Gröben und Loën von der Nachricht Mitteilung: „Oesterreich hat uns von neuem verraten. Der Kaiser ist falsch, schwach, feige . . . Ich wende mich an England. Man will uns verderben, Oesterreich will erobern, es gibt Galizien für die Fürstentümer und hilft Polen restaurieren. Es ist die heilige Liga gegen die Protestanten." Noch nach Wochen erklärte er gegen den Coburger: „Nach dem frechen Hintergehen durch Oesterreich unterhandle ich mit der Macht **nicht mehr**. Die Lehre war zu **stark**!!!"[3]) Ja er sprach von Krieg gegen Oesterreich[4]) und dachte an Truppenzusammenziehungen zur Einschüchterung Oesterreichs. Freilich sollten es nur zwei Divisionen sein. Diese, so wollte er an Oesterreich mit Festigkeit erklären, sind „für euch, wenn ihr Frieden haltet, gegen euch, wenn ihr Krieg wollt". Den Ausweg, sich mit Rußland zu verbinden, wozu ihm damals Gerlach riet[5]), wollte er nicht einschlagen, weil er erkannte, daß er sich dann sozu-

---

[1]) G. II, 237.

[2]) Vgl. Koser, Zur Geschichte der preußischen Politik während des Krimkrieges, Forsch. zur brandenburg.-preuß. Geschichte II, 239.

[3]) Schreiben vom 27. Januar 1855. Ernst II., Aus meinem Leben II, 217.

[4]) G. II, 251.

[5]) A. Dezember 1854.

sagen für Rußland opfern müßte. Aber selbst die zwei Divisionen waren dem neuen Kriegsminister Graf Waldersee zu viel[1]).

In einem Promemoria suchte Friedrich Wilhelm sich über die Lage klar zu werden. Er blieb dabei bestehen, an der Neutralitätspolitik festzuhalten, wollte sich aber mit den Westmächten ins Einvernehmen setzen und sandte zu diesem Zwecke Herrn v. Usedom nach England. Usedom schrieb an Lord Clarendon, wie der König nachher zu Gerlach sagte, auf seinen ausdrücklichen Befehl[2]), zur Entschuldigung der preußischen Neutralität, der König sei gar nicht im stande, mit Rußland Krieg zu führen, es sei viel zu mächtig. Dieses der Schwäche gleichkommende Finassieren Preußens schmerzte die treuen preußischen Herzen der Generale Gröben und Gerlach aufs tiefste. Gröben brach in Thränen aus und Gerlach fand, daß er alle Ursache dazu hatte[3]). Usedom scheint keine Miene gemacht zu haben, dem Könige das Bedenkliche solcher Vorstellungen vorzuhalten, wenn anders des Königs Befehl thatsächlich dahin ging. Sogar an einen Vertrag mit Frankreich dachte der König, so eindringlich ihn auch sein Freund Gröben davor warnte, und so sehr er auf die Empörung seines Gerlach darüber gefaßt sein mußte. Der hatte schon im Oktober gegen ihn geäußert, daß ein Krieg mit richtiger Front, d. h. natürlich gegen Frankreich, wo die fleischgewordene Revolution geböte, unter allen Umständen gewagt werden müßte. Jetzt suchte er seinem Herrn auseinanderzusetzen, daß Bonaparte auf die Lockerung der heiligen Allianz hinarbeite. Oesterreichs Trennung von ihr sei ihm schon gelungen. Jetzt hätte er es auf Preußen abgesehen. Da erwiderte ihm der König doch: Napoleon müßte sehr dumm sein, wenn er glaubte, daß ihm so etwas gelingen würde. In seinem Herzen hielt es Friedrich Wilhelm trotz allem noch immer mit Rußland; seine anders auszulegenden Schritte waren nur von der Furcht für den Bestand seines Staates eingegeben. Er beharrte aber dabei, mit Frankreich anzuknüpfen, und benutzte hierbei Ranke als Rat-

[1]) G. II, 256.
[2]) A. 8. Januar 1855.
[3]) G. II, 267.

geber. Als Unterhändler bestimmte er den General v. Wedel, der wie Usedom eine etwaige Truppenaufstellung in Oberschlesien als gegen Rußland gerichtet bezeichnen sollte. Für diese die österreichische Offensive ermöglichende Maßregel verlangte er von Napoleon Versprechen des Nichtdurchmarsches durch Deutschland und Nichtanrühren der Polenfrage. Dies lehnte Frankreich ab. Die preußischen Vertreter in Paris, Hatzfeld, Wedel und Usedom, hatten darauf nichts Eiligeres zu thun, als dem Könige den Rat zu erteilen, nachzugeben, wenn Preußen zu den Friedensverhandlungen zugelassen werden sollte. Da war Friedrich Wilhelm doch indigniert; er dachte nicht daran, ihrem Ratschlag zu folgen. „Der König hat sich Gott sei Dank auf nichts eingelassen, wofür ich ihm die Hände küssen will," zeichnete Gerlach auf. Die Königin Viktoria schrieb auf die Usedomsche Mission: „Preußen würde sich bei seiner Politik nicht behaupten können." Hierdurch noch mehr verstimmt, äußerte der König: Obschon dieser Satz eine Drohung enthielte, so sei er doch nunmehr entschlossen, alle Verhandlungen abzubrechen; es sei ihm jetzt klar, daß Bonaparte auf die Bildung eines neuen Rheinbundes hinsteuere. Da müsse er auf eigenen Füßen stehen, um dem vorzubeugen. Demgemäß fand er sich darein, die Wiener Konferenz der Mächte über die vier Punkte nicht zu beschicken, und an Stelle des westmächtlichen Manteuffel dachte er abermals daran, Alvensleben an die Spitze des auswärtigen Ministeriums zu stellen.

Die mannigfachen Aufregungen wirkten immer übler auf seine körperliche Konstitution ein; immer häufiger wurde er von Erkrankungen heimgesucht. Die ersten Nachrichten von den Niederlagen der Russen wirkten geradezu nachteilig auf sein Befinden. Als jetzt der Tod des Kaisers Nikolaus eintrat (2. März 1855), machte das auf ihn einen niederschmetternden Eindruck. Am 9. März fand ihn die Königin übel aussehend, mit kleinem blassen Gesicht, so daß die Nächststehenden sehr besorgt wurden. Die Aerzte verordneten eine Brunnenkur, die ihn sehr angriff. Am 30. April merkte die Königin mit Schrecken, daß er „auf einmal den Gang eines alten Mannes" hätte. Am 1. Mai bekam er einen heftigen Fieberanfall, der

sich am 3. wiederholte und eine Zeitlang regelmäßig wiederkehrte. Er verlor jedoch in diesen Tagen keinen Augenblick die Politik aus den Augen, zeigte sich gerade damals von seiner liebenswürdigsten Seite und war voller geistreicher und witziger Einfälle. Als der österreichische Gesandte sich gereizt über das Verhalten Preußens gegen Oesterreich zeigte, ließ er ihm sagen, er sei noch immer gesonnen, mit Oesterreich zu gehen, sofern dasselbe nur ehrlich den Frieden wollte. Dies brachte zu Wege, daß sich Oesterreich besann und Anfang Juni den anderen Mächten erklärte, es fühle sich nicht mehr verpflichtet zum Kriege gegen Rußland. Damit war Friedrich Wilhelms Absicht, Oesterreich am Eingreifen zu verhindern, glänzend erreicht.

In dem Glauben, daß Napoleons Herrlichkeit nicht mehr von langer Dauer sein würde, den ihm die Meldungen des preußischen Militärbevollmächtigten Generals v. Olberg aus Paris beibrachten, war Friedrich Wilhelm schon vorher ganz zuversichtlicher Stimmung geworden. Er äußerte zu Gerlach: „Wenn die Westmächte jetzt seinen Beitritt zur Alliance verlangten, so würde er ihnen antworten, wie Götz von Berlichingen dem Trompeter.“[1]) Von Napoleon behauptete er: „Bonaparte hat drei Theater, auf denen er spielt, das der Legitimität, das der Propaganda und das der militärischen Eroberung und Usurpation.“ Beim Eintreffen der Nachricht von Oesterreichs Einlenken vermochte er sich gar nicht sehr darüber zu freuen, weil er, wie er schon vorher[2]) gelegentlich geäußert hatte, befürchtete, daß nach dem Frieden im Orient ein Krieg gegen Preußen ausbrechen würde, indem Oesterreich und Frankreich an eine Unterjochung Deutschlands dächten. Als der preußische Militärbevollmächtigte in Petersburg Graf Münster zur Lähmung der französischen Bewegungen gegen das arg bedrängte Sebastopol „leise Demonstrationen“ am Rhein befürwortete, weil dadurch die Entsendung weiterer Truppen nach der Krim verhindert würde, lehnte der König dies ab mit den Worten: „Ich werde mich wohl hüten, so etwas zu thun, Rußland geht mich nichts

---

[1]) A. 17. April 1855.

[2]) G. II, 308.

an; je mehr Truppen Frankreich dorthin schickt, um so mehr werden wir hier los."[1]) Die Angst Gerlachs und Münsters vor einer möglichen russisch-französischen Allianz konnte er noch nicht teilen, urteilte vielmehr anfänglich mit Gelassenheit über diese Eventualität, ja er spottete über die „Insomnien", die Gerlach darüber hätte. Desto mehr Wert legte er darauf, Näheres über Oesterreichs Absichten gegen Preußen zu erfahren, und sandte zu diesem Zwecke im Dezember 1855 den bewährten Edwin Manteuffel nach Wien. „Ich will durch ihn den Kaiser Franz Joseph fragen lassen, wie er zu Deutschland steht. Man wird ihm nicht die Wahrheit sagen, aber es wird doch klar werden, aus welchen Fäden die Lüge gewoben worden ist!" Ein Brief der Königin Viktoria an die Prinzessin von Preußen bestärkte ihn in seinen Befürchtungen vor einem Kriege gegen Preußen. Hatte doch die Königin darin davon gesprochen, daß es im Frühjahr wohl zum Kriege zwischen Preußen und England kommen würde[2]). Aus solchen besorgten Stimmungen heraus arbeitete er auf alle Weise für den Frieden, indem er seinem kaiserlichen Neffen in Petersburg eindringlich seine terrible responsabilité vorhielt[3]), und erachtete es für wichtig, seine Teilnahme an den Pariser Friedensverhandlungen durchzusetzen, im Gegensatz zu seinem Fernbleiben von den Wiener Konferenzen. Wie er sich diese Teilnahme dachte, setzte er in einem fein durchdachten Schreiben an seinen Gesandten in Paris vom 4. Februar auseinander: „Wir betrachten Preußens Teilnahme an den Friedensverhandlungen als unser unzweifelhaftes Recht und dürfen auf der einen Seite diese Ueberzeugung nie verleugnen, auf der anderen Seite aber eben wegen dieser Grundanschauung nicht das Mindeste thun, was irgendwie gedeutet werden könnte oder danach aussähe, als wollten wir dieses unser gutes Recht durch Konzessionen oder Schritte, welcher Art sie wären, erkaufen. Die Situation gleicht sehr der vor einem Jahre, damals war ich bereit, in

---

1) A. 9. Juli 1855.

2) A. 13. Januar 1856.

3) Schreiben Friedrich Wilhelms an Reumont; Natzmer, Unter den Hohenzollern IV, 210.

der Annäherung an die Westmächte so weit zu gehen, als Ehre und Pflicht es zuließen. — Zugleich erfordert es die einfache Wahrheit, auszusprechen, daß, einmal berufen und auf seinem gebührenden Stuhle sitzend, Preußen nicht russisch und noch weniger antiwestmächtlich stimmen würde. So z. B. wollen wir so wenig wie England die Befestigung der Alandsinseln oder überhaupt einen Frieden auf nicht soliden Basen, oder der die Pforte nicht vor russischen Eroberungsgelüsten schützt. Also weil das der Wahrheit entspricht, kann's auch gesagt werden, jedoch niemals unter den Umständen, die den soupçon rechtfertigen würden, als wollten wir etwas damit durchsetzen. — Das résumé der Situation ist folglich: 1. Wir gehen keine Verpflichtung ein, ehe wir nicht in dem concert sitzen, und darum 2. können wir auch auf dem Bundestage keine andere Rolle spielen und nicht raten, daß ein Bundesbeschluß Preußen in eine Lage setze, in der es in Widerspruch mit den ausgesprochenen leitenden Grundsätzen geriete."

So kam es zu dem vielberufenen Antichambrieren Preußens vor dem Pariser Kongreß, das Bismarck so unglücklich und unnötig fand. Der König war hierin mit Gerlach und Otto Manteuffel gegen Bismarck einig. Ihm war es darum zu thun, auch jetzt noch den Anschluß an Oesterreich festzuhalten, um es nicht Frankreich in die Arme zu treiben und dadurch die Bildung eines Rheinbundes heraufzubeschwören. Waren einerseits diese Rheinbundsbefürchtungen begründet, so war dies Antichambrieren andererseits sicherlich wenig angenehm für eine Großmacht. Wurde aber der positive Zweck, den Friedrich Wilhelm im Auge hatte, erreicht, so lohnten sich diese Bemühungen für Preußen wohl. Es sollte sich für Friedrich Wilhelm indes abermals zeigen, daß auf eine Verständigung mit Oesterreich nicht zu rechnen war.

Ein Gutes, was der Krimkrieg nebenher für Preußen einbrachte, war die Festlegung der von dem gewährten Kredit von 30 Millionen nicht aufgebrauchten Summen (21 Millionen) als Fonds für plötzlichen Krieg und Mobilmachung.

Ferner brachten die günstigen Erfahrungen, die in den Kämpfen auf der Krim mit den gezogenen Gewehren gemacht

wurden, erneute Versuche mit dieser Waffe und die schließliche Einführung des Zündnadelgewehrs in Preußen zuwege. Am 31. Dezember 1854 wies Friedrich Wilhelm, hierin beeinflußt von seinem Freunde General v. Willisen, den Kriegsminister an: „Höchstbeschleunigter Versuch mit in Mignet [statt Minié] umgearbeiteten preußischen Gewehren. Während dessen Vorbereitungen zur Umarbeitung im größten Maßstabe." Wenige Tage darauf, am 8. Januar 1855, folgte ein neues Billet: „Sehr wichtig ist es für die Sache, für unsere politische Lage und für das Näherrücken des Frühjahrs, daß alles Befohlene jetzt lebendig in Arbeit genommen werde. Die Kommission hat nicht die Aufgabe, das Ob zu prüfen. Das habe ich durch die Versuche in meiner Gegenwart selbst gethan und bereits entschieden. Ihre Aufgabe ist, dem von mir Angenommenen die Beschleunigung zu geben, die von einer in jeder Hinsicht soliden Ausführung unzertrennlich ist." Bis zum November 1856 war die gesamte preußische Infanterie mit gezogenen Gewehren bewaffnet — die einzige Armee, die sich in dieser Lage befand. Indes blieb es im allgemeinen bei der Ausrüstung mit der Uebergangswaffe des Miniégewehres, und erst nach langem Hin- und Herschwanken, das dem dringend die allgemeine Durchführung des Zündnadelgewehres befürwortenden Prinzen von Preußen viel Kummer bereitete, wurde das Zündnadelgewehr selbst am 3. Juni 1858, als Friedrich Wilhelm bereits erkrankt war, allgemein eingeführt[1]).

Die wichtigste Errungenschaft des Orientkrieges bildete indes für Preußen die Sprengung des alten Einvernehmens zwischen Rußland und Oesterreich, das Jahrzehnte hindurch für Preußen jede selbständige Bewegung unmöglich gemacht hatte. Dies freilich war ein von Friedrich Wilhelm unbegehrtes Geschenk, das die Vorsehung seinem Staate bescherte.

Die englischen Zeitungen haben in jenen Jahren viel über den vacillating king gehöhnt, und es ist nicht zu leugnen, daß der „impressionable Herr", wie Gerlach zu sagen pflegte,

---

[1]) Vgl. hierüber die zum Teil höchst lebendigen Verhandlungen bei (G. Lehmann), Militärische Schriften Kaiser Wilhelms des Großen II, 80 ff.

nur zu leicht ins Schwanken geriet. Dazu fehlten die Wunderlichkeiten nicht, die Friedrich Wilhelms ganzes Wesen kennzeichnen. Noch bedenklicher war die Schwäche, die fast jede kraftvolle Handlung des preußischen Monarchen verhinderte. Aber es wird unseres Erachtens als eine Wahrheit festzuhalten sein, daß die Politik Friedrich Wilhelms niemals reifer und besonnener gewesen ist, als in den schweren Zeiten der orientalischen Krisis, und daß er über seine Verwandten, seine Minister, die Camarilla, die Wochenblattspartei und Günstlinge geringeren Schlages hinweg den richtigen Weg gegangen ist. Wie sich König Friedrich Wilhelm auch sonst sehr richtig eingeschätzt hat, so hat er im August 1856 gleichsam im Gespräche mit sich selbst treffend gesagt: „Noch nie ist wohl die Politik so entschieden vom Fürsten ausgegangen, als hier in der orientalischen Frage.“ [1]).

[1]) G. II, 449. Vgl. dazu das launige fingierte Gespräch zwischen dem König, Manteuffel und Gerlach. G. II, 418—420.

VII.

Der Ausgang.

Mit dem Pariser Friedensschluß hat auch König Friedrich Wilhelms IV. historische Mission im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Die anderthalb Jahre, die er noch regiert hat, sind psychologisch von höchstem Interesse; sie brachten aber nur noch wenig geschichtliche Ereignisse von Bedeutung für Preußen. Des Königs Leben gipfelte in dieser Zeit in zwei Ereignissen, in Hinckeldeys Zusammenbruch und in der Neuenburger Frage.

Der Polizeipräsident v. Hinckeldey gehörte zu jenen unglückseligen Günstlingen, die fast zu allen Zeiten eine Rolle an Fürstenhöfen gespielt haben. Es wäre wohl zu hart, wollte man ihn unter jene Klasse rechnen, die durch die Horazischen Worte pharmacopolae, balatrones, hoc genus omne bezeichnet wird [1]). Bei Friedrich Wilhelm hatte schon der Geheimrat Sägert eine ähnliche Rolle gespielt. Hinckeldey stand etwas höher. Er war ein Beamter mit manchen ausgezeichneten Eigenschaften, aber doch zu untergeordnet, um eine so hohe Vertrauensstellung bei einem so geistreichen Monarchen wie Friedrich Wilhelm zu verdienen. Es ist ihm gelungen, sich bei dem Könige durch ein dienstbereites Eingehen in dessen Ideen und durch eifriges zum Munde reden eine so feste Stellung zu verschaffen, daß jeder Angriff auf sie abgeschlagen wurde. Es war leichter, Minister und langjährige Freunde des Königs zu stürzen, als die hohe

---

[1]) Dies Citat braucht Bismarck, um eine gewisse Klasse von Günstlingen zu bezeichnen. G. u. E. I 88.

Meinung Friedrich Wilhelms von Hinckeldey zu beeinflussen. Hinckeldey hat besonders seit dem Attentat Sefeloges, das anfänglich von vielen Seiten sehr schwarz beurteilt wurde, das Ohr des Königs gewonnen. Er hat in dem Könige den Geschmack für polizeiliches Regiment, das einst zum Bruch zwischen Friedrich Wilhelm und seinem Freunde, dem früheren Minister des Innern v. Rochow, geführt hatte, wachgerufen. In der Furcht vor Revolutionsversuchen war der König solchen Ideen zugänglicher geworden. Er kam ihm mit allerlei Projekten, so im Februar 1852 mit der Idee einer Preßjury der Buchhändler, im März 1853 mit dem Plan, den Berliner Magistrat jährlich zum Bau von ein bis zwei Kirchen zu zwingen [1]), die dem Könige äußerst praktisch vorkamen. Außerdem sagte diesem Hinckeldeys Chicane der Zeitungen und seine Wahlpolitik zu. Als einmal die Berliner Wahlen schlecht ausfielen, urteilte Friedrich Wilhelm, das läge nur daran, weil man Hinckeldey nicht habe gewähren lassen. Die rücksichtslose Behandlung der unabhängigen Kreuzzeitung durch den Polizeipräsidenten kam ihm zuweilen gar nicht ungelegen, so viel er auch auf die Zeitung hielt. Allen Gegenvorstellungen zum Trotz erhob er den Günstling zum Generaldirektor der Polizei in Preußen, ein Posten, der lediglich für Hinckeldey geschaffen wurde und die Bildung einer besonderen Abteilung im Ministerium des Innern erforderlich machte. Der Minister Westphalen mußte sich notwendigerweise dadurch in seiner Wirksamkeit beeinträchtigt fühlen und die ganze Organisation ist denn auch nach Hinckeldeys Tode wieder eingegangen. Gerlach sprach von einer neuen Camarilla: Kämmerer Schöning, Geheimrat Harder, Sägert, Nörner, Stieber mit Hinckeldey als Premier [2]). Zweimal in der Woche hatte Hinckeldey Vortrag beim Könige. Durch die blinde Anerkennung, die der brave Mann mehr und mehr bei seinem Gebieter fand, wurde er weit über seine Sphäre gehoben und immer anmaßender. Infolgedessen regte sich allenthalben der Widerspruch gegen ihn. Für den liberalen Theodor Bernhardi galt es als ausgemacht,

---

[1]) G. II, 17 f.

[2]) A. April 1856.

daß Hinckeldey nur für seine persönlichen Interessen sorgte und nicht reine Wege wandelte [1]). Gerlach, der Bruder des Ministers Manteuffel, als Landwirtschaftsminister der Ackerteufel genannt im Gegensatze zum Oberteufel Otto und zum Flügelteufel Edwin, der Konservative Moritz v. Blanckenburg, kurz die verschiedensten Leute erfüllten sich mit Haß gegen ihn. Es half nichts, daß der Feldmarschall Dohna, auf dessen nüchternes wohlmeinendes Urteil der König viel gab, seinem Herrn auseinandersetzte, die Stimmung gegen Hinckeldey sei eine ganz allgemeine. Friedrich Wilhelm wollte davon nichts wissen. Aber er begann es bald zu fühlen, daß Dohna recht hatte. Schon im April 1854 äußerte er einmal zornig, Hinckeldey müsse sich mit Blanckenburg schlagen [2]). Er selbst stutzte, als Gerlach über die Werkzeuge des Präsidenten, Stieber, Schwantzer, Greif, grimmig urteilte, diese drei Namen könnten „sofort in Shakespeare figurieren" [3]). Nicht ohne eine gewisse Neigung Konflikte zu suchen, schuf Hinckeldey sich dadurch zuweilen recht ärgerliche Verdrießlichkeiten, insbesondere mit den Gardeoffizieren. In der unerquicklichen Briefdiebstahlssache, die Gerlach passierte und die eine Menge Gift am Hofe und unter anderen hochgestellten Personen aufspeicherte, hat er keine einwandsfreie Rolle gespielt. Schließlich kam er bei einem rücksichtslosen Durchgreifen gegen zwei Spieler zu Falle. Friedrich Wilhelm fühlte sich stets verpflichtet, auf den Lebenswandel seiner Gardeoffiziere ein besonderes Auge zu haben, und empfand oft Gewissenspein, wenn er von jugendlichen Ausschreitungen in dieser Truppe hörte. Seinem Gröben übertrug er das Gardekorps, indem er ihm heilig ans Herz legte, seine Offiziere aus den Höhlen des Verderbens zu retten. Empört über das Spielen im Jockeyklub gab er eines Tages Hinckeldey mit einiger Willkür den Befehl, zwei verabschiedete Offiziere, v. Heydebrand und v. Schmeling, die bei jenen Spielabenden besonders hervorgetreten waren, aus Berlin auszuweisen. Darüber kam der Jockeyklub in Konflikt

[1]) Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis II, 214, 284.
[2]) G. II, 135.
[3]) A. November 1854.

mit dem Generalpolizeidirektor. Hinckeldey verwickelte sich in Widersprüche, gab erst an, er hätte auf Befehl des Königs gehandelt und widerrief diese Angabe nachher, um den König zu decken. Richtiger wäre es gewesen, von vornherein jede Auskunft zu verweigern, jede Rechenschaft unter Berufung darauf, daß er im Amte gehandelt habe, abzulehnen, und den Fragstellern anheimzugeben, den Beschwerdeweg zu beschreiten. So kam es zum Skandal, Hinckeldey zog sich den Vorwurf der Lüge zu und sah sich genötigt, Herrn v. Rochow-Plessow deswegen zu fordern. Am 10. März 1856 wurde er in der Jungfernheide bei Berlin von diesem erschossen.

Der König hat von dem Zweikampf gewußt. Einer der Beamten Hinckeldeys hat ihm nach seiner eigenen Aussage im Verhör so zeitig davon Kenntnis gegeben, daß er in der Lage war, das tragische Ereignis zu verhindern. Friedrich Wilhelm wußte natürlich auch, daß Hinckeldey die Lüge begangen hatte, lediglich um des Königs Namen nicht in die ärgerliche Sache hineinzuziehen. Er war also moralisch verpflichtet, seinen Günstling, der ehrenhaft und mutig die Konsequenzen seiner edlen Verleugnung gezogen hatte, zu retten, und darauf hat Hinckeldey bis zuletzt gehofft. Wer will dem wackeren Manne das verdenken? Noch auf dem Kampfplatze schaute er sehnsüchtig nach einem Flügeladjutanten aus und instruierte demgemäß seinen Kutscher [1]). Es kam niemand. Daß der König also die Schuld an dem Tode Hinckeldeys trug, ist unbestreitbar; wie denn selbst die Königin und Gerlach das zugegeben haben. Er hat lediglich aus Thatenschwäche nicht eingegriffen. Auch in dem acht Tage darauf an den Minister v. Westphalen gerichteten merkwürdigen Schreiben [2]), das die andauernde krankhafte Erregung Friedrich Wilhelms zeigt, sucht der unglückliche Monarch vergeblich sein Schuldbewußtsein zu verschleiern. Er suchte sich einzureden, daß er nicht gern dem Verdacht, „Hinckeldey könne kein Pulver riechen", habe Vorschub leisten wollen. Seitdem ließen ihn die Gewissensskrupel nicht

---

[1]) A. April und 23. Juni 1856.

[2]) Historische Zeitschrift 78, S. 466—468

mehr los. Am Sarge des treuen Mannes zerfloß er in Thränen; die folgenden Wochen war er in der furchtbarsten Aufregung. Die Aerzte stellten im April ein Leberleiden bei ihm fest. Am Abend des 16. Mai wurde zum erstenmal mit Bestimmtheit eine vorübergehende Geistesschwäche bei ihm wahrgenommen, und wenige Tage später war sich die Königin klar darüber, daß ein Abnehmen der Geisteskräfte eintrat. Weinend klagte sie dem Hausminister v. Massow ihr Leid. In einem persönlichen Zwiespalt zwischen den Herren v. Usedom und v. Wedel mit dem Ministerpräsidenten, der den König bald darauf lange Zeit beschäftigte und bei dem es auf ein Haar auch zum Zweikampf gekommen wäre, hat er im Gedanken an Hinckeldey ängstlich diesen Austrag zu vermeiden gesucht und durch Sägert vermitteln lassen[1]). Nachmals hat die Königin ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Bedenken, die er sich über den Tod Hinckeldeys gemacht hätte, ihm den verderblichen Stoß gegeben hätten[2]). —

Mittlerweile hatten sich in Neuenburg Ereignisse abgespielt, die das Gemüt des Königs in dem Jahre vor seiner dauernden Regierungsunfähigkeit vorzugsweise beschäftigen sollten. Im Pariser Kongreß, wie schon all die Jahre vorher, war Friedrich Wilhelms steter Wunsch, sein geliebtes Neuenburg wieder zu erlangen, unberücksichtigt geblieben. Die anderen Mächte hatten kein Verständnis für diese Wünsche und waren, wie begreiflich, mehr mit der Regelung der orientalischen Frage beschäftigt, um derentwillen der Kongreß einberufen war. Da beschlossen sich die Anhänger des Königs in dem Juraländchen auf eigene Faust zu helfen, indem sie nach Schweizer Sitte einen Putsch versuchten. Vorher ging der Graf Friedrich Pourtales nach Berlin, um zu sondieren, wie der König sich dazu verhalten würde. Er erkundigte sich zunächst in der Umgebung des Prinzen von Preußen, mit der er Beziehungen hatte, und sprach dann nur den Prinzen selbst, Otto Manteuffel und Leopold Gerlach. Von dem Könige hielten Manteuffel und Gerlach ihn fern. Beide warnten den Grafen. Der aber gab zu verstehen, er habe keine Freiheit, die Bombe

---

[1]) A.

[2]) G. II, 709. Ausspruch der Königin im Dezember 1859.

platzte auch ohne ihn [1]). In der Nacht auf den 3. September 1856 erfolgte denn auch wirklich die Erhebung, um vollständig zu mißlingen. Die königstreuen Neuenburger wurden von den demokratischen Siegern zum Teil gefangen gesetzt und nachher aus dem Lande gewiesen, zum Teil durch brutales Vorgehen, wie es selbst die ärgsten Tyrannen sich nicht besser ausdenken konnten, wirtschaftlich ruiniert.

Es war verständlich, daß das weiche Gemüt des Königs durch diese Vorgänge tief ergriffen wurde. Die rührende Treue jener Männer verdiente seine Teilnahme vollauf, und die Behandlung, die ihnen widerfuhr, hätte auch einen härteren Mann empört. Bei der psychischen und physischen Angegriffenheit, in der Friedrich Wilhelm sich seit Hinckeldeys Tode befand, mußten die jetzigen Erlebnisse geradezu erschütternd auf ihn einwirken. Er glaubte es seinem Ehrgefühl schuldig zu sein, den Aufständischen auf jede Weise zu helfen. Indes fand er bei den Mächten sehr wenig Entgegenkommen. Die langwierigen Verhandlungen, die deswegen gepflogen wurden, rieben ihn fast auf. Am meisten erbittert zeigte er sich über Oesterreichs „perfides“ Verhalten. Ein Lichtstrahl war für ihn Napoleons Entgegenkommen. Er, der sich stets als den entschiedensten Gegner eines Krieges gezeigt hatte, war jetzt hart daran, es wegen dieser Sache zum Kriege gegen die Schweiz kommen zu lassen, und erreichte thatsächlich durch Rüstungen die Nachgiebigkeit der trotzigen Demokraten. Zur weiteren Regelung der Angelegenheit trat im März in Paris eine Konferenz zusammen, deren Ergebnis der Vertrag vom 26. Mai 1857 war, nach dem die Aufständischen Amnestie erhielten, die Kosten des Septemberputsches von der Eidgenossenschaft übernommen und die seit 1848 eingezogenen Kirchengüter der früheren kirchlichen Verwaltung zurückgegeben wurden. Eine ihm schon für den Verzicht auf die Souveränitätsrechte zugestandene Geldentschädigung nahm der König stolz nicht an, weil er von den Demokraten kein Geld nehmen wollte. Die wichtigste Errungenschaft des ganzen Handels war eine große Annäherung an Napoleon.

---

[1]) G. II, 465.

Dieses Ergebnis auszunützen sollte dem Könige nicht mehr beschieden sein. Als zum äußeren Zeichen des freundschaftlichen Einvernehmens mit Frankreich anfangs Mai König Jeromes Sohn Prinz Napoleon (Plonplon) nach Berlin kam, war der König sichtlich in der übelsten Gesundheitsverfassung. Mannigfache andere Aufregungen waren hinzugekommen, sein Nervensystem zu untergraben, so besonders der Briefdiebstahl bei Gerlach und der infolgedessen entstandene Lindenbergsche Prozeß, der zu heftigen Erörterungen zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preußen führte. Die Quelle dieser unglücklichen Verstimmungen war nicht sowohl der Litterat Lindenberg, als die im Dienste des Prinzen angestellte Familie Bork. Die beiden Korrespondenzsekretäre dieses Namens tragen vor der Geschichte das Odium, Jahrzehnte lang Gift zwischen die höchsten Personen des preußischen Hofes und dessen treueste und beste Diener gesät zu haben. Sie haben auch, wie durch einwandsfreie Zeugen festgestellt ist, die von Lindenberg an Gerlach gemeldete Rede geführt: „der Prinz von Preußen würde einen Sturm auf die Umgebung des Königs machen". Sie haben schon seit dem Jahre 1854 von dem Könige als einem Kranken geredet, woran Gerlach die Königin im August 1857 erinnerte. Indem der König nach langen Wirren den Lindenbergschen Prozeß durch die Begnadigung dieses Litteraten beendigte, hat er sich fraglos von Leopold Gerlach dazu beeinflussen lassen. Immerhin bewahrte er sich selbst hierbei noch eine gewisse Stellung über den Parteien, und als Gerlach einmal über jemand äußerte, er müßte bei dem Briefdiebstahl ein böses Gewissen haben, da er auch davon profitiert hätte, versetzte Friedrich Wilhelm mit liebenswürdiger Hoheit: Er habe auch ein böses Gewissen dabei, denn auch er habe die Briefe gelesen[1]). Wie bekannt, waren Gerlach jahrelang von bestochenen Bedienten Briefe und Aufzeichnungen gestohlen worden, von denen der französische Gesandte Moustier, Otto Manteuffel, Hinckeldey und durch diesen auch der König und andere mit höchstem Interesse Kenntnis nahmen. Einem hohen

---

[1]) G. II, 474.

Beamten der Oberrechenkammer kostete sein Verhalten bei der unerquicklichen Angelegenheit das Amt.

Zu den letzten Erörterungen des Königs mit seinen Getreuen gehörten Gespräche über die finanzielle Sicherstellung Preußens, da, wie der König ausführte, es seit Friedrich II. Grundsatz sei, daß der preußische Staat stets eines surplus an Geld bedürfe, sowie Auslassungen über die Herrschaftsgelüste der Kammer. Seine Kasse sei verloren, meinte Friedrich Wilhelm, wenn er nach Parlamentsmehrheiten Ministerwechsel eintreten ließe[1]. Wie er schon am 19. Dezember 1843 im Ministerrat den Boyenschen Gedanken der Ausdehnung des einjährig-freiwilligen Dienstes auf alle bemittelteren Klassen gegen seinen Bruder Wilhelm verfochten hatte[2], ein Gedanke, für den die Zeit damals noch nicht reif war, so trat er mit Entschiedenheit für die dreijährige Dienstzeit ein[3]. Noch am 8. April 1857 ergrimmte er bei Vorträgen Costenobles und Niebuhrs über die Opposition der Kammer gegen die dreijährige Dienstzeit. „Sie muß gehorchen, ich werde es ihr zeigen," rief er damals aus[4], und kündigte damit seine Bereitschaft an, jenen Kampf aufzunehmen, der die Schicksalsfrage für die Regierung seines Bruders werden sollte. Ihm schwebte stets die Gefahr des Krieges gegen Frankreich vor. Am 12. März 1856 äußerte er: „Er wird kommen, früh oder spät, denn ein Napoleon auf dem Thron muß den Rhein haben und die Alpen." Darum wollte er nichts versäumen. Schon in einem Kabinettsbefehl vom 28. August 1856 drückte er mit großer Bestimmtheit gegen die Mehrheit des Staatsministeriums seinen auf die dreijährige Dienstzeit zielenden Willen aus.

Im Juli 1857 ist der erste Schlaganfall bei ihm konstatiert worden, als er gerade in Pillnitz weilte. Bald darauf merkte er, daß er sein Gedächtnis verloren hatte, und geriet darüber

---

[1] G. II, 491.

[2] Meinecke, Boyen II, 500. G. Lehmann, Militärische Schriften Kaiser Wilhelms des Großen I, 584 ff.

[3] G. Lehmann a. a. O. S. 134, 274.

[4] A. Potsdam 8. April 1857.

in tiefe Niedergeschlagenheit. Am 31. Juli wiederholte sich der Anfall bei einem Theaterbesuch. Seitdem spürte er eine merkliche Abnahme seiner Kräfte. Aber noch im September staunte Georg v. Bunsen sein außerordentliches Gedächtnis und seinen nie versagenden Witz und Humor an [1]). Dann erkrankte er aufs neue im Theater am 5. Oktober. Am 9. kam der Hofmarschall Graf Keller zu Gerlach mit den Worten: „Kommen Sie, es geht zu Ende." Der treue Adjutant war so ergriffen, daß ihn ein Schüttelfrost erfaßte. Als der Kranke am 19. des Prinzen von Preußen gewahr wurde, stammelte er ihm zweimal entgegen: „Segne dich Gott." Die Königin legte ihm nun am 23. nahe, „Wilhelm die Regierung zu übertragen", und er ging sofort darauf ein, indem er sagte: „Das habe ich schon längst gewollt, habe es aber nicht sagen können." „Dann mußt du eine Ordre unterzeichnen." „Sehr gern." Die Königin legte ihm die Ordre vor und Friedrich Wilhelm erklärte laut sein Einverständnis im Berliner Dialekt „schöne!" [2]), dessen Gebrauch bei dieser Gelegenheit das Erschütternde der Situation steigerte, unterzeichnete, fand noch, daß drei Monate eine lange Zeit sei, und verlangte eine Abschrift. Damit hörte die Regierung König Friedrich Wilhelms IV. auf. Drei und ein viertel Jahr hat er noch fortgelebt, immer mehr in Stumpfsinn versinkend, ein Anblick von namenloser Tragik. „Ich bin lebendig begraben," hat er am 4. Januar 1858 gesagt. Seinem Freunde Markus Niebuhr, der fast gleichzeitig mit ihm in geistige Umnachtung verfiel, schenkte er noch zum Weihnachtsfest des Jahres 1857 den Thomas a Kempis mit eigenhändiger Widmung: „Mit Gottes Hilfe für Sie und mich." Es war ein letztes Zeichen der Freundschaft, wie es seinem edlen Herzen entsprach. Anderen Freunden, wie seinem Lehrer Barthold Niebuhr, seinem Thile, seinem Radowitz hatte er an der Stätte, wo ihre irdische Hülle ruhte, würdige Denkmäler gesetzt. Mancher der Getreuen starb jetzt hinweg, während der König körperlich noch fortlebte: so Massow, Dohna, Markus Niebuhr selbst, auch Bunsen und der

[1]) Marie v. Bunsen a. a. O. S. 168.
[2]) A. 23. Oktober 1857.

ständige Gast in diesem Freundeskreise des Königs, Humboldt. Leopold Gerlach ward stetig einsamer zu Mute. „Mitten wir im Leben sind mit dem Tod umfangen,“ klang es immer wieder in seiner Seele. Auf Ranke machte Friedrich Wilhelm im Beginn der Krankheit den Eindruck eines verfallenen Bergwerks, aus dessen Tiefe Silberadern hervorblitzen. Von den Geistlichen, die um ihn waren, hat nach der Königin und Gerlachs Zeugnis Snethlage den besten Einfluß auf ihn ausgeübt. Anfangs selbst noch immer hoffend, so daß er noch am 10. Juni 1859 sagte: „Wir müssen ernsthaft überlegen, was zu thun ist, wenn ich besser bin,“ erkannte der Kranke schließlich doch, daß keine Aussicht auf Wiederherstellung mehr für ihn sei. Das preßte ihm die Worte heraus: „Armer, armer Mann.“ [1]) Reisen nach Tegernsee, Tirol, Italien brachten keine Besserung. Am 2. Januar 1861 in der ersten Morgenstunde hat der liebenswürdigste und ideenreichste aller Fürsten ausgelitten.

Sprechen wir ihm noch den schönen Titel eines Friedensfürsten zu, so erinnert uns dies sofort und mit Bitterkeit daran, daß auf dieser armen Erde der friedfertige Fürst nur dann mit Glück bestehen kann, wenn er stets in der Lage und bereit ist, seinem Volke das teure Gut des Friedens mit Waffengewalt zu wahren. Dem jungen Kronprinzen Friedrich hatte einst Voltaire geraten, durch die Entfachung der hehren Flamme der Kunst und Wissenschaft den prometheischen Funken seinen Völkern zuzutragen. Der vierte Friedrich Wilhelm hat es sich wacker angelegen sein lassen, diese Flamme, die sich inzwischen selbst entzündet hatte, zu schüren. Er that noch mehr. Er hat auch die materielle Wohlfahrt seines Preußens kräftig gefördert und durch sein Regiment in unzähligen Herzen, die dem Banne eines flachen Rationalismus verfallen waren, das Feuer der Glaubensinbrunst entzündet. Aber die eigentliche, die imponierendste Tugend der preußischen Herrscher, „das stolze Vorrecht der Initiative,“ hat er sich nicht zu sichern gewußt. Darum seufzten die besten Geister seines Staates unter einem lähmenden Drucke, und darum wird seine Regierung immer einen traurigen Anblick

[1]) 21. September 1860.

gewähren. Er hat selbst einmal ein Wort gebraucht, das seine ganze Regierung nur zu wahr kennzeichnet: „So ist Friede ohne Freude.“ [1]) Die Gerechtigkeit aber erfordert zu sagen, daß er den Weitblick besessen hat, die Kräfte des unfertigen Preußens nicht leichthin aufs Spiel zu setzen, sondern zu schonen.

Laut letztwilliger Bestimmung vom 6. August 1854 hat der König vor dem Altar seiner Friedenskirche zu Potsdam seine Ruhestätte gefunden. Sein Herz, so ordnete er an, sollte zu den Füßen seiner von ihm heißgeliebten Eltern im Mausoleum zu Charlottenburg eingemauert werden, und demgemäß geschah es.

Schon in gesunden Tagen hat er gefühlt, daß alle seine Lieblingsgedanken mit ihm selbst ausgelöscht sein würden. Am 24. Februar 1856 sagte er: „Alles, was er jetzt mache, werde, wenn er die Augen schließe, unter dem jauchzenden Gebrülle der öffentlichen Meinung zusammenstürzen, Auerswald gewiß und sofort Premier werden.“ [2]) Das ist wörtlich eingetroffen. Das Ministerium Auerswald brachte freilich das Heil nicht. Aber der feste Wille des Prinzregenten leitete eine neue Zeit herauf. Bei ihm zeigte sich die Wahrheit des Wortes, das ein französischer Korrespondent in einem für König Friedrich Wilhelm bestimmten Brief einfließen ließ: La fermeté est presque le génie pour les princes [3]). Immerhin sollte auch Wilhelm I. bittere Erfahrungen darin machen, wie schwer sein Volk sich regieren ließ. Nach vier Jahren war auch er nahe daran abzutreten, bis er sich entschloß, den Helfer heranzuholen, den Gerlach herbeisehnte, indem er unbefriedigt von den geringen Resultaten der damaligen Politik schrieb: „Am Ende sind die Begebenheiten und Entscheidungen immer und bei aller Politik das Resultat kleiner und komplizierter Kräfte gewesen. Ein Mann, der dies alles selbst in die Hände zu nehmen fähig ist, müßte eine enorme Ueberlegenheit haben.“ [4]) Er ahnte nicht, daß ein

---

[1]) O. Lorenz, Staatsmänner und Geschichtschreiber S. 139.
[2]) G. II, 632.
[3]) G. II, 475.
[4]) G. II, 299.

solcher Mann lebte, daß er, Gerlach selbst, schon im Begriff stand, seinen Weg von dem dieses überlegenen Geistes zu trennen, ja daß der Mann, der Preußen und Deutschland mit übermenschlicher Kraft emporheben sollte, zu seinen nächsten Bekannten gehörte.

Der Verlauf der Regierung Friedrich Wilhelms IV. läßt sich in ein Bild kleiden, indem man den unglücklichen König einem genialen Baumeister vergleicht, der sich in kühnen Plänen übernimmt.

Der gotische Dom christlich-germanischer Herrlichkeit, wie ihn Friedrich Wilhelm zu bauen gedacht hatte, konnte nicht zur Ausführung kommen. Kaum wurden die Fundamente, die dieser hochangelegte Baumeister vorgefunden hatte, und die in Gefahr gewesen waren, zerstört zu werden, dem Nachfolger ungeschmälert überliefert. Viele wackere Werkleute hatten ihre Kräfte im Dienste ihres Bauherrn verbraucht, weil er sie mit souveräner Gleichgültigkeit verwandte. Doch den richtigen Werkführer hat er noch selbst an den richtigen Platz gestellt, wo er ein Urteil über die für den Bau nötigen Verhältnisse gewann. Während König Friedrich Wilhelm IV. in der Tiefe seiner Künstlerseele noch immer die alten hochfliegenden Pläne über die Gestaltung von Staat und Kirche mit stiller Sehnsucht nährte, während sein geheimes Ministerium sich zuletzt gezwungen sah, die Dinge in der Stagnation zu halten, weil es sonst Schlimmeres befürchten mußte, während indessen, wenn auch bei vielen der Besten dumpfe Niedergeschlagenheit Platz griff, der durch die Revolutionszeit tief erschütterte Volksgeist wieder einigermaßen zur Ruhe kam, und während der preußische Staat seine materiellen Kräfte schonte und neue ansammelte, dämmerte langsam die Zeit herauf, in der Wilhelm I. die mit dem rechten Wirklichkeitssinn ausgerüsteten thatendurstigen Männer aussuchte, erst Edwin Manteuffel übernahm, dann Moltke fand, Roon heranholte und schließlich den gewaltigsten Helfer Bismarck zu berufen sich entschloß und mit ihnen vereint den mächtigen Bau des einigen Deutschlands nach den ihm von dem ehemaligen Bundestagsgesandten unterbreiteten Plänen im zeitgemäßen Stile schuf. Was einst der junge E. M. Arndt in seinem goldenen Herzen

kommen fühlte, als er jubelnd rief: „O, ich könnte weissagen, so klar steht Preußens und Germaniens Zukunft vor meiner Seele, aber ich will die Wonne der Gesichte in meiner Brust verschließen," es sollte sich doch allmählich noch erfüllen, als wieder der Bann gebrochen wurde, der schon einmal — zu den Zeiten des ersten Friedrich Wilhelm — über dem preußischen Staate gelagert hatte, als mit jenem Dogma, das Friedrich dem Großen so in die Seele schnitt: „Die Preußen schießen nicht," in der Welt aufgeräumt wurde.

Beilagen.



Beilage I.

Bericht des Prinzen von Preußen über den 19. März 1848.

Auszug aus einem Brief (Seiner Kgl. Hoheit des Prinzen von Preußen) an die Kaiserin [von Rußland] d. d. London d. 28. März 1848.

(Von der Hand Leopold v. Gerlachs.)

Der 19te März.

... Endlich blieb man bei dem Entschluß stehen, daß die Proclamation des Königs von der Nacht in Ausführung kommen sollte, daß nämlich da, wo eine Barricade von den Bürgern eingeebnet würde, man dies als einen Beweis des Friedens Antrags betrachten werde, und vis à vis derselben die Truppen zurückziehen würde. Mit dieser Antwort, die unter den vielen Deputationen völligen Anklang zu finden schien, entfernten sich die Mitglieder derselben, die Proclamation in vielen Exemplaren mit sich nehmend, nach allen Stadttheilen sie verbreiten wollend. Es herrschte Ruhe, kein Schuß fiel mehr um diese Zeit. Desto unruhiger war es im Schloß, unberufene Leute kamen und gingen um Rath zu ertheilen. ... Es mochte 11 Uhr sein. Minister Graf Arnim kam, dem der König schon am 18ten das Praesidium des Conseils angetragen hatte. — Da kam eine Deputation unbekannter Leute (Bürgermeister Naunyn war zugegen), um anzuzeigen, daß jenseits der Königstraße drei Barricaden vom Volke eingeebnet würden. (Es ergab sich späterhin daß diese Anzeige eine vollständige Lüge war.) Ich schlug vor durch Officiere die Sache constatiren zu lassen; es entstand aber sofort eine Art Siegestaumel, daß die Befehle des Königs durch die Bürger sofort respectirt würden, so daß man mich nicht hörte, obgleich ich noch sagte, daß wenn das Factum sich bestätigte, natürlich die Truppen von der Stelle, nach dem Wortlaut der Proclamation des Königs zurückgehen müßten. Mit einemmahle kam der

M. v. Bodelschwing ins Zimmer (Speise Zimmer), wo die Deputationen vertreten und wir Alle versammelt waren, und rief mit lauter Stimme und rothem Kopfe: „Da die Barricaden verschwinden, so befehlen S. M., daß die Truppen von allen Straßen und Plätzen zurückgezogen werden sollen." Ich nahm sofort das Wort und sagte, das stehe ja im Widerspruche mit den Worten der Königlichen Proclamation, wo es nur heißt, daß da, wo eine Barricade verschwinde, die vis à vis stehenden Truppen zurückgezogen werden sollen. Der Minister donnerte mir aber entgegen: „An den Worten des Königs darf nichts geändert noch gedeutet werden." Ich fuhr fort, fragte, ob unter allen Plätzen auch die Schloßplätze zu verstehen seien, da dies doch die einzigen seien, wo die rückkehrenden Truppen sich aufstellen konnten. Der Min. B. donnerte mir aber nochmals dieselben Worte entgegen und befahl dann: „Und nun laufen und reiten Sie, m. H., um die Befehle des Königs zu überbringen, die Truppen sollen mit klingendem Spiel abziehen." —

Seit dem Moment sah ich den M. v. B. nicht wieder; es waren die letzten Worte, welche er als Minister sprach. Ich suchte den König im ehemaligen ersten Zimmer der Gräfinn Reden, fand ihn aber nicht, fand aber Gr. Arnim schreibend, ich fragte ihn, wo ist der König, was machen Sie denn? Er erwiderte: „Ich formire das neue Ministerium!" und ich las die Namen Auerswald, Schwerin. — Ich sagte aber: „Das ist ja ganz wie in Paris, wie Guizot, Thiers, warten Sie doch damit noch." „Nein," war die Antwort, „es ist die höchste Zeit."

Als ich ins Hallen Cabinet des Königs trat, fand ich ihn auch dort nicht, zurückkehrend ins Speisezimmer trat er auch eben ein; er sah die allgemeine Consternation, und wir erzählten ihm den Bodelschwingschen Auftritt. Er versicherte keinen andern Auftrag und keinen andern Befehl gegeben zu haben, als den, der in der Proclamation enthalten sei, und es müßte das sofort noch geändert werden. In demselben Moment kam aber schon das Füs. Bat. 1t. Garde Rgts tambour battant über die Kurfürsten Brücke, darauf das vom Regt. Alexander und die Menschenmasse stürzte nach. Der König befahl, die Brücke sollte besetzt und gesperrt bleiben; — es war zu spät und unmöglich. Die Truppen rückten auf die Schloßhöfe und auf den Dom Platz. Als die Brücke unbesetzt blieb, sagte ich zu Arnim: „Nun sind wir verloren!" denn ich sah Alles vorher was nun folgen würde.

Ich ging herunter zu den Truppen u. s. w. — Als ich zurück-

kehrte in die Zimmer der Königin, beruhigte ich die desolirten Anwesenden damit, daß alle Truppen noch da seien und vom besten Sinn beseelt. Mit einen mal höre ich trommeln; ich stürze an das Fenster, und sehe — das 1te Garde Regt. aus dem Portal No 1 abmarschiren über den Schloßplatz unter dem Zujauchzen des Volks! Zugleich kommt von allen Seiten der Ruf: die Truppen verlassen die Plätze; ich frage den Kriegsminister v. Rohr, ob er es befohlen; er sagt: „Im Gegenteil ich hatte befohlen, daß die Truppen um das Schloß bivouaquiren sollten". Da tritt jemand ein und sagt: Gr. Arnim soll es befohlen haben indem er erklärt, halbe Maasregeln taugen nichts, also es müssen die Truppen in die Kasernen rücken. Der p. v. Rohr nahm seinen Hut, warf ihn auf den Tisch und rief: „Das mag der Graf Arnim verantworten!" und ich rief ihm zu: Nun ist Alles verloren! —

Daß Graf Arnim jenen Befehl und jene Aeußerungen nicht gethan, hat er mir bald nach meiner Rückkehr angezeigt.

(Soweit der Pr. v. Preußen. Nun von der Hand des Gf. Königsmk) [1]).

Nachdem der König die Deputation des Berliner Magistrats empfangen [2]), und ihr auf ihre Anrede erwiedert hatte, daß ihre Wünsche bereits vor ihrem Erscheinen vollzogen würden sein, verlas der inmitten erschienene Minister v. Bod. den 6 noch zurückgebliebenen Deputirten das Manifest, was mit Begeisterung aufgenommen wurde. Dieselben verfügten sich zu den im Portal Nr. 1 zahlreich versammelten Petenten, um ihnen dasselbe vorzulesen. Vielfaches Hurrah erschallte! S. M. erschien auf dem balcon und wurde mit enthusiastischen Vivats begrüßt. Darauf erschien der Min. v. Bod. und erklärte vom balcon, daß S. M. zu arbeiten hätten und das Publicum ersuche sich zurück zu ziehen, wodurch dasselbe seine Liebe zum Könige

---

[1]) Das Eingeklammerte Zusatz Gerlachs. Der Major Graf v. Königsmarck, aggregiert dem Regiment Garde du Corps, war seit fast zwei Jahrzehnten Adjutant des Prinzen von Preußen. Die Prinzessin von Preußen hegte gegen ihn eine besondere Abneigung. Er hing mit glühender Liebe an seinem Prinzen und sprach bereits am 11. August 1840 das ahnungsvolle Wort aus: „Die Zeit wird es noch lehren, daß mein Herr das köstlichste Kleinod ist, was wir Preußen besitzen!" Vgl. Aus den Briefen des Grafen Adolf v. Königsmarck-Berlitt. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1881, S. 106.

[2]) Am 18. März.

beweisen möge. Darauf erscholl ¼ Stunde lang verworrnes Geschrei Hoch! Militär zurück! — — S. M. erschien zum zweiten mal auf dem balcon von tausendfachen Vivats begrüßt. Auf Allerhöchsten Befehl gingen nun die Minister v. Bod., Gr. Arnim und der Gouverneur nach dem Portal, um S. M. Befehl zu überbringen, daß nun das Publicum sich zurückziehen solle! Dieß geschah indessen nicht. Das Schrein und Lärmen wurde immer ärger, so daß S. M. befahlen, daß nunmehr mit allem Ernst der Platz zu räumen sei, jedoch die Kavallerie mit eingestecktem Gewehr vorgehen solle! — Dies geschah.

Am 3t oder 4t Hause des Schloßplatzes zwischen der breiten Straße und der Brücke ging ein Infanterie Zug in Front vor, als aus der Mitte des in Reihen formirten Zuges der andern Mannschaften ein Gewehr los ging, gleich darauf ein zweites, worauf unter den vordersten Mannschaften ein Mann anschlug, glaubend es sei das Feuern befohlen — er schoß. Niemand wurde getroffen.

Der Platz wurde sofort durch Infanterie und Kavallerie geräumt. Die Aufregung verbreitet sich aber unter das Publicum in Folge der Schüsse und wurde auf alle mögliche Art auf das Gehässigste genährt, und selbst durch die Schutz Commissaire, die mit ihren Stäben die Truppen aufhalten wollten, obgleich diese keinen Gebrauch von ihren Waffen machten.

— —

Die Deputation erschien[1]! Nach langer Berathung verließ der M. v. Bod., der bis dahin muthig gewesen, das Arbeits Zimmer des Königs (früher Gr[äfin] Reden Zimmer) und sprach mit lauter erregter Stimme:

M. H., es ist das letzte mal, daß ich in amtlicher Stellung zu Ihnen spreche! Ich wiederhole Ihnen verbotenus des Königs Worte. S. M. hat im Vertrauen zu den Verheißungen seiner getreuen Berliner Bürger befohlen, daß das Militair sich aus allen Straßen und von allen Plätzen zurückziehen soll.

Der Pr. v. Preußen griff den Minister am Arm sagend
„doch nicht vom Schloßplatz"

„Es ziemt mir nicht E. K. Hoheit die Worte des Königs zu deuten. Ich habe Allerhöchstdemselben die eben gesprochenen Worte wiederholt, um jeder Misdeutung zu begegnen" und er sagte nochmals

Daß das Militär sich aus allen Straßen und von allen öffentlichen Plätzen zurückziehen solle.

---

[1]) Am 19. März.

Ein Herr der Deputation, den ich leider nicht kannte, äußerte „es versteht sich wohl selbstredend, daß der Schloßplatz ausgenommen ist,“ worauf der Bürgermeister Naunyn sprach „Alle“.

Freudestrahlend verlangte die Deputation höhere Officiere zur Begleitung und zur Beglaubigung des Kgl. Worts. Der Min. v. Bod. forderte hierzu den Flügeladjutanten v. Brauchitsch auf, der es verweigerte. Glt. v. Prittwitz übernahm es diese zu bestimmen, mit der Deputation den Saal verlassend.

Beilage II.

Zur Unionspolitik. Schreiben des Königs an Radowitz vom 15. April 1850.

Nach Abschrift von Leopold Gerlachs Hand.

Potsdam 15. April 1850.

Theuerster Freund. Auf Ihr Schreiben von Gestern antwort ich zuförderst, daß der Weg, dessen Sie erwähnen als den, der sicher zum Ziel geführt haben würde, ja von mir in Ihrer Gegenwart nach Zustimmung der StaatsMinister befohlen war. Denn es hatte sich nach Ihrer Wahrnehmung herausgestellt, daß die Stimmung des Parlaments so war, daß dasselbe unsern Weg acceptirt hätte. Dieser Weg war aber: durch Bearbeitung unserer Freunde von Seiten meiner Minister, die Majorität des Parlaments dahin zu bewegen, die kurze Revision zu beschließen und mit derselben zugleich die Annahme Bereitwilligkeit, ja vielleicht sogar die Annahme selbst unserer Vorlage am 28 May auszusprechen, für den Fall nehmlich daß die RevisionsArbeit verworfen würde.

Dazu gehört aber vor Allem die rechtzeitige Thätigkeit meiner Minister in Erfurt. Diese nun scheint auf eine höchst bedauerliche Art vernachlässigt worden zu sein bis zu den letzten Tagen, wo sie, als sie nun wirklich eintrat, darum zu spät war, weil der Führer der Gothaer ihr Programm festgestellt und dasselbe à l'instar du diable von einer bedeutenden Masse voller oder parzieller Schöpse hatte unterzeichnen lassen.

Jetzt gilts de faire bonne mine à mauvais jeu. Die ligne de conduite die Sie mir soeben durch Gr. Brandenburg und Mant. vorschlagen lassen, acceptire ich; dabei ist nichts verloren als meine Erfurter Minister. Sie, theuerster Freund, haben nichts eingebüßt

als etwas Gothaische Liebe, laß fahren dahin laß fahren. Wir setzen „mit Ihnen“ „durch Sie“ unser Thema doch durch.

Oestreichs Verlangen, das neue Interim durch das Plenum des Bundestages feststellen zu lassen, hat mich zuerst erschreckt. Nach besserer Ueberlegung liegt in den 38 Stimmen aber so viel Günstiges, es liegen so viel günstige Stimmen für uns, daß ich getrost hineingehe. Ich sehe im Annehmen dieser Vorschläge sogar das dem Erfurter Parlament gebührende Paroli auf die Niederlage unserer Regierung.

Gebe Gott, daß Ihre Gesundheit sich befestige und lassen Sie uns unsern Weg getrost verfolgen, jedoch es dem Parlament täglich fühlen lassen, daß es in der Ordnung ist, wenn es für Preußen Respect hat. Vale

Friedrich Wilhelm.

Beilage III.

Zur Unionspolitik. Schreiben Leopolds v. Gerlach vom 18. August 1850 an den König mit Randbemerkungen des Königs.

Nach der Urschrift.

Ew. Kgl. Majestät werden es mir zu Gnaden halten, wenn ich es noch einmal wage über die morgende Minister Conferenz zu schreiben.

Radowitz hält fest an der unglücklichen Unionsverfassung vom 26t Mai 49, die Ew. Majestät mit Europa brouillirt und Ihren Einfluß in Deutschland zerstört hat.

(König: Sehr interessant zu erfahren. Wir wollen das doch erst sehen.)

Vor dem Erfurter Parlament war von ganz neuen „reactionnairen“ Vorlagen die Rede; Radowitz drang, — um die Fürsten festzuhalten — auf die en bloc Annahme.

(König: C'est ainsi qu'on écrit l'histoire. Ich und nicht H. v. R drang darauf und erlangt vom St Minister, daß, um den von R geschilderten Gefahren der en bloc Annahme durch die Gothaer zu entgehen, dieselbe p. Iniziative von uns an tragen zu lassen und zwar für den eigentlichen Verfassungstheil mit cond. sin. qu. non der Nicht-Annahme der Grundrechte und andrer hochwichtiger Punkte. Das umgekehrte der obigen Behauptung ist also die Wahrheit.)

Ew. Majestät gaben nach, stellten aber conditiones sine qua non, als Kgl. Propositionen. Die Erfurter Majorität — die Gothaer — wollten sich darauf nicht einlassen, sondern diese Veränderungen nachher beschließen.

(König: auf meinen Weg führt das)

Radowitz wollte nachgeben. So entstand das Bodelschwingsche

Programm, zu dessen Annahme sich aber die Minister, Radowitzens Zureden ungeachtet, nicht entschließen wollten. Radowitz schloß sich den Ministern an, und er und sie wurden von den Gothaern abgestimmt.

(König: Hier ist curioser Weise die reine Hauptsache übersprungen Neml[ich]: das siegreiche Durchfechten Aller gewollten Punkte!!!!!)

Das Erfurter Parlament ging auseinander, ohne daß die Verfassung angenommen worden war. Der Fürsten Congreß kam zusammen, Ew. Majestät verlangten conservative Vorlagen. Sie erfolgten nicht [1]).

(König: Wo in Aller Welt hätt' ich von dem Fürsten Congress conservative Vorlagen verlangt, da die ganze Zeit seiner Dauer **ganz andre** Dinge als dergleichen berathen worden ist?!!!?!)

Die Verfassung vom 26t Mai wurde aber für rechtsgiltig erklärt,

(König: Allein für die Fürsten. Des Parlaments wurde garnicht dabey gedacht)

Preußen ließ sich durch den Widerspruch der, oder einiger, Fürsten daran verhindern, die Verfassung zu promulgiren.

(König: !!! Es wird wiederum übersehen daß das, was wir annehmen konnten und wovon hier allein die Rede ist, wirklich ausgeführt ist in Provisorio — Preußens Vorstandschaft, das Fürsten Collegium etc. etc.)

Radowitz ist also nur consequent, er vertheidigt sein Kind wenn er Ew. Majestät Ministern widerspricht.

(König: Ich und er wollen nichts als die imponirenden Waffen nicht aus der Hand legen. Ist solch Mißverstehen erlaubt? Ist alles Auseinandersetzen Wohlunterrichteter denn ganz umsonst?!!!)

Soll aber wegen dieser Consequenz das Vaterland ins Verderben geführt, Ew. Majestät mit Ihren treusten Dienern und Unterthanen entzwei[t] [2]).

(König: J sie werden doch nicht! Ich habe kein Recht die Union aufzulösen, denn die andern Staaten haben grade u. genau dasselbe Recht daran als Preußen. Merken Sie sich ein für Alle-

---

[1]) Die Worte von „E. M." bis „erfolgten nicht" vom Könige unterstrichen.

[2]) Die Worte: „Ihren treusten" bis „entzwei[t]" vom König unterstrichen.

mal diesen Lehrsatz, der dann so unzweifelhaft als der Pythagoräische ist. Ich kann nur aus der Union desertiren d. h. zu deutsch das thun, um welches Hannover u. Sachsen beym Schieds Gericht durch mich (hört! hört!) verklagt worden sind. Das thu ich nicht. Abgemacht Sela. Dringt das Ministerium ungestüm, so sollen die Kammern entscheiden. Dixi. Vale! F. W. R.)
und jede Restauration unserer inneren Verhältnisse aufgeschoben und verhindert werden.

Halten Ew. Majestät diese Worte mir zu Gnaden indem ich in tiefster Ehrfurcht ersterbe E. Kgl. Majestät allerunterthänigster Knecht

Berlin d. 18t Aug. 1850.

Leopold v. Gerlach.

Beilage IV.

Radowitzens Unterredung mit Graf Buol am 21. Oktober 1850.

(Vgl. oben S. 151.)

Copie d'un rapport du comte Buol au Prince de Schwarzenberg. Berlin le 23 Octobre 1850.

(Abschrift anfangs von Leopold Gerlachs Hand. Gerlach erhielt das Schriftstück mitgeteilt von dem russischen Gesandten in Berlin, Baron v. Budberg, am 22. Oktober 1851, also ein Jahr später.)

In Befolgung des hohen Auftrags, mit dem Ew. mich beehrten, beeilte ich mich vorgestern einige Stunden nach dem Eintreffen dem Herrn Min. v. Radow. Hochdero Schreiben einzuhändigen. Dasselbe wurde mit sichtlicher Befriedigung entgegengenommen. Der Herr Min. bat mich überzeugt zu sein, daß er die Intention des Schrittes nach ihrem vollen Werth zu würdigen wisse und vollkommen durchdrungen von der Wichtigkeit des Moments auch mit wahrem Vergnügen den ihm gebotenen Anlaß benutzen wolle, um sich mit aller Freimüthigkeit über die Mittel und Wege auszusprechen, durch die seiner Meinung nach die erwünschte Verständigung zu erzielen wäre.

Als Einleitung zur näheren Bezeichnung der Punkte, über die man sich zu vereinigen hätte, sprach sich zuerst der Herr General über die Form aus, wie die Sache am ersten vorzubereiten wäre. Hierzu schien ihm die Constituirung von vorbereitenden Conferenzen, an denen sich die Bevollmächtigten der 37 deutschen Staaten zu betheiligen hätten, der gerathenste Weg. Die vorläufige Rücksprache wegen Art und Modus könnte vielleicht in einer Zusammenkunft zwischen ihm und Ew. entweder in Warschau oder in Dresden bei hochdero Rückkehr oder endlich[1]) an einem andern beliebigen Orte

[1]) Von hier ab fremde Hand.

Statt haben. Hier bemerkte übrigens noch der Herr Minister, daß Gr. v. Brdg schon dieselbe Idee E. D. in Warschau vorzutragen gesonnen sei und es ja möglich sei, daß es schon diesem gelingen dürfte, H. D. für diese Idee zu gewinnen und das Nöthige wegen deren Förderung zu besprechen.

Höchstwahrscheinlich würde, fuhr er dann fort, das Gewicht des moralischen Einflusses der beiden deutschen Großmächte dort den gemeinschaftlich zu machenden Vorschlägen eine Stimmen Einhelligkeit zusichern, die wie früher auch jetzt nicht am Bundestage zu erzielen wäre; hier wäre der Mißstand umgangen, sodaß die Majorität gewissermaßen von der Minorität dominirt würde und jedenfalls fände sich durch eine oder die andere dissentirende Stimme die Beschlußfassung nicht nothwendig aufgehalten. Mit Bezug auf die in diesen Berathungen vorzubringenden Punkte schienen ihm die Verständigung zwischen Oestreich und Preußen nicht nur möglich, sondern selbst leicht. Er glaube diese Hoffnung selbst in der Art, wie diese bisher besprochen worden seien, schöpfen zu können. Er stellte sie gedrängt in folgende Sätze zusammen, gegen die seiner Erklärung zufolge Preußen keine Einwendung haben würde.

1. Begründung eines Bundesorgans, nach dem in der Bundesakte festgestellten Stimmenverhältnisse.

2. Exekutive Gewalt von Oestreich und Preußen, um die von der Bundes Versammlung gefaßten Beschlüsse auszuführen. Diese würde sich erstrecken auf die Verhältnisse mit dem Auslande mit Inbegriff der Diplomatie, der Erhaltung des innern Landfriedens, die Kriegs Verfassung und überhaupt die Ausführung der gefaßten Bundesbeschlüsse.

3. Parität der Stellung im Bunde zwischen Oestreich und Preußen.

4. Beschluß am Bund, der Gesammt Monarchie oder derjenigen Landestheile, die Oestreich hinzuzufügen gesonnen wäre.

5. Begründung eines engern Vereins, dessen Gesamtverfassung in keinem Punkte der Bundesverfassung widerstreiten darf.

6. Zustimmung Preußens, die Idee einer National Repräsentation für ganz Deutschland aufzugeben, falls eine solche nicht in der Convenienz Oestreichs liegen sollte.

Diese vorläufigen Punkte und andere, die wir noch nachzutragen gesonnen sein sollten, würden sich, wie der Herr Minister wiederholte, unbezweifelt in jenen Berathungen der Beistimmung einer sehr überwiegenden Majorität zu erfreuen haben, sobald nur der

vereint bestimmte Wille der beiden ersten Mächte sich manifestirt hätte; diese könnten dann auch von dem aus der revidirten Verfassung hervorgehenden Bundestage zu Beschlüssen erhoben werden. Ich darf nicht unterlassen zu bemerken, daß Herr v. Radowitz einen ganz besondern Werth darauf zu legen schien, daß, so wie die Thätigkeit der Union während dieser vorläufigen Besprechungen suspendirt bliebe, auch der Bundestag für diese kurze Zeit vertagt werden sollte. Diese Sache schiene ihm um so unverfänglicher, als hiermit prinzipiell nichts präjudicirt würde, und in dem kaum zu gewärtigenden Falle, daß diese Berathungen zu keinem Zweck führen sollten, beiden Theilen unbenommen bliebe, die früheren Positionen wieder einzunehmen. Die von mir vorgebrachte Einwendung, daß, wenn der Bundestag auch im Allgemeinen seine Thätigkeit auszusetzen gesonnen wäre, dies doch jedenfalls kaum mit Bezug auf die 2 speciellen Fragen, mit denen er beschäftigt sei, (nemlich die Regulirung der dänisch-holsteinschen Frage und die Wiederherstellung der Ordnung in den kurhessischen Landen) möglich sei, schien auf den Herrn Minister keinen Eindruck zu machen, vielmehr bemerkte er, daß eben die bedauerliche Folge, welche ein factisches Vorangehen von Seiten des Bundestags in diesen beiden Fragen nach sich ziehen würde, eine solche Vertagung besonders wünschenswerth erscheinen ließe. Hier erklärte er auf das Bestimmteste, daß Preußen eine einseitige Intervention des Bundestags weder in Holstein noch in Kurhessen dulden würde. Insonders müsse die Gestaltung der kurhessischen Angelegenheit von der königlichen Regierung als ein den Gesamtbund betreffender Gegenstand betrachtet werden und es könne diesem nach die Entscheidung derselben einem Organ nicht überlassen bleiben, das von ihr nicht als ein Bundes Organ betrachtet sei. Hier könne demnach blos die politische Stellung Preußens maßgebend sein und es müßte jedes factische Eingreifen in der kurhessischen Angelegenheit energisch zurückgewiesen werden; der Eintritt einer Bundes Truppe in Kur Hessen müsse nothwendig den Einzug preußischer Truppen zur Folge haben. Der Zusammenstoß würde, so fuhr er fort, die bedauerlichsten Folgen haben und selbst die aufrichtigsten beiderseitigen Wünsche nach einer Verständigung vereiteln. Dies zu verhindern sei die erste, die dringendste Aufgabe, der große Preis sei den kleinen Aufschub werth. Als einz'gen Ausweg, um diese Verwicklungen zu vermeiden, schlug der General vor, daß Oestreich und Preußen von den gesamten deutschen Regierungen kommittirt würden, entweder allein oder etwa auch mit Zuziehung zweier andern Staaten, jeden-

falls aber der betheiligten Regierung, diese beiden Angelegenheiten in Händen zu nehmen. Nachdem der Wille der Bundes Regierungen selbst über dem Bundestage stehe, so schienen ihm die verschiedenen Rechtsbegriffe über den Bestand des Bundestags vollkommen beseitigt, die Angelegenheiten selbst würden sich schneller und leichter lösen, und der prädominirende Einfluß endlich, den Oestreich und Preußen in den deutschen Zuständen zu nehmen berufen seien, würde sich so sowohl nach außen als nach innen als bald wirksam beweisen. Nun drang Herr v. Radowitz besonders drauf, daß, was zu geschehen habe, unverweilt einzuleiten sei und daß selbst, ohne erst die Antworten der Regierungen abzuwarten, die beiderseitigen Commissarien etwa in Wiesbaden und Hamburg zusammenzutreten hätten; die nachträgliche Zustimmung der Gesamt Regierungen würde, wie man es in einem früheren Falle schon gesehn habe, nicht ausbleiben. Der letzte und längre Theil unsrer Unterredung drehte sich beständig um die Ansicht, welche das preußische Cabinet über die Intervention befreundeter Regierungen in Kurhessen festzuhalten scheint. In diesem Punkte konnte ich meinen Einwürfen durchaus keinen Eingang verschaffen. Herr v. Radowitz glaubt in einem solchen Falle das Einrücken Preußens sowohl rechtlich als politisch rechtfertigen zu können. Ja die moralische Responsabilität wegen der unabsehbaren Folgen eines feindlichen Zusammentreffens würde seiner Meinung nach nicht der Regierung zur Last fallen, die unberufen sich zur Schlichtung der dortigen Differenzen aufdrängen würde, sondern vielmehr denen, welche durch Verpflichtungen gebunden, von dem Landesherrn gerufen, zu keinem weitern Zweck als der Herstellung der gesetzlichen Ordnung dort erscheinen würden. Wir konnten zu meinem großen Bedauern keinen Annäherungspunkt finden. Herr v. Radowitz bestand immer auf der dringenden Nothwendigkeit, daß Graf Thun eiligst instruirt werde, jeden weitern Schritt auf eine kurze Frist in dieser Frage zu sistiren und den status quo bis zur vorläufigen Vereinbarung einzuhalten. Er wollte weder in der Voraussicht einer demnächstigen allgemeinen Verständigung auf dem von ihm beantragten Wege noch auch in den von uns zu bietenden Garantien über die Natur und die Grenzen des Einschreitens des Bundes zureichende Gründe finden, um von Seiten Preußens Schritte zu verhüten, die nach seinem eigenen Dafürhalten schwere und nicht zu berechnende Folgen haben könnten.

Verabredetermaßen habe ich dem Herrn v. Radowitz den gegenwärtigen Bericht mitgetheilt, um mich so zu vergewissern, seine Idee

richtig aufgefaßt zu haben, er fand darin den treuen Ausdruck unserer Besprechung.

Zu diesem Bericht bemerkt Gerlach:

„Wenn man diesen Bericht lieset, so wird einem die Beurtheilung dieser Sache ganz klar Radowitz hat an Buol im Allgemeinen diejenigen Punkte wiederholt, über die Brandenburg damals schon im October unterhandelt und mit denen Oestreich meist einverstanden war. Die Hessische Sache erschien Radowitz in seiner vornehmen Abstraction als Nebensache, dem Grafen Buol aber als Hauptsache. Er hatte Instruction von Oestreich und Rußland, eben darüber zu unterhandeln und zu ihrer Beilegung Vorschläge zu machen. Auf diese Unterhandlung ließ sich Radowitz, wie der Bericht beweiset, aber garnicht ein. Darüber war der Kaiser Nicolaus und der Kaiser Franz Joseph indignirt, und das mit Recht.“

Beilage V.

Aufzeichnungen der Gräfin Oriola über die Flucht des Prinzen von Preußen im März 1848.

Vom Grafen Königsmarck-Plaue wird mir gütigst in dem Augenblicke, in dem ich mit dem Lesen der Korrektur dieses Buches abschließen will, ein Ausschnitt aus Aufzeichnungen der kürzlich verstorbenen Palastdame der Kaiserin Augusta, Gräfin Luise Oriola (geboren 6. Mai 1824) zur Verfügung gestellt, der die Erinnerungen der Gräfin an die Märztage des Jahres 1848 enthält. Zur Beurteilung ihrer Aufzeichnungen muß bemerkt werden, daß sie anscheinend leider erst in den letzten Jahren, jedenfalls erst nach dem Jahre 1870 niedergeschrieben worden sind, da darin von dem „Feldmarschall" Steinmetz berichtet wird. Als die Aussage einer Augenzeugin jener Tage verdienen sie in jedem Falle Beachtung. Ganz besonders wichtig wird die Erzählung aber dadurch, daß sie über eine der ergreifendsten Episoden der damaligen Zeit Auskunft giebt, der nur ganz wenige Menschen beigewohnt haben: über die Flucht des Prinzen von Preußen. Unsere Wissenschaft hierüber war bisher nur lückenhaft. Von drei gewichtigen Gewährsmännern lagen Mitteilungen vor: von Leopold v. Gerlach, Varnhagen und Theodor v. Bernhardi (Gerlach I, 145 f., Varnhagen IV, 311 und sonst, Bernhardi III, 27 und 77). Gerlach zeigt sich auch hier wieder am besten unterrichtet. Varnhagens und Bernhardis Quelle war der Freiherr Karl v. Vincke-Olbendorf, der an Varnhagen besonders im September 1848, an Bernhardi dagegen erst im April 1858 hierher gehörige Angaben machte. Gerlachs Quelle war der Prinz von Preußen selbst, der, wie ich hier ergänzend zu den gedruckten Denkwürdigkeiten berichten kann, nach den handschriftlichen Aufzeichnungen Gerlachs schon am 17. Juli 1848 diesem den Verlauf der Sache erzählte. Gegen die Zuverlässigkeit Vinckes läßt sich einiges einwenden, vor allem, daß er in jener Zeit einer ner-

vösen Erkrankung verfiel. Sein Vetter, der Prinz Kraft Hohenlohe-Ingelfingen, hat von ihm in seinen Lebenserinnerungen (Aus meinem Leben I, 22, 48 f.) ein gerade nicht freundliches Bild entworfen, das jedenfalls karikiert ist. Aber auch Gerlach nennt ihn in seinen Aufzeichnungen an dieser Stelle: „bis zum Wahnsinn eitel," was Fräulein v. Gerlach in ihrer Ausgabe schonend unterdrückt hat. Die Gräfin Oriola gedenkt seiner bei Erzählung der Flucht gar nicht, während sie vorher mitgeteilt hat, daß er am 18. in der nächsten Umgebung des Prinzenpaares war. Durch die Schilderung der Gräfin wird das, was bisher von mir in meinen Schriften: Der erste Hohenzollernkaiser 2. Aufl., Leipzig 1897, S. 27; Kaiserin Augusta, Leipzig 1900, S. 35, und in meinem Artikel über Karl v. Vincke in der Allgemeinen Deutschen Biogrcphie Bd. 39, S. 757 über die Flucht erzählt worden ist, ebenso was Ernst Berner in seinem Wilhelm der Große, Berlin 1897, S. 108 f., und Erich Marcks in seinem Kaiser Wilhelm I. 2. Aufl. (die dritte ist mir nicht zur Hand), Leipzig 1897, S. 68 über die Begebenheit bringen, ergänzt und berichtigt. Ich lasse nunmehr die Erzählung der Gräfin von der Stelle an folgen, wo der eigentliche Bericht über die Flucht beginnt. In seiner Anschaulichkeit wirkt er geradezu erschütternd.

Nachdem die Balkonscene vom 19. März geschildert ist, fährt die Gräfin fort:

Die Menge forderte die Auslieferung des Prinzen von Preußen, des Bluthundes, der auf das Volk hätte schießen lassen wollen. Die anderen Brüder des Königs [1]) hatten sich bereits mit ihren Familien nach Potsdam begeben. So waren auch schon dorthin abgefahren die Kinder des Prinzen von Preußen mit dem Erziehungspersonal. Der Prinz und die Prinzessin waren noch im Vorzimmer des Königs mit einer Anzahl Getreuer, zu welchen auch die Prinzen Adalbert und Waldemar gehörten, die Dinge erwartend, die da kommen würden. Gedanken an die französische Revolution und Volksinvasionen in Versailles und die Tuilerien mochten wohl einem jeden nahe liegen. Da wurde der Prinz von Preußen zum Könige gerufen. Eine schwüle Stille herrschte unter uns. Als der Prinz wieder zurückkam, wandte er sich sogleich an die Prinzeß: Der König wünsche, daß sie das Schloß verließen [2]). Zum Schutze des Königs konnte der Prinz nicht beitragen, da sich der Volkshaß unter den obwaltenden Umständen

---

[1]) Karl und Albrecht.

[2]) An Gerlach hat der Prinz am 17. Juli 1848 erzählt, daß Graf

jetzt besonders gegen ihn gerichtet hatte und seine Anwesenheit die Lage des Königs nur erschweren konnte, anstatt ihm nützlich zu sein. Ein Wagen wurde herbeigeschafft, ein viersitziger Mietswagen. Wem er gehörte, weiß ich nicht [1]). Ich hörte sagen, derselbe habe vor der Schloßapotheke gehalten und sei herbeigeschafft worden. Durch eine Seitentreppe verließen wir das Schloß. Auf den Stufen lagen einige Soldaten umher mit matten Gesichtern, welche ihr Offizier anzufeuern suchte [2]). In den viersitzigen Wagen stiegen ein die Prinzessin, der Prinz, die Gräfin Hacke [3]) und ich. Der Wagen fuhr die Linden hinunter nach dem Brandenburger Thor ohne irgend eine Störung. Die Straße war leer und still. Vor dem Brandenburger Thor wurde dem Kutscher die Richtung gegeben zum Geheimrat v. Schleinitz [4]) nach dem Karlsbad. Gräfin Hacke war mit dieser Familie befreundet, und es scheint mir wahrscheinlich, daß erstere die Direktion angegeben hatte. Mit großer Bewegung wurden die Herrschaften hier empfangen und die Ereignisse des Tages besprochen, dann als nächster weiterer Schritt beschlossen, den Wagen, der uns vom Schlosse hierher gebracht, zu entlassen, einen andern herbeizuschaffen, welcher die Herrschaften inkognito nach der Citadelle in Spandau fahren sollte. Die Prinzeß wollte uns beide Damen beurlauben. Sie erteilte der Gräfin Hacke den Auftrag, ihre Schmucksachen aus dem Palais in Berlin nach Weimar zu bringen, außerdem den Legationsrat Herrn v. Schleinitz, der in der Stadt wohnte, in Kenntnis von allem Geschehenen zu setzen und denselben zu veranlassen, am folgenden Tage selbst heimlich nach Spandau zu kommen zu einer Beratung mit dem Prinzen, um eine Verbindung mit dem Könige auf diese Weise herzustellen und planmäßige Vorsätze für die nächsten Schritte zu fassen, auch die erste Kammerfrau der Prin-

---

Arnim-Boytzenburg, Graf Stolberg und Herr v. Massow ihn zur Abreise bewogen hätten. Es scheint sich in dieser Phase um den Plan der Abreise nach Rußland gehandelt zu haben.

[1]) Gerlach giebt an, daß er dem Grafen Nostitz gehört habe. Vgl. hierzu auch Hohenlohe a. a. O. S. 58.

[2]) Das könnte der bei Gerlach a. a. O. erwähnte Graf Röder gewesen sein.

[3]) Die langjährige erste Palastdame der späteren Kaiserin, Gräfin Adelaide Hacke.

[4]) Wie der Zusammenhang im Späteren erweist, handelt es sich hierbei um den älteren Bruder des Ministers, den Geheimrat im Ministerium des Innern Julius v. Schleinitz.

zessin, Fräulein v. Neindorff, mit einigen unentbehrlichen Toilettensachen mitzubringen; denn wir hatten nichts mit uns als das Kleid, mit dem wir früh morgens das Palais[1]) verlassen hatten. An mich wendete die Prinzessin sich mit der Aufforderung, zu meiner Mutter zurückzukehren, welche in Berlin lebte, und von welcher ich mich erst vor so wenigen Tagen[2]) getrennt hatte. Das schlug ich aber mit aller Entschiedenheit aus, indem ich es für meine Pflicht erkannte, bei der Prinzeß zu bleiben: „Wenn K. H. mich nicht in den Wagen hinein nehmen wollen, so werde ich schon draußen einen Platz zu finden wissen.“ Damit war die Sache abgemacht. Prinz, Prinzeß und ich als dritte stiegen in den neu herangerufenen Wagen. Ich sah nun, daß die Prinzeß ein Armband von ihrem Arm streifte und es als Erinnerung an diesen Augenblick auf den Arm der Frau v. Schleinitz gleiten ließ.

Von einer Verkleidung des Prinzen, wie der Aufsatz des Fräulein v. Schleinitz[3]) es behauptet, ist mir nichts erinnerlich[4]). Da die Schriftstellerin, wie sie selbst es sagt, zur Zeit des Ereignisses erst sechs Jahre alt war, so dürfte deren Zusammenstellung der Maßstab der Sicherheit nicht anzulegen sein [so]. Als wir Spandau erreichten, ließ der Prinz vor einem kleinen Gasthof halten, sagte, er hielte es für besser, daß er erst allein auf die Citadelle hinauffahre und die Prinzessin und ich in diesem Wirtshaus abwarteten, daß er uns den Wagen zu unserer Abholung zurücksende. Das einzige, was mir von diesem Aufenthalt und der daran sich anschließenden Fahrt zu der Citadelle noch erinnerlich geblieben, ist der wundervolle Sonnenaufgang während der Fahrt. Ein so merkwürdiger Kontrast in seiner erhabenen Herrlichkeit gegen die durchlebten Scenen und Auftritte menschlicher Verirrungen und Leidenschaften. Vor der Citadelle empfingen uns natürlich der Prinz und die Offiziere. Der eine war der nachmals berühmte Generalfeldmarschall v. Steinmetz und ein Stabsoffizier v. Düring und wir wurden, so gut es anging, verpflegt mit militärischer Gastfreundlichkeit.

---

[1]) Des Prinzen von Preußen.

[2]) Nach einer vorherigen Angabe der Gräfin etwa am 10. März.

[3]) Dieser ist mir nicht bekannt. Es handelt sich möglicherweise um einen handschriftlichen Bericht.

[4]) Nach Gerlach war der Prinz schon damals in Civil. Varnhagen und Bernhardi erzählen, daß er Vinckes Kleider angehabt habe. Hier dürfte die Gräfin von ihrem Gedächtnis im Stich gelassen sein.

Unvergeßlich ist mir der Augenblick, als die aus Berlin ausgewiesenen Truppen in Auflösung und ohne Waffen eintrafen und der Prinz seine Garderegimenter also ankommen sah von dem Hauptzimmer der Citadelle aus [1]), von wo aus er sich den Soldaten nicht zeigen durfte. Er zog sich vom Fenster zurück und Thränen rannen über sein Antlitz. Im Laufe des Tages trafen Freiherr v. Schleinitz zur ersten Beratung, Fräulein v. Neindorf mit den gewünschten Toilettengegenständen und aus Berlin die Nachrichten [ein], daß das Schloß und die Majestäten in demselben dem Schutz der Bürgergarde anvertraut wären und man nur mit einer Einlaßkarte mit dem Stadtwappen Berlins Zutritt erhalten könne [2]). Das Palais des Prinzen sei nur dadurch vor Plünderung und Zerstörung gerettet, daß die Studentenschaft in großen Lettern die Aufschrift darauf gesetzt: „National Eigenthum!" Inzwischen hatte sich unter den Aufrührern die Nachricht verbreitet, daß der Prinz von Preußen in Spandau seine Zuflucht gefunden und dies habe genügt, eine Volksversammlung dahin anzuordnen mit dem Volksredner Jung [3]) an der Spitze, um die Auslieferung des Prinzen zu fordern. Was nun thun? Zur Beruhigung der Gemüter sowie zur Sicherheit der Lage des Königs war jede neue Aufregung zu vermeiden. Der Prinz mußte also auf eine Zeit lang in das Ausland sich begeben. Es mußte demnächst eine Veranlassung dazu gefunden werden. Ein Auftrag des Königs mußte ihn entfernen. Der Legationsrat v. Schleinitz mußte das Nähere mit dem Könige vereinbaren und die nötigen Instruktionen wieder mitbringen unter dem Siegel des Geheimnisses [4]). Da des Prinzen Anwesenheit in der Citadelle in Spandau entdeckt war, konnte er nicht mehr daselbst bleiben. Die nächste Nacht sollten die Herrschaften unbemerkt entkommen. Zwei Offiziere der Garnison besaßen einen Kahn; dieser wurde auf den Schultern zuverlässiger Artilleristen an das der Pfaueninsel gegenüberliegende Ufer getragen [5]),

[1]) Es ist hier vielleicht zu fragen, ob die am Vormittag des 19. aus Berlin gerückten Truppen erst am Morgen des 20. in Spandau eingetroffen sind.

[2]) Vgl. Berlin im März 1848. Vossische Zeit. 24. März 1898, 1. Beil.

[3]) Einem der bekanntesten Demokraten jener Tage, dem Berufe nach Assessor.

[4]) Hier spielt also der Vertraute der späteren Kaiserin die Rolle, die Vincke gespielt zu haben vorgiebt.

[5]) Dies wird so zu verstehen sein, daß der Kahn eine Strecke hinaus jenseits der Stadt getragen wurde. Die Pfaueninsel liegt etwa anderthalb

während der Leutnant v. Tietze[1]) als Kutscher verkleidet einen geschlossenen viersitzigen Wagen, in welchem der Prinz, die Prinzeß, meine Wenigkeit und die Kammerfrau in der Citadelle einstiegen und durch die Stadt Spandau hindurch zu dem Punkte fuhren, wo das Boot uns erwartete. Während wir die Straßen durchkreuzten, konnten wir den Lärm der Volksversammlung vom Marktplatz her vernehmen, wo der Demokrat Jung eine Rede hielt. Unbemerkt fuhren wir vorüber und aus der Stadt. Die Landstraße lag etwas höher als das Wasser. Wir mußten die Böschung zum Landungsplatz unseres Bootes hinabsteigen. Die Prinzeß wollte durchaus selbst Hand anlegen, um die Reisetaschen herunter zu befördern.

Eine milde Nacht bei wundervollem Mondschein begünstigte uns. So war auch die sehr kurze Ueberfahrt leicht abgethan.

Das Haus des Hofgärtners Fintelmann lag auf der Pfaueninsel nahe am Ufer. Einer der Offiziere, welche uns gerudert hatten, sprang ans Land, um den Hofgärtner zu rufen und ihn zu benachrichtigen. Da auf mehrmaliges Klopfen keine Antwort erfolgte, hörten wir das Klirren einer Fensterscheibe und bald darauf erschien ein Mann im Schlafrock, zitternd vor Angst, was ihm bei allen Nachrichten, die ihm auf der stillen Insel von Berlin aus zugekommen waren, nicht so sehr zu verübeln war. Er nahm sich beim Anblick der hohen Gäste, die seine Aufnahme begehrten, wieder zusammen, begleitete uns in sein Gärtnerhaus und führte Prinzeß und mich in sein gutes Zimmer, wo erstere auf dem Sopha, ich mich mit Hilfe einiger Kissen auf dem Fußboden lagerte, Prinzeß bemüht, mir von ihrem Sopha aus die Zahl meiner Kissen zu vermehren. Es entstand eine Art Ballspiel, wobei mir Prinzeß eins ihrer Kissen zuwarf und ich sie wieder zurückgab, bis endlich die Ruhe des Schlafes uns besiegte, denn diese war die dritte schlaflose Nacht. 20/21

Es währte nicht lange, so kam als Abgesandter aus Berlin Schleinitz mit der erwarteten Ordre des Königs, wodurch der Prinz

---

Meilen von Spandau entfernt. Schwerlich haben die Artilleristen den Kahn am Abend soweit getragen. Andererseits scheint die weiter unten folgende Angabe der Gräfin, daß die Ueberfahrt nur sehr kurz gewesen sei, wieder dafür zu sprechen, daß das Boot soweit getragen worden ist.

[1]) Auch Gerlach nennt diesen Namen. Es dürfte der Sekondeleutnant v. Tietzen und Hennig im Garde-Reserve-Infanterieregiment zu Spandau gemeint sein (vgl. Rangliste 1848).

beauftragt wurde, der Königin Viktoria einen Bericht über die letzten Vorgänge in Berlin zu machen und sogleich nach London zu reisen[1]).

Herr v. Oelrichs[2]) vom großen Generalstab war zur Begleitung des Prinzen ernannt und sollte am folgenden Tage[3]) sich auf der Pfaueninsel einfinden und mit höchstdemselben abreisen. Es erschien auch der Prinz Karl aus dem Potsdamer Schloß, sowie die Kinder des Prinzen mit dem Militärgouverneur des Prinzen Friedrich Wilhelm, General v. Unruh. Nun wurde über das Nähere der Reise des Prinzen beratschlagt. Prinzeß wünschte mitzureisen. Es wurde auch in Vorschlag gebracht, die Kinder mitzunehmen. Der alte General v. Unruh sprach sich ganz entschieden dagegen aus, daß auf diese Weise die ganze Familie des Thronfolgers außer Landes ginge[4]). Der Prinz gab ihm recht und es wurde beschlossen, daß der Prinz allein mit dem Herrn v. Oelrichs morgen abreisen würde, dagegen die Prinzessin mit mir in das Schloß nach Potsdam sich begeben, wo bereits ein großer Teil der Königsfamilie sich beisammen fand. Dieser folgende Tag war der Geburtstag des Prinzen. Wie freudig ist [später] dieser Tag, der 22. März, [als] ein Volksfest gefeiert worden! Dieses Mal war nichts gleich einem Feste zu spüren. Um wenigstens einen minder trüben Eindruck hervorzurufen, ließ ich mir aus dem Garten einen Strauß der ersten Frühlingsblumen bringen. Die freundliche Gärtnerin borgte mir ein buntes Kleid (denn ich hatte immer noch das Hoftrauerkleid von Berlin hier an), das auf volle rundliche Formen berechnet war, und in dieser Verkleidung trat ich vor den Prinzen, ihm meinen Glückwunsch und mein Sträußchen darzubringen, das einzige, glaube ich, an diesem

---

[1]) Diese Genauigkeit in den Angaben der Gräfin über das Hineinspielen der Schleinitzschen Vermittelung macht die Angabe Bernhardis, daß Vincke das Verdienst hätte, die Reiserichtung England statt Rußland veranlaßt zu haben, noch unglaubwürdiger. Vielleicht geht man nicht fehl, wenn man annimmt, daß der eigentliche Urheber des Gedankens der englischen Reise die Prinzeß von Preußen selbst gewesen ist. Vincke mag eine Nebenrolle dabei gespielt haben.

[2]) Der damalige Major Oelrichs vom großen Generalstabe wurde erst am 24. März 1858, bald nach Uebernahme der Stellvertretung durch den Prinzen von Preußen, in den Adelstand erhoben.

[3]) 22. März.

[4]) Hiermit ist der Bericht Gerlachs zu vergleichen. Vielleicht sind die nach Gerlach am 22. in Potsdam geführten Gespräche zum Teil identisch mit denen auf der Pfaueninsel.

Tage. Nachmittags nahm der Prinz Abschied in Civilkleidung mit seinem Begleiter in einem einfachen Mietswagen.

Auf einer Station, wo Pferde gewechselt wurden [1]), glaubten sie sich erkannt durch die Aufmerksamkeit, mit welcher sie von den Umstehenden betrachtet wurden, wobei die Erinnerung an Varennes sich unwillkürlich aufdrängte. Die Herren sagten den Leuten, daß sie zu Fuß vorausgehen wollten, bis die Anspannung fertig und der Wagen ihnen nachkommen werde. Sie nahmen aber bald querfeldein auf ein Gehöft zu ihren Weg, was sie bald als Pastorhaus des Dorfes erkannten. Dem Pastor entdeckten sie sich und dieser beruhigte ihre Befürchtungen und war ihnen behilflich, das Inkognito zu behaupten. Im übrigen erreichte der Prinz ohne andere Zwischenfälle die Küste und England. Von der Königin Viktoria wurde der Prinz auf das Herzlichste empfangen. Wie sich seine Rückkehr ins Vaterland gestaltete, ist genugsam bekannt und erörtert. Mein Bericht findet daher hiermit seinen Abschluß.

---

[1]) Nach Gerlach Perleberg. In den Denkwürdigkeiten des Generals steht als Name des Orts, von wo der Prinz über die mecklenburgische Grenze fuhr, Hagenow. Dies ist, wie ich aus den urschriftlichen Aufzeichnungen ersehen habe, eine falsche Lesart. Da steht richtig Stavenow. Dies ist der Name eines Guts im Kreise Perleberg:



Abkürzungen.

A. = ungedruckte Aufzeichnung des Generals Leopold v. Gerlach.
G. = Denkwürdigkeiten des Generals Leopold v. Gerlach.
Treitschke = Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.
Sybel = Heinrich v. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.
G. u. E. = Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen.
Natzmer = Gneomar Ernst v. Natzmer, Unter den Hohenzollern.

Abkürzungen.

A. = ungedruckte Aufzeichnung des Generals Leopold v. Gerlach.
G. = Denkwürdigkeiten des Generals Leopold v. Gerlach.
Treitschke = Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.
Sybel = Heinrich v. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.
G. u. E. = Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen.
Natzmer = Gneomar Ernst v. Natzmer, Unter den Hohenzollern.

